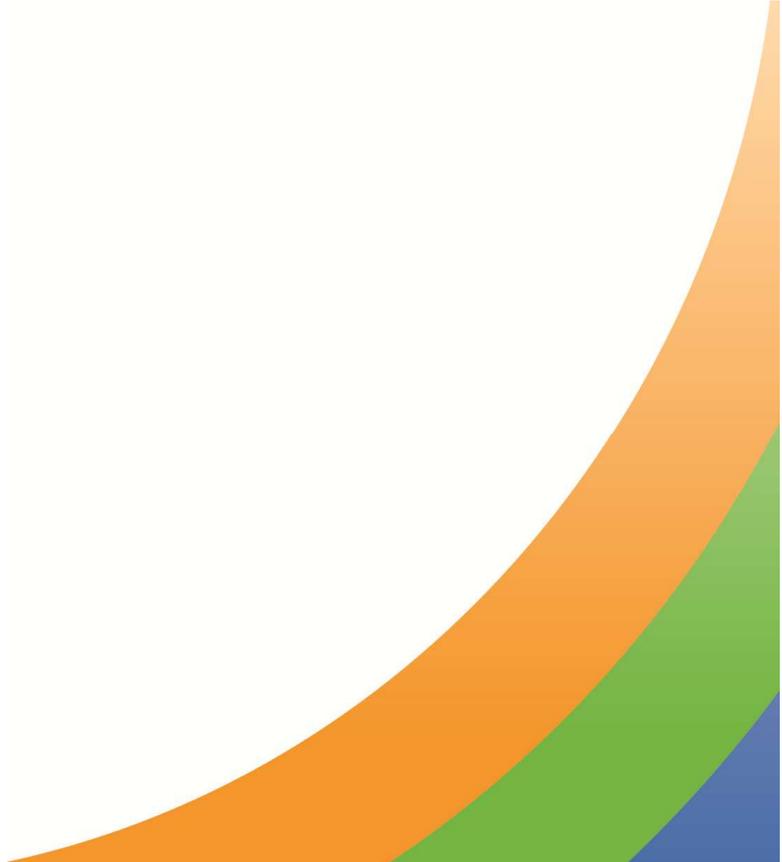




Landkreis **Leipzig**

Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2011



Vorwort

Auf der Grundlage von § 99 Sächsische Gemeindeordnung hat der Landkreis dem Kreistag einen Bericht über seine Beteiligungen und deren wirtschaftliche Entwicklung vorzulegen und diesen öffentlich auszulegen. Mit Vorlage des aktuellen Berichtes für das Jahr 2011 kommen wir dieser Verpflichtung gerne nach.

§ 99 Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO), in der Fassung vom 18.03.2003, rechtsbereinigt mit Stand vom 1. Juli 2006 legt dazu fest:

„(1) Dem Gemeinderat ist bis zum 31. Dezember eines jeden Jahres ein Bericht über die Eigenbetriebe und die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts vorzulegen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. In dem Bericht müssen mindestens enthalten sein:

1. eine Beteiligungsübersicht unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszweckes und des Stamm- oder Grundkapitals sowie des prozentualen Anteils der Gemeinde an diesem,
2. die Finanzbeziehungen zwischen der Gemeinde und den Unternehmen, insbesondere unter Angabe der Summe aller Gewinnabführungen an den Gemeindehaushalt, der Summe aller Verlustabdeckungen und sonstigen Zuschüsse aus dem Gemeindehaushalt, der Summe aller gewährten sonstigen Vergünstigungen sowie der Summe aller von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen,
3. ein Lagebericht, der den Geschäftsverlauf und Lage aller Unternehmen so darstellt, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Gesamtbild vermittelt wird; der Lagebericht soll insbesondere auf Unternehmensvorgänge von besonderer Bedeutung, die während des letzten Geschäftsjahres eingetreten sind, und auf die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen im kommenden Geschäftsjahr eingehen.

Dem Bericht sind als Anlage die Satz 2 entsprechenden Angaben für die Zweckverbände, deren Mitglied die Gemeinde ist, sowie deren Beteiligungsberichte beizufügen.

(2) Darüber hinaus soll der Bericht für jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mindestens fünf Prozent beteiligt ist, insbesondere folgendes ausweisen:

1. die Organe des Unternehmens, die Zusammensetzung der Organe unter namentlicher Nennung von Geschäftsführung, Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern, die Anzahl der Mitarbeiter sowie den Namen des bestellten Abschlussprüfers und soweit möglich, die Namen und Beteiligungsanteile der anderen Anteilseigner,
2. die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und die beiden dem Berichtsjahr vorangegangenen Jahre; für das Berichtsjahr sind die Planwerte den aktuellen Ist-Werten gegenüber zustellen; die Kennzahlen sollen eine Beurteilung der Vermögenssituation, der Kapitalstruktur, der Liquidität, der Rentabilität und des Geschäftserfolgs des Unternehmens zulassen,
3. wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebereich der Geschäftsführung zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich einer Bewertung der Kennzahlen.

(3) Der Beteiligungsbericht ist öffentlich auszulegen. Die Auslegung ist ortsüblich bekannt zu geben.“

Der Landkreis Leipzig verfügt im Jahr 2011 insgesamt über drei Eigenbetriebe, acht unmittelbare und neun mittelbare Beteiligungen an Gesellschaften und Zweckverbänden sowie über zehn Beteiligungen an Zweckverbänden.

Der für das Geschäftsjahr 2011 erstellte Beteiligungsbericht enthält die gesetzlich geforderten Angaben und soll einen Beitrag zu größerer Transparenz der Verwaltung hinsichtlich der Aufgabenerfüllung durch ausgegliederte, organisatorisch und finanzwirtschaftlich verselbständigte Organisationseinheiten leisten. Im Sinne einer optimalen Aufgabenerfüllung steht nicht die Frage nach der Rechtsform, sondern vielmehr die Frage nach den effektivsten Instrumentarien zur Zielerreichung im Vordergrund. Dabei sind Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit ebenso zu berücksichtigen wie politische und gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen.

Der Beteiligungsbericht soll Anregung sein für eine weitere strategische Entwicklung sämtlicher kommunaler Beteiligungen. Für den vorliegenden Beteiligungsbericht bilden die geprüften Jahresabschlüsse bzw. Jahresrechnungen der Beteiligungen für das Geschäftsjahr 2011 die Grundlage.

Beteiligungsbericht des Landkreises Leipzig für das Geschäftsjahr 2011

erstellt durch: Landratsamt Landkreis Leipzig,
Stabsstelle Controlling und Beteiligungsmanagement
Redaktionsschluss: 20.12.2012

INHALTSVERZEICHNIS

	Vorwort	I
	Inhaltsverzeichnis	III
	Abkürzungsverzeichnis	V
Teil I		
	1. Lagebericht über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen	1
	2. Übersicht über die Beteiligungen und Finanzbeziehungen des Landkreises	10
	3. Gesamtorganigramm aller Beteiligungen des Landkreises	12
	4. Übersicht über die Eigenbetriebe	13
	5. Übersicht über die Zweckverbände	13
	6. Übersicht über die unmittelbaren Beteiligungen	14
	7. Übersicht über die mittelbaren Beteiligungen	14
Teil II		
Einzeldarstellung der Eigenbetriebe		15
	1. Kultur und Weiterbildung Muldental	16
	2. Kultuseinrichtungen des Landkreises Leipziger Land	22
	3. Abfallwirtschaft Landkreis Leipzig – Kommunaler Eigenbetrieb –	32
Einzeldarstellung der Unternehmen in Privatrechtsform		
a)	Unternehmen in der Privatrechtsform ab einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe von 5 %	40
	1. Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH	41
	2. Kliniken des Muldentalkreises gGmbH	46
	Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH	56
	Servicegesellschaft Muldental mbH	64
	3. WILL – Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L.	71
	4. KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH	77
	5. Aufbauwerk Region Leipzig GmbH	84
	6. Technologiezentrum Borna GmbH	92
	7. THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	93

b) Unternehmen in der Privatrechtsform ab einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe unter 5 %	100
8. Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)	101
9. Flughafen Altenburg-Nobitz GmbH	105

Einzeldarstellung der Zweckverbände sowie deren Beteiligungsberichte	106
-----------------------------------------------------------------------------	------------

1. Rettungszweckverband der Landkreise Döbeln, Leipziger Land und des Muldentalkreises	107
2. Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	121
Beteiligungsbericht für die Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	122
3. Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen	147
4. Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	152
Beteiligungsbericht für die Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH	160
5. Kulturraum Leipziger Raum	168
6. Regionaler Planungsverband Westsachsen	175
7. Kommunaler Sozialverband Sachsen	193
8. Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig	202
9. Zweckverband für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig	205
10. Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen KISA	207
11. Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig	220

Anlagen:

Anlage 1: Kennzahldefinition	223
------------------------------	-----

Landratsamt Landkreis Leipzig
 Dezernat 1
 Stabsstelle Controlling /
 Beteiligungsmanagement
 Stauffenbergstraße 4,
 04552 Borna
 Telefon: 03433/241 1018
 Fax: 03437/984 99 1018

Abkürzungen

AbfAbIV	Abfallablagerungsverordnung
AGSGBGesetz	zur Umsetzung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch
AO	Abgabenordnung
AWK	Abfallwirtschaftskonzept
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BKZ	Betriebskostenzuschuss
BM	Bürgermeister
BPfIV	Bundespflegeverordnung
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
DB AG	Deutsche Bahn Aktiengesellschaft
DMP	Disease-Management-Programm
DRG	Diagnosis Related Groups
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
EW	Einwohner
EVU	Eisenbahnverkehrsunternehmen
GF	Geschäftsführer
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HH	Haushalt
HK	Handwerkskammer
HRB	Handelsregister B
i. V. m.	in Verbindung mit
IHK	Industrie- und Handelskammer
KH	Krankenhaus
KHBV	Krankenhaus-Buchführungsverordnung
KHG	Krankenhausgesetz
KrW/AbfG	Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
KSV	Kommunaler Sozialverband Sachsen
LDL	Landesdirektion Leipzig
LeitStVO	Leitstellenverordnung
LK	Landkreis
LR	Landrat

LRA	Landratsamt
LWV	Landeswohlfahrtsverband Sachsen
MBA	mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage
MDV	Mitteldeutscher Verkehrsverbund
MTL	Muldentalkreis
NEF	Notarzteinsatzfahrzeug
NL	Niederlassung
OBM	Oberbürgermeister
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVFinAusG	Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr
ÖPNVFinVO	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs
ÖSPNV	straßengebundener öffentlicher Personennahverkehr
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PVM	Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH
RPA	Rechnungsprüfungsamt
RTW	Rettungstransportwagen
RZV	Rettungszweckverband
SächsABG	Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
SächsBRKG	Gesetz zur Neuordnung des Brandschutzes, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes im Freistaat Sachsen
SächsEigBVO	Sächsische Eigenbetriebsverordnung
SächsGemO	Sächsische Gemeindeordnung
SächsGVBl	Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
SächsKrGebNG	Sächsisches Gesetz zur Neugliederung des Gebietes der Landkreise des Freistaates Sachsen
SächsKomHVO	Sächsische Kommunalhaushaltsverordnung
SächsKomZG	Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit
SächsKRG	Sächsisches Kulturraumgesetz
SächsLKrO	Sächsische Landkreisordnung
SächsLPIG	Sächsisches Landesplanungsgesetz
SächsLWVG	Gesetz über den Landeswohlfahrtsverband Sachsen
SächsLRettDPVO	Sächsische Landesrettungsdienstplanverordnung
SächsVwNG	Gesetz zur Neuordnung der Sächsischen Verwaltung
SchwBG	Schwerbehindertengesetz
SGB	Sozialgesetzbuch
SMI	Sächsisches Ministerium des Inneren
SMS	Sächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie
SMWA	Sächsisches Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
SPNV	Schienenpersonennahverkehr

TBA	Tierkörperbeseitigungsanlage
VbÄ	Vollbeschäftigtenäquivalent
TVöD	Tarifvertrag öffentlicher Dienst
VHS	Volkshochschule
Vj./Vorj.	Vorjahr
VmHH	Vermögenshaushalt
VwHH	Verwaltungshaushalt
WEV	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
ZAW	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
ZVNL	Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

1. Lagebericht

über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen, Eigenbetriebe und Zweckverbände des Jahres 2011 sowie die voraussichtliche Entwicklung im Geschäftsjahr 2012.

Der Landkreis erfüllt seine vielfältigen Aufgaben nicht nur in der Kernverwaltung. Dort, wo es sinnvoll ist, werden öffentliche Aufgaben auf Eigenbetriebe und Unternehmen in privater Rechtsform übertragen. 2011 hatte der Landkreis Leipzig 3 Eigenbetriebe und war an insgesamt 8 Gesellschaften unmittelbar beteiligt. An 2 weiteren Gesellschaften und 3 Zweckverbänden hält der Landkreis Leipzig neun mittelbare Beteiligungen. Darüber hinaus ist der Landkreis in 10 Zweckverbänden vertreten.

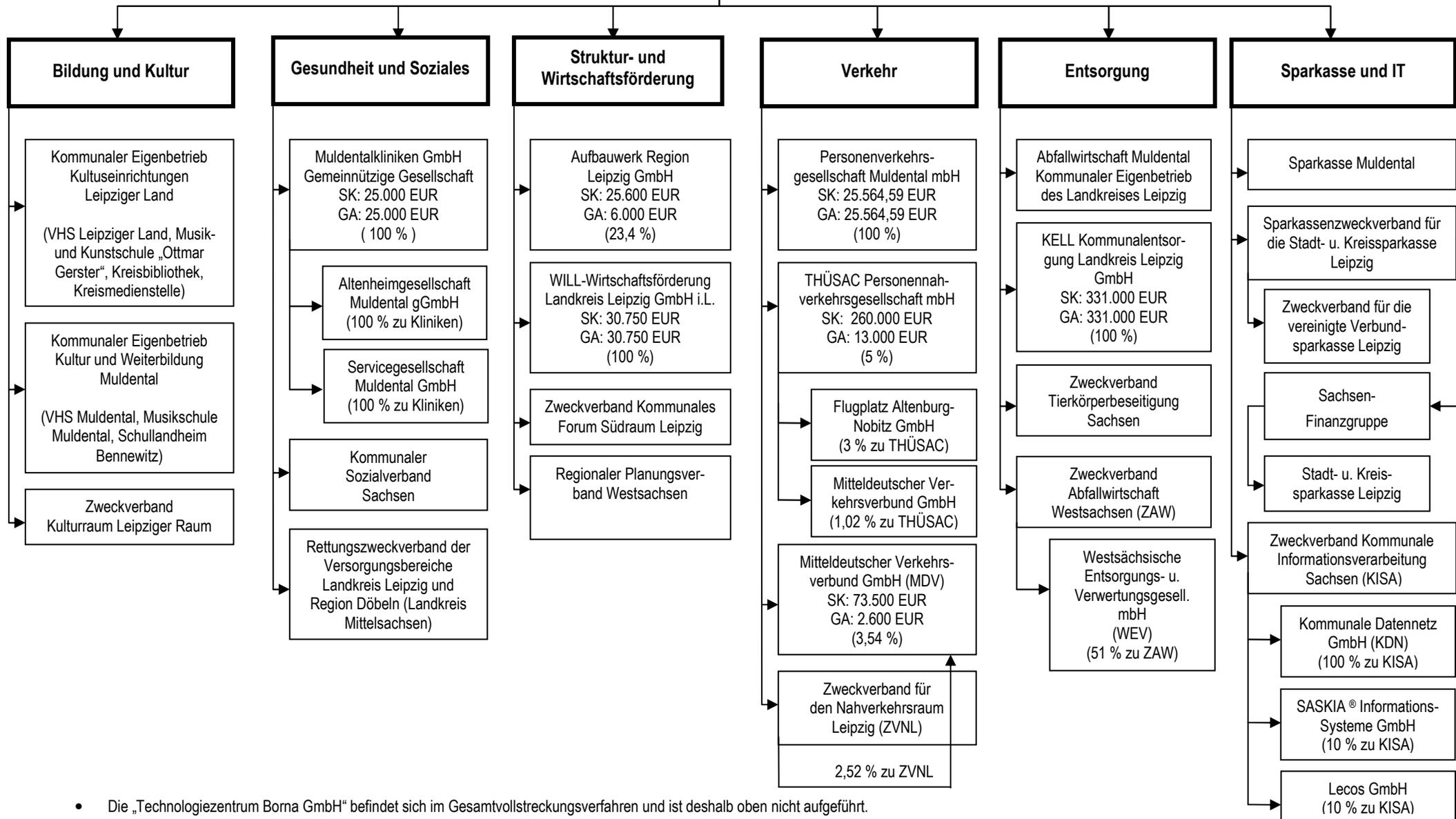
Die Sparkasse Muldentale mit Sitz in Grimma ist eine Anstalt öffentlichen Rechts. Ihr Geschäftsgebiet erstreckt sich auf den östlichen Teil des Landkreises Leipzig (ehemaliger Muldentalkreis). Träger ist der Landkreis Leipzig. Sparkassenaufsichtsbehörde ist das Sächsische Staatsministerium der Finanzen.

Maßgebliche rechtliche Grundlagen für die Geschäftstätigkeit der Sparkasse im Berichtsjahr sind das Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe vom 13. Dezember 2002, die Sächsische Sparkassenverordnung vom 11. Januar 2002 sowie die Satzung der Sparkasse vom 16. März 2009.

Die Organe der Sparkasse sind der Verwaltungsrat und der Vorstand. Die Sparkasse unterhält 18 Geschäftsstellen.

Eine Gesamtübersicht über die Beteiligungen des Landkreises Leipzig sehen Sie in der folgenden Übersicht:

Landkreis Leipzig – Organigramm Beteiligungen (Stand: Dezember 2011)



- Die „Technologiezentrum Borna GmbH“ befindet sich im Gesamtvollstreckungsverfahren und ist deshalb oben nicht aufgeführt.
- Stammkapital (SK), Geschäftsanteil (GA) und Quote am Stammkapital (%) der aktiv geschäftstätigen Unternehmen

Bildung und Kultur

Der **kommunale Eigenbetrieb Kultur und Weiterbildung Muldental** vereinigt die Volkshochschule Muldental, die Musikschule „Theodor Uhlig“ und das Schullandheim Bennewitz.

Das Wirtschaftsjahr 2011 endete mit einem Jahresgewinn in Höhe von 215.005,58 EUR. Dieses Ergebnis wurde erreicht, weil der Landkreis zusätzlich zu dem mit dem Wirtschaftsplan beschlossenen Zuschuss in Höhe von 655.300 EUR einen Zuschuss per Kreisausschussbeschluss Nr. 2011 / 161 in Höhe von 303.705,58 EUR für die Deckung von Verlustvorträgen gewährt hat. Mittel, die nicht zur Deckung von Verlusten benötigt werden, sind als Verbindlichkeit gegenüber dem Landkreis ausgewiesen.

Das Einnahmenniveau der Volkshochschule von 2010 konnte im Geschäftsjahr 2011 wesentlich erhöht werden (177 TEUR). Die Zuschüsse des Freistaates waren 17 TEUR höher als im Vorjahr.

Bei der Musikschule stiegen die Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr um 2 TEUR. Die Zuschüsse des Freistaates an die Musikschule fielen 3 TEUR und die des Kulturraumes um 11 TEUR geringer als im Vorjahr aus.

Die Einnahmen des Schullandheimes sind um 6 TEUR geringer als im Vorjahr.

Die Liquidität des Eigenbetriebes war jederzeit gegeben.

Der Eigenbetrieb Kultur und Weiterbildung beendet am 31.12.2011 seine Tätigkeit. Die Musikschule „Theodor Uhlig“ wird im neuen Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig weitergeführt.

Die Volkshochschule Muldental, das Schullandheim, die Bewerbercentren in Wurzen und Grimma bilden mit der Volkshochschule Borna ab 2012 den Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig.

Der **Eigenbetrieb Kultuseinrichtungen des Landkreises Leipzig** schließt das Wirtschaftsjahr 2011 mit einem positiven Ergebnis in Höhe von 84.843,53 EUR ab. Ursächlich für dieses Ergebnis sind die laut Kreisausschussbeschluss Nr.2011 /161 erhöhten Zuschüsse zur Deckung der Vorjahresfehlbeträge. Mittel, die nicht zur Deckung von Verlusten benötigt werden, sind als Verbindlichkeit gegenüber dem Landkreis ausgewiesen.

Die Volkshochschule erzielte Mindereinnahmen in Höhe von 95 TEUR. Mehreinnahmen an Fördermitteln konnten in Höhe von 40 TEUR und sonstige Mehreinnahmen in Höhe von 35 TEUR erzielt werden. Mehrausgaben in Höhe von 35 TEUR erfolgten für Rückstellungen und EFRE / ESF- Projekte in Höhe von 40 TEUR.

Die Liquidität des Eigenbetriebes war jederzeit gegeben

Der Eigenbetrieb Kultuseinrichtungen des Landkreises Leipzig beendet am 31.12.2011 nach Kreistagsbeschluss seine Tätigkeit

Der Kreistag fasste am 06.07.2011 einen Beschluss zur Neustrukturierung der Eigenbetriebe in einen Eigenbetrieb „Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig“ und in einen Eigenbetrieb „Musikschulen des Landkreises Leipzig“ ab 01.01.2012.

Der **Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum** entstand aus dem Kulturraumgesetz vom 20.01.1994 und ist ein Pflichtzweckverband. Die Ausgaben werden aus Zuweisungen des Freistaates Sachsen und den Umlagen der Verbandsmitglieder finanziert. Die Umlage des Kulturraumes erfolgt in Abhängigkeit des jeweiligen Finanzausgleichsgesetzes und betrug im Jahr 2011 bei einem Hebesatz von 0,79002693 v.H. 1.931.058,67 EUR für den Landkreis Leipzig.

Die Jahresrechnung schließt mit Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt in Höhe von 8.878.148,95 EUR (Plan: 8.839.995,00 EUR) ab. Der Vermögenshaushalt schließt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 608.934,47 EUR (Plan 101.415,00 EUR) ab. Im Ergebnis konnten 357.502,25 EUR der Rücklage zugeführt werden.

Gesundheit und Soziales

Die **Muldentalkliniken gGmbH** schließen das Wirtschaftsjahr 2011 mit einem Bilanzgewinn von 450 TEUR (Vj.421 TEUR) ab. Der Jahresabschluss 2011 wurde auf Empfehlung des Aufsichtsrates der Gesellschaft vom 13.06.2012 von der Gesellschafterversammlung festgestellt.

Aus dem Bilanzgewinn in Höhe von 450.637 EUR erhält der Landkreis Leipzig eine Zuwendung in Höhe von 200.000 EUR für eine ausschließlich gemeinnützige Verwendung im Einzugsgebiet der Kliniken.

Im Geschäftsjahr 2011 wurde bei Gesamterlösen in Höhe von 44.037 TEUR (2010 43.494 TEUR) und einem Aufwand in Höhe von 45.868 TEUR (2010 44.987 TEUR) ein Betriebsergebnis von 738 TEUR (2010 769 TEUR) erwirtschaftet.

Die Zunahme der betrieblichen Erträge ist auf den Anstieg der Erlöse aus Krankenhausleistungen zurückzuführen, die im Berichtsjahr um 1.179 TEUR auf 42.172 TEUR gestiegen sind. Ursache dafür waren die Budgetsteigerungen im Vergleich zum Jahr 2010. Diese resultierten überwiegend aus den vereinbarten Leistungssteigerungen sowie der Erhöhung des Landesbasisfallwertes. Die Personalaufwendungen erhöhten sich auf 30.059.938 EUR (2010 29.575.035 EUR). 2011 waren 539 Vollkräfte (2010 519 Vollkräfte) beschäftigt.

Der **Kommunale Sozialverband Sachsen (KSV)** ist seit 1993 der überörtliche Sozialhilfeträger und die überörtliche Betreuungsbehörde. Weitere Aufgaben wurden mit dem SächsVwNG ab 01.08.2008 übertragen. Zur Erfüllung seiner Aufgaben erhebt der KSV eine Umlage für nicht gedeckten Bedarf. Der Landkreis Leipzig zahlte 2011 eine Sozialumlage in Höhe von 21.632.681,32 EUR. Die Jahresrechnung für 2011 schließt mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben in Höhe von 493.039.121 EUR lagen um 22.563.053 EUR über dem Plan. Der Stand der allgemeinen Rücklage beträgt per 31.12.2011 35.908.334 EUR. Darin enthalten ist die gesetzliche Mindestrücklage von 9.236.324 EUR.

Der **Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln** ist Träger des Rettungsdienstes im Zweckverbandsgebiet.

Der Jahresabschluss 2011 des Rettungszweckverbandes endet mit Erträgen in Höhe von 12.859.663,92 EUR und Aufwendungen in Höhe von 13.211.277,61 EUR. Das ergibt einen Fehlbetrag von 351.613,69 EUR.

Dieser Fehlbetrag soll auf neue Rechnung vorgetragen werden und im Ergebnis der Kassenverhandlungen 2012 in der Entgeltkalkulation 2013 berücksichtigt werden, Der Umgang mit den Fehlbeträgen wurde im Rahmen der Feststellung der Jahresrechnung von der Verbandsversammlung beschlossen.

Struktur- und Wirtschaftsförderung

Am 10.06.1997 wurde die „Südraum Leipzig GmbH“ errichtet. Mit der Neufassung des Gesellschaftsvertrages am 10.07.2003 wurde die Firma in „**WILL- Wirtschaftsförderung Leipziger Land GmbH**“ geändert. Der Landkreis hält 100% des Stammkapitals (30.750 EUR) der Gesellschaft.

Mit Kreistagsbeschluss Nr.2011/065 vom 06.07.2011 wurde die Liquidation der WILL GmbH beginnend am 01.08.2011 beschlossen. Ein Liquidator wurde bestellt.

Bereits ab 05.09.2011 ist die Gesellschaft ohne Mitarbeiter. Alle 4 Mitarbeiter baten um einen Auflösungsvertrag. Das Mietobjekt wurde bereits am 23.09.2011 übergeben.

Die WILL- Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i.L. erwirtschaftete im Jahr 2011 einen Fehlbetrag in Höhe von 163.420,55 EUR. Dieser Fehlbetrag soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Ein Gesellschafterbeschluss liegt noch nicht vor. Er soll am 15.01.2013 nach Vorberatung im Aufsichtsrat gefasst werden.

Wie zügig die Gesellschaft aufgelöst werden kann, ist z. Zt. nicht einschätzbar, da verschiedene Grundstücksverkäufe noch abzuwickeln sind.

Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH wurde 1993 gegründet. Die Gesellschaft hatte ein Stammkapital von 50.000,00 DM (25.564,59 EUR). Mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages einschließlich der Umwandlung der Anteile in EUR im Jahr 2007 beträgt das Stammkapital der Gesellschaft 25.600 EUR.

Der Anteil des Muldentalkreises am Stammkapital veränderte sich damit auf 4.500,00 EUR bzw. 17,54 %. Mit Notarvertrag vom 10.12.2007 hat der Landkreis Leipziger Land einen Geschäftsanteil in Höhe von 1.500,00 EUR erworben.

Im Rahmen der Neugliederung der Landkreise zum 01.08.2008 verfügt der Landkreis Leipzig als Rechtsnachfolger beider Gesellschafter über Geschäftsanteile von 6.000,00 EUR bzw. 23,4 %.

Schwerpunkt des Unternehmens ist die integrierte Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung. Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Bündelung und Zusammenführung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung. Die Entwicklung von entsprechenden Projekten und die Kombination verschiedener Finanzierungsformen und -quellen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein.

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2011 mit einem Fehlbetrag in Höhe von 51.571,55 EUR ab. Laut Gesellschafterbeschluss vom 28.Juni 2012 ist der Jahresfehlbetrag auf neue Rechnung vorzutragen.

Der **Zweckverband Kommunales Forum** setzt sich zum Ziel, die durch den Braunkohlenabbau in Anspruch genommene Region zu entwickeln. Es werden der Ausbau der Verkehrs- und technischen Infrastruktur, die Entwicklung als Wirtschafts- und Lebensraum, die wasserwirtschaftliche Sanierung, die Landschaftsgestaltung, die Förderung des Tourismus und Fragen der Flächenverfügbarkeit abgestimmt, beraten und vertreten. Der Zweckverband ist Träger des MEDIOS- Projektes im Südraum Leipzig. Weitere Aufgaben sind die wassertouristischen Anlagen des Gewässerverbundes sowie das ILE- Regionalmanagement. Der Landkreis zahlte 2011 eine Umlage in Höhe von 15.200,00 EUR. Die Jahresrechnung des Haushaltjahres 2011 ist ausgeglichen und schließt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 604.660,64 EUR ab. Es erfolgte eine Rücklagenzuführung in Höhe von 21.111,39 EUR. Der Bestand der allgemeinen Rücklage zum Ende des Jahres 2011 war 36.901,59 EUR bei einer Pflichtrücklage in Höhe von 11.370,62 EUR.

Dem **Regionalen Planungsverband Westsachsen** obliegt die Regionalplanung für die Planungsregion Westsachsen, die mit dem Landesdirektionsbereich Leipzig deckungsgleich ist. Die regionalen Planungsverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben die Aufgabe, für das Gebiet ihrer Planungsregion den Regionalplan aufzustellen und fortzuschreiben sowie auf seine Umsetzung hinzuwirken. Regionalpläne enthalten Grundsätze und Ziele für die räumliche Ordnung und Entwicklung der jeweiligen Planungsregion, insbesondere in den Bereichen der Ökologie, der Wirtschaft, der Siedlung und der Infrastruktur. In den Regionalplan ist zugleich der Landesrahmenplan einbezogen. In den Braunkohlegebieten der Planungsregion Westsachsen sind darüber hinaus für jeden Braunkohletagebau Braunkohlenpläne bzw. für stillgelegte oder stillzulegende Tagebaue Sanierungsrahmenpläne aufzustellen. Der Regionale Planungsverband und der Zweckverband Kommunales Forum Leipzig spielen für die Region aus planerischen Gesichtspunkten eine wesentliche Rolle. Die finanzielle Belastung für den Landkreis 2011 betrug 10.787,76 EUR.

Der Gesamthaushalt des Regionalen Planungsverbandes schließt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 1.209.333,65 EUR. Im Ergebnis der Jahresrechnung konnten 137.438,51 EUR der allgemeinen Rücklage zugeführt werden.

Verkehr

Für die **Personenverkehrsgesellschaft Muldentale mbH** verlief das Geschäftsjahr 2011, ebenso wie die vorangegangenen Jahre, erfolgreich. Es ist gelungen mit einem stabilen Leistungsangebot die Position der PVM als dienstleistungsorientiertes Verkehrsunternehmen zu festigen.

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2011 insgesamt Umsatzerlöse in Höhe von 6.471 TEUR (Vj. 6.499 TEUR). Die Umsatzreduzierung resultiert aus der Verringerung der Fahrgastzahlen gegenüber 2010 und die damit verbundenen Ausgleichszahlungen im Einnahmeaufteilungsverfahren (2011 208 TEUR, Vj. 284 TEUR). Weiterhin hat die Gesellschaft im Schienenersatzverkehr gegenüber 2010 einen Umsatzrückgang von 169 TEUR zu verzeichnen. Dies ist auf den Wegfall des in 2010 erhaltenen Großauftrages (einmalig) der Mitteldeutschen Regiobahn zurückzuführen. Durch die nachträgliche Antragstellung aufgrund gestiegener Dieselpreispreise beim Landkreis Leipzig und die umleitungsbedingte Erhöhung der Fahrkilometer kommt es bei den Betriebskostenzuschüssen zu einer Steigerung der Umsätze gegenüber 2010 um 107 TEUR.

Der Materialaufwand steigt deutlich an. Hier spiegelt sich die Entwicklung der Treibstoffpreise wider. Der Personalaufwand stieg um 2,32 %. Hier wirken die neuen Stundensätze des Vergütungstarifvertrages vom 1. Oktober 2010.

Das Unternehmen weist einen Jahresüberschuss von 256 TEUR aus (Vj. 168 TEUR). Einen bedeutenden Anteil am Jahresergebnis haben Sondereinflüsse, die sich z. B. aus Schadenersatzleistungen durch Versicherungen, aus Nachzahlungen für Zuschüsse aus dem Jahr 2010, eine Vereinbarung zur Kfz-Versicherung sowie Wertberichtigungen ergeben. Sie sind mit einem Saldo von 360 TEUR (Vj. 130 TEUR) für das positive Jahresergebnis verantwortlich.

Investitionen wurde in Höhe von 979 TEUR getätigt, davon 4 neue Busse mit einem Gesamtvolumen von 863 TEUR.

Für die **THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH** war das Geschäftsjahr 2011 von einer schwierigen Ertragslage aufgrund sinkender Umsatzerlöse und Kostensteigerungen im ÖPNV gekennzeichnet.

Die Geschäftsführung hebt hervor, dass der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft auch im Geschäftsjahr 2011 die Erbringung der Verkehrsleistungen im ÖPNV im Auftrag der Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land und Landkreis Leipzig war. Unter schwierigen Rahmenbedingungen,

insbesondere sinkenden Fahrgastzahlen im Linienverkehr um 1,8 % und steigenden Kosten, hat die Gesellschaft ein stabiles Verkehrsangebot beibehalten können.

Erstmalig wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 68 erwirtschaftet. Dieser Entwicklung liegen die nachfolgend aufgeführten Ursachen zugrunde.

Die Umsatzerlöse im Bereich Verkehr sind neben den rückläufigen Fahrscheineinnahmen auch durch den Rückgang der Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG im Bediengebiet Sachsen um TEUR 296 sowie im Bediengebiet Thüringen um TEUR 61 beeinflusst. Der Rückgang der Erlöse aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG resultiert aus der neuen Methodik der Zuweisung der Stückzahlen (Fahrscheinverkäufe) und Erträge sowie der Kappung in Sachsen. Zudem wirkte sich für die Antragstellung 2011 die vorsichtige Einschätzung der zugrundeliegenden Prämissen (Verbundzuschlag/mittlere Reiseweite) aus.

Zusätzliche Umsatzerlöse wurden durch Antragstellung auf der Grundlage des Anpassungsverlangens (§ 10) des Verkehrsfinanzierungsvertrags mit dem Landkreis Leipzig in Höhe von TEUR 433 für den Ausgleich der rückläufigen Erträge im Ausbildungsverkehr sowie der hohen Kraftstoffkosten im Geschäftsjahr erzielt. Des Weiteren verzeichnet die Gesellschaft einen Umsatzrückgang bei den Erträgen aus der Fahrzeuginstandsetzung und -vermietung um TEUR 91 sowie in Höhe von TEUR 21 im Bereich der verkauften Reiseleistungen aufgrund der rückläufigen Entwicklung der Reisebuchungen für eigene Reisen und der Provisionen aus der Kooperation mit der Meissen-Tourist GmbH.

Kostensteigerungen sind insbesondere bei den Kraftstoffaufwendungen für Diesel (+ TEUR 178), den Personalaufwendungen (+ TEUR 172) und den eigenmittelfinanzierten Abschreibungen (+ TEUR 147) zu verzeichnen. Die Entwicklung des Personalaufwands gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der Tarifierung zum 1. Mai 2011 um ca. 4,7 % gemäß Tarifvergütungsvertrag 2011 und der Erhöhung der Beschäftigtenzahl (+ 2) im Jahresdurchschnitt. Hinsichtlich der Vermögens- und Finanzlage führt die Geschäftsführung aus, dass die Liquidität im Geschäftsjahr 2011 durch eingeleitete Maßnahmen stets gesichert war.

Wesentliche Investitionen des Geschäftsjahres betrafen den Erwerb von drei Bussen und die Rücklieferung von sechs Bussen im Rahmen der Geltendmachung von Gewährleistungsansprüchen auf der Grundlage der Vereinbarung mit der MAN einschließlich der Lieferung von sechs neuen Bussen.

Der Jahresabschluss 2011 der **Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV)** schließt nach Passivierung der nicht verbrauchten Gesellschafterzuschüsse mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis.

Die Gesellschafterversammlung hat am 5.12.2011 beschlossen, Mittel des Jahres 2011 (140 TEUR) und Mittel des Jahres 2010 (8 TEUR) zur Fertigstellung der damit geplanten Maßnahmen nach 2012 zu übertragen. Die Verwendung der nicht verbrauchten und nicht bereits übertragenen Mittel in Höhe von 95 TEUR wird der Gesellschafterversammlung zur Entscheidung vorgelegt.

Die Tarifeinnahmen im Verbundgebiet lagen erstmals seit der Einführung des Verbundtarifs im Jahr 2001 mit 160,4 Mio EUR um 1,1 % unter dem Vorjahresergebnis.

Das Verkehrsaufkommen sank um 0,7 % auf 173,1 Mio Fahrgäste im Jahr 2011.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskursschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Die Risiken der künftigen Entwicklung werden durch die Geschäftsführung als gering eingestuft, da die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt ist.

Im Bereich des schienengebundenen Personennahverkehrs ergeben sich für den Landkreis keine unmittelbaren finanziellen Verpflichtungen, da der **Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** zur Finanzierung der Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes die entsprechenden Mittel durch den Freistaat Sachsen erhält.

Entsorgung

Der Kommunale Eigenbetrieb „**Abfallwirtschaft Muldental – Kommunaler Eigenbetrieb des Landkreises Leipzig**“ weist anhand der Erlöse und Aufwendungen im Wirtschaftsjahr 2011 einen Jahresgewinn von 11.422 EUR aus, nachdem der Gebührenaussgleichsrückstellung 508 TEUR zugeführt worden sind.

Der Eigenbetrieb hat alle im Sinne von § 2 SächsEigBVO vom Landkreis Leipzig bezogenen Dienstleistungen vergütet. Die Kosten für Haupt- und Personalamt, Straßen- und Hochbauamt, Finanzverwaltung, Rechnungsprüfungsamt, Rechtsamt und Umweltamt beliefen sich auf 604 TEUR.

Die Umsatzerlöse liegen 3% über den Planwerten.

Mit Inkrafttreten des neuen Sächsischen Eigenbetriebsgesetzes (Gesetz über kommunale Eigenbetriebe im Freistaat Sachsen) am 11. Juli 2009 ist das Gesetz in wesentlichen Inhalten geändert worden. Die Zulässigkeit kommunaler Eigenbetriebe ist an die Voraussetzungen des § 1 SächsEigBG gebunden. Dieser setzt nunmehr voraus, dass es sich um ein Unternehmen handelt, dass nach Art und Umfang der Tätigkeit eine selbständige Wirtschaftsführung rechtfertigt.

In Umsetzung dieser Erfordernisse wird der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft zum 31.12.2011 aufgelöst. Die Beschlussfassung erfolgte hierfür in der Sitzung des Kreistages am 04.05.2011.

Das Geschäftsergebnis der **KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH** liegt deutlich über den Erwartungen. Die Umsätze sind im Berichtsjahr bei unveränderter Auftragslage um 5,7 % auf 6,9 Mio EUR gestiegen. Wesentliche Grundlage dafür sind die Verträge über die Verwertung von Altpapier mit dem Landkreis Leipzig, sowie der Kommunalvertrag über die Entsorgung im Gebiet des Altlandkreises Leipziger Land. Hinzu kommen Papierverträge mit den Dualen Systemen sowie den Papierverwertern.

Ganz entscheidend wurden die Umsätze durch die Erlöse für den Verkauf des erfassten Altpapiers beeinflusst. Sie stiegen trotz schwachem 4. Quartal im Vergleich zum Vorjahr um 10 %. Auch im Bereich Sperrmüll lagen die Umsätze ca. 10 % über dem Vorjahresniveau.

Gemäß Gesellschaftervertrag der KELL GmbH werden die Umsätze im Wesentlichen mit dem Landkreis Leipzig erzielt.

Der Jahresüberschuss beträgt 166 TEUR. Höhere Wertstoffpreise, größere kommunale Mengen sowie niedrige Miet- und Leasingaufwendungen beeinflussten das Betriebsergebnis unter Berücksichtigung von Kfz- und Grundsteuern positiv.

Während sich die Personalkosten auf Vorjahresniveau bewegen und die Sachkosten im Vergleich zum Vorjahr sogar gesunken sind, erhöhten sich die Aufwendungen im Fahrzeugbereich um 27 %. Ursache dafür sind erheblich gestiegene Preise für Ersatzteile sowie die Entwicklung der Kosten für Mineralölherzeugnisse (Diesel).

Die Geschäftsjahre 2011 und 2012 werden in der Geschichte der Gesellschaft einzigartig sein. In diesem Zeitraum wird die Gesellschaft 76 % der Bilanzsumme des Jahres 2010 investieren. Das Investitionsvolumen ergibt sich aus den Anforderungen des zum 01.01.2012 beginnenden Kommunalvertrages mit dem Landkreis Leipzig.

Im Berichtsjahr wurden 2,4 Mio EUR investiert. Die Investitionen erfolgten vorwiegend in Fahrzeugtechnik sowie Behälter. Hinzu kam die Errichtung bzw. Ertüchtigung von 10 Wertstoffhöfen im Landkreis. Aufgrund langwieriger Genehmigungsverfahren konnten die Baumaßnahmen für die Wertstoffhöfe erst im Oktober/November 2011 beginnen. Damit war deren Fertigstellung zum 31.12.2011 nicht realisierbar. Diese wird im 1. Halbjahr 2012 nachgeholt.

Durch das Geschäftsmodell der KELL sind bei den Erträgen zukünftig keine größeren Ausschläge nach oben oder unten zu erwarten. Durch die LSP-Kalkulation kann man von stabilen Ertragsserwartungen ausgehen. Allerdings sind dadurch auch Ertragszuwächse unwahrscheinlich.

Der **Zweckverband Tierkörperbeseitigung Sachsen** schloss das Berichtsjahr mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der Entsorgungsbetrieb lief im Jahr 2011 technisch stabil. Die wirtschaftliche Situation des Zweckverbands ist geordnet. Im Jahr 2011 war ein Rückgang der verarbeiteten Menge an Rohware auf ca. 32.000 t (2010: ca. 39.000 t) festzustellen. Wesentliche Ursache war die Schließung eines großen Schlachthofes in Chemnitz. Die Gebührenerlöse gingen daher zurück. Als Reaktion wurde die Fahrweise der Anlage angepasst, um zumindest einen Teil der Rückgänge zu kompensieren. Die Marktpreise für die Produkte Tiermehl, Tierfett und Tierhäute sind leicht gestiegen, so dass der Verkauf wesentlich mit zur Kostendeckung beiträgt.

Neben der kontinuierlichen Beseitigung von tierischen Nebenprodukten aus der Landwirtschaft, der Nahrungsmittel- sowie der Pharmaindustrie ist weiterhin ein leistungsfähiger Verarbeitungsbetrieb für den Tierseuchenfall vorzuhalten. Die vorhandene, starkem Verschleiß unterliegende Technik sowohl im Bereich Produktion als auch im Fuhrpark ist zu ersetzen. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Dauerhaftigkeit und die Effizienz sowie die sich ändernden Rohwarenmengen und –zusammensetzungen zu achten. Das System der externen Stell- und Ruheplätze des Fuhrparks ist zu konzentrieren. Der Betrieb ist entsprechend des rechtlichen Rahmens (EU-Recht) weiterzuentwickeln.

Für den Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) liegt bisher kein geprüfter und testierter Jahresabschluss zum 31.12.2009, zum 31.12.2010 und zum 31.12.2011 vor.

Sparkassen

Die Sparkasse Muldental mit Sitz in Grimma ist eine Sparkasse mit kommunalem Träger im Freistaat Sachsen. Träger ist der Landkreis Leipzig. Das Kompetenzzentrum Vermögensmanagement befindet sich in Grimma mit Betreuersitzen in den Geschäftsstellen Wurzen, Brandis, Bad Lausick, Naunhof und Colditz. Beschäftigte des Kompetenzzentrums Firmen- und Gewerbetunden beraten die Kunden in Grimma und Wurzen. Die Sparkasse ist Mitglied im Ostdeutschen Sparkassenverband (OSV). Der Jahresüberschuss konnte mit 1,358 Mio EUR stabilisiert werden. In der Anhörung zur Verwendung des Jahresüberschusses wurde beschlossen, dem Kreistag eine Ausschüttung an den Landkreis Leipzig aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 200.000 EUR vorzuschlagen. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 18.07.2012 die Ausschüttung über 200.000 EUR beschlossen. Um diesen Teilbetrag verringert sich somit die Zuführung des Bilanzgewinns zur Sicherheitsrücklage. Grundsätzlich ist eine Ausschüttung von bis zu 75 % des Jahresüberschusses an den kommunalen Träger möglich. Im folgenden Beteiligungsbericht wird kein weiterer Bezug zur Sparkasse Muldental genommen. Es besteht kein Beteiligungsverhältnis und somit ist nach § 99 SächsGemO kein Beteiligungsbericht zu erstellen.

Der **Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig** fungiert als Träger und Anteilseigner der Sachsen-Finanzgruppe. In dieser Eigenschaft ist er für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig auch Empfänger von Ausschüttungen der Sachsen-Finanzgruppe. Außerdem ist der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig Verbandsmitglied des zum 24.09.2004 gegründeten Zweckverbandes für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig. Dieser entstand als Dachzweckverband im Zusammenhang mit der Vereinigung der Kreissparkasse Torgau-Oschatz mit der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und dient der Wahrnehmung der trägerschaftlichen Restbefugnisse der ehemaligen kommunalen Träger der Sparkasse gegenüber der vereinigten Verbundsparkasse Leipzig bzw. der Sachsen-Finanzgruppe. Im Zuge der zum 01.07.2005 vollzogenen dinglichen Vereinigung der Sparkasse Delitzsch-Eilenburg auf die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig wurde eine Änderung des bestehenden Zweckverbandes für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig vollzogen. Hiernach trat der neugegründete Sparkassenzweckverband Nordwestsachsen, dem wiederum die Landkreise Torgau-Oschatz und Delitzsch als Mitglieder angehörten, an die bisherige Stelle des Landkreises Torgau-Oschatz im Dachzweckverband. Infolge des Gesetzes zur Neugliederung der Landkreise im Freistaat Sachsen und zur Änderung anderer Gesetze vom 29.01.2008 (Sächsisches Kreisgebietsneugliederungsgesetz - SächsKrGebNG) wurde zum 01.08.2008 der aus den aufgelösten Landkreisen Delitzsch und Torgau-Oschatz neu gebildete Landkreis Nordsachsen Verbandsmitglied des ZV vereinigte Verbundsparkasse (anstelle des aufgelösten Sparkassenzweckverbandes Nordwestsachsen). Des Weiteren wurde der neu gebildete Landkreis Leipzig Verbandsmitglied des Sparkassenzweckverbandes (anstelle des bisherigen Landkreises Leipziger Land). Die Einnahmen- und Ausgabensituation des Sparkassenzweckverbandes für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig wird allein von den Ausschüttungen bestimmt, die er als Anteilseigner an der Sachsen-Finanzgruppe erhält und die satzungsmäßig vollständig an die Verbandsmitglieder verteilt werden. Im Jahr 2007 hatte der Sparkassenzweckverband eine von der Anteilseignerversammlung beschlossene Ausschüttung der Sachsen-Finanzgruppe aus dem Geschäftsjahr 2006 in Höhe von insgesamt 6.436.999,74 EUR - ohne Abzug von Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag - erhalten. Der Anteil für den Landkreis Leipziger Land belief sich auf 1.446.393,84 EUR. Seit 2007 wurde in Anteilseignerversammlungen der Sachsen-Finanzgruppe beschlossen das Ausschüttungsmodell auszusetzen.

Informationstechnologie (IT)

In 2011 wurden insgesamt neue Aufträge von rund 3,89 Mio. € verzeichnet. Davon sind 1,38 Mio. € einmalige und 2,5 Mio. € jährliche Leistungen. Die Gesamtleistung von **KISA** nahm gegenüber dem Vorjahr um 12,7 % bzw. 2.483 T€ ab. Der Jahresüberschuss beträgt 244 TEUR (Vorjahr 8,8 TEUR). Die Bilanzsumme der KISA erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 1.752 T€. Im Berichtsjahr investierte KISA 1.235 T€ in Sachanlagen und immaterielle Wirtschaftsgüter.

Beteiligungen:

	KDN GmbH	SASKIA GmbH	Lecos GmbH
Stammkapital	60.000,00 EUR	255.645,394 EUR	200.000,00 EUR
Anteil KISA	100 %	10 %	10 %
Bilanzsumme 2011	1.336.876,27 EUR	1.473.228,75 EUR	10.520.307,28 EUR
Ergebnis 2011	- EUR	181.442,16 EUR	177.372,00 EUR
Ausschüttung 2011	- EUR	18.467,42 EUR	6.807,09 EUR

Die Liquiditätssituation der Gesellschaft bedarf einer ständigen Kontrolle. Zur Deckung des Kapitalbedarfs stehen grundsätzlich flüssige Mittel und ein Kontokorrentkredit zur Verfügung. Die Liquidität von KISA war im Berichtsjahr gesichert, zum Teil unter Inanspruchnahme des Kontokorrentkredits. Die Gründe für die Notwendigkeit der Inanspruchnahme des Kontokorrentkredits sind nachfolgend in Stichpunkten aufgeführt:

- Ausschüttung aus Rücklagen bei Gründung von KISA, Abfluss von über 2 Mio. EUR liquider Mittel
- Jahresfehlbeträge der Jahre 2004, 2005, 2009, damit Abfluss liquider Mittel
- Finanzierung von Investitionen aus laufendem Geschäft ohne Kreditaufnahme
- Investition in eigene Entwicklung, Erträge daraus sind erst mittelfristig liquiditätswirksam
- Investition in Ablösung von Altverfahren in sehr hohen Größenordnungen, Erträge daraus sind erst mittelfristig liquiditätswirksam
- terminliche Differenz von Lieferanten- und Kundenfälligkeiten
- Vorzeitige Bedienung KVS für Personalzahlung (bis 31.12.2011).

Der Finanzmittelfonds besteht am Bilanzstichtag aus 3 T€ Bareinlagen und 1 T€ Kassenbestand.

Risiken, die den Fortbestand des Zweckverbandes KISA gefährden können, sind derzeit nicht erkennbar. KISA prognostiziert für das Geschäftsjahr 2012 Umsätze auf Vorjahresniveau. Durch präventive Kostenkontrolle soll der Verwaltungsaufwand auf konstant niedrigem Niveau gehalten werden und insgesamt nachhaltig gewirtschaftet werden. Es ist nicht auszuschließen, dass sich die Mehraufwendungen, insbesondere die Entwicklungs- und Umstellungsaufwendungen der Vorjahre, auch noch auf das aktuelle Geschäftsjahr auswirken.

Zusammenfassung

Die sich aus den Jahresabschlüssen und Jahresrechnungen der Unternehmen und Zweckverbände ergebenden Risiken wurden ausreichend dargestellt. Danach sind auch für das Jahr 2012 keine außerordentlichen Risiken für den Haushalt des Landkreises zu erwarten.

Borna, den 20.12.2012

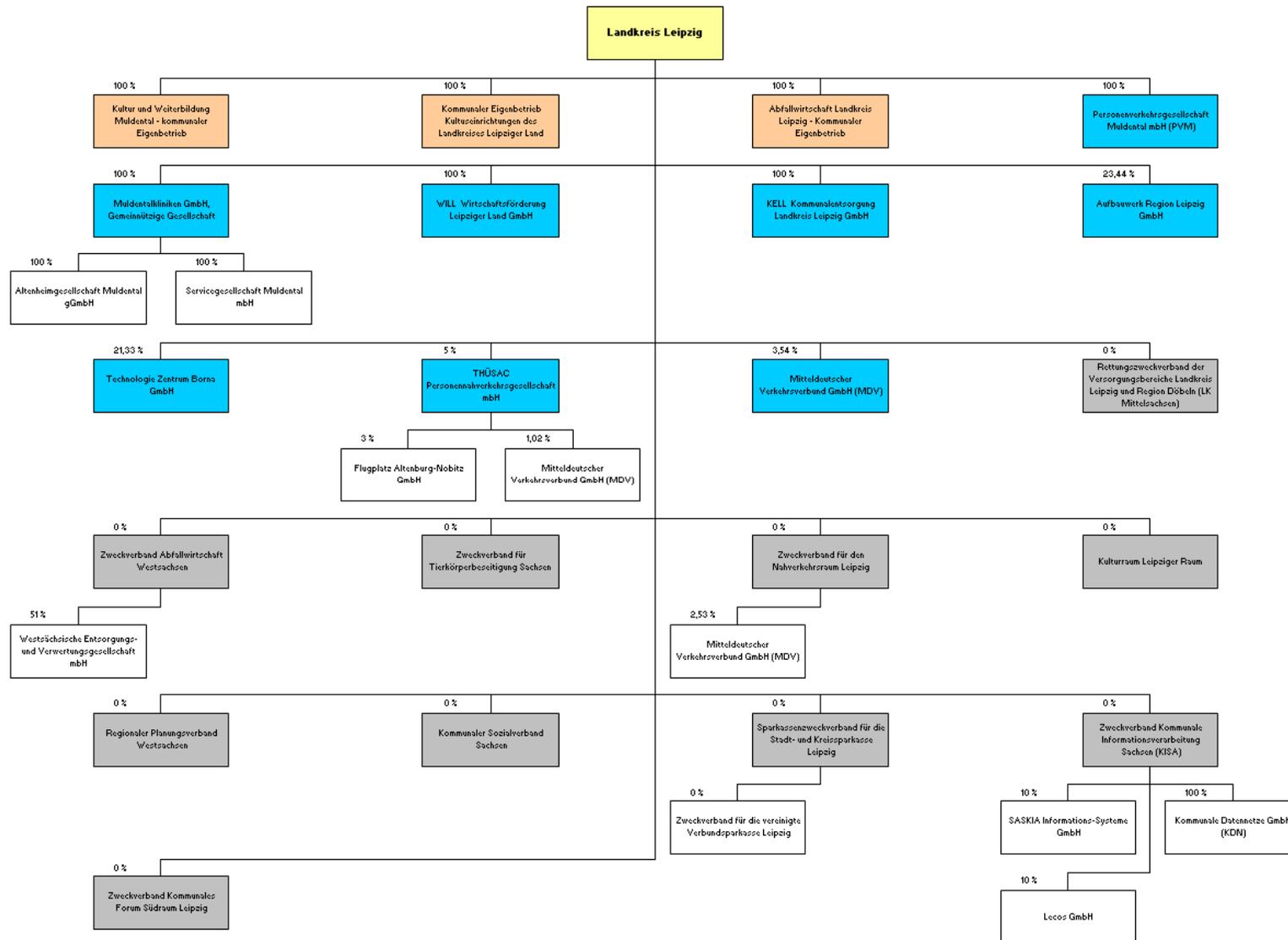


Weigelt
Leiterin der Stabsstelle
Controlling und
Beteiligungsmanagement

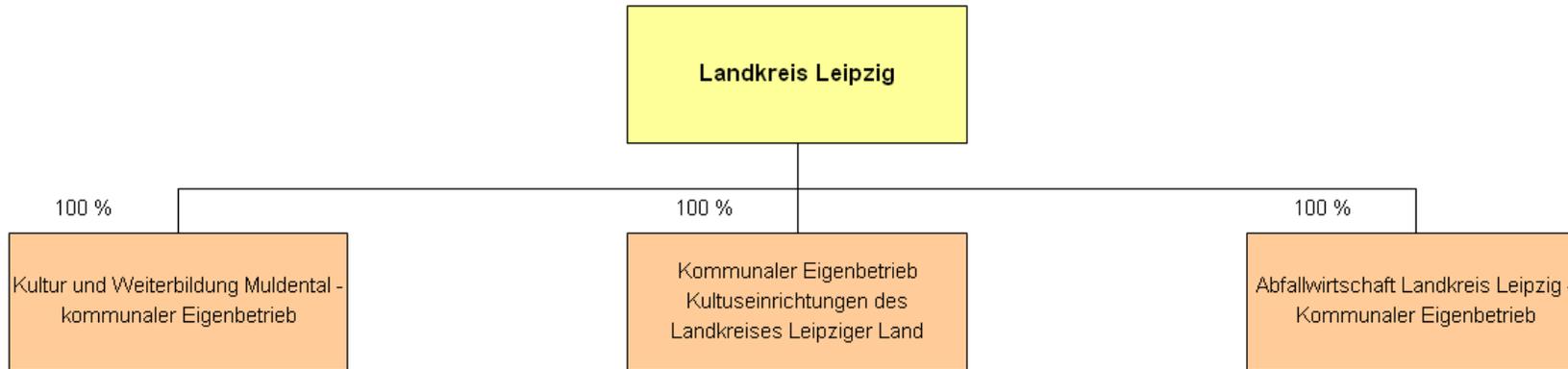
2. Übersicht über die Beteiligungen und Finanzbeziehungen des Landkreises									
Name des Eigenbetriebs, Zweckverbands, Unternehmens, Vereins/ der Anstalt	Stammeinlage/ Haftungskapital			Verlustabdeckungen und sonstige Zuschüsse aus dem Kreis- haushalt		Gewinnabführung an den Landkreis		Bürgschaften/ sonstige Gewährleistungen des Landkreises	Sonstige gewährte Vergünstigungen
	Gesamt in €	Anteil d. Landkreises in €	Anteil in %	2010 in €	2011 in €	2010 in €	2011 in €		
Kultur und Bildung									
<i>Kultur und Weiterbildung Muldentalkommunaler Eigenbetrieb</i>	0,00	0,00	0,00	705.300,00	959.005,58	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Kommunaler Eigenbetrieb Kultuseinrichtungen des Landkreises Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	737.900,00	829.743,53	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Kulturraum Leipziger Raum</i>	0,00	0,00	0,00	1.911.940,65	1.931.058,67	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesundheit/Soziales									
<i>Mulentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft</i>	25.000,00	25.000,00	100,00	0,00	0,00	80.000,00	100.000,00	0,00	0,00
<i>Altenheimgesellschaft MuldentalgGmbH</i>	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	352.556,65	588.740,30	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen</i>	0,00	0,00	0,00	69.288,07	73.664,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Kommunaler Sozialverband Sachsen</i>	0,00	0,00	0,00	20.757.399,91	21.632.681,32	0,00	0,00	0,00	0,00
Wirtschaftsförderung/Tourismus									
<i>WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L.</i>	30.750,00	30.750,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Aufbauwerk Region Leipzig GmbH</i>	25.600,00	6.000,00	23,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Regionaler Planungsverband Westsachsen</i>	0,00	0,00	0,00	13.593,15	10.787,76	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	16.654,56	16.119,11	0,00	0,00	0,00	0,00

2. Übersicht über die Beteiligungen und Finanzbeziehungen des Landkreises									
Name des Eigenbetriebs, Zweckverbands, Unternehmens, Vereins/ der Anstalt	Stammeinlage/ Haftungskapital			Verlustabdeckungen und sonstige Zuschüsse aus dem Kreishaushalt		Gewinnabführung an den Landkreis		Bürgschaften/ sonstige Gewährleistungen des Landkreises	Sonstige gewährte Vergünstigungen
	Gesamt in €	Anteil d. Landkreises in €	Anteil in %	2010 in €	2011 in €	2010 in €	2011 in €		
Verkehr									
<i>Personenverkehrsgesellschaft Muldenttal mbH (PVM)</i>	25.564,59	25.564,59	100,00	1.782.272,73	1.908.526,08	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH</i>	260.000,00	13.000,00	5,00	1.341.063,95	1.744.919,85	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)</i>	73.500,00	2.600,00	3,54	77.065,80	77.065,80	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH</i>	51.129,19	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Ver- und Entsorgung									
<i>Abfallwirtschaft Landkreis Leipzig - Kommunaler Eigenbetrieb</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH</i>	331.000,00	331.000,00	100,00	0,00	0,00	8.000,00	7.143,00	2.381.000,00	0,00
<i>Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstiges									
<i>Servicegesellschaft Muldenttal mbH</i>	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Technologie Zentrum Borna GmbH</i>	230.081,34	49.084,02	21,33	720,00	960,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)</i>	0,00	0,00	0,00	1.439.399,81	900.559,72	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamt	1.102.625,12	482.998,61		29.205.155,28	30.673.831,72	88.000,00	107.143,00	2.381.000,00	0,00

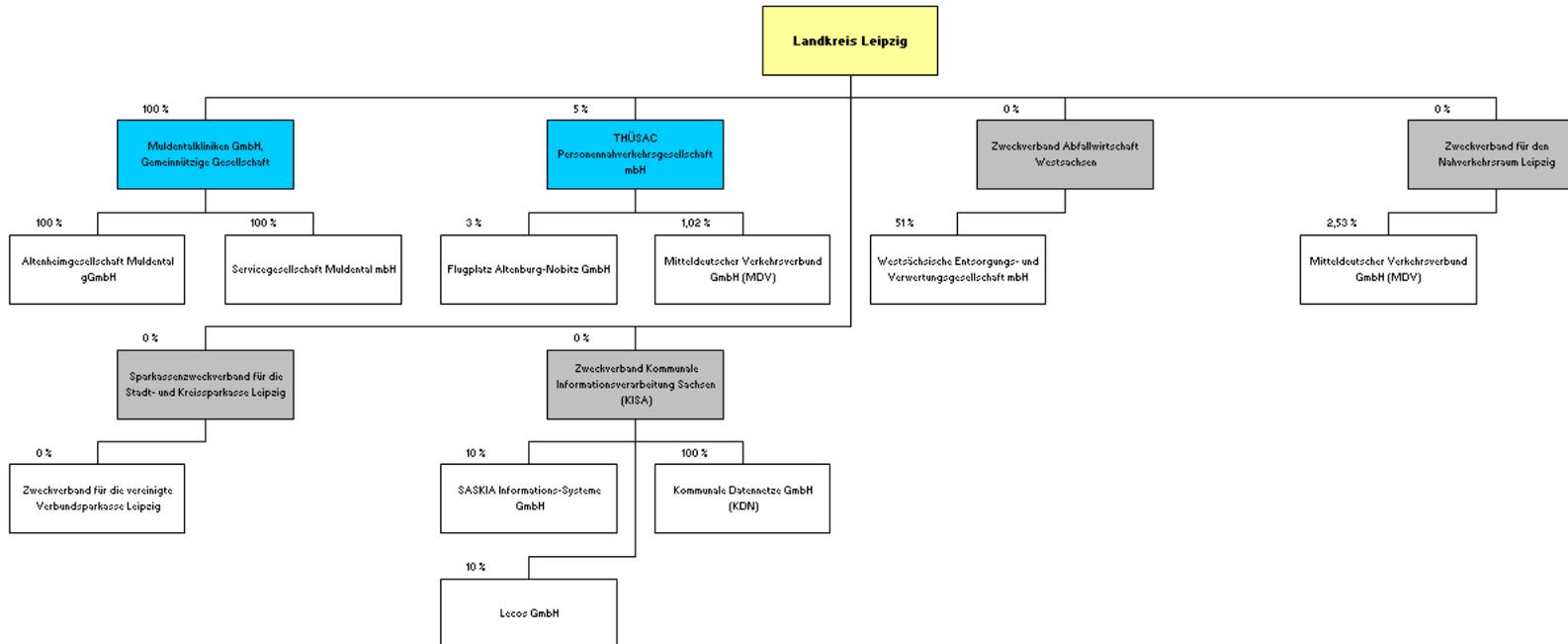
2. Gesamtorganigramm aller Beteiligungen des Landkreises



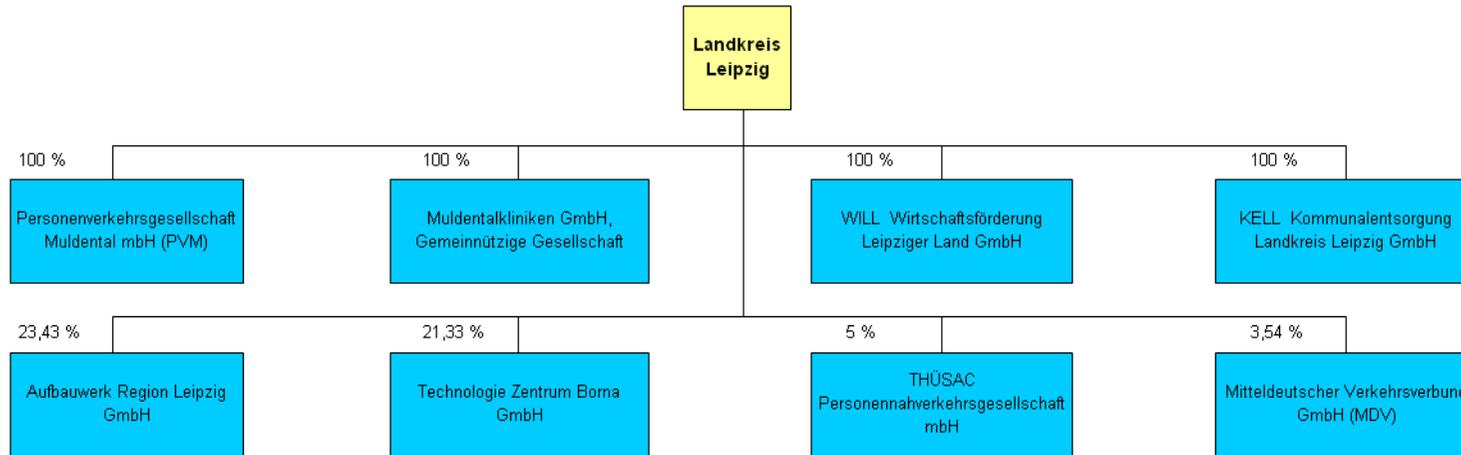
3. Übersicht über die Eigenbetriebe



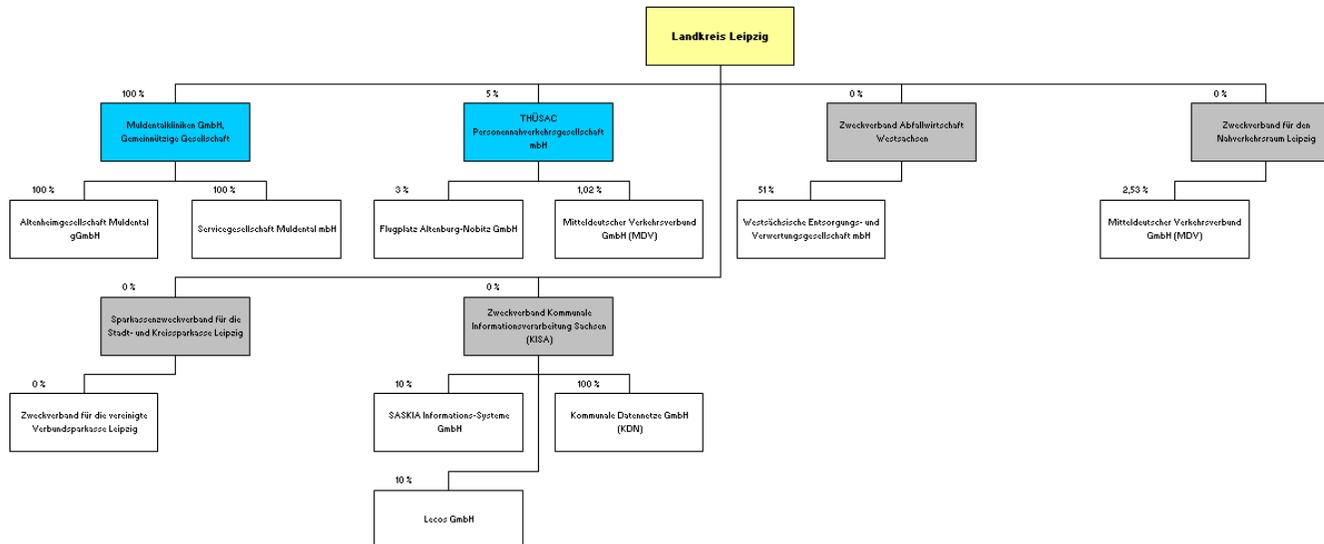
4. Übersicht über die Zweckverbände



5. Übersicht über die unmittelbaren Beteiligungen



6. Übersicht über die mittelbaren Beteiligungen



Teil II

Einzeldarstellung der Eigenbetriebe

- 1. Kultur und Weiterbildung Muldentale**
- 2. Kultuseinrichtungen des Landkreises Leipziger Land**
- 3. Abfallwirtschaft Landkreis Leipzig**

Kultur und Weiterbildung Muldentale - kommunaler Eigenbetrieb

Beteiligungsübersicht

Kultur und Weiterbildung Muldentale - kommunaler Eigenbetrieb

Lüptitzer Straße 2
04808 Wurzen

Tel. 03425 / 90 470
Fax 03425 / 90 47 18
Email vhs.mtl@t-online.de
Internet

Gründungsdatum 01.01.1996
Rechtsform Eigenbetrieb
Gründung durch Beschluss am 23.11.1995

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		0,00 EUR
--------------	--	----------

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Zweck des Eigenbetriebes ist der Erhalt der Volkshochschule und der Musikschule sowie des Schullandheimes. Die Volkshochschule bietet allen Bürgern und Bürgerinnen die Möglichkeit, ihre Bildung zu vertiefen und zu erweitern. Sie soll durch die Weiterbildungsangebote dabei helfen, die allgemeinen und beruflichen Qualifikationen zu erweitern sowie wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse beurteilen und interessenorientiert mit gestalten zu können.

Die Musikschule bietet Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine Ausbildung in den Bereichen Musik und Tanz und leistet einen Beitrag zur sozialen Erziehung und Persönlichkeitsbildung.

Das Schullandheim unterbreitet ein Ergänzungsangebot zur schulischen Bildung der Grund- und Mittelschulen sowie Gymnasien. Im Besonderen leistet es einen Beitrag zur Umweltbildung, zum Naturschutz sowie zur sozialen Bildung und Kommunikation der Schüler.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Kultur und Weiterbildung Muldentale - kommunaler Eigenbetrieb an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	0,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an den Kultur und Weiterbildung Muldentale - kommunaler Eigenbetrieb	
Verlustabdeckung	959.005,58
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00

Organe

Betriebsleitung	Thomas Friedrich
	Martina Beger
	Christian Möller
	Roland Krause
Betriebsausschuss	Dr. Gerhard Gey
	Ulrich Gäbel

	Frieder Muschler
	Dr. Jürgen Schmidt
	Thomas Kratzsch
	Andreas Zielke
	Dietmar Senf
	Kurt Schwuchow
	Hartmut Harbich
	Eberhard Kupfer
	Thomas Glaser
	Jürgen Wiesner
	Maria Gangloff
	Rainer Rahmlow
	Helga Metzker

Sonstige Angaben

Name des bestellten Abschlussprüfers	Dipl.Kaufmann Berthold Hußendörfer
Anzahl der Mitarbeiter	36

Rechtsträger		Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig		0,00 %	0,00 EUR
Dr. Gerhard Gey			

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2011 (Plan)
Anlagendeckung	95,20	84,58	97,20	0,00
Arbeitsproduktivität	66,86	68,30	84,49	86,62
Effektivverschuldung	-246.483,56	-22.916,78	-249.245,24	0,00
Eigenkapitalquote	77,00	77,92	77,66	0,00
Eigenkapitalreichweite	12,49	8,48	0,00	0,00
Eigenkapitalrendite	-8,00	-11,80	13,18	0,00
Fremdkapitalquote	23,00	22,08	22,34	0,00
Gesamtkapitalrendite	-6,16	-8,87	10,53	0,00
Investitionsdeckung	35,63	52,67	236,10	100,00
Kurzfristige Liquidität	287,06	121,00	250,91	0,00
Pro-Kopf-Umsatz	35.696,11	26.294,00	31.106,14	0,00
Vermögensstruktur	81,01	92,27	79,99	0,00

Gegenüberstellung Erfolgsplan – GuV

alle Werte in TEUR

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2011	Δ Plan – Ist 2011
Umsatz	946,58	1.119,82	1.186,21	-5,60 %
Bestandsänderung	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Aktivierete Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	100,00 %
sonstige betriebliche Erträge	1.366,09	1.645,25	1.374,07	19,74 %
sonstige Zuschüsse	660,79	686,24	718,77	-4,53 %
Zuschuss LK / BKZ	705,30	959,01	655,30	46,35 %
Gesamtleistung	2.312,68	2.765,07	2.560,28	8,00 %
Materialaufwand	521,64	671,49	674,82	-0,49 %
Aufwand RHB	53,41	55,30	61,00	-9,34 %
Aufwand für bezogene Leistungen	468,24	616,19	613,82	0,39 %
Personalaufwand	1.385,87	1.325,34	1.369,44	-3,22 %
Abschreibungen	115,81	110,30	98,72	11,73 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	448,16	436,63	417,67	4,54 %
Zinserträge	0,95	0,26	0,90	-71,11 %
Zinsaufwendungen	6,20	6,16	0,00	100,00 %
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	-164,06	215,39	0,53	40.539,62 %
Außerordentliches Ergebnis	-9,20	0,00	0,00	100,00 %
Steuern	0,00	0,39	0,53	-26,42 %
Steuern von Einkommen und Ertrag	0,45	0,00	0,00	100,00 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-173,71	215,01	0,00	100,00 %

Bilanz

alle Werte in TEUR

	2009	2010	2011
AKTIVA	2.023,56	1.889,53	2.100,07
<i>Anlagevermögen</i>	1.639,36	1.743,45	1.679,86
<i>Vorräte</i>	2,12	1,10	2,49
<i>Forderungen</i>	32,80	23,87	33,94
<i>Forderungen gegen Gesellschafter</i>	150,90	2,80	0,78
<i>Sonstige Vermögensgegenstände</i>	10,72	6,36	28,00
<i>Wertpapiere</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Kassenbestand, Bank</i>	186,64	111,63	354,63
<i>ARAP</i>	1,01	0,32	0,37

PASSIVA	2.023,56	1.889,53	2.100,07
<i>Eigenkapital</i>	424,25	250,54	465,54
Stammkapital	414,54	465,54	465,54
Kapitalrücklagen	137,91	0,00	0,00
Gewinn-/Verlustvortrag	-3,49	-41,30	-215,01
Jahresüberschuss/- fehlbetrag	-124,72	-173,71	215,01
<i>Sonderposten mit Rücklageanteil</i>	1.133,98	1.221,78	1.165,31
dav. dem Eigenkapital zuzurechnen	1.133,98	1.221,78	1.165,31
dav. dem langfristigen Fremdkapital zuzurechnen	0,00	0,00	0,00
<i>Rückstellungen</i>	159,73	259,33	258,35
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. kurzfristig</i>	0,25	0,25	0,25
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. langfristig</i>	2,49	2,24	1,99
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern</i>	0,00	0,00	11,42
<i>Verbindlichk. L&L, sonst. Verbindlichkeiten</i>	132,85	119,57	154,81
<i>PRAP</i>	170,01	35,82	42,40

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

1. Geschäftsverlauf und Geschäftslage

Der kommunale Eigenbetrieb Kultur und Weiterbildung Muldental vereinigt die Volkshochschule Muldental, die Musikschule „Theodor Uhlig“ und das Schullandheim Bennewitz.

Der Kultur- und Bildungsbetrieb ist gemeinnützig und entsprechend der Satzung ist eine Gewinnerzielungsabsicht auf Dauer ausgeschlossen.

Die Struktur des Eigenbetriebes teilt Volkshochschule und Musikschule in selbständige Verantwortungsbereiche, was sich in der Benennung von zwei Leitern, die gleichzeitig als stellvertretende Betriebsleiter fungieren, dokumentiert. Das Schullandheim wird als pädagogischer Fachbereich innerhalb der Volkshochschule geführt.

Das Wirtschaftsjahr 2011 endete mit einem Jahresgewinn in Höhe von 215.005,58 EUR. Dieses Ergebnis wurde erreicht, weil der Landkreis zusätzlich zu dem mit dem Wirtschaftsplan beschlossenen Zuschuss in Höhe von 655.300 EUR einen Zuschuss per Kreistagsbeschluss 2011/161 in Höhe von 303.705,58 EUR für die Deckung von Verlustvorträgen gewährt hat. Nach Einschätzung des Eigenbetriebsleiters sind in der Zuschussgewährung keine EU-beihilferechtlichen Vorgaben verletzt. Mittel, die nicht zur Deckung von Verlusten benötigt werden, sind als Verbindlichkeit gegenüber dem Landkreis ausgewiesen.

Das Einnahmenniveau der Volkshochschule von 2010 konnte im Geschäftsjahr 2011 wesentlich erhöht werden (TEUR 177). Die Zuschüsse des Freistaates waren im Berichtsjahr TEUR 17 höher als im Vorjahr.

Bei der Musikschule stiegen die Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr um 2 TEUR. Die Zuschüsse des Freistaates an die Musikschule fielen 3 TEUR und die des Kulturraumes um 11 TEUR geringer als im Vorjahr aus.

Die Einnahmen des Schullandheimes sind um 6 TEUR geringer im Vergleich zu 2010.

Das Eigenkapital sowie die Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

A. Eigenkapital

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung
	EUR	EUR	EUR
I. Rücklagen			
1. Allgemeine Rücklage	465.542,54	465.542,54	0,00
2. Zweckgebundene Rücklage	0,00	0,00	0,00
	465.542,54	465.542,54	0,00
II. Gewinn/Verlust			
Vorrträge aus Vorjahren	-215.005,58 €	-41.296,30	-173.709,28
Jahresverlust/-gewinn	215.005,58 €	-173.709,28	388.714,86
	465.542,54	250.536,96	215.005,58

B. Sonderposten aus Investitionszuschüssen

	31.12.2011	31.12.2010
	EUR	EUR
Anfangsbestand	1.221.782,81	1.133.975,14
Einstellungen	0,00	150.290,50
Auflösungen	-56.477,37	-62.482,83
Endstand	1.165.305,44	1.221.782,81

Der Sonderposten aus Investitionszuschüssen wurde aus Mitteln des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus und aus Spenden für den Ersatz des im Hochwasser geschädigten Anlagevermögens gebildet. Es handelt sich hierbei um Investitionen innerhalb des Projektes „energetische Sanierung Schullandheim“, der Projekte Ausbau Unterrichtsräume, Neubau Musikschule sowie des Projektes Rekonstruktion Schullandheim und die Ersatzbeschaffung von Anlagegütern.

Der Sonderposten wird in Höhe der Abschreibung der dazugehörigen Wirtschaftsgüter aufgelöst.

C. Rückstellungen

	Stand	Auflösung	Verbrauch	Zuführung	Auf- und Stand	Abzinsung
	01.01.2011					31.12.2011
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Altersteilzeit	154.000,00		14.017,44	11.340,00	6.160,00	157.482,56
Rückzahlung Fördermittel	88.253,97		1.364,51	3.000,00		89.889,46
Jahresabschluss- und Prüfungskosten	8.075,00		8.075,00	8.075,00		8.075,00
Urlaubsrückstellung	2.300,00		2.300,00	400,00		400,00
Interne Jahresabschlusskosten	2.500,00		2.500,00	2.500,00		2.500,00
ausstehende Rechnungen	4.200,00		4.200,00			0,00
Honorare Auftritte	0,00					0,00
Versicherungen	0,00					0,00
	259.328,97	0,00	32.456,95	25.315,00		258.347,02

Die Rückstellungen sind gem. § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Dabei werden künftige Preis- und Kostensteigerungen einbezogen. Sofern die Laufzeit der Rückstellung größer ein Jahr ist, erfolgt eine Abzinsung gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre (Abzinsungssätze der deutschen Bundesbank). Unter den Rückstellungen für zu erwartende Rückzahlungen von Fördermitteln wurden in

2010 für einen offenen Rechtsstreit TEUR 86 eingestellt. Dieser Rechtsstreit ist noch nicht beigelegt. Die Altersteilzeitrückstellungen wurden nach den Grundsätzen IDW RS HFA 3 gebildet.

Die Kapital- und Finanzstruktur hat sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt verändert:

	31.12.2011	31.12.2010
Eigenkapital bezogen auf die Bilanzsumme	22,2%	13,3%

Die Zahlungsfähigkeit des Betriebes wurde ganzjährig gewährleistet.

Die Umsatzerlöse gliedern sich folgendermaßen:

Bereich	Umsatzerlöse 2011	Umsatzerlöse 2010	Differenz	Differenz
	EUR	EUR	EUR	%
Volkshochschule	652.419,15	475.077,06	177.342,09	37,33
Musikschule	378.106,94	375.918,92	2.188,02	0,58
Schullandheim	89.295,00	95.528,10	-6.233,10	-6,52
	1.119.821,09	946.524,08	173.297,01	18,31

Insgesamt wurden in der Volkshochschule 772 Kurse (im Vorjahr 778) mit 18.484 Unterrichtsstunden (im Vorjahr 18.912) und 8.473 Teilnehmern (im Vorjahr 8.459) durchgeführt.

An der Musikschule wurden insgesamt 1.519 Schüler (im Vorjahr 1.428) unterrichtet in 593,62 Jahreswochenstunden (im Vorjahr 570,89).

Im Schullandheim wurden 3.532 Übernachtungen (im Vorjahr 3.987) verzeichnet.

Der Personalaufwand hat sich im Wirtschaftsjahr 2011 wie folgt entwickelt:

	2011	2010
	EUR	EUR
Löhne und Gehälter	1.091.774,30	1.125.962,81
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge	233.569,78	259.908,46
-davon für Altersvorsorge EUR 36.543,34 (i.Vj. EUR 38.343,39)-		
	1.325.344,08	1.385.871,27

In 2011 war für fast alle vollbeschäftigten Mitarbeiter, außer fünf Mitarbeitern, die Arbeitszeit auf freiwilliger Basis in Anlehnung an den ausgelaufenen Haustarifvertrag auf 95% gesenkt geblieben. Alle Mitarbeiter der Musikschule, die in Teilzeit und mit 0,5 VbE und mehr beschäftigt sind, haben ebenfalls einer Absenkung auf 95% ihrer Arbeitszeit zugestimmt. Die in 2011 niedriger als geplant ausgefallenen Personalkosten resultieren daraus, dass mehrere Mitarbeiter über 6 Wochen wegen Krankheit bzw. Schwangerschaft ausfielen.

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl betrug im Wirtschaftsjahr 36 (im Vorjahr: 36). Der Stellenplan wurde eingehalten.

2. Zuweisungen des Landkreises im Sinne von §15 in Verbindung mit § 6 Abs.2 Nr.1 und §12 SächsEigBVO

Unser Träger, der Landkreis Leipzig, unterstützte die laufende Betriebsführung mit Zuweisungen in Höhe von TEUR 961.

3. Perspektiven

Der Eigenbetrieb Kultur und Weiterbildung beendet am 31.12.2011 seine Tätigkeit.

Die Musikschule „Theodor Uhlig“ wird im neuen Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig weitergeführt.

Die Volkshochschule Muldental, das Schullandheim, die Bewerbercentren in Wurzen und Grimma bilden mit der Volkshochschule Borna ab 2012 den Eigenbetrieb WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig.

Der Eigenbetrieb „Kultur und Weiterbildung Muldental“ verzeichnete auch im Wirtschaftsjahr 2011 eine positive wirtschaftliche Entwicklung. Die Zusammenarbeit der VHS mit dem Kommunalen Jobcenter hat sich in punkto Bewerbercenter 2011 gut entwickelt. Die Zusammenarbeit mit den Schulen der Region auf der Grundlage der abgeschlossenen Kooperationsverträge hat sich weiter positiv entwickelt. Eine Fortsetzung und ein Ausbau der Zusammenarbeit werden angestrebt und erwartet. Die Musikschule verfügt über eine stabile Nachfrage und damit Schülerzahlen. Die erhöhten Entgeltsätze führten auch zu einem Plus bei den Einnahmen.

4. Risikoabschätzung

Eine Risikoabschätzung für diesen Betrieb entfällt, weil der Betrieb am 31.12.11 seine Arbeit beendet hat.

Wurzen, 10.Juli 2012

Dr. Gerhard Gey
Landrat

Thomas Friedrich
Betriebsleiter

Kommunaler Eigenbetrieb Kultuseinrichtungen des Landkreises Leipziger Land

Beteiligungsübersicht

Kommunaler Eigenbetrieb Kultuseinrichtungen des Landkreises Leipziger Land

An der Wyhra 1a
04552 Borna

Tel. 03433 26970
Fax 03433 269720
Email Gerster@musikschule-leipzigerland.de
Internet

Gründungsdatum 30.10.1996
Rechtsform Eigenbetrieb
Gründung durch Beschluss am 30.10.1996

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		0,00 EUR
--------------	--	----------

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Eigenbetrieb des Landkreises im Sinne der Satzung setzt sich zusammen aus den öffentlichen nicht rechtsfähigen Einrichtungen:

- Volkshochschule Leipziger Land,
- Musik- und Kunstschule "Ottmar Gerster",
- Kreismedienstelle Leipziger Land

jeweils mit verschiedenen Außenstellen im Territorium des Landkreises Leipziger Land.

Die Volkshochschule dient der kulturellen, geistigen und beruflichen Bildung und Weiterbildung, insbesondere von Jugendlichen und Erwachsenen.

Die Musikschule bietet Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine Ausbildung in den Bereichen der bildenden und angewandten Kunst, der Musik und des Tanzes.

Die Kreismedienstelle unterstützt die medienpädagogische Tätigkeit an den allgemein bildenden Schulen und in der außerschulischen Bildungs- und Erziehungsarbeit.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Kommunalen Eigenbetrieb Kultuseinrichtungen des Landkreises Leipziger Land an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	0,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an den Kommunalen Eigenbetrieb Kultuseinrichtungen des Landkreises Leipziger Land	
Verlustabdeckung	829.743,53
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00

Organe

Betriebsleitung	Dr. Klaus-Dieter Anders
Betriebsausschuss	Dr. Gerhard Gey
	Dr. Jürgen Schmidt
	Thomas Kratzsch
	Andreas Zielke
	Dietmar Senf
	Kurt Schwuchow
	Hartmut Harbich
	Eberhard Kupfer
	Thomas Glaser
	Jürgen Wiesner
	Maria Gangloff
	Ulrich Gäbel
	Frieder Muschler
	Rainer Rahmlow
	Helga Metzker

Sonstige Angaben

Name des bestellten Abschlussprüfers	Dipl.Kaufmann Berthold Hußendörfer
Anzahl der Mitarbeiter	36

Rechtsträger	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	0,00 %	0,00 EUR
Dr. Gerhard Gey		

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2011 (Plan)
Anlagendeckung	95,44	95,48	100,09	0,00
Arbeitsproduktivität	52,91	52,77	57,02	61,28
Effektivverschuldung	-60.941,01	-85.627,55	-144.013,18	0,00
Eigenkapitalquote	65,26	78,60	85,64	0,00
Eigenkapitalreichweite	21,99	26,55	0,00	0,00
Eigenkapitalrendite	-4,55	-3,77	6,08	0,00
Fremdkapitalquote	34,74	21,40	14,36	0,00
Gesamtkapitalrendite	-2,97	-2,83	5,34	0,00
Investitionsdeckung	33,19	10,83	24,86	100,00
Kurzfristige Liquidität	121,43	150,10	257,69	0,00
Pro-Kopf-Umsatz	24.727,35	21.087,65	23.650,02	0,00
Vermögensstruktur	68,38	82,32	85,56	0,00

Lohnquote	189,01	189,52	175,37	163,18
Verschuldungsgrad	0,25	0,12	0,04	0,00
Debitorenlaufzeit	11,04	14,08	15,94	0,00

Gegenüberstellung Erfolgsplan – GuV

alle Werte in TEUR

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2011	Δ Plan – Ist 2011
Umsatz	843,51	851,40	942,75	-9,69 %
Bestandsänderung	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Aktivierete Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	100,00 %
sonstige betriebliche Erträge	1.667,71	1.738,91	1.515,50	14,74 %
sonstige Zuschüsse	929,81	932,51	827,50	12,69 %
Zuschuss LK / BKZ	737,90	806,40	688,00	17,21 %
Gesamtleistung	2.511,21	2.590,31	2.458,25	5,37 %
Materialaufwand	479,49	501,50	492,80	1,77 %
Aufwand RHB	0,00	0,00	492,80	-100,00 %
Aufwand für bezogene Leistungen	479,49	501,50	0,00	100,00 %
Personalaufwand	1.598,59	1.493,10	1.538,39	-2,94 %
Abschreibungen	54,40	66,06	47,58	38,84 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	413,71	441,28	379,48	16,29 %
Zinserträge	0,00	0,43	0,00	100,00 %
Zinsaufwendungen	1,91	2,22	0,00	100,00 %
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	-36,90	86,59	0,00	100,00 %
Außerordentliches Ergebnis	-4,39	-0,13	0,00	100,00 %
Steuern	1,68	1,62	0,00	100,00 %
Steuern von Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-42,97	84,84	0,00	100,00 %

Bilanz

alle Werte in TEUR

	2009	2010	2011
AKTIVA	1.092,27	1.451,39	1.629,82
<i>Anlagevermögen</i>	<i>746,93</i>	<i>1.194,85</i>	<i>1.394,48</i>
<i>Vorräte</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Forderungen</i>	<i>33,45</i>	<i>32,54</i>	<i>42,85</i>
<i>Forderungen gegen Gesellschafter</i>	<i>50,06</i>	<i>5,82</i>	<i>22,27</i>
<i>Sonstige Vermögensgegenstände</i>	<i>3,44</i>	<i>15,00</i>	<i>36,23</i>
<i>Wertpapiere</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Kassenbestand, Bank</i>	<i>254,88</i>	<i>199,29</i>	<i>130,32</i>
<i>ARAP</i>	<i>3,51</i>	<i>3,89</i>	<i>3,68</i>

PASSIVA	1.092,27	1.451,39	1.629,82
<i>Eigenkapital</i>	360,39	317,62	402,46
Stammkapital	0,00	0,00	0,00
Kapitalrücklagen	402,27	402,46	402,46
Gewinn-/Verlustvortrag	-9,47	-41,88	-84,84
Jahresüberschuss/- fehlbetrag	-32,41	-42,97	84,84
<i>Sonderposten mit Rücklageanteil</i>	352,45	823,19	993,25
dav. dem Eigenkapital zuzurechnen	352,45	823,19	993,25
dav. dem langfristigen Fremdkapital zuzurechnen	0,00	0,00	0,00
<i>Rückstellungen</i>	62,64	103,43	115,54
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. kurzfristig</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. langfristig</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern</i>	6,22	0,04	24,43
<i>Verbindlichk. L&L, sonst. Verbindlichkeiten</i>	278,18	170,87	66,90
<i>PRAP</i>	32,39	36,25	27,24

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Allgemeine Feststellungen

Der Kommunale Eigenbetrieb Kultuseinrichtungen (KEK) kann mit dem Jahresabschluss 2011 ein positives Ergebnis vorlegen. Der Jahresgewinn beträgt 84.843,53 EUR. Hieraus sind die Verluste der Vorjahre in Höhe von 84.843,53 EUR auszugleichen.

Ursächlich für den Jahresgewinn sind vor allem die Zuschüsse des Landkreises, die um den Fehlbetrag der Vorjahre erhöht wurden.

Weiterführende Aussagen finden sich unten.

Der KEK stellt mit dem Wirtschaftsjahr 2011 seinen Betrieb ein. Die einzelnen Betriebsteile gehen in neue Eigenbetriebsstrukturen (Musikschule, Volkshochschule) über bzw. die Aufgaben gehen an den Landkreis zurück (Kreisbibliothek, Kreismedienstelle). Die entsprechenden Beschlüsse zur Neugründung der Eigenbetriebe wurden im Wirtschaftsjahr 2011 durch den Kreistag des Landkreises Leipzig getroffen.

Zur Transparenz von Erträgen und Aufwendungen sind die einzelnen Betriebsteile in einer gesonderten Erfolgsübersicht (Anlage zum Anhang) dargestellt. Wie in den Vorjahren wird dabei die Betriebsleitung zunächst als gesonderter Betriebsteil dargestellt; unter Berücksichtigung der Ausführungen in § 13 Abs. 3 SächsEigBVO werden in einer zweiten Übersicht die Aufwendungen und Erträge der Betriebsleitung den einzelnen Betriebsteilen zugeordnet, wobei eine prozentuale Zuordnung nach Umsatz vorgenommen wird.

Die Arbeit der einzelnen Betriebsteile wird darüber wie folgt erläutert:

Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“

Die Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“ unterbreitet im Landkreis Leipzig ein dezentrales Angebot an ca. 20 Unterrichtsorten. Dieser Unterricht wurde im Wirtschaftsjahr 2011 von durchschnittlich

ca. 1.950 Schülerinnen und Schülern ganzjährig in Anspruch genommen. Hinzu kamen Schülerinnen und Schüler in Projekten, u.a. dem Pilotprojekt des Freistaates Sachsen „Jedem Kind ein Instrument“, das in Kooperation mit fünf Grundschulen im Landkreis durchgeführt wird. Hier wurden noch einmal ca. 300 Schülerinnen und Schüler eingebunden.

Als wichtige kulturelle Einrichtung der Region haben Solisten und Ensemble der Schule im Wirtschaftsjahr 2011 200 Veranstaltungen durchgeführt, die von ca. 26.500 Zuhörern und Zuschauern besucht wurden. Dies ist zugleich Spiegelbild des hohen Ansehens der Musikschule und der Verknüpfung mit zahlreichen Institutionen, Kommunen, Vereinen und Verbänden.

Volkshochschule Leipziger Land

Die Volkshochschule Leipziger Land (VHS) bot auch 2011 vor Ort in den Kommunen des Landkreises den Bürgerinnen und Bürgern Raum für umfangreiche Weiterbildung auf beruflichem, kulturellem, gesundheitlichem, politischem und wissenschaftlichem Gebiet. Mit der Umsetzung ihrer Angebote trug sie zur Entwicklung umfassender allgemeiner und beruflicher Handlungskompetenzen sowie von Reflexionsvermögen und politischer Urteilskraft bei.

Die infrastrukturellen Besonderheiten des Landkreises Leipzig konstituieren dabei in besonderer Weise das Bedingungsgefüge für die Wahrnehmung des Bildungsauftrages der VHS. Zum Versorgungsgebiet der VHS gehören vier Geschäftsstellen in Borna, Geithain, Markkleeberg und Markranstädt; in weiteren neun Kommunen werden regelmäßig Lernangebote und Bildungsberatungen durchgeführt. Die VHS-Geschäftsstellen Borna, Geithain, Markkleeberg und Markranstädt bewältigten als akkreditierte Beratungsstellen die gestiegene Nachfrage Erwerbstätiger zur Inanspruchnahme der Bildungsprämie des BMBF in vollem Umfang.

Hoher Arbeitsaufwand verband sich im Jahr 2011 mit der Vorbereitung einer veränderten Trägerstruktur für die VHS Leipziger Land durch die Schaffung der rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für den neuen Eigenbetrieb „Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig“.

Unter diesen Gegebenheiten gestaltete sich die Arbeit der Mitarbeiter/-innen der VHS Leipziger Land im Wirtschaftsjahr 2011 mit 19.610 Unterrichtseinheiten, die von 17.549 Teilnehmer/-innen in 562 Kursen besucht wurden, als sehr erfolgreich. Erneut konnten non-formale und intergenerative Selbstlernszenarien im Mehrgenerationenhaus Markranstädt das klassische VHS-Kursangebot mannigfaltig ergänzen. Die Finanzierung der Betreuungs- und Lernangebote des MGH-Projektes erfolgt über einen Zeitraum von fünf Jahren und wird mit jeweils 40.000 Euro pro Jahr vom Europäischen Sozialfond gefördert.

Die seit Oktober 2009 in der VHS-Geschäftsstelle Borna laufende energetische Sanierung aus Mitteln des Konjunkturprogramms II konnte 2011 bis auf einige Nachbesserungen auf Grund von Mängeln in der Bauausführung abgeschlossen werden.

Im Jahr 2011 wurden erneut keine Bildungsmaßnahmen durch die ARGE Leipziger Land bzw. die Bundesanstalt für Arbeit an die VHS vergeben. Die geplanten Umsatzerlöse konnten so nur in eingeschränktem Maße erzielt werden.

Im November 2011 wurde der VHS im Rahmen eines mehrtägigen Re-Zertifizierungsaudits „AZWV-Träger und QESplus“ durch den TÜV Thüringen erneut zertifizierte Qualitätsarbeit bescheinigt.

Kreismedienstelle

Die Kreismedienstelle ist eine medienpädagogische Einrichtung, die die medienpädagogische Tätigkeit an den allgemeinbildenden Schulen und weiteren Institutionen unterstützt. Die Kreismedienstelle stellte ca. 4.100 Medien aus fast allen Fachbereichen für den Verleih zur Verfügung; es fanden ca. 500 Verleihvorgänge statt.

Eine der Hauptaufgaben der Kreismedienstelle war und ist die ständige Beratung zum Einsatz neuer Medien und zur Handhabung multimedialer Technik. Die Kreismedienstelle konnte die Schulen und Institutionen sowie interessierte Vereine bei der Planung und Durchführung von Projekten unterstützen und Weiterbildungen organisieren und durchführen.

Kreisbibliothek

Im Sächsischen Amtsblatt Nr.33/2010 vom 19.08.2010 wurde die Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis Leipzig und der Großen Kreisstadt Borna zur Übertragung von Aufgaben der kulturellen Selbstverwaltung, hier Bibliotheksaufgaben (sog. Mediothek) veröffentlicht. Zum 01.01.2011 erfolgte im Rahmen eines Personalüberleitungsvertrages der Personalübergang an die Stadt Borna, die entsprechend der Zweckvereinbarung die Aufgaben der Mediothek wahrnimmt.

Für die Neuanschaffung einer Fahrbibliothek (Bücherbus) wurden durch den Kulturraum Leipziger Raum Fördermittel zur Verfügung gestellt. Die Neuanschaffung erfolgte im Wirtschaftsjahr 2011.

Im Vergleich mit dem Wirtschaftsplan (Erfolgsplan) 2011 lässt sich folgendes feststellen:

	<i>Plan 2011</i>	<i>Ist 2011</i>	<i>Erläuterungen (Abweichung mehr als 5%)</i>
	<i>T EUR</i>	<i>T EUR</i>	
1. Umsatzerlöse	942,7	851,4	Mindereinnahmen VHS: 95 TEUR
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.515,5	1.739,3	Mehreinnahmen durch Zuschuss Landkreis: 118,4 T EUR (Deckung Verlust Vorjahre) Fördermittel ESF/EFRE: 40 TEUR Sonstige Einnahmen: 35 TEUR
Erträge GESAMT	2.458,2	2.590,7	
5. Materialaufwand	492,8	501,5	
6. Personalaufwand	1.538,4	1.493,1	
7. Abschreibungen	47,5	66,1	Anlagen im Bau fertiggestellt
8. Sonstige	379,5	445,2	Mehrausgaben durch Rückstellungen: 35 T € EFRE/ESF-Projekte: 40 TEUR
Aufwendungen GESAMT	2.458,2	2.505,9	
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	0,00	84,8	

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung im Sinne des § 289 Abs. 1 und 2 Nr.1 HGB haben sich nach Ablauf des Geschäftsjahres nicht ereignet.

Darüber hinaus wurde das Risikomanagement im Kommunalen Eigenbetrieb Kultuseinrichtungen in den Beratungen der Betriebsleitung fortgeschrieben. In diesem Zusammenhang sei auf folgende Sachverhalte hingewiesen:

- Die wirtschaftliche Lage des Kommunalen Eigenbetriebes wird wesentlich durch die Zuwendungen des Landkreises Leipzig (Verlustausgleich) bestimmt. Für das Wirtschaftsjahr 2012 – nach Umstrukturierung in zwei neue Eigenbetriebe - liegen bestätigte Wirtschaftspläne vor, so dass die Aufgaben auch weiterhin wahrgenommen werden können.
- Durch das Finanzamt Leipzig wird im Jahr 2012 eine Prüfung der Wirtschaftsjahre 2007-2009 vorgenommen.
- Der kommunale Eigenbetrieb Kultuseinrichtungen des Landkreises Leipzig erhält jedes Jahr Zuschüsse zum Verlustausgleich, welche im Wirtschaftsplan beschlossen werden. Für das Wirtschaftsjahr 2011 wurde ein Zuschuss in Höhe von 688.000,00 Euro beschlossen. Darüber hinaus wurde dem Eigenbetrieb für die Deckung der Verlustvorträge ein zusätzlicher Zuschuss in Höhe von 141.743,53 Euro gewährt. Nach Einschätzung des Eigenbetriebsleiters sind in der Zuschussgewährung keine EU-beihilferechtlichen Vorgaben verletzt. Dennoch besteht ein gewisses Restrisiko, dass es sich um eine unzulässige Beihilfe handelt und diese ggf. zurückzuzahlen ist.

Weitere Risiken sind derzeit nicht erkennbar bzw. im Folgenden nicht dargestellt, da der Eigenbetrieb zum 31.12.2011 seine Arbeit einstellt.

Kern des Risikomanagements des Kommunalen Eigenbetriebes ist ein Risikofrüherkennungssystem. Dies beinhaltet

- Risikoidentifikation
- Risikobewertung
- Risikobewältigung einschließlich Risikokommunikation
- Risikoüberwachung einschließlich Risikofortschreibung und
- Dokumentation.

Gegenüber dem Landratsamt Leipzig, Sachgebiet Controlling und Beteiligungen, wird regelmäßig ein Quartalsbericht zur Bewertung der Risiken erstellt.

II. Pflichtangaben

1. Änderungen im Bestand der zum Eigenbetrieb gehörenden Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte

Keine. Das Objekt 04552 Borna, Jahnstraße 24, das durch die Volkshochschule genutzt wird, konnte im Wirtschaftsjahr 2008 mit Fördermitteln des Freistaates Sachsen in wesentlichen Bereichen modernisiert werden (Fenster, Fußboden u.a.). Ab dem Wirtschaftsjahr 2009 wurde eine energetische Sanierung vorgenommen; siehe hierzu 3.

2. Änderungen in Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzung der wichtigsten Anlagen

Die entsprechenden Veränderungen sind im Anlagennachweis dargestellt.

3. Stand der Anlagen im Bau und die geplanten Fördermittel

Am Objekt 04552 Borna, Jahnstraße 24, das durch die Volkshochschule genutzt wird, wurden im Rahmen des Konjunkturprogramms II der Bundesregierung energetische Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Diese wurden im Wirtschaftsjahr 2011 beendet.

Die in der Bilanz des Wirtschaftsjahres 2010 ausgewiesenen 652.638 EUR für Anlagen im Bau zzgl. 68.242,26 EUR für die Fertigstellung im Jahr 2011 werden im Wirtschaftsjahr 2011 (ab 01.07.2011) im Anlagevermögen beim entsprechenden Gebäude dargestellt. Abschreibungen wurden ab 01.07.2011 gebildet.

4. Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen

Eigenkapital

	Gesamt	<i>Davon:</i>			Vortrag
		<i>Allgemeine- Rücklage</i>	<i>Rücklage BilMoG</i>	<i>Jahres- Gewinn</i>	
	<i>EURO</i>	<i>EURO</i>	<i>EURO</i>	<i>EURO</i>	<i>EURO</i>
Anfangsbestand 01.01.2011	317.617,78	402.265,04	196,27	-42.965,91	-41.877,62
Verwendung Lt. Kreistags- Beschluss Zugang Abgang BilMoG				42.965,91	-42.965,91
Jahresgewinn(+)	84.843,53			84.843,53	
Jahresverlust (-) 2011					
Endbestand 31.12.2011	402.461,31	402.265,04	196,27	84.843,53	-84.843,53

Rückstellungen

	Anfangsbestand 01.01.2011	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Auf- u. Abzinsung.	Endbestand 31.12.2011
	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
Prüfung Jahresabschluss	10.397,80	6.006,84	4.390,96	9.783,40	0,00	9.783,40
Aufbewahrungs- pflichten	1.381,03	0,00	1.381,03	2.032,54	-431,14	1.601,40
Urlaubsansprüche	109,32	84,11	25,21	4.570,17	0,00	4.570,17
Altersteilzeit- gesetz	55.474,90	0,00	0,00	2.387,95	2.219,00	60.081,85
Fördermittel	3.076,07	3.076,07	0,00	10.522,14	0,00	10.522,14
Sonstige Rückstellungen	32.990,00	27.603,13	2.221,91	25.813,39	0,00	28.978,35
Summe	103.429,12	36.770,15	8.019,11	55.109,59	1.787,86	115.537,31

5. Umsatzentwicklung

Vergleich der Wirtschaftsjahre 1996-1998/2001-2002/ 2006-2011
(1996 noch nicht als Eigenbetrieb geführt/
1996-2000 nur Musik- und Kunstschule sowie Volkshochschule/
2011 mit Zweckvereinbarung Mediothek mit der Stadt Borna)

	1996	1997	1998	2000	2001	2002	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	T €	T €	T €	T €	T €	T €	T €	T €	T €	T €	T €	T €
Umsatz und Erträge	2.719	2.470	2.444	1.727	2.230	2.570	2.203	2.662	2.459	2.469	2.511	2.591
davon Zu- schuss Land- kreis	1.220	715	839	560	757	706	551	935	573	672	738	806
Verblei- bender Umsatz	1.499	1.755	1.605	1.167	1.473	1.864	1.652	1.727	1.886	1.797	1.773	1.785

Gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2000 ist der Umsatz um ca. 0,86 Mill. EURO gestiegen. Dies resultiert insbesondere aus der Integration der Kreisbibliothek und der Kreismedienstelle in den Kommunalen Eigenbetrieb Kultuseinrichtungen.

Im Wirtschaftsjahr 2008 hatte der Kommunale Eigenbetrieb den höchsten verbleibenden Umsatz (nach Abzug der Zuschüsse des Landkreises) erzielt. Im Jahr 2011 steigt der Umsatz gegenüber dem Vorjahr leicht an, obwohl die Kreisbibliothek im Rahmen der Zweckvereinbarung „Mediothek“ bei der Stadt Borna arbeitet. Ursächlich für die Steigerung sind die erhöhten Zuschüsse des Landkreises.

6. Ertragslage einzelner Betriebszweige

Siehe Erfolgsübersicht der einzelnen Betriebszweige im Anhang zum Jahresabschluss; entsprechend § 13 Abs. 3 Satz 2 SächsEigBVO sind gemeinsame Aufwendungen und Erträge sachgerecht auf die Betriebszweige aufzuteilen.

7. Personalaufwand

Die Vergütung erfolgt entsprechend TVöD.

Löhne und Gehälter	1.222.775,33 €
Soziale Abgaben	270.320,95 €
(davon Aufwendungen für Altersvorsorge)	42.982,51 €
Gesamt:	1.493.096,28 €

Personalbesetzung

Wirtschaftsplan 2011	33,50 VbE /36 Personen
Ist 01.01.2011	30,83 VbE / 38 Personen
Ist 31.12.2011	30,55 VbE / 36 Personen

8. Finanzbeziehungen zur Gemeinde

Finanzbeziehungen zum Landkreis im Sinne des § 6 Abs. 2 Nr. 1 SächsEigBVO bestehen in Höhe des Verlustausgleiches (Unterstützung der laufenden Betriebsführung).

Borna, den 30.04.2012

Dr.Anders
Betriebsleiter

Abfallwirtschaft Landkreis Leipzig - Kommunaler Eigenbetrieb

Beteiligungsübersicht

Abfallwirtschaft Landkreis Leipzig - Kommunaler Eigenbetrieb

Leipziger Straße 28
04668 Grimma

Tel. 03437/7087-0
Fax 03437 / 7087-198
Email info@aw-lkl.de
Internet http://www.aw-lkl.de

Gründungsdatum 01.01.2003
Rechtsform Eigenbetrieb
Gründung durch Beschluss am 13.06.2002

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		0,00 EUR
--------------	--	----------

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Landkreis Leipzig wird organisatorisch, verwaltungsmäßig und finanzwirtschaftlich in einem gesonderten Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Eigenbetrieb) auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und der Betriebsatzung geführt.

Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Abfallentsorgung auf dem Gebiet des Landkreises Leipzig. Sie umfasst das Einsammeln und Befördern der im Entsorgungsgebiet anfallenden Abfälle, deren Verwertung und Beseitigung sowie die dem Landkreis als öffentlich rechlichem Entsorgungsträger ansonsten obliegenden Aufgaben, soweit diese nicht mit Geschäftsbesorgungsvertrag vom 20.12.2001 - für das Gebiet des ehemaligen Landkreises Leipziger Land - der Kommunalentsorgung Leipziger Land - KELL - GmbH übertragen wurden. Sie umfasst nicht die Aufgaben der Bewirtschaftung der Altdeponien und der Entsorgung der rechtswidrig auf den der Allgemeinheit zugänglichen Grundstücken abgelagerten Abfälle. Der Eigenbetrieb kann sich zur Erfüllung von Teilen dieser Aufgaben Dritter bedienen.

Die Aufgaben des Behandeln, Lagerns und Ablagerns sowie die teilweise Verwertung von Abfällen werden durch den Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) wahrgenommen.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Abfallwirtschaft Landkreis Leipzig - Kommunaler Eigenbetrieb an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	0,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an den Abfallwirtschaft Landkreis Leipzig - Kommunaler Eigenbetrieb	
Verlustabdeckung	0,00
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00

Organe

Betriebsleitung	Jens Meissner
	Galisch
Betriebsausschuss	Dr. Gerhard Gey
	Tim Barczynski
	Peter Georgi
	Jürgen Kretschel
	Hubertus Letzner
	Ulrich Scheller
	Siegward Vitz
	Herbert Ehme
	Wolfram Ebert
	Peter Konheiser
	Uwe Weigelt
	Rainer Wünsche
	Frank Feldmann
	Ronald Gängel
	Jörg Grundig

Sonstige Angaben

Name des bestellten Abschlussprüfers	Pricewaterhouse Coopers AG
Anzahl der Mitarbeiter	29

Rechtsträger	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig Dr. Gerhard Gey	0,00 %	0,00 EUR

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2011 (Plan)
Anlagendeckung	95,76	105,68	140,30	0,00
Arbeitsproduktivität	653,50	1.175,53	1.311,77	1.236,90
Effektivverschuldung	-1.878.419,43	-2.589.595,88	-2.634.608,98	0,00
Eigenkapitalquote	10,85	6,22	5,54	0,00
Eigenkapitalreichweite	0,00	0,00	0,00	0,00
Eigenkapitalrendite	4,48	3,91	4,11	0,00
Fremdkapitalquote	89,15	93,78	94,46	0,00
Gesamtkapitalrendite	0,49	0,32	0,23	0,00
Investitionsdeckung	61,24	181,61	1.557,62	100,00
Kurzfristige Liquidität	430,66	245,63	220,39	0,00
Pro-Kopf-Umsatz	276.100,01	488.219,75	498.971,94	502.199,53
Vermögensstruktur	11,33	5,88	3,95	0,00
Lohnquote	0,00	8,51	7,62	8,08
Verschuldungsgrad	0,00	0,17	0,27	0,00
Debitorenlaufzeit	0,00	80,41	110,19	0,00

Gegenüberstellung Erfolgsplan – GuV

alle Werte in TEUR

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2011	Δ Plan – Ist 2011
Umsatz	14.158,37	14.470,19	14.001,32	3,35 %
Bestandsänderung	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Aktivierete Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	100,00 %
sonstige betriebliche Erträge	211,83	315,60	930,81	-66,09 %
sonstige Zuschüsse	211,83	315,60	930,81	-66,09 %
Zuschuss LK / BKZ	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Gesamtleistung	14.370,21	14.785,78	14.932,13	-0,98 %
Materialaufwand	11.895,46	12.254,50	11.889,44	3,07 %
Aufwand RHB	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Aufwand für bezogene Leistungen	11.895,46	12.254,50	11.889,44	3,07 %
Personalaufwand	1.204,43	1.103,11	1.131,97	-2,55 %
Abschreibungen	88,01	80,11	88,00	-8,97 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.173,16	1.349,72	1.812,93	-25,55 %
Zinserträge	5,52	13,08	7,20	81,67 %
Zinsaufwendungen	3,37	0,00	3,00	-100,00 %
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	11,30	11,42	14,00	-18,43 %
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Steuern	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Steuern von Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	11,30	11,42	14,00	-18,43 %

Bilanz

alle Werte in TEUR

	2009	2010	2011
AKTIVA	2.759,12	4.640,92	5.021,19
<i>Ausstehende Einlagen</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Ingangsetzungsaufwendungen</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Anlagevermögen</i>	<i>312,62</i>	<i>273,07</i>	<i>198,10</i>
<i>Vorräte</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Forderungen</i>	<i>2.081,93</i>	<i>4.243,11</i>	<i>4.615,31</i>
<i>Forderungen gegen Gesellschafter</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Sonstige Vermögensgegenstände</i>	<i>17,52</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Wertpapiere</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Kassenbestand, Bank</i>	<i>279,78</i>	<i>60,82</i>	<i>207,77</i>
<i>ARAP</i>	<i>67,26</i>	<i>63,92</i>	<i>0,00</i>

PASSIVA	2.759,12	4.640,92	5.021,19
<i>Eigenkapital</i>	189,00	200,30	211,72
Stammkapital	0,00	0,00	0,00
Kapitalrücklagen	175,60	189,00	200,30
Gewinn-/Verlustvortrag	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuss/- fehlbetrag	13,40	11,30	11,42
<i>Sonderposten mit Rücklageanteil</i>	110,36	88,29	66,22
dav. dem Eigenkapital zuzurechnen	110,36	88,29	66,22
dav. dem langfristigen Fremdkapital zuzurechnen	0,00	0,00	0,00
<i>Rückstellungen</i>	1.891,68	2.574,08	2.554,78
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. kurzfristig</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. langfristig</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern</i>	68,42	1.010,07	838,91
<i>Verbindlichk. L&L, sonst. Verbindlichkeiten</i>	499,66	768,18	1.349,56
<i>PRAP</i>	0,00	0,00	0,00

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

1. Allgemeines

Dieser Lagebericht wurde vom Landkreis Leipzig erstellt, da der Eigenbetrieb mit Ablauf des 31. Dezember 2011 aufgelöst wurde.

Die Abfallwirtschaft Landkreis Leipzig - Kommunalen Eigenbetrieb - (nachfolgend: Eigenbetrieb) ist aufgrund des Kreistagsbeschlusses Nr.: 253/11/02 des Landkreises Muldentalkreis vom 13. Juni 2002 zum 1. Januar 2003 gebildet worden.

Seit 01.01.2010 (Beschluss des Kreistages des Landkreises Leipzig vom 22.10.2009) führt der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Landkreis Leipzig für das Gebiet des Landkreises Leipzig die Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers im Sinne von § 3 Abs. 1 SächsABG durch und nimmt die Entsorgungspflicht entsprechend § 15 Abs. 1 KrW/AbfG wahr. Dazu gehören alle Maßnahmen zur Vermeidung, Verwertung und Entsorgung der Abfälle, soweit der Landkreis hierfür zuständig ist.

Durch den Eigenbetrieb werden keine eigenen Abfallentsorgungsanlagen betrieben.

Zu den Kernaufgaben des Eigenbetriebes gehört der Vollzug der Abfallwirtschafts- und Abfallgebührensatzungen des Landkreises. Hierunter fallen insbesondere die Organisation der Abfallentsorgung, die Durchsetzung des Anschluss- und Benutzungszwanges sowie die Erhebung der Abfallgebühren.

Die Übertragung der o.g. Aufgaben an den Eigenbetrieb durch den Landkreis Leipzig ist in § 1 Abs. 3 der Betriebssatzung des Eigenbetriebes vom 15. Oktober 2008 geregelt.

Mit der Gründung des Eigenbetriebes zum 1. Januar 2003 führt der Eigenbetrieb die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen selbständig nach den Vorschriften der kaufmännischen Buchführung durch.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufs

2.1 Entwicklung der Abfallwirtschaft

Die Entwicklung der Abfallwirtschaft und insbesondere die Entsorgung der Abfälle aus privaten Haushaltungen wird durch das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL) und das Landesamt für Umwelt und Geologie (LfUG) als Fachbehörde intensiv überwacht und analysiert. Das durchschnittliche einwohnerspezifische Abfallaufkommen an Restabfall aus Haushaltungen und Kleingewerbe betrug im Jahr 2010 im Freistaat Sachsen 128 kg/EW.

Der Landkreis Leipzig liegt mit 112 kg/EW im Jahr 2010 und 113 kg/EW im Jahr 2011 unter diesem Durchschnitt.

Bei den getrennt erfassten Wertstoffen wie Altpapier, Altglas und Leichtverpackungen liegt der Landkreis mit 118 kg/EW im Jahr 2011 über dem Landesdurchschnitt (2010 = 114 kg/EW).

Ein Abgleich mit den Mengendaten des Freistaates für das Jahr 2011 konnte nicht erfolgen, da die entsprechende Abfallbilanz zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes noch nicht vorlag.

2.2 Stellung des Unternehmens am Markt

Der Eigenbetrieb erfüllt ausschließlich hoheitliche Aufgaben auf der Grundlage des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes und des Sächsischen Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetzes und wird somit nicht gewerblich tätig.

Ein Vergleich mit anderen entsorgungspflichtigen Körperschaften (Zweckverbände, Abfallwirtschaftsämter, Eigenbetriebe und andere Unternehmen) ist nur möglich, sofern man die Höhe der Abfallgebühren für den Bürger und die in diesem Zusammenhang angebotenen Leistungen bewertet.

Die „Siedlungsabfallbilanz und Abfallgebühren des Freistaat Sachsen 2010“ macht insofern nur Aussagen, dass eine durchschnittliche Gebührenbelastung pro Einwohner und Jahr zwischen 28 EUR und 60 EUR ermittelt wurde (Landkreis Leipzig = Altkreis MTL 41 EUR/a, Altkreis LL 55 EUR/a).

Die Entsorgungssicherheit der anschlusspflichtigen und -berechtigten Haushalte, Gewerbe und Wochenendgrundstücke war jederzeit gewährleistet.

2.3 Entwicklung von Umsatz und Ertragslage sowie Preis- und Mengenänderungen gegenüber den Vorjahren und deren Ursachen

Zur Umsetzung der öffentlich-rechtlichen Abfallwirtschaft im Landkreis dienen die Satzungen des Landkreises über die Vermeidung, Verminderung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Abfallwirtschaftssatzung) und über die Gebühren für die öffentliche Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung). Der Landkreis hat dabei in Umsetzung des § 9 SächsKAG bestimmt, dass für die ehemaligen Teilgebiete des Landkreises, Leipziger Land (LL) und Muldentalkreis (MTL), vorerst getrennte Einrichtungen beibehalten werden.

Auf der Grundlage der jeweiligen Kalkulation der Abfallgebühren wurden die Gebührensätze für die Festgebühr für private Haushalte, für Gewerbe und Wochenendgrundstücke für den Zeitraum 2010 bis 2011 ermittelt.

Die Ermittlung der Gebühren für die Behälternutzung, der Behälterentleerung sowie sonstiger Sondernutzungs- und Entsorgungsgebühren erfolgte u. a. unter der Maßgabe, dass im Teilgebiet MTL die vertraglich vereinbarten Preisgleitklauseln für Entsorgungsleistungen der beauftragten Unternehmen berücksichtigt wurden.

Mengenstatistik 2011

	MTL	LL
• Restabfall :	14.283 t	15.734 t
• Sperrmüll :	2.914 t	4.848 t
• Grünschnitt :	2.809 t	125 t
• Papier/Pappe/Kartonagen:	5.942 t	6.099 t

Wesentliche Abweichungen zum Vorjahr sind nur im Bereich der Sperrmüllentsorgung eingetreten. Hier wurden insgesamt 900 t mehr entsorgt.

Positiv ausgewirkt hat sich wieder die günstige Entwicklung der Aufkaufpreise bei der Vermarktung des Altpapiers, so dass 420 TEUR Mehrerträge erzielt wurden.

2.4 Finanzierungsmaßnahmen

Zur Liquiditätssicherung mussten wiederholt Kassenkredite aufgenommen werden.

2.5 Entwicklung im Personalbereich, Anzahl der Mitarbeiter, Aus- und Weiterbildung

Im Eigenbetrieb waren am 31. Dezember 2011 28 Angestellte und ein Beamter beschäftigt.

Im Wirtschaftsjahr wurden insgesamt 7,5 TEUR Fortbildungskosten für die Mitarbeiter des Eigenbetriebes aufgewandt.

2.6 Sonstige, den Geschäftsverlauf wesentlich beeinflussende Verhältnisse

Wesentliche, den Geschäftsverlauf beeinflussende Verhältnisse waren im Jahr 2011 nicht zu verzeichnen.

3. Darstellung der Lage

Bei der Bildung des Eigenbetriebes zum 1. Januar 2003 wurde entsprechend § 12 Abs. 2 SächsEigBG von der Festsetzung eines angemessenen Stammkapitals abgesehen. Dieses ist möglich, wenn sich das Unternehmen ganz oder zum Teil aus Entgelten finanziert.

Die Umsatzerlöse liegen 3% über den Planwerten.

Der Geschäftsverlauf weist anhand der Erlöse und Aufwendungen im Wirtschaftsjahr einen Jahresgewinn von 11.422 EUR aus, nachdem der Gebührenausrückstellung 508 TEUR zugeführt worden sind.

Der Eigenbetrieb hat alle im Sinne von § 2 SächsEigBVO vom Landkreis Leipzig bezogenen Dienstleistungen vergütet. Die Kosten für Haupt- und Personalamt, Straßen- und Hochbauamt, Finanzverwaltung, Rechnungsprüfungsamt, Rechtsamt und Umweltamt beliefen sich auf 604 TEUR.

3.1 Gemäß § 11 SächsEigBVO darzustellende Sachverhalte

3.1.1 Änderungen im Bestand der zum Eigenbetrieb gehörenden Grundstücke bzw. grundstücksgleichen Rechte

Der Eigenbetrieb verfügt nicht über Grundstücke bzw. grundstücksgleiche Rechte.

3.1.2 Änderungen im Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der wichtigsten Anlagen

Entsprechende Angaben enthält der Anlagennachweis.

3.1.3 Stand der Anlagen im Bau und die geplanten Bauvorhaben

Anlagen im Bau bestehen nicht.

3.1.4 Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen

a) Entwicklung des Eigenkapitals

	Anfangsstand	Umgliederung	Zugang	Endstand
	EUR	EUR	EUR	EUR
Allgemeine Rücklage	188.999,04	11.298,00		200.297,04
Jahresgewinn	11.298,00	-11.298,00	11.422,00	11.422,00
	200.297,04	0,00	11.422,00	211.719,04

b) Entwicklung der Rückstellungen

	Stand 1.1.2011 TEUR	Inanspruch- nahme TEUR	Auflösung TEUR	Zuführung TEUR	Endstand TEUR
Gebührenausgleichsrückst.	2.253	0	538	508	2.223
Altersteilzeit / Urlaub	192	84	0	12	120
Ungewisse Verpflichtungen	61	0	0	78	139
Gasanlage Rumberg	40	0	10	0	30
Sicherheitseinbehalte Dep.	0	0	0	11	11
Jahresabschlusskosten	20	12	8	20	20
Betriebskosten	8	8	0	12	12
	2.574	104	556	641	2.555

3.1.5 Umsatzerlöse mittels einer Mengestatistik

Die Erlöse aus der Abfallentsorgung beliefen sich auf 14.470 TEUR.

	MTL	LL
Für den Kalkulationszeitraum 2010 - 2011 wurde eine Festgebühr		
- für private Haushalte/Person	15,15 EUR/a	25,55 EUR/a
- für Gewerbe	18,97 EUR/a	
80 l		16,55 EUR/a
120 l		18,01 EUR/a
240 l		22,37 EUR/a
1100 l		53,67 EUR/a
- für Wochenendgrundstücke erhoben.	11,01 EUR/a	16,96 EUR/a

	MTL	LL
Die Behälterentleerungsgebühr betrug je nach Behältervolumen pro Entleerung		
80 l	5,44 EUR	4,75 EUR
120 l	7,39 EUR	6,95 EUR
240 l	13,67 EUR	13,66 EUR
1100 l	45,29 EUR	46,21 EUR,
wobei die Anzahl der Mindestentleerungen pro Behälter und Jahr bei 4 lag.		

	MTL	LL
Die Behälternutzungsgebühr pro Jahr je aufgestellten Abfallbehälter belief sich auf		
80 l	4,61 EUR	2,20 EUR
120 l	4,61 EUR	2,32 EUR
240 l	5,92 EUR	2,56 EUR
1100 l	39,78 EUR	20,35 EUR.
Für einen Abfallsack waren zu entrichten.	5,60 EUR	3,69 EUR

Der Behälterbestand und die Anzahl der Behälterentleerungen stellen sich wie folgend dar:

Behältergröße	Behälterbestand		Behälterentleerungen	
	MTL Anzahl	LL Anzahl	MTL Anzahl	LL Anzahl
80 Liter	25.386	13.130	147.694	65.410
120 Liter	24.594	40.285	178.206	241.632
240 Liter	3.103	3.261	29.150	30.955
1.100 Liter	562	1.094	13.079	25.860

Mengenvergleich :

	t MTL 2010 / 2011	t LL 2010 / 2011
Restmüll	13.955 / 14.283	15.902 / 15.734
Papier, Pappe, Karton	5.839 / 5.942	6.369 / 6.099
Sperrmüll	2.667 / 2.914	3.991 / 4.848
Grünschnitt	2.881 / 2.809	106 / 125

3.1.6 Personalaufwand

Im Wirtschaftsjahr 2011 wurden 902 TEUR für Gehälter und 201 TEUR für soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung aufgewendet. Es wurden durchschnittlich 29 Mitarbeiter beschäftigt.

3.1.7 Ertragslage

Aus der Verzinsung des Anlagekapitals ergibt sich ein Jahresgewinn in Höhe von 11 TEUR.

4. Risiken der künftigen Entwicklung

Mit Inkrafttreten des neuen Sächsischen Eigenbetriebsgesetzes (Gesetz über kommunale Eigenbetriebe im Freistaat Sachsen) am 11. Juli 2009 ist das Gesetz in wesentlichen Inhalten geändert worden. Die Zulässigkeit kommunaler Eigenbetriebe ist an die Voraussetzungen des § 1 SächsEigBG gebunden. Dieser setzt nunmehr voraus, dass es sich um ein Unternehmen handelt, dass nach Art und Umfang der Tätigkeit eine selbständige Wirtschaftsführung rechtfertigt.

Das Sächsische Staatsministerium des Innern hat mit Wirkung vom 28.04.2010 Anwendungshinweise zum neuen Eigenbetriebsgesetz herausgegeben, welche Erlassqualität haben.

In Auslegung des Erlasses ist der Landkreis zu der Auffassung gelangt, dass eine Fortführung der dem Eigenbetrieb zugewiesenen Aufgaben in dieser Organisationsform zukünftig nicht mehr zulässig ist.

Die Auflösung des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft ist daher spätestens bis zur Einführung des neuen Haushalts- und Kassenwesens vorzunehmen.

In Umsetzung dieser Erfordernisse wird der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft zum 31.12.2011 aufgelöst.

Die Beschlussfassung erfolgte hierfür in der Sitzung des Kreistages am 04.05.2011.

Einzeldarstellung der Unternehmen in Privatrechtsform

5. Unternehmen in der Privatrechtsform ab einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe von 5 %

- 1. Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH**
- 2. Kliniken des Muldentalkreises gGmbH
Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH
Servicegesellschaft Muldental mbH**
- 3. WILL – Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L.**
- 4. KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH**
- 5. Aufbauwerk Region Leipzig GmbH**
- 6. Technologiezentrum Borna GmbH**
- 7. THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH**

Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH (PVM)

Beteiligungsübersicht

Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH (PVM)

Leipziger Straße 79
04828 Deuben

Tel. 03425/89890
Fax 03425/898913
Email info@pvm-mtl.de
Internet http://www.pvm-mtl.de

Gründungsdatum 13.05.1992

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 20.02.1992

Letzte Änderung am 16.12.2005

Handelsregistereintrag am 09.07.2005 unter HRB 7969

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.564,59 EUR
Anteil der Kommune	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	100,00 %	25.564,59 EUR

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen und allen Leistungen des Gelegenheitsverkehrs sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Die Gesellschaft darf sich im In- und Ausland an gleichen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen, andere Unternehmen gründen sowie Zweigniederlassungen errichten.

Die Gesellschaft ist allgemein berechtigt, alles zu tun, was ihrem Geschäftszweck nützt oder nützen kann und durch das Gesetz gestattet ist.

Die Gesellschaft kann Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit anderen Verkehrsunternehmen abschließen.

Finanzbeziehungen

Leistungen der Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH (PVM) an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	0,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an die Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH (PVM)	
Verlustabdeckung	1.908.526,08
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00

Organe

Geschäftsführer	Andreas Kultscher
-----------------	-------------------

Aufsichtsrat	Manfred Heinz
	Helga Preissler
	Dr. Thomas Voigt
	Wolfram Böttcher
	Thomas Glaser
	Prof. Dr. Peter Lipinski
	Jörg Grundig

Sonstige Angaben

Name des bestellten Abschlussprüfers	Karl Berg GmbH
Anzahl der Mitarbeiter	131

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2011 (Plan)
Anlagendeckung	85,99	87,17	83,62	0,00
Arbeitsproduktivität	178,80	193,40	188,22	96,43
Effektivverschuldung	954.095,17	367.849,00	535.997,99	0,00
Eigenkapitalquote	58,89	58,14	59,48	0,00
Eigenkapitalreichweite	0,00	0,00	0,00	0,00
Eigenkapitalrendite	0,04	2,80	4,28	0,00
Fremdkapitalquote	41,11	41,86	40,52	0,00
Gesamtkapitalrendite	0,93	2,49	3,29	0,00
Investitionsdeckung	125,42	253,10	111,80	100,00
Kurzfristige Liquidität	173,88	212,07	129,43	0,00
Pro-Kopf-Umsatz	43.054,88	49.609,99	49.398,07	24.360,90
Vermögensstruktur	85,61	81,39	82,04	0,00

Gegenüberstellung Erfolgsplan – GuV

alle Werte in TEUR

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2011	Δ Plan – Ist 2011
Umsatz	6.498,91	6.471,15	3.240,00	99,73 %
Bestandsänderung	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Aktivierete Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	100,00 %
sonstige betriebliche Erträge	913,97	1.106,58	3.735,00	-70,37 %
sonstige Zuschüsse	913,97	1.106,58	1.975,00	-43,97 %
Zuschuss LK / BKZ	0,00	0,00	1.760,00	-100,00 %
Gesamtleistung	7.412,88	7.577,72	6.975,00	8,64 %
Materialaufwand	1.952,26	2.028,20	1.670,00	21,45 %
Aufwand RHB	1.459,25	1.578,00	1.250,00	26,24 %
Aufwand für bezogene Leistungen	493,01	450,20	420,00	7,19 %
Personalaufwand	3.360,38	3.438,05	3.360,00	2,32 %
Abschreibungen	1.091,07	1.094,28	1.100,00	-0,52 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	759,64	697,68	760,00	-8,20 %
Zinserträge	13,81	18,53	7,00	164,71 %
Zinsaufwendungen	88,46	74,24	82,00	-9,46 %
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	174,88	263,81	10,00	2.538,10 %
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Steuern	7,37	7,45	6,00	24,17 %
Steuern von Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	167,51	256,36	4,00	6.309,00 %

Bilanz

alle Werte in TEUR

	2009	2010	2011
AKTIVA	10.546,99	10.283,09	10.059,86
<i>Anlagevermögen</i>	9.028,95	8.368,96	8.253,46
<i>Vorräte</i>	109,02	117,66	123,66
<i>Forderungen</i>	20,40	18,21	36,36
<i>Forderungen gegen Gesellschafter</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Sonstige Vermögensgegenstände</i>	273,85	151,57	360,75
<i>Wertpapiere</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Kassenbestand, Bank</i>	1.097,09	1.604,65	1.273,14
<i>ARAP</i>	17,69	22,04	12,48
PASSIVA	10.546,99	10.283,09	10.059,86
<i>Eigenkapital</i>	2.418,83	2.586,34	2.842,70
Stammkapital	25,56	25,56	25,56
Kapitalrücklagen	2.074,21	2.074,21	2.074,21
Gewinn-/Verlustvortrag	316,41	319,05	486,57
Jahresüberschuss/- fehlbetrag	2,64	167,51	256,36
<i>Sonderposten mit Rücklageanteil</i>	5.689,04	5.087,97	4.710,83
dav. dem Eigenkapital zuzurechnen	3.792,70	3.391,98	3.140,55
dav. dem langfristigen Fremdkapital zuzurechnen	1.896,35	1.695,99	1.570,28
<i>Rückstellungen</i>	76,00	126,90	138,10
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. kurzfristig</i>	476,00	450,00	398,00
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. langfristig</i>	1.552,76	1.317,22	918,67
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Verbindlichk. L&L, sonst. Verbindlichkeiten</i>	334,36	397,10	902,06
<i>PRAP</i>	0,00	317,56	149,50

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit und Geschäftsverlauf

Die Personenverkehrsgesellschaft Muldentail mbH kann wiederum auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken. Es ist gelungen, mit einem stabilen Leistungsangebot die Position der PVM als dienstleistungsorientiertes Verkehrsunternehmen zu festigen. Der Gesellschaftervertrag in der Fassung vom 30.1.2006 bildet nach wie vor die Grundlage der Geschäftstätigkeit.

Mit 90% des Leistungsumfanges stellt der öffentliche Personenverkehr das Kerngeschäft des Unternehmens dar. Die Grundlage für die Bereitstellung der notwendigen Zuschüsse für den ÖPNV bildet der zwischen dem Landkreis Leipzig als Aufgabenträger und der PVM geschlossene Verkehrsfinanzierungsvertrag vom 02.12.2009.

Die Integration der Gesellschaft in den Mitteldeutschen Verkehrsverbund hat weiterhin Bestand.

Im Geschäftsjahr 2011 war verbundweit ein Rückgang der Fahrgastzahlen gegenüber 2010 zu verzeichnen und es wurde gemäß Einnahmeaufteilungsvertrag eine Neuermittlung des Schülerkorrekturfaktors vorgenommen. Für die PVM führte dies im Ergebnis zu einer erheblichen rechnerischen Reduzierung der Fahrgastzahlen und damit zu verminderten Einnahmen im ÖPNV.

Die übrigen Geschäftsfelder Gelegenheits-, Vertrags- und Schienenersatzverkehr nehmen mit etwa 10% einen vergleichsweise geringen Anteil am Leistungsumfang ein. Diese erreichten im Geschäftsjahr die im Wirtschaftsplan aufgestellten Erwartungen und trugen so stabilisierend zur Ergebnisentwicklung bei.

Mit einem Ergebnis von T€ 256 nahm das Geschäftsjahr einen insgesamt positiven Verlauf. Zu den Hintergründen verweisen wir auf die Ertragslage.

II. Lage der Gesellschaft

Vermögenslage

Das bilanzielle Gesamtvermögen der Gesellschaft hat sich insgesamt um T€ 223 im Vergleich zum Vorjahr vermindert. Auf der Aktivseite hat sich der Bestand des Anlagevermögens und der liquiden Mittel verringert. Auf der Passivseite ist der Bestand Sonderposten rückläufig. Hier stehen T€ 583 ertragswirksamer Auflösung nur T€ 206 Zuführung an Fördermitteln gegenüber.

Das Eigenkapital erhöht sich um den ausgewiesenen Jahresüberschuss.

Die Eigenkapitalquote beträgt damit 28,3% (Vorjahr 25,2%).

Finanzlage

Die Liquidität war in Verbindung mit den erhaltenen Betriebskostenzuschüssen, einem zeitnahen Mahnwesen und einem detaillierten Liquiditätsplan jederzeit gesichert.

Verbindlichkeiten werden innerhalb vereinbarter Fristen beglichen.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 256 (2010: Jahresüberschuss T€ 168).

Es wurden Umsatzerlöse insgesamt in Höhe von T€ 6.471 (Vorjahr T€ 6.499) erzielt.

Der ÖPNV als Kerngeschäft des Unternehmens weist einen Rückgang der Einnahmen bei leicht erhöhter Kilometeranzahl auf. Dieser Rückgang resultiert maßgebend aus der durchgeführten Neuerhebung des Schüleranteilswertes und der damit verbundenen Reduzierung des Schülerkorrekturfaktors der PVM. Weiterhin kam es nicht wie in 2010 zu einem Großvertrag mit der Mitteldeutschen Regio-bahn, daher ging der Umsatz im Schienenersatzverkehr um T€ 169 zurück.

Die Materialkosten steigen weiterhin deutlich an. In der Position Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe spiegelt sich die Entwicklung der Treibstoffpreise wider. Der Dieselpreis liegt zurzeit etwa 38% über dem Niveau von Dezember 2009, dem Zeitpunkt des Abschlusses des gültigen Verkehrsfinanzierungsvertrages. Dieser stetige Anstieg der Treibstoffkosten kann auch mit konsequenter Kostenkontrolle in allen Bereichen nicht kompensiert werden.

Die jeweils am 1. Oktober 2010 und 2011 in Kraft getretenen neuen Stundensätze des Vergütungstarifvertrages bewirkten eine Erhöhung der Personalkosten um 2,32%.

Die Sondereinflüsse, welche sich z. B. aus Schadenersatzleistungen durch Versicherungen, Nachzahlungen für Zuschüsse aus dem Jahr 2010, einer Vereinbarung zur Kfz-Versicherung sowie Wertberichtigungen ergeben, sind im Geschäftsjahr 2011 mit einem Saldo von T€ 360 (2010 T€ 130) für das positive Jahresergebnis verantwortlich. Hier wird deutlich, dass die veränderte Kosten- und Erlössituation zu einem negativen Betriebsergebnis vor Sondereinflüssen führt.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2011 wurden folgende Investitionen getätigt:

T€	863	4 Busse
T€	91	sonstige Betriebsausstattung
T€	25	Software
T€	25	<u>geleistete Anzahlungen</u>
<hr/>		
T€	979	<u>gesamt</u>

Die 4 Busse wurden als Ersatzinvestitionen angeschafft.

Die sonstige Betriebsausstattung umfasst Hardware, Werkstattausrüstung sowie geringwertige Wirtschaftsgüter.

Die geleistete Anzahlung betrifft das Projekt „Rechnergestütztes Betriebsleitsystem / Fahrzeugausrüstung“.

Es wird ein Risikofrüherkennungssystem angewendet, um die Risiken für die wirtschaftliche Tätigkeit gegenwärtig und zukünftig so gering wie möglich zu halten. Für alle Unternehmensbereiche werden regelmäßig systematische Risikobeurteilungen vorgenommen.

Als wesentliche Risikofaktoren mit Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unseres Unternehmens sehen wir Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Gewährung von Ausgleichs- und Fördermitteln, insbesondere für Fahrzeuginvestitionen sowie die weitere Entwicklung der Dieselmotorkraftstoffpreise.

III. Vorgänge nach dem Abschlussstichtag von besonderer Bedeutung

Vorgänge von besonderer Bedeutung für das Geschäftsjahr 2011 nach dem Abschlussstichtag gab es nicht.

IV. Künftige Entwicklung

Die Anwendung des Verkehrsfinanzierungsvertrages zwischen dem Aufgabenträger Landkreis Leipzig und der PVM schafft eine verlässliche Finanzierungsgrundlage und stellt damit auch künftig die Erbringung des ÖPNV-Angebotes durch die PVM sicher.

Zentrales Ziel der PVM ist es, den ÖPNV auch künftig in einer guten Qualität und zu einem kundenorientierten Preis anzubieten. Es wird stetig daran gearbeitet, das Verkehrsangebot zu optimieren, die Erlössituation zu verbessern und kostenbewusst die Ausgaben zu beeinflussen.

Das im Jahr 2011 begonnene Projekt „Rechnergestütztes Betriebsleitsystem/Fahrzeugausrüstung“ mit einem Gesamtvolumen von T€ 1.551 stellt gegenwärtig das umfangreichste Investitionsprojekt der PVM dar. Durch eine höhere Qualität der Anschlusssicherung, Verbesserung der Pünktlichkeit, Echtzeitauskunft für die Fahrgäste sowie umfangreiche Prüfmöglichkeiten für neue Fahrausweisarten wird es einen entscheidenden Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der PVM leisten. Hiermit verbundene Aufwendungen sollen dabei über eine höhere Qualität der Leistungserbringung fahrgastwirksam ausgeglichen sowie mittels Nutzung von Synergieeffekten gegenfinanziert werden.

Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft

Beteiligungsübersicht

Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft

Kutusowstraße 70
04808 Wurzen

Tel. 03425/932102
Fax 03425/932399
Email kh.wurzen@krankenhaus-muldental.de
Internet http://www.kh-wurzen.de

Gründungsdatum 19.12.2003

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 25.09.2003

Letzte Änderung am 21.07.2008

Handelsregistereintrag am 31.03.2004 unter HRB 20554

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.000,00 EUR
Anteil der Kommune	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	100,00 %	25.000,00 EUR

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

- (1) Ziel des Unternehmens ist die optimale Krankenhausversorgung der Bevölkerung.
- (2) Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Krankenhäusern im Muldentalkreis einschließlich Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben sowie von Medizinischen Versorgungszentren gemäß § 95 SGB V.
- (3) Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vornehmen, die dieser Zweckbestimmung dienen.
- (4) Die Gesellschaft ist berechtigt, Betriebe oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen und an sich an solchen zu beteiligen, wenn es dem Zweck des Unternehmens dient.

Finanzbeziehungen

Leistungen der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	100.000,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	
Verlustabdeckung	0,00
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00

Organe

Geschäftsführer	Dr. Andreas Ehrlich (Einzelvertretungsberechtigt)
	Dr. Uwe Krause

Aufsichtsrat	Fritz-Dieter Mittenzwei
	Erik Bodendieck
	Dr. Gerhard Gey
	Dr. Roswitha Brunzlaff
	Denny Trölenberg
	Lothar Mörl
	Georg-Ernst Dornig
	Gottfried Schröpfer
	Matthias Schmiedel

Sonstige Angaben

Name des bestellten Abschlussprüfers	WRG Wirtschaftsberatungs- und Revisionsgesellschaft mbH
Anzahl der Mitarbeiter	629

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2011 (Plan)
Anlagendeckung	24,91	26,75	27,34	0,00
Arbeitsproduktivität	148,19	147,06	146,50	146,80
Effektivverschuldung	-7.745.517,84	-6.378.764,56	-4.566.506,46	0,00
Eigenkapitalquote	18,13	18,49	19,38	0,00
Eigenkapitalreichweite	0,00	0,00	0,00	0,00
Eigenkapitalrendite	2,49	1,40	1,58	0,00
Fremdkapitalquote	81,87	81,51	80,62	0,00
Gesamtkapitalrendite	0,47	0,43	0,47	0,00
Investitionsdeckung	131,87	134,73	127,17	100,00
Kurzfristige Liquidität	287,08	253,94	231,87	0,00
Pro-Kopf-Umsatz	82.131,56	71.185,20	70.010,29	0,00
Vermögensstruktur	78,37	77,95	79,87	0,00

Gegenüberstellung Erfolgsplan – GuV

alle Werte in TEUR

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2011	Δ Plan – Ist 2011
Umsatz	43.494,16	44.036,47	42.898,01	2,65 %
Erlöse aus Krankenhausleistungen	40.992,73	42.171,88	41.143,01	2,50 %
Erlöse aus Wahlleistungen	44,33	60,88	40,00	52,20 %
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	2.314,28	1.666,68	1.415,00	17,79 %
Nutzungsentgelte der Ärzte	142,82	137,02	300,00	-54,33 %
Bestandsänderung	25,55	87,49	0,00	100,00 %
Zuschüsse und Zuweisungen der öffentlichen Hand	349,33	252,97	241,00	4,97 %
sonstige betriebliche Erträge	1.994,65	2.310,70	1.721,10	34,26 %
Gesamtleistung	45.863,68	46.687,63	44.860,11	4,07 %
Materialaufwand	11.166,47	11.362,77	10.417,30	9,08 %
Aufwand RHB	7.395,15	7.600,60	7.016,00	8,33 %
Aufwand für bezogene Leistungen	3.771,31	3.762,17	3.401,30	10,61 %
Personalaufwand	29.575,04	30.059,94	29.221,61	2,87 %
Zwischenergebnis	5.122,18	5.264,92	5.221,20	0,84 %

Investitionsbereich	3.454,50	3.364,38	3.747,00	-10,21 %
Erträge aus Zuwendungen z. Finanzierung von Invest	755,49	781,82	619,86	26,13 %
Erträge a. Einstellg. v. Ausgleichsposten f. EM-Fi	36,30	17,47	17,00	2,76 %
Erträge a. Auflös. Sopo nach KH-Finanz. u. sonst.	3.615,91	3.497,93	3.730,00	-6,22 %
Aufwendung aus Zuführung z. Verbl. n. KH-Finanz	953,21	932,84	619,86	50,49 %
Abschreibungen	4.082,31	4.005,72	4.463,10	-10,25 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.242,85	4.482,43	4.524,21	-0,92 %
Zinserträge	229,16	232,89	155,00	50,25 %
Zinsaufwendungen	140,42	130,54	70,00	86,49 %
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	340,27	243,49	65,89	269,54 %
Außerordentliches Ergebnis	-125,97	0,00	0,00	100,00 %
Steuern von Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Steuern	4,11	4,63	3,20	44,69 %
Jahresüberschuss/- fehlbetrag	210,19	238,86	62,69	281,02 %
Gewinnvortrag aus Vorjahren	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Entnahme aus der Kapitalrücklage	211,77	211,77	302,90	-30,09 %
Einstellung in Kapitalrücklage	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Bilanzgewinn/-verlust	421,96	450,64	365,59	23,26 %

Bilanz

alle Werte in TEUR

	2009	2010	2011
AKTIVA	82.120,29	81.219,10	78.195,91
<i>Anlagevermögen</i>	<i>64.360,65</i>	<i>63.308,35</i>	<i>62.452,43</i>
immaterielle Vermögensgegenstände	150,97	57,98	170,85
Sachanlagevermögen	64.159,68	63.200,37	62.231,58
Finanzanlagen	50,00	50,00	50,00
<i>Vorräte</i>	<i>702,82</i>	<i>726,53</i>	<i>825,10</i>
<i>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</i>	<i>6.459,13</i>	<i>5.894,73</i>	<i>5.187,41</i>
Forderungen aus LL	3.059,29	4.015,65	3.781,02
Forderungen an den Gesellschafter	0,00	0,00	0,00
Forderungen nach KH- Finanzierungsrecht	1.738,96	145,65	26,82
sonstige Vermögensgegenstände	99,06	138,62	41,89
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.561,81	1.594,81	1.337,67
<i>Wertpapiere</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Kassenbestand, Bank</i>	<i>7.357,99</i>	<i>8.013,47</i>	<i>6.437,50</i>
<i>Ausgleichsposten nach KHG</i>	<i>3.239,71</i>	<i>3.276,01</i>	<i>3.293,47</i>
<i>ARAP</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>

PASSIVA	82.120,29	81.219,10	78.195,91
<i>Eigenkapital</i>	<i>14.884,74</i>	<i>15.014,93</i>	<i>15.153,79</i>
Stammkapital	25,00	25,00	25,00
Kapitalrücklagen	12.738,28	12.526,51	12.314,73
Gewinnrücklagen	1.577,01	2.041,46	2.363,42
Bilanzgewinn/-verlust	544,44	421,96	450,64
<i>Sonderposten</i>	<i>56.554,01</i>	<i>53.882,82</i>	<i>51.716,07</i>
Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	54.259,50	51.705,60	49.538,20
Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand	2.292,13	2.176,72	2.177,72
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	2,38	0,51	0,15
<i>Rückstellungen</i>	<i>4.384,95</i>	<i>4.583,58</i>	<i>4.075,98</i>
<i>Verbindlichkeiten</i>	<i>6.071,60</i>	<i>7.529,44</i>	<i>7.058,40</i>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.170,00	1.984,54	1.921,85
– dav. langfristige Kredite über ein Jahr	1.146,24	1.921,85	1.921,85
– dav. kurzfristige Kredite bis zu einem Jahr	23,76	62,69	0,00
Verbindlichkeiten LL, sonst. Verbindlichkeiten	1.615,92	1.775,92	1.936,60
Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter	58,40	58,40	53,47
Verbindlichkeiten gegenüber verb. Unternehmen	112,30	130,52	123,07
Verbindlichkeiten nach KH-Finanzierungsrecht	3.109,28	3.580,05	3.023,41
– dav. Restlaufzeiten über ein Jahr	0,00	0,00	0,00
– dav. mit Restlaufzeit bis zu einem Jahr	3.109,28	3.580,05	3.023,41
Verbindlichkeiten a. son. Zuwendg. z. Finanzg. AV	5,70	0,00	0,00
– Restlaufzeit bis zu einem Jahr	5,70	0,00	0,00
– Restlaufzeit über ein Jahr	0,00	0,00	0,00
<i>PRAP</i>	<i>225,00</i>	<i>208,33</i>	<i>191,67</i>

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Allgemeines

Die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft betreiben die Betriebsstätten in Grimma und Wurzen laut Krankenhausplan als Einrichtungen der Regelversorgung, um die bedarfsgerechte medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet, d. h., die stationäre und ambulante Betreuung von Patienten sicherzustellen.

Sie sind im Krankenhausplan 2009 bis 2010 des Freistaates Sachsen, Verlängerung für das Jahr 2011, mit insgesamt 375 Planbetten aufgenommen.

Eine Aufteilung auf die Fachabteilungen wurde wie folgt vorgenommen:

	Betten
Chirurgie (davon 10 Betten ITS)	115
Innere Medizin (davon 3 Betten ITS)	186
Gynäkologie und Geburtshilfe	38
Pädiatrie	22
Urologie	10
Hals-, Nasen- und Ohrenabteilung	3
Augenheilkunde	1
Gesamt	375

Die seit dem Jahr 2006 als 100%ige Tochtergesellschaft zum Konzern gehörende Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH mit seit August 2010 140 Pflegeplätzen und einem ambulanten Pflegedienst bietet stationäre und ambulante Altenpflege in hoher Qualität an. Die Altenheimgesellschaft betreibt medizinische Versorgungszentren an den Standorten Colditz (Allgemeinmedizin, Gynäkologie/Geburtshilfe), Grimma (Allgemeinmedizin, Gynäkologie/ Geburtshilfe) und Wurzen (Allgemeinmedizin, Chirurgie und Pädiatrie) zur ambulanten medizinischen Betreuung von Patienten im Einzugsgebiet.

Die am 2. Januar 2007 gegründete Servicegesellschaft Muldental mbH erbringt Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Catering und Unterhaltsreinigung sowie Rezeption, Sicherheit und Archiv und seit August 2008 in der Sterilisation von medizinischen Instrumenten und Verbrauchsmaterial, vorrangig für die Muldentalkliniken GmbH.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der Wirtschaftsplan in seinen Teilen

- Erfolgsplan - Vermögensplan - Stellenübersicht.

Ferner wurde für 2011 erstmals ein Liquiditätsplan erstellt.

Mit den Kostenträgern wurden für das Jahr 2011 im Rahmen der Pflegesatzverhandlungen Leistungen nach Art und Menge sowie ein dazugehöriges Budget vereinbart.

Dabei wurden die allgemeinen Krankenhausleistungen durch Fallpauschalen (DRG) gemäß Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) vergütet. Für die Abrechnung der Leistungen im stationären Bereich erfolgte die Ermittlung eines Erlösbudgets. Folgende Bewertungsrelationen lagen dem Budget zu Grunde:

Summe der effektiven Bewertungsrelationen inklusive Jahresüberlieger 14.370,621

Mittelwert der vereinbarten Bewertungsrelationen 0,820

Landesbasisfallwert 2011 EUR 2.884,00

Das Gesamtbudget für die Muldentalkliniken GmbH betrug EUR 41.585.178. Dieses setzt sich zusammen aus:

	Anzahl	EUR
Fallpauschalen nach E1 - Jahresfälle	17.325	40.361.179
Fallpauschalen nach E1 - Überlieger	209	1.083.692
Zusatzentgelte E2 nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 KHEntgG - Jahresfälle	193	131.226
Zusatzentgelte E2 nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 KHEntgG - Überlieger	29	9.081

2. Leistungsdaten

2.1. Leistungsdaten 2011

	Plan	Ist	Veränderung
Fallzahl vollstationär inkl. Neugeborene	17.534	17.893	359
Ø Verweildauer	-	6,04	-
Nutzungsgrad der Planbetten in %		79,0	

2.2. Leistungsentwicklung 2003 - 2011

Jahr	Planbetten im Jahresdurchschnitt	DRG-Fallzahl inkl. Überlieger	Ø Verweildauer
2011	375	17.893	6,04
2010	375	17.541	6,17
2009	375	17.120	6,27
2008	375	16.629	6,76
2007	375	16.086	6,88
2006	415	15.600	7,11
2005	435	15.447	7,17
2004	459	15.516	7,64
2003	459	15.772	8,58

3. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2011 wurde bei Gesamterlösen in Höhe von TEUR 44.037 (2010: TEUR 43.494) und einem Aufwand in Höhe von TEUR 45.868 (2010: TEUR 44.987) ein Betriebsergebnis von TEUR 738 (2010: TEUR 769) erwirtschaftet.

Die Zunahme der betrieblichen Erträge ist auf den Anstieg der Erlöse aus Krankenhausleistungen zurückzuführen, die im Berichtsjahr um TEUR 1.179 (2,9 %) auf TEUR 42.172 gestiegen sind. Ursache dafür waren die Budgetsteigerungen im Vergleich zum Jahr 2010. Diese resultieren überwiegend aus den vereinbarten Leistungssteigerungen sowie der Erhöhung des Landesbasisfallwertes.

Die Ausgleichsbeträge für das Geschäftsjahr 2011 betragen aufgrund der erzielten Mehrerlöse ./.. TEUR 813 (2010: ./.. TEUR 977).

Die Personalaufwendungen und der medizinische Sachbedarf beeinflussen die betrieblichen Aufwendungen mit 64,7 % bzw. 14,8 % am meisten.

Die nachstehende Übersicht zeigt die Entwicklung der Beschäftigten (VK) der Krankenhäuser und die dazugehörigen Personalkosten (EUR) im Vergleich des Jahres 2011 zu 2010:

	2011	2010
Vollkräfte	539	519

	2011	2010
	TEUR	TEUR
Löhne und Gehälter	25.165.676,94	24.790.500,71
Soziale Abgaben und Aufwendungen	4.894.261,31	4.784.535,20
davon für Altersversorgung und Unterstützung	770.079,99	740.180,67
Gesamt	30.059.938,25	29.575.035,91

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Jahr 2010 um TEUR 485 gestiegen. Die Erhöhung resultiert aus der gestiegenen Vollkräftezahl. Für die betriebliche Altersversorgung wurden Beiträge von insgesamt 5,2 % abgeführt. Dabei änderte sich der Anteil Arbeitgeber/Arbeitnehmer zum Jahr 2010 nicht. Er betrug für den Arbeitgeber 3,2 %, und der Arbeitnehmeranteil betrug 2,0 %. Bei den Ärzten betrug der Arbeitgeberanteil 1,2 % und der des Arbeitnehmers 4 %.

Damit den Arbeitnehmern ein gleitender Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand ermöglicht und Auszubildenden und Arbeitslosen Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet werden kann, wird die Möglichkeit von Altersteilzeitverträgen genutzt.

Die Rückstellungen für Altersteilzeit betreffen Arbeitnehmer, die zum Bilanzstichtag die Voraussetzung für Altersteilzeitarbeitsverhältnisse erfüllen und eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet hatten.

Im Berichtsjahr beinhalteten die Rückstellungen für Altersteilzeit Verpflichtungen für insgesamt 26 Arbeitnehmer in bestehenden Altersteilzeitverhältnissen. Alle Arbeitnehmer wählten jeweils das so genannte Blockmodell. Insgesamt besteht dafür eine Rückstellung in Höhe von TEUR 1.188.

Der Anstieg der Materialaufwendungen um TEUR 196 ist im Wesentlichen durch die Leistungssteigerungen beeinflusst, dies spiegelt sich insbesondere in der Erhöhung der Aufwendungen für medizinischen Bedarf um TEUR 234 wider. Gegensätzlich wirkten die Einsparungen im Wirtschaftsbedarf. Dieser ist darauf zurückzuführen, dass hier die Auslagerung des medizinischen Versorgungszentrums zur Altenheimgesellschaft zum IV. Quartal 2010 ganzjährig wirkt.

Innerhalb der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist im Berichtsjahr eine Steigerung um TEUR 199 zu verzeichnen, der aus erhöhtem Instandhaltungsaufwand, speziell im Bereich von Wartungen und Reparaturen medizinischer Geräte, um TEUR 91 resultiert.

Das Investitionsergebnis sank im Berichtsjahr um TEUR 25.

Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 41 auf Grund der begonnenen Rückzahlung des Kredites sowie der fiktiven Zinsermittlung bei langfristigen Rückstellungen nach BilMoG leicht verbessert.

4. Vermögenslage

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen von TEUR 74.902 (2010: TEUR 77.943) lag um TEUR 3.041 unter dem des Jahres 2010. Das Vermögen betrifft Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände mit 83,3 %, Vorräte mit 1,1 %, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit 5,8 % und liquide Mittel mit 8,6 %. Die Finanzierung erfolgt mit 15,8 % durch Eigenkapital, mit 71,9 % durch langfristiges Fremdkapital und mit 12,2 % mit kurzfristigen Fremdmitteln.

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zu 2010 um TEUR 856 verringert und ist im Anlagespiegel dargestellt.

Bei den Zugängen handelt es sich im Wesentlichen um die Aktivierung des Blockheizkraftwerkes am Standort Wurzen (TEUR 222). Hier erfolgte eine Teilförderung in Höhe von TEUR 18. Ebenfalls am Standort Wurzen entstand eine Mitarbeiterparkplatz (TEUR 181), der aus Eigenmitteln finanziert wurde. Zugänge bei den Einrichtungen und Ausstattungen im Bereich der Medizintechnik waren ein Röntgenarbeitsplatz (TEUR 293), der in Höhe von TEUR 116 gefördert wurde, zwei Ultraschallgeräte, ein Sonographiegerät u. a.. Im Bau befindet sich zur Zeit ein Gebäude, welches für die Unterbringung des Medizinischen Versorgungszentrums und der Verwaltung bestimmt ist. Die Finanzierung erfolgt mit Eigenmitteln.

Stand der Anlagen im Bau / angezahlte Anlagen 2011:

	EUR
Anfangsbestand per 1.1.2011	0,00
Zugang	792.580,75
Umbuchung	0,00
Endbestand per 31.12.2011	792.580,75

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gingen im Vergleich zum Jahr 2010 um TEUR 235 zurück. Diese Veränderung resultiert aus den ab September wirksam gewordenen Zahlbeträgen, die die Rückzahlungen der Erlösausgleiche beinhalten.

Gegenüber der Tochtergesellschaft Altenheimgesellschaft bestehen langfristige Forderungen in Höhe von TEUR 847.

Die Veränderung des Eigenkapitals resultiert aus dem Jahresüberschuss des Jahres 2010 sowie der für gemeinnützige Zwecke vorgenommenen Ausschüttung an den Gesellschafter (TEUR 100).

Die Rückstellungen verringerten sich gegenüber 2010 wie folgt:

	EUR
Anfangsbestand per 1.1.2011	4.583.578,91
Inanspruchnahme	1.833.603,33
Auflösung	33.884,40
Zugang	1.302.038,19
Ab-/Aufzinsung	57.853,00
Endbestand per 31.12.2011	4.075.982,37

Die Verbindlichkeiten gingen in Höhe von TEUR 489 im Vergleich zum Vorjahr zurück. Dabei stiegen die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stichtagebedingt um TEUR 246. Der Rückgang resultiert aus der Verwendung der Fördermittel und dem Rückgang der Verbindlichkeiten nach der BPfIV bezüglich der bestehenden Ausgleichsverpflichtungen.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Bestandsgefährdende Risiken sind für die Muldentalkliniken GmbH derzeit nicht abzuleiten.

Die bereits in den vergangenen Jahren begonnenen umfangreichen Reklamationen seitens der Krankenkassen zu abgerechneten Fällen bis hin zur Prüfung durch den MDK haben sich weiterhin verschärft. Diese führten teilweise zu rückwirkenden Korrekturen der bereits gelegten Rechnungen und haben in erheblichem Maße zu erhöhten Forderungen geführt.

Die Budgetplanungen für das Jahr 2011 waren, wie im Vorjahr, durch umfangreiche Veränderungen des DRG-Systems, die erst zu Jahresbeginn zur Verfügung standen, erschwert. Die Budgetverhandlung für das Jahr 2011 hat im Mai stattgefunden. Es konnten im stationären Bereich Mehrleistungen vereinbart werden, die mengenmäßig dem erreichten Ist aus dem Jahr 2010 entsprachen. Im Geschäftsjahr 2011 konnten die vereinbarten Budgetvorgaben wiederum übererfüllt werden, und es wird mit einer Budgetsteigerung für das Geschäftsjahr 2012 gerechnet.

Infolge der Verabschiedung des GKV-Finanzierungsgesetzes ergeben sich Einnahmebeschränkungen, insbesondere durch den gesetzlich festgelegten Mehrerlösabschlag (30 %) für vereinbarte Mehrleistungen.

Risiken für die Kliniken ergeben sich weiterhin durch die strukturellen Veränderungen im Zuge der Gesundheitsreform:

- Ein Teil der bisher stationären Leistungen kann nur noch ambulant erbracht werden, woraus tendenziell ein Absinken der stationären Fallzahl resultiert. Durch Verbesserung des stationären Leistungsangebots bzw. durch strukturelle Anpassungen ist dieser Entwicklung entgegenzuwirken.
- Festlegung von Mindestmengen bei bestimmten Eingriffen. Bei Unterschreitung dürfen diese Leistungen nicht mehr angeboten werden.
- Die zunehmende Bildung von Zentren für bestimmte Erkrankungen führt zur Lenkung von Patienten in andere Krankenhäuser, wenn am eigenen Krankenhaus die Bedingungen für ein solches Zentrum nicht geschaffen werden können.

Ein besonderes Risiko stellt der Mangel an ärztlichen Fachkräften dar. Es wird immer schwieriger, freie Facharztstellen zeitnah zu besetzen.

Durch die erweiterte Teilnahmemöglichkeit an der ambulanten Versorgung, wie z.B. das Betreiben von Medizinischen Versorgungszentren und die Schaffung medizinischer Zentren am eigenen Krankenhaus ergeben sich gleichzeitig neue Chancen für die Profilierung.

Die bereits in den Berichten vergangener Jahre genannten erschwerenden Faktoren zur zusätzlichen Altersversorgung und Steigerung im Sachkostenbereich wirken weiter fort.

Ein wesentliches Risiko sieht die Geschäftsführung in den hohen Tarifsteigerungen für Ärzte (Marburger Bund) und für die übrigen Beschäftigten (Verdi) durch beträchtliche Personalkostenerhöhungen, die durch die Krankenkassen wegen gesetzlicher Vorgaben nicht ausgeglichen werden.

Der Tarifabschluss für Ärzte (Laufzeit bis August 2011) brachte eine Erhöhung um 2,0 % ab Mai 2010 und eine Einmalzahlung in Höhe von EUR 400 sowie indirekte Steigerungen durch Erhöhung des Bereitschaftsdienstentgeltes, Zusatzurlaub und Zeitzuschläge für Nachtarbeit, Stufenerweiterungen und Stufenlaufzeitverkürzungen.

Bei den übrigen Beschäftigten (Laufzeit bis Februar 2012) gab es im Geschäftsjahr Tarifsteigerungen um 1,2 % linear plus 0,25 % Leistungszulage. Im Jahr 2011 gibt es eine weitere Erhöhung um 0,6 % ab Januar und 0,5 % ab August sowie die Steigerung der Leistungsentgelte um 0,25 % pro Jahr.

Die medizinischen Versorgungszentren in Grimma und Wurzen wurden an die Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH angegliedert.

Mit dieser Umgliederung erfolgte die Zentralisierung aller im Verantwortungsbereich der Muldentalkliniken GmbH befindlichen medizinischen Versorgungszentren.

Diese werden nunmehr am Standort Colditz mit einer allgemeinärztlichen und einer gynäkologischen Praxis, am Standort Grimma mit zwei allgemeinärztlichen Praxen und einer gynäkologischen Praxis und am Standort Wurzen mit zwei allgemeinärztlichen Praxen, einer chirurgischen Praxis und einer kinderärztlichen Praxis betrieben.

Die Geschäftsführung erwartet auch für die nächsten Jahre positive Ergebnisse für die Muldentalkliniken und deren Tochtergesellschaften.

Für das Geschäftsjahr 2012 geht die Geschäftsführung von einem Jahresergebnis auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2011 aus.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres bisher nicht aufgetreten.

IV. Kennzahlen gemäß § 11 Abs. 7 Satz 2 des Gesellschaftsvertrages

		Ist 2011	Plan 2011	Ist 2010	Ist 2009
<u>Kennzahlen</u>					
<u>§ 99 Abs. 2 SächsGemO</u>					
Arbeitsproduktivität		1,46	1,47	1,47	1,48
Effektivverschuldung	TEUR	-5.392	-5.486	-7.106	-8.448
Eigenkapitalquote	%	19,38	20,30	18,49	18,13
Eigenkapitalreichweite		n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Eigenkapitalrendite	%	1,58	0,42	1,40	2,49
Fremdkapitalquote	%	80,62	79,70	81,51	81,87
Gesamtkapitalrendite	%	0,31	0,08	0,26	0,45
Investitionsdeckung	%	127,09	281,05	131,34	131,85
kurzfristige Liquidität	%	176,40	183,88	194,37	239,15
Pro-Kopf-Umsatz	TEUR	81,70	84,61	83,76	82,13
Vermögensstruktur	%	79,87	81,36	77,95	78,37

V. Organe der Gesellschaft

1. Geschäftsführung

Geschäftsführer Dr. oec. Andreas Ehrlich

Medizinischer Geschäftsführer Dr. med. Uwe Krause

2. Aufsichtsrat

<u>Name</u>	<u>Berufliche Tätigkeit</u>	<u>Wohnort</u>
Herr Dr. Gerhard Gey	Landrat	Grimma
Frau Dr. Roswitha Brunzlaff	Vertriebsmanagerin	Belgershain
Herr Fritz-Dieter Mittenzwei	Rentner	Wurzen OT Nemt
Herr Georg Dornig	Rentner	Grimma
Herr Gottfried Schröpfer	Gastronom, selbständig	Zschadraß
Herr Matthias Schmiedel	Bürgermeister	Zschadraß
Herr Erik Bodendieck	Arzt, selbständig	Wurzen
Herr Lothar Mörl	Sicherheitsfachkraft	Malkwitz
Herr Denny Trölenberg	Betriebsratsvorsitzender	Grimma

VI. Sonstige Angaben

Zum Jahresabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2011 wurde die WRG Audit GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig, bestellt.

Wurzen, 16. März 2012

Dr. oec. Andreas Ehrlich
Geschäftsführer

Dr. med. Uwe Krause
Medizinischer Geschäftsführer

Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH

Beteiligungsübersicht

Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH

Bergstraße 2a
04821 Brandis

Tel. 034292 / 41730
Fax 034292 / 417 59
Email info@altenpflegeheim-brandis.de
Internet

Gründungsdatum 01.10.2006

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 04.05.2006

Letzte Änderung am 04.07.2007

Handelsregistereintrag am 17.08.2006 unter HRB 22621

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.000,00 EUR
Anteil der Kommune	Anteil (%)	Anteil

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

1. Die Gesellschaft hat die Aufgabe, die pflegerische Versorgung der Bevölkerung im Muldentalkreis gemäß SGB IX, SGB XI und BSHG unter Berücksichtigung dessen, dass die Würde und Selbstbestimmung des Pflegebedürftigen zu achten und zu wahren ist, durchzuführen. Hierzu betreibt sie ein Senioren- und Altenpflegeheim sowie die erforderlichen Nebeneinrichtungen und -betriebe.
2. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar dienen, insbesondere zur Durchführung ambulanter und stationärer Altenpflege.

Geändert mit Gesellschafterbeschluss vom 04.07.2007 wie folgt:

NEUFASSUNG

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

(1) Die Gesellschaft hat die Aufgabe, die pflegerische Versorgung der Bevölkerung des Muldentalkreises gemäß SGB V, SGB IX, SGB XI und BSHG unter Berücksichtigung dessen, dass die Würde und Selbstbestimmung des Pflegebedürftigen zu achten und zu wahren ist, durchzuführen. Hierzu betreibt sie ein Senioren- und Altenpflegeheim, einen ambulanten Pflegedienst sowie die erforderlichen Nebeneinrichtungen und -betriebe.

(2) Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar dienen, insbesondere zur Durchführung ambulanter, teilstationärer und stationärer Altenpflege, sowie häuslicher Krankenpflege.

Finanzbeziehungen

Leistungen der Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	0,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an die Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH	
Verlustabdeckung	0,00
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00

Organe

Geschäftsführer	Dr. Andreas Ehrlich (Einzelvertretungsberechtigt) (Befreiung von §181 des BGB)
Aufsichtsrat	Klaus-Jürgen Linke Dr. Roswitha Brunzlaff Fritz-Dieter Mittenzwei Gottfried Schröpfer Matthias Schmiedel

Sonstige Angaben

Name des bestellten Abschlussprüfers	WRG Audit
Anzahl der Mitarbeiter	157

Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Kliniken des Muldentalkreises gGmbH	100,00 %	25.000,00 EUR

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2011 (Plan)
Anlagendeckung	78,96	78,40	83,21	0,00
Arbeitsproduktivität	152,84	149,24	160,09	151,88
Effektivverschuldung	2.728.466,05	2.596.445,01	2.243.300,14	0,00
Eigenkapitalquote	55,08	57,47	61,19	0,00
Eigenkapitalreichweite	0,00	0,00	0,00	0,00
Eigenkapitalrendite	10,00	6,48	6,42	0,00
Fremdkapitalquote	44,92	42,53	38,81	0,00
Gesamtkapitalrendite	6,95	5,04	5,15	0,00
Investitionsdeckung	501,66	89,74	158,81	100,00
Kurzfristige Liquidität	24,03	21,14	28,26	0,00
Pro-Kopf-Umsatz	45.414,02	32.394,48	35.521,92	0,00
Vermögensstruktur	94,14	94,88	94,30	0,00

Gegenüberstellung Erfolgsplan – GuV

alle Werte in TEUR

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2011	Δ Plan – Ist 2011
Umsatz	3.952,13	5.576,94	5.160,29	8,07 %
Bestandsänderung	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	46,40	46,21	0,00	100,00 %
sonstige betriebliche Erträge	290,73	163,35	167,49	-2,47 %
Gesamtleistung	4.289,26	5.786,50	5.327,78	8,61 %
Personalaufwand	2.648,18	3.483,56	3.397,60	2,53 %
Löhne und Gehälter	2.231,15	2.947,96	2.839,51	3,82 %
soziale Abgaben und Aufwendungen	417,03	535,60	558,09	-4,03 %
Materialaufwand	772,66	1.127,88	886,29	27,26 %
Aufwand Wasser, Energie, Brennstoffe	139,02	181,72	166,87	8,90 %
Lebensmittel	229,30	263,18	302,73	-13,06 %
Aufwendungen für Zusatzleistungen	62,51	72,73	64,07	13,52 %
Wirtschaftsbedarf	341,82	610,26	342,03	78,42 %
med. und therapeut. Bedarf	0,00	0,00	10,60	-100,00 %
Steuern, Abgaben, Versicherung	54,47	66,48	60,00	10,80 %
Mieten, Pachten, Leasing	91,05	241,34	235,00	2,70 %
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	101,30	101,30	101,30	0,00 %
Abschreibungen	402,65	497,96	421,90	18,03 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	37,55	94,37	60,57	55,80 %
sonst. ordentl. und außerordentl. Aufwendungen	20,39	12,31	40,00	-69,22 %
Erträge aus Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Zinserträge	3,71	0,88	0,91	-3,30 %
Zinsaufwendungen	95,13	86,90	83,00	4,70 %
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	272,19	277,88	245,63	13,13 %
Außerordentliche Erträge	0,55	0,65	2,71	-76,01 %
weitere Erträge	-2,98	0,00	0,00	100,00 %
Steuern	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Steuern von Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	269,76	278,53	248,34	12,16 %

Bilanz

alle Werte in TEUR

	2009	2010	2011
AKTIVA	7.251,34	7.243,04	7.092,29
<i>Anlagevermögen</i>	6.826,52	6.872,53	6.688,13
<i>Vorräte</i>	3,26	3,01	3,22
<i>Forderungen</i>	128,24	266,70	315,41
<i>Forderungen gegen Gesellschafter</i>	0,00	0,04	0,00
<i>Sonstige Vermögensgegenstände</i>	111,61	4,22	1,87
<i>Wertpapiere</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Kassenbestand, Bank</i>	181,71	96,54	83,65
<i>ARAP</i>	0,00	0,00	0,00
PASSIVA	7.251,34	7.243,04	7.092,29
<i>Eigenkapital</i>	1.179,60	1.449,36	1.727,89
Stammkapital	25,00	25,00	25,00
Kapitalrücklagen	755,23	1.154,60	1.424,36
Gewinn-/Verlustvortrag	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	399,37	269,76	278,53
<i>Sonderposten mit Rücklageanteil</i>	2.814,43	2.713,12	2.611,82
dav. dem Eigenkapital zuzurechnen	2.814,43	2.713,12	2.611,82
dav. dem langfristigen Fremdkapital zuzurechnen	0,00	0,00	0,00
<i>Rückstellungen</i>	107,29	116,61	108,34
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. kurzfristig</i>	178,81	76,20	0,00
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. langfristig</i>	1.396,03	1.225,40	1.225,40
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern</i>	1.505,38	1.571,93	1.317,95
<i>Verbindlichk. L&L, sonst. Verbindlichkeiten</i>	69,81	90,42	100,88
<i>PRAP</i>	0,00	0,00	0,00

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Allgemeines

Die Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis, (nachfolgend „Altenheimgesellschaft“ genannt) wurde zum 10. Juli 2006 als gemeinnützige Tochtergesellschaft der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, gegründet.

Die Altenheimgesellschaft betreibt zwei Objekte am Standort Brandis. Das erste Objekt - Haus 1 - mit 72 Plätzen existiert seit 1998 und wurde ursprünglich mit 80 % öffentlichen Fördermitteln finanziert. Das zweite Objekt - Haus 2 - mit 30 Plätzen wurde 2001 eröffnet und wurde frei finanziert. Durch die Muttergesellschaft erfolgte 2009/2010 der Umbau und die Sanierung eines Gebäudes am Krankenhausstandort Wurzen zur Nutzung als Altenpflegeheim mit 38 Pflegeplätzen. Die Altenheimgesellschaft fungiert mit Fertigstellung zum 30. August 2010 als Betreiber.

Zum 1. Juli 2008 wurde an die Altenheimgesellschaft ein medizinisches Versorgungszentrum (Gynäkologie und Allgemeinmedizin) mit Sitz in Colditz angegliedert. Zum 1. Oktober 2010 erfolgte die Angliederung der medizinischen Versorgungszentren Grimma und Wurzen an die Altenheimgesellschaft.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der Wirtschaftsplan in seinen Teilen

- Erfolgsplan,
- Vermögensplan,
- Stellenübersicht,

der seit dem Jahr 2007 als Geschäftsgrundlage aufgestellt wird.

Mit den Pflegekassen werden in regelmäßigen Abständen Budgetverhandlungen zur Festlegung der Pflegesätze geführt.

2. Ertragslage

Die Altenheimgesellschaft übt ihre satzungsmäßige Tätigkeit seit dem 1. Oktober 2006 aus. Die hier dargestellten Vergleichsdaten für das Rumpfgeschäftsjahr vom 10. Juli 2006 bis zum 31. Dezember 2006 enthalten somit lediglich Daten und Leistungskennzahlen für drei reguläre Monate.

		2011	2010	2009	2008	2007	2006
Kennzahlen zur Ertragslage							
Umsatzerlöse	TEUR	5.577	3.952	3.317	2.961	2.624	2.620
Umsatzrentabilität	%	13,8	17,0	12,0	12,0	11,4	15,4
Personalaufwand	TEUR	3.484	2.648	2.200	1.883	1.433	1.340
Personalaufwandsquote	%	62,5	67,0	66,3	63,6	54,6	51,2
durchschnittliche Zahl der Vollkräfte	VK	121,7	95,1	74,04	67,55	56,52	56,17
durchschnittlicher Personalaufwand je Vollkraft	TEUR	29	28	30	28	25	24
Produktivität (je Vollkraft)	TEUR	46	53	45	44	46	44
Materialaufwand	TEUR	1.128	773	594	601	541	560
Materialaufwandsquote	%	20,2	19,6	17,9	20,3	20,6	21,4

	2011		2010	
	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	5.577	96,4	3.952	92,1
Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	47	0,8	47	1,1
Sonstige betriebliche Erträge	163	2,8	291	6,8
Betriebliche Erträge	5.787	100,0	4.290	100,0
Personalaufwand	3.484	60,2	2.648	61,7
Materialaufwand	1.128	19,5	773	18,0
Planmäßige Abschreibungen auf eigenmittelfinanziertes Anlagevermögen	397	6,8	301	7,0
Instandhaltung	94	1,7	38	0,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	320	5,5	169	4,0

Betriebliche Aufwendungen	5.423	93,7	3.929	91,6
Betriebsergebnis	364	6,3	361	8,4
Finanzergebnis	-86	-1,5	-91	-2,1
Jahresergebnis	278	4,8	270	6,3

Die betrieblichen Erträge enthalten Umsatzerlöse in Höhe TEUR 5.577, Zuweisungen und Zuschüsse zu den Betriebskosten (TEUR 47) und sonstige betriebliche Erträge (TEUR 163). Die Höhe der Umsatzerlöse ist weitgehend von Pflegestufen, die den Heimbewohnern durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen zugewiesen werden, abhängig. Die Auslastung der Pflegeplätze betrug bezogen auf alle Pflegestufen 98,6 Prozent.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen Erstattungen der Agentur für Arbeit sowie Erstattungen des Personals und Dritter.

Die Personalaufwendungen für 121,7 Vollkräfte betragen im Geschäftsjahr 2011 TEUR 3.484.

In den Materialaufwendungen in Höhe von TEUR 1.128 sind Aufwendungen für Lebensmittel (TEUR 263), Aufwendungen für Zusatzleistungen (TEUR 73), Aufwendungen für Wasser, Energie und Brennstoffe (TEUR 182) sowie Wirtschafts- und Verwaltungsaufwendungen (TEUR 610) enthalten.

Im Berichtsjahr wurden Rückstellungen in Höhe von insgesamt TEUR 108 gebildet. Sie betreffen mit TEUR 80 Personalverpflichtungen und mit TEUR 28 übrige Posten. Diese beinhalten insbesondere Rückstellungen für Instandhaltung, Rechts- und Beratungskosten, Aufbewahrungspflichten und ausstehende Eingangsrechnungen.

Der für die erhaltenen öffentlichen Fördermittel gebildete Sonderposten wurde in Höhe der Abschreibungen aufgelöst. Die Abschreibungen auf das geförderte Anlagevermögen betragen TEUR 101 bei Gesamtabschreibungen in Höhe von TEUR 498.

In den Aufwendungen für Instandhaltung in Höhe von TEUR 94 sind hauptsächlich Aufwendungen für die Instandhaltung der Gebäude und der Betriebsausstattung sowie Wartungsaufwendungen für technische Anlagen enthalten.

Das Finanzergebnis beträgt TEUR ./. 86 und beinhaltet Zinsaufwendungen für Darlehen in Höhe von TEUR 87.

3. Vermögenslage

In nachfolgender Tabelle ist der Vermögens- und Kapitalaufbau der Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis, dargestellt:

	31.12.2011		31.12.2010	
	TEUR	%	TEUR	%
Anlagevermögen	6.688	94,3	6.872	94,9
Umlaufvermögen	404	5,7	371	5,1
BETRIEBSVERMÖGEN	7.092	100,0	7.243	100,0
Eigenkapital	1.728	24,4	1.449	20,0
Sonderposten	2.612	36,8	2.713	37,5
Rückstellungen	108	1,5	117	1,6
Verbindlichkeiten	2.644	37,3	2.964	40,9
BETRIEBSKAPITAL	7.092	100,0	7.243	100,0

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen von TEUR 7.092 betrifft Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände mit 94,3 %, Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit 4,5 % und liquide Mittel mit 1,2 %. Die Finanzierung erfolgt mit 61,2 % durch Eigenkapital (einschließlich Sonderposten), mit 28,4 % durch langfristiges Fremdkapital und mit 10,4 % mit kurzfristigen Fremdmitteln.

Wesentliche Investitionen betreffen den Zukauf von zwei weiteren MVZ am Standort Wurzen (TEUR 175) sowie die Ausstattung des Hauses 1 in Brandis mit Pflegebetten.

Die Verbindlichkeiten setzen sich zusammen aus Kreditverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 1.225, einer Darlehensverbindlichkeit gegenüber der Muttergesellschaft in Höhe von TEUR 1.127 und aus weiteren Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 292.

Hinsichtlich der Vermögens- und Finanzlage hebt die Geschäftsleitung die gesunden Finanzierungsstrukturen und die Sicherstellung der Kapitalbedarfsdeckung und Liquidität im gesamten Geschäftsjahr hervor.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die im Heimbereich für das Jahr 2011 erzielten Ergebnisse lagen im Rahmen der Erwartungen und waren die Grundlage für eine weitere, stabile wirtschaftliche Entwicklung.

Durch die Muttergesellschaft erfolgten der Umbau und die Sanierung des ehemaligen Hauses 7 zur Umwidmung in ein Altenpflegeheim. Die Altenheimgesellschaft hat dieses Haus im August 2010 in Betrieb genommen. Es wurde von der Bevölkerung gut angenommen. Die Auslastung beträgt hier 96%.

Dem Risiko im Bereich der Altenpflege durch den favorisierten Ansatz: „Ambulant vor Stationär“ konnte seit dem Berichtsjahr 2007 entgegengesteuert werden. Entsprechend den Erfahrungen aus dem ambulanten Sektor ist sich die Altenheimgesellschaft bewusst, dass der Aufbau eines ambulanten Dienstes auch mit Risiken verbunden ist. Nachdem der „Ambulante Pflegedienst Bergstraße“ kostendeckend arbeitete, wurde der Ausbau eines zweiten ambulanten Dienstes am Standort Wurzen fortgesetzt.

Im Juli 2008 wurde ein medizinisches Versorgungszentrum (Gynäkologie und Allgemeinmedizin) mit Standort in Colditz der Altenheimgesellschaft angegliedert. Das Ergebnis in diesem Bereich ist kostendeckend. Im Oktober 2010 wurden die medizinischen Versorgungszentren Grimma (Gynäkologie und zwei Allgemeinmedizinische Praxen) und Wurzen (Chirurgie und Allgemeinmedizin) an die Altenheimgesellschaft angegliedert. Die Maßnahme dient der Straffung der Organisationsstruktur.

Die Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH führt sehr verantwortungsbewusst die Versorgung Demenzkranker fort. In dem mittlerweile verabschiedeten Pflegeweiterentwicklungsgesetz (PfWG) wird dem zumindest im kleinen Rahmen Rechnung getragen. So sieht das Gesetz vor, dass es für jeweils 25 Demenzkranke speziell geschulte Betreuungskräfte zusätzlich zum bereits vorhandenen Personal geben soll, sofern die Einrichtung hierfür explizite Betreuungsangebote bereithält. Diese hält das Altenpflegeheim bereits seit einigen Jahren vor und engagiert sich auf dem Gebiet der Betreuung Demenzkranker über den Standort Brandis hinaus. So ist die Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH Mitglied in der DED- Deutsche Expertengruppe Dementenbetreuung e.V.- und beteiligte sich aktiv an dem vom BMFSFJ geförderten Forschungsprojekt: Heidelberger Instrument zur Erfassung von Lebensqualität bei Demenz (H.I.L.D.E.).

Die größte Herausforderung für die Zukunft sieht die Gesellschaft in der veränderten Gesetzgebung insbesondere hinsichtlich der verstärkten Förderung ambulanter Leistungserbringung. Sie geht jedoch davon aus, dem insbesondere durch die vorgenommenen Maßnahmen im Bereich eigener ambulanter Pflegedienste entgegenwirken zu können.

Aufgrund der demografischen Entwicklung in Deutschland ist für eine positive Leistungsentwicklung der Altenheimgesellschaft gesorgt. Somit ist eine direkte Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland nicht direkt gegeben. Eine Auswirkung der Wirtschaftskrise auf den Altenpflegebereich ist somit nicht mehr zu erwarten.

Bestandsgefährdende Risiken sind für die Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH nicht abzuleiten.

Für die nächsten zwei Jahre wird von einer positiven Ergebnisentwicklung ausgegangen. Im Übrigen haben sich auch nach Ablauf des Geschäftsjahres Besonderheiten nicht ergeben.

IV. Kennzahlen gemäß § 14 Absatz 6 Satz 2 des Gesellschaftsvertrags der Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH

		Plan 2 0 1 1	Ist 2 0 1 1	Ist 2 0 1 0
<u>Kennzahlen § 99 Abs. 2 SächsGemO</u>				
Arbeitsproduktivität		1,52	1,60	1,49
Effektivverschuldung	TEUR	2.318	2.240	2.593
Eigenkapitalquote ¹	%	24,43	24,36	20,01
Eigenkapitalrendite	%	18,28	16,12	18,61
Fremdkapitalquote	%	75,57	75,64	79,99
Gesamtkapitalrendite	%	3,17	2,71	4,99
Investitionsdeckung	%	114,86	158,81	89,74
kurzfristige Liquidität	%	51,41	54,59	43,35
Pro-Kopf-Umsatz	TEUR	40,41	45,71	41,60
Vermögensstruktur	%	93,95	94,30	94,88

¹ hier ohne Berücksichtigung des Sonderpostens

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2011 wurde am 30. November 2010 durch den Aufsichtsrat der Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH beschlossen und durch die Gesellschafterversammlung bestätigt.

V. Organe der Gesellschaft

1. Geschäftsführung

Zum Geschäftsführer ist Herr Dr. oec. Andreas Ehrlich bestellt. Der Geschäftsführer ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Hinsichtlich der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wurde von der Schutzklausel gemäß § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

2. Angaben zum Aufsichtsrat

Der Kreistag hat mit Beschluss 227/III/07 vom 1. März 2007 folgende Mitglieder für den Aufsichtsrat der Altenheimgesellschaft Muldentalkliniken gGmbH bestellt:

Name	Berufliche Tätigkeit	Wohnort
Herr Klaus-Jürgen Linke	Beigeordneter Vorsitzender	Grimma
Frau Dr. Roswitha Brunzlauff	freiberufliche Dozentin	Belgershain
Herr Fritz-Dieter Mittenzwei	CNC-Dreher	Wurzen OT Nemt
Herr Gottfried Schröpfer	Gastronom, Selbständig	Zschadraß
Herr Matthias Schmiedel	Bürgermeister	Zschadraß

VI. Sonstige Angaben

Die Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, einbezogen.

Zum Jahresabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2011 wurde die WRG Audit GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig, bestellt.

Brandis, 16. März 2012

Dr. oec. Andreas Ehrlich
Geschäftsführer

Servicegesellschaft Muldental mbH

Beteiligungsübersicht

Servicegesellschaft Muldental mbH

Kutusowstraße 70
04808 Wurzen

Tel. 03425 / 930
Fax 03425 / 93 23 99
Email kh.wurzen@krankenhaus-muldental.de
Internet

Gründungsdatum 05.12.2006

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 07.12.2006

Letzte Änderung am 09.01.2008

Handelsregistereintrag am 17.01.2007 unter 22944

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.000,00 EUR
Anteil der Kommune	Anteil (%)	Anteil

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere Gebäude- und Unterhaltsreinigung, Catering, Sicherheits- und Empfangsdienste, kaufmännische Gebäudedienste, Hauswirtschafts- und sonstige Servicedienste, Sterilgutversorgung, Hilfsdienste in ärztlichen Sprechstunden für organisatorische und ablauftechnische Aufgaben sowie hiermit verwandter Dienstleistungen vorwiegend im Bereich der Kliniken des Muldentalkreises gGmbH und deren Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

Leistungen der Servicegesellschaft Muldental mbH an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	0,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an die Servicegesellschaft Muldental mbH	
Verlustabdeckung	0,00
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00

Organe

Geschäftsführer	Dr. Andreas Ehrlich (Einzelvertretungsberechtigt)
-----------------	------------------------------------------------------

Sonstige Angaben

Name des bestellten Abschlussprüfers	WRG Audit
Anzahl der Mitarbeiter	80

Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Kliniken des Muldentalkreises gGmbH	100,00 %	25.000,00 EUR

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2011 (Plan)
Anlagendeckung	0,00	0,00	0,00	0,00
Arbeitsproduktivität	221,19	217,81	212,36	218,84
Effektivverschuldung	-61.168,23	-57.953,11	-49.176,23	0,00
Eigenkapitalquote	12,18	15,57	16,93	0,00
Eigenkapitalreichweite	0,00	0,00	0,00	0,00
Eigenkapitalrendite	9,53	7,30	8,44	0,00
Fremdkapitalquote	87,82	84,43	83,07	0,00
Gesamtkapitalrendite	1,16	1,14	1,43	0,00
Investitionsdeckung	0,00	0,00	0,00	0,00
Kurzfristige Liquidität	126,65	127,96	125,78	0,00
Pro-Kopf-Umsatz	43.876,31	30.534,49	32.546,18	0,00
Vermögensstruktur	0,00	0,00	0,00	0,00

Gegenüberstellung Erfolgsplan – GuV

alle Werte in TEUR

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2011	Δ Plan – Ist 2011
Umsatz	2.503,83	2.603,69	2.613,00	-0,36 %
Bestandsänderung	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Aktivierete Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	100,00 %
sonstige betriebliche Erträge	35,24	0,00	0,00	100,00 %
sonstige Zuschüsse	35,24	0,00	0,00	100,00 %
Zuschuss LK / BKZ	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Gesamtleistung	2.539,07	2.603,69	2.613,00	-0,36 %
Materialaufwand	901,83	856,17	890,00	-3,80 %
Aufwand RHB	509,54	501,08	525,00	-4,56 %
Aufwand für bezogene Leistungen	392,29	355,09	365,00	-2,72 %
Personalaufwand	1.149,54	1.226,09	1.194,00	2,69 %
Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	482,83	517,55	523,00	-1,04 %
Zinserträge	1,27	1,00	1,00	0,00 %
Zinsaufwendungen	0,00	0,00	0,20	-100,00 %
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	6,15	4,88	6,80	-28,24 %
Außerordentliches Ergebnis	-0,25	0,00	0,00	100,00 %
Steuern	0,00	1,34	2,20	-39,09 %
Steuern von Einkommen und Ertrag	2,84	0,00	0,00	100,00 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	3,05	3,55	4,60	-22,83 %

Bilanz

alle Werte in TEUR

	2009	2010	2011
AKTIVA	290,70	265,21	239,92
<i>Anlagevermögen</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Vorräte</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Forderungen</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Forderungen gegen Gesellschafter</i>	112,30	130,48	123,07
<i>Sonstige Vermögensgegenstände</i>	3,23	5,77	4,23
<i>Wertpapiere</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Kassenbestand, Bank</i>	175,18	128,95	112,63
<i>ARAP</i>	0,00	0,00	0,00
PASSIVA	290,70	268,59	248,09
<i>Eigenkapital</i>	35,40	41,83	42,00
Stammkapital	25,00	25,00	25,00
Kapitalrücklagen	7,03	13,78	13,46
Gewinn-/Verlustvortrag	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	3,37	3,05	3,55
<i>Sonderposten mit Rücklageanteil</i>	0,00	0,00	0,00
dav. dem Eigenkapital zuzurechnen	0,00	0,00	0,00
dav. dem langfristigen Fremdkapital zuzurechnen	0,00	0,00	0,00
<i>Rückstellungen</i>	25,76	19,50	15,33
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. kurzfristig</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. langfristig</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern</i>	56,43	22,88	19,72
<i>Verbindlichk. L&L, sonst. Verbindlichkeiten</i>	173,10	184,38	171,03
<i>PRAP</i>	0,00	0,00	0,00

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Allgemeines

Die Servicegesellschaft Muldental mbH (nachfolgend SGM genannt) wurde zum 01.02.2007 gegründet. Die Eintragung im Handelsregister ist am 17.01.2007 erfolgt.

Die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft (vormals: Kliniken des Muldentalkreises gGmbH), Wurzen, (im Folgenden auch Muttergesellschaft genannt) ist alleinige Gesellschafterin der SGM.

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere Gebäude- und Unterhaltsreinigung, Catering einschließlich der Spül- und Wirtschaftsdienste, Sicherheits- und Empfangsdienste sowie Sterilgutversorgung vorwiegend im Bereich der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft und deren Beteiligung.

Seit dem 01.02.2007 erbringt die SGM Dienstleistungen in den Bereichen Gebäude- und Unterhaltsreinigung sowie Catering. Im Geschäftsjahr 2008 erfolgte eine Erweiterung der Geschäftstätigkeit um zwei Wirtschaftsbereiche. Demnach erbringt die SGM seit dem 01.05.2008 im Krankenhaus Wurzen Dienstleistungen im Bereich Sicherheits- und Empfangsdienste, Rezeption und Archiv. Seit 01.01.2009 wird auch diese für das Krankenhaus Grimma erbracht. Zudem übernimmt die SGM seit dem 01.08.2008 die Sterilisation von medizinischen Instrumenten und Verbrauchsmaterial. Im Geschäftsjahr erfolgte die Leistungserbringung überwiegend für die Muttergesellschaft; im Bereich der Sterilgutversorgung auch für niedergelassene Ärzte. Seit dem 01.10.2010 erfolgte im Reinigungsbereich eine Erweiterung für den Hol- und Bringedienst.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der für das Jahr 2011 aufgestellte Wirtschaftsplan mit seinen Teilen

- Erfolgsplan
- Finanzplan
- Stellenübersicht.

Zusätzlich wurde für das Jahr 2011 erstmals ein Liquiditätsplan erstellt.

2. Ertragslage

	2011		2010	
	TEUR	%	TEUR	%
Betriebliche Erträge	2.604	100,0	2.539	100,0
Materialaufwand	856	32,9	902	35,5
Personalaufwand	1.226	47,0	1.149	45,3
Sonstige betrieblichen Aufwendungen	518	19,9	483	19,0
Betriebliche Aufwendungen	2.600	99,8	2.534	99,8
Betriebsergebnis	4	0,2	5	0,2
Finanzergebnis	1	0,0	1	0,0
sonstige Steuern	-1	0,0	-3	-0,1
Jahresüberschuss	4	0,2	3	0,1

Die Höhe der Umsatzerlöse wurde in Budgets für alle Leistungsbereiche jeweils grundsätzlich vertraglich festgelegt. Mehr- bzw. Mindererlöse werden zum einen im Cateringbereich durch die Ist-Beköstigungstage und Mehr- bzw. Sonderleistungen, im Reinigungsbereich durch Zusatzleistungen sowie im Sterilisationsbereich durch die Sterilisationseinheiten (STE) bestimmt.

Leistungen an Dritte werden ausschließlich in der Sterilgutversorgung für niedergelassene Ärzte erbracht. Die Preise für die Durchführung der Sterilisationsleistungen sind in Verträgen fest vereinbart.

Die Umsatzerlöse des Berichtszeitraums in Höhe von TEUR 2.585 (Vj.: TEUR 2.504) setzen sich wie folgt zusammen:

	2011		2010	
	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse aus Catering	1.144	44,3	1.145	45,7
Umsatzerlöse aus Reinigung	742	28,7	702	28,0
Umsatzerlöse aus Sterilisation	515	19,9	498	20,0
Umsatzerlöse aus Sicherheits- und Empfangsdiensten	184	7,1	159	6,3
	2.585	100,0	2.504	100,0

Die sonstigen betrieblichen Erträge (TEUR 19, Vj.: TEUR 35) beinhalten im Wesentlichen Erstattungen von der Bundesagentur für Arbeit (TEUR 11, Vj.: TEUR 19) und Erstattungen der U2 Umlage (TEUR 2, Vj.: TEUR 8).

Der Materialaufwand des Geschäftsjahres 2011 (TEUR 856, Vj.: TEUR 902) verteilt sich vorwiegend auf Aufwendungen für Lebensmittel (TEUR 484, Vj.: TEUR 492) und auf Aufwendungen für bezogene Leistungen im Bereich Sterilisation (TEUR 351, Vj.: TEUR 388).

Die Leistungen für die Betreuung Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit für die SGM werden seit dem 01.09.2009 von der Dienstleistungsgesellschaft DGT mbH erbracht (TEUR 4, Vj.: TEUR 4).

Der Materialaufwand für Lebensmittel wurde grundsätzlich vertraglich festgelegt. Abweichungen zu den vertraglichen Zielgrößen können durch abweichende IST-Beköstigungstage auftreten. Mehr- und Sonderleistungen auf Anforderung werden ebenfalls gesondert in Rechnung gestellt.

Die Höhe der Aufwendungen für bezogene Sterilisationsleistungen ist ebenfalls vertraglich geregelt. Bei Nichteinhaltung der vertraglich festgelegten Sterilisationseinheiten erfolgt eine Nachberechnung bzw. Rückvergütung.

Der Personalaufwand betrug im Geschäftsjahr TEUR 1.226 (Vj.: TEUR 1.149). Davon entfielen TEUR 1.026 auf Löhne und Gehälter sowie TEUR 200 auf Sozialabgaben.

Die Höhe der sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrug im Geschäftsjahr 2011 TEUR 518 (Vj.: TEUR 483). Darin enthalten sind die Managementgebühren für den Reinigungsbereich (TEUR 292, Vj.: TEUR 269), für den Sicherheits- und Empfangsdienst (TEUR 17, Vj.: TEUR 17), Geschäftsbesorgungskosten (TEUR 29, Vj.: TEUR 28) sowie Mietaufwendungen (TEUR 104, Vj.: TEUR 104) für die benötigten Räume.

Das Finanzergebnis des Geschäftsjahres ergibt sich aus den Zinserträgen in Höhe von TEUR 1 (Vj.: TEUR 1).

3. Vermögenslage

In nachstehender Tabelle ist der Vermögens- und Kapitalaufbau der Servicegesellschaft Muldentäl mbH, Wurzen, im Vergleich zum Vorjahr dargestellt:

	2011		2010		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umlaufvermögen =						
Betriebsvermögen	248	100,0	265	100,0	-17	-6,4
Eigenkapital	42	16,9	38	14,3	4	10,5
Rückstellungen	15	6,1	20	7,6	-5	-25,0
Verbindlichkeiten	191	77,0	207	78,1	-16	-7,7
Betriebskapital	248	100,0	265	100,0	-17	-6,4

Anlagevermögen ist in der SGM nicht vorhanden.

Das Umlaufvermögen betrifft zum einen Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit 51,2 % (Vj.: 51,3 %) und zum anderen aus Guthaben bei Kreditinstituten mit 48,8 % (Vj.: 48,7 %).

Zum Bilanzstichtag standen der Gesellschaft liquide Mittel in Höhe von TEUR 121 (Vj.: TEUR 129) zur Verfügung. Im abgelaufenen Geschäftsjahr war der Kapital- bzw. Liquiditätsbedarf jederzeit vollumfänglich gedeckt.

Die Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 191 (Vj.: TEUR 207) setzen sich aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 96 (Vj.: TEUR 111), aus Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter in Höhe von TEUR 20 (Vj.: TEUR 23) und aus sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 75 (Vj.: TEUR 73) zusammen.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden Steuerrückstellungen TEUR 2 (Vj.: TEUR 4), Rückstellungen für Urlaubsansprüche TEUR 5 (Vj.: TEUR 6), für Prüfungskosten TEUR 6 (Vj.: TEUR 7), für Jubiläen TEUR 1 (Vj.: TEUR 1) und für Personalkosten bzw. Einmalzahlung TEUR 1 (Vj.: TEUR 1) in Höhe von insgesamt TEUR 15 (Vj.: TEUR 20) gebildet.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die SGM ist mit dem Ziel gegründet worden, die Kostenstruktur der Muttergesellschaft zu verbessern. Gemäß der vertraglichen Regelungen werden Preis- und Lohnerhöhungen an die Muttergesellschaft weitergegeben. Die künftige Entwicklung der Geschäftstätigkeit wird daher von der Lage der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft abhängen.

Seit Anfang des Jahres 2009 führt die SGM Sterilisationsleistungen für Dritte, vorwiegend für niedergelassene Ärzte, durch. Die Verträge wurden weitgehend von der Muttergesellschaft übernommen, welche bis dahin die Leistungen erbracht hatte.

Zukünftig ist eher von steigenden Einkaufspreisen und Personalkosten auszugehen. Diesem Risiko wird dadurch entgegengewirkt, dass die Verträge und Budgets mit der Muttergesellschaft an Preiserhöhungen und Tarifierhöhungen angepasst werden.

Bestandsgefährdende Risiken sind für die Servicegesellschaft Muldental mbH nicht abzuleiten.

Die Verträge und Budgets werden an Preiserhöhungen und Tarifierhöhungen angepasst.

Für die nächsten Jahre ist geplant, weitere Steigerungen der Umsatzerlöse zu erzielen und ein weiterhin positives Jahresergebnis zu erwirtschaften.

IV. Sonstige Angaben

1. Geschäftsführung

Zum Geschäftsführer ist Herr Dr. oec. Andreas Ehrlich bestellt. Der Geschäftsführer ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Hinsichtlich der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wurde von der Schutzklausel gemäß § 286 Absatz 4 HGB Gebrauch gemacht.

2. Sonstiges

Die Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, einbezogen. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger offen gelegt.

Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2011 wurde die WRG Audit GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig, bestellt.

Wurzen, 16. März 2012

Dr. oec. Andreas Ehrlich
Geschäftsführer

WILL Wirtschaftsförderung Leipziger Land GmbH

Beteiligungsübersicht

WILL Wirtschaftsförderung Leipziger Land GmbH

Witznitzer Werkstraße 22
04552 Borna

Tel. 03433 20910
Fax 03433 209199
Email info@will-gmbh.de
Internet http://www.will-gmbh.de

Gründungsdatum 10.06.1997

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 10.06.1997

Letzte Änderung am 22.08.2003

Handelsregistereintrag am 02.09.2005 unter HRB 13821

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		30.750,00 EUR
Anteil der Kommune	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	100,00 %	30.750,00 EUR

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der Wirtschaft im gesamten Gebiet des Landkreises Leipziger Land sowie die Realisierung und Unterstützung von Projekten, welche der Entwicklung in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht dienen.

Finanzbeziehungen

Leistungen der WILL Wirtschaftsförderung Leipziger Land GmbH an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	0,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an die WILL Wirtschaftsförderung Leipziger Land GmbH	
Verlustabdeckung	0,00
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00

Organe

Geschäftsführer	Dr. Rolf Müller-Syring
Aufsichtsrat	Manfred Heinz
	Rainer Wünsche
	Maik Kunze
	Simone Luedtke
	Matthias Berger

Sonstige Angaben

Name des bestellten Abschlussprüfers	ECOVIS Wirtschaftsprüfung
Anzahl der Mitarbeiter	0

Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	100,00 %	30.750,00 EUR

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2011 (Plan)
Anlagendeckung	53,32	2.234,09	10.770.866,00	0,00
Arbeitsproduktivität	84,71	191,17	46,13	24,21
Effektivverschuldung	-125.266,93	-555.059,21	-385.660,51	0,00
Eigenkapitalquote	5,33	32,32	18,74	0,00
Eigenkapitalreichweite	0,00	0,00	0,66	0,00
Eigenkapitalrendite	11,93	82,55	-151,72	0,00
Fremdkapitalquote	94,67	67,68	81,26	0,00
Gesamtkapitalrendite	0,64	27,90	-27,90	0,00
Investitionsdeckung	-38,30	-22,56	-85,33	100,00
Kurzfristige Liquidität	120,07	304,26	304,07	0,00
Pro-Kopf-Umsatz	28.604,98	76.490,39	0,00	0,00
Vermögensstruktur	10,00	1,45	0,00	0,00

Gegenüberstellung Erfolgsplan – GuV

alle Werte in TEUR

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2011	Δ Plan – Ist 2011
Umsatz	535,43	65,49	60,30	8,61 %
Bestandsänderung	-48,93	0,00	1,10	-100,00 %
Aktivierete Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	100,00 %
sonstige betriebliche Erträge	167,58	46,04	295,00	-84,39 %
sonstige Zuschüsse	167,58	46,04	295,00	-84,39 %
Zuschuss LK / BKZ	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Gesamtleistung	654,08	111,52	356,40	-68,71 %
Materialaufwand	65,50	64,57	15,00	330,47 %
Aufwand RHB	0,00	0,00	15,00	-100,00 %
Aufwand für bezogene Leistungen	65,50	64,57	0,00	100,00 %
Personalaufwand	280,08	141,96	249,10	-43,01 %
Abschreibungen	14,10	5,59	12,30	-54,55 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	125,26	165,55	82,00	101,89 %
Zinserträge	11,22	9,36	3,00	212,00 %
Zinsaufwendungen	10,25	3,09	0,00	100,00 %
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	170,13	-259,87	1,00	-26.087,00 %
Außerordentliches Ergebnis	212,95	75,00	0,00	100,00 %
Steuern	0,36	16,23	1,00	1.523,00 %
Steuern von Einkommen und Ertrag	158,88	-37,69	0,00	100,00 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	223,83	-163,42	0,00	100,00 %

Bilanz

alle Werte in TEUR

	2009	2010	2011
AKTIVA	887,20	838,93	574,65
<i>Anlagevermögen</i>	88,71	12,14	0,00
<i>Vorräte</i>	48,93	0,00	0,00
<i>Forderungen</i>	1,94	19,93	9,69
<i>Forderungen gegen Gesellschafter</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Sonstige Vermögensgegenstände</i>	37,92	6,09	3,17
<i>Wertpapiere</i>	0,00	296,28	298,61
<i>Kassenbestand, Bank</i>	706,62	503,05	263,17
<i>ARAP</i>	3,07	1,44	0,00
PASSIVA	887,20	838,93	574,65
<i>Eigenkapital</i>	47,30	271,13	107,71
Stammkapital	30,75	30,75	30,75
Kapitalrücklagen	0,00	0,00	0,00
Gewinn-/Verlustvortrag	10,91	16,55	240,38
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	5,64	223,83	-163,42
<i>Sonderposten mit Rücklageanteil</i>	63,80	0,00	0,00
dav. dem Eigenkapital zuzurechnen	0,00	0,00	0,00
dav. dem langfristigen Fremdkapital zuzurechnen	63,80	0,00	0,00
<i>Rückstellungen</i>	151,81	296,07	277,95
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. kurzfristig</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. langfristig</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Verbindlichk. L&L, sonst. Verbindlichkeiten</i>	624,29	271,73	188,99
<i>PRAP</i>	0,00	0,00	0,00

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

1. Ablauf des Geschäftsjahres

30.03.2011

Der Geschäftsführer Dr. Müller-Syring hat sein Anstellungsverhältnis zum 30.06.2011 gekündigt.

21.06.2011

Der Landkreis als Gesellschafter beauftragt zum geschäftsführenden Gesellschaftervertreter für die geschäftsführerfreie Zeit Herrn Justiziar B. Fromeyer, Rechtsamt, und als Vertreterin Frau R. Weigelt, Stabsstelle, jeweils Mitarbeiter des Landkreises Leipzig.

28.06.2011

Abschluss eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen WILL und dem Landkreis Leipzig, gemäß dem dieser für die WILL alle Haushalts-, Finanz- und Kontoführungsrechte übernimmt (umfassende Finanzkontrolle).

30.06.2011

Der Geschäftsführer Dr. Müller-Syring scheidet aus.

Die Liquiditätsplanung geht von einem Finanzmittelbestand von 509.107,00 € zum Jahresende 2011 aus.

06.07.2011

Der Kreistag des Landkreises Leipzig, als Gesellschafter der WILL, beschließt deren Liquidation.

12.07.2011

Der Gesellschafterbeschluss Jahresabschluss 2010 wird festgestellt und Entlastung für 2010 erteilt.

12.07.2011

Es ergeht folgender Gesellschafterbeschluss:

1. Die Liquidation der Gesellschaft beginnt am 01.08.2011.

2. Liquidator wird der Justiziar des Rechtsamtes Herr B. Fromeyer.

15.07.2011

Es werden beziehungsweise wurden alle Verträge fortlaufend gekündigt.

Noch offene Verträge:

06.09.2011

Das Projekt Städtenetzwerk Südkaukasus vom 28.03.2011 mit dem Landkreis Leipzig kann die WILL nicht fortführen. Nach Zwischenabrechnung vom 04.07.2011 hat die WILL 28.500,00 € Fördermittel erhalten, davon wurden 3.338,93 € verbraucht. Es bleibt ein Rest von 25.161,07 €. Der Restbetrag ist an den Fördermittelgeber Landkreis Leipzig, Amt für Wirtschaftsförderung, mit Anschreiben vom 06.09.2011 zurück überwiesen worden. Der Fördermittelbetrag wurde vom Landkreis von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH gemäß GTZ-VertragsNr. 811 287 82 durchgereicht. Die WILL ist aus dem oben genannten Vertrag entlassen. Dr. Müller-Syring hat die Bereitschaft erklärt, in den Vertrag einzutreten und diesen zu erfüllen. Dafür wird derzeit das Leistungsprofil überarbeitet.

Der Vertrag mit Dr. Theile auf Honorarbasis (20,- €/h) zur Aufarbeitung der Grundstücksproblematiken wird fortgeführt.

Der Vertrag mit dem Ing.-Büro Hanke "Erarbeitung Standortentwicklungskonzept" ist mit Wirkung März 2012 beendet.

Der Kooperationsvertrag zwischen LOBBE/MUEG/BIQ/LMBV/WILL zur Standortentwicklung Espenhain/Thierbach von 09. - 12. 2009 ist noch zu kündigen.

Der Vertrag mit dem Steuerbüro Connex GmbH, Borna, wird fortgeführt.

Nach dem Stand vom 14.09.2011 ist die Homepage und diverse Domains der WILL bei der Horst Europe GmbH gekündigt und teilweise übertragen wurden. Abgeschlossen wurde dies bis zum 29.02.2012.

29.07.2011

Der Mietvertrag ist mit Wirkung zum 31.12.2011 gekündigt worden. Die Übergabe erfolgte früher, um die Unterhaltungskosten/-verantwortung bis 31.12.2011 nicht mehr tragen zu müssen. Der Vermieter verzichtet auf ein halbes Jahr Mietzins sowie eine Sanierung seitens des Mieters im Gegenzug für verbliebene Einbauten, Alarmanlage, Schließanlage, Telefonanlage etc. Sofern der Vermieter das Objekt vor dem 31.12.2011 weiter vermieten sollte, wird er der WILL entsprechend die Mietzahlungen reduzieren. Das Mietobjekt wurde am 20.09.2011 endgereinigt und am 23.09.2011 an den Vermieter übergeben. Der Untermietvertrag mit Ing.-Büro Hockauf wird vom Vermieter übernommen. Die WILL nimmt die Miete von Ing. Hockauf noch bis 31.12.2011 ein.

02.08.2011

Der Landesdirektion Leipzig ist der Wirtschaftsprüfungsbericht 2010 zur Kenntnisnahme übersandt worden.

18.08.2011

Der Liquidator ist im Handelsregister eingetragen.

23.08.2011

Bei der Deutschen Post AG ist ein Postnachsendeantrag von zumindest 1 Jahr gestellt worden. Diverse Kontakte sind per Brief beziehungsweise E-Mail auf die geänderte Anschrift hingewiesen worden.

30.08.2011

Die Bekanntmachung des Gläubigeraufrufes gemäß § 65 Abs. 2 GmbHG ist beim Bundesanzeiger beantragt.

08.09.2011

Bis zu diesem Datum sind alle Mitarbeiter der WILL einvernehmlich aus der Gesellschaft ausgeschieden unter Gewährung einer Abfindung von drei Bruttomonatsarbeitsgehältern. Das Inventar ist verkauft worden. Der Gesellschafter z. B. hat alles von Wert übernommen, wie die Möbel, das Dienstfahrzeug, die neuere EDV und Drucker-Technik (zu einem steuerunschädlichen Preis, um eine verdeckte Gewinnausschüttung zu vermeiden). Die Daten des Servers wurden von der IT-Abteilung des Landkreises gesichert. Das Kreisarchiv hat alle archivwürdigen Unterlagen eingelagert.

Die WILL betreibt im Landratsamt Borna einen Raum, in dem die noch offenen Probleme als Akten vorhanden sind und abgearbeitet werden. Dies betrifft im Wesentlichen die Grundstückskäufe/-verkäufe der Vergangenheit.

20.09.2011

Der Auftrag für das Erstellen der Eröffnungsbilanz für die Liquidation ist an die Connex GmbH ergangen.

November 2011

Das Finanzamt hat auf Antrag vom 21.06.2011 die Prüfung der Jahresabschlüsse 2007 bis 2009 für den 14.11.2011 angekündigt.

19.10.2011

Die Vergabe des Auftrags, das Inventar zu aktualisieren ging an Connex, da die WILL bis auf einen PC/Drucker/Monitor alles abgegeben hat.

Der Kooperationsvertrag vom 19./20.03.2007 mit dem Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig ist am 25.10.2011 auf Anregung des Liquidators vorzeitig einvernehmlich beendet worden. Dabei konnte die finanziell vereinbarte Obergrenze von 462.000,00 € auf 323.529,41 € deutlich unterschritten werden (Einsparung: 138.470,59 €).

14.11.2011

Beginn der Finanzamtsprüfung der Jahre 2007 bis 2009.

19.12.2011

Es erfolgt die Gewerbeabmeldung gegenüber dem Ordnungsamt der Stadt Borna.

19.12.2011

Der Jahresabschluss zum 31.12.2010 wird im e-Bundesanzeiger veröffentlicht durch die ECOVIS Wirtschaftstreuhand GmbH in Dresden.

19.12.2011

Die Connex bekommt den Auftrag, zu prüfen, ob laut ihren Unterlagen die WILL zum Eingemeindungstichtag der Kreisgebietsreform am 31.08.2008 Grundstücke besessen hat. Das Finanzamt beabsichtigt, den Landkreis entsprechend mit Grunderwerbssteuern zu belasten.

19.12.2011

Es erfolgt die Erneuerung der ausgelaufenen Empfangsvollmacht in Steuerangelegenheiten für die Connex.

19.12.2011

Vorlage 1. Entwurf perspektivischer Kosten der WILL aus den noch nicht abgeschlossenen Grundstücksverkäufen durch Dr. Theile.

13.12.2011

Die LMBV fordert ca. 200.000,00 € Mehrerlösauskehr für die Flächen "Rötha Ost/West" (ALE-Verfahrensbezeichnungen). Dr. Theile ermittelt die gegenrechenbaren Kosten der WILL bis Ende Februar 2012. Per Verhandlungsstand Juli 2012 ist die Forderung der LMBV bei ca. 60.000,00 €. Arbeitsziel der WILL ist 0,00 €.

12.12.2011

LMBV, ALE, Grontmij GmbH, Dresden, Verband Ländliche Neuordnung erarbeiten gemeinsamen Vorschlag (auf Kosten des ALE!) zur rechtlichen Bereinigung der Flächen "Rötha West" durch mehrere "Planvereinbarungen" nach FlurBG. Ziel ist der Abschluss in 2012. Die WILL wird danach ca. 34.000,00 € an die Landwirtschaftsbetriebe, die LMBV und den Freistaat Sachsen zurück erstatten müssen für 17,2 ha Minderflächen. Dies wären in Summe 17,2 ha und 33.786,32 €:

- Agrarproduktion „Elsteraue“ GmbH & Co. KG 3,83 ha 9.975,68 €,
- Agrargenossenschaft Pötzschau e.G. 3,87 ha 9.976,20 €,
- Staatsbetrieb Sachsenforst Chemnitz 16,85 ha 10.114,92 €,
- LMBV mbH 2,65 ha 3.719,52 €.

Es wird mit den Betrieben verhandelt, dass diese auf Grund der sehr günstigen Grundstückskaufpreise auf ihre Erstattungsbeträge gegenüber der WILL verzichten mögen, um eine mögliche Insolvenz der WILL damit zu vermeiden. Die Stiftung Wald für Sachsen hat der WILL auf Grund von 18,02 ha Mehrflächen 13.099,17 € erstattet. Dieser Betrag ist bereits bei der WILL GmbH i. L. eingegangen.

"Rötha Ost" hingegen wird ca. 10 Jahre dauern und wird aus derzeitiger Sicht nicht zu beschleunigen sein. In diesem Bereich hat die WILL GmbH keine Grundstücke erworben und verkauft. Die Trennung in Verfahren Ost und West ist auf Vorschlag des ALE zur Beschleunigung erfolgt.

Die Beendigung des Flurneuordnungsverfahren „Witznitz“ ist abhängig vom Planfeststellungsverfahren der Autobahn A 72 Leipzig - Chemnitz und wird nicht vor dem Jahre 2020 zum Abschluss kommen. Für eine vorzeitige Beendigung müssten Vermessungskosten von ca. 100.000,00 € (ungeprüfter Betrag) zurückgestellt werden, die ansonsten das ALE tragen würde.

2. Entwicklungen bis zum 23.07.2012

Die LMBV verzichtet auf Mehrerlösauskehr in den Verfahren Hainer See und Halde Trages, weil dort für die WILL deutlich höhere Kosten als der Mehrerlös bei der WILL angefallen sind.

Weiter wurde im Verfahren Halde Trages vereinbart, die beiden offenen Problemkreise (fehlende Übereignung der noch nicht abgeschlossenen Deponie) aus dem Notarvertrag herauszunehmen und zu vereinbaren, dass die LMBV diese Flächen direkt an den Forstbetrieb Müller verkauft. Es wird das ungeklärte Flurstücksproblem (die WILL hat Forstbetrieb Müller ein Flurstück mit verkauft, das ihr nicht gehört hat) aus dem Notarvertrag herausgenommen. Damit können beide Verfahren Hainer See und Halde Trages im Herbst 2012 mit Planvereinbarungen des ALE, erarbeitet auf Kosten des ALE durch die Grontmij-GmbH, Dresden, abgeschlossen werden.

Die Stadt Borna hat Gewerbesteuern für 2010 in Höhe von ca. 75.000,00 € festgesetzt. Der Steuerbescheid des Finanzamtes Borna für 2010 (Körperschaftsteuer/Solidaritätszuschlag) beläuft sich auf 82.412,45 Euro. Das Finanzamt fordert gemäß der Nachprüfung der Jahre 2007 - 2009 einen Betrag von ca. 39.000,00 €.

Für die noch offenen Flurstücksprobleme im Flurbereinigungsverfahren Witznitz müssen ca. 100.000,00 € Rückstellungen (ungeprüfter Betrag) für mögliche Vermessungs- und Notarkosten angelegt werden, um durch eigene Vermessungen das Beenden des Verfahrens möglicherweise beschleunigen zu können. Laut Einschätzung des ALE wird das Verfahren Witznitz noch ca. 10 Jahre benötigen, weil das Verfahren um die Trassierung der Autobahn dort rechtlich mit eingeflossen ist.

Die Rücklagen der WILL GmbH i. L. reichen aus derzeitiger Sicht für einen Abschluss der Liquidation aus, ohne einen Gesellschafternachsuss beantragen zu müssen (siehe Liquiditätsplan). Es könnten ggf. sogar 100.000 - 200.000 € positiv zur Auskehr an den Gesellschafter verbleiben.

B. Fromeyer
Liquidator

KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH

Beteiligungsübersicht

KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH

Schwarzer Weg 4
04420 Markranstädt

Tel. 034205 / 4114-0
Fax 034205 / 4114 - 40
Email jens.adam@kell-gmbh.de
Internet http://www.kell-gmbh.de

Gründungsdatum 21.10.2009

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 07.10.2009

Letzte Änderung am 21.10.2009

Handelsregistereintrag am 02.12.2009 unter HRB 25657

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		331.000,00 EUR
Anteil der Kommune	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	100,00 %	331.000,00 EUR

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Abfallentsorgung auf dem Gebiet des Landkreises Leipzig. Sie umfasst die dem Landkreis als öffentlich rechtllichem Entsorgungsträger zugewiesenen Aufgaben und zwar das Einsammeln und Befördern der im Entsorgungsgebiet anfallenden Abfälle, deren Verwertung und Beseitigung, soweit diese Aufgabe nicht vom Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen wahrgenommen wird, sowie die Übernahme von weiteren Aufgaben, die dem Landkreis als öffentlich rechtllichem Entsorgungsträger zugewiesen sind, soweit es sich nicht um reine Tätigkeiten von Behörden handelt. Hierzu gehören insbesondere die Sanierung und Rekultivierung von Abfallbeseitigungsanlagen und die Entsorgung der rechtswidrig auf den der Allgemeinheit zugänglichen Grundstücken abgelagerten Abfälle.

Gegenstand des Unternehmens können weiterhin Aktivitäten im Bereich der Abfallwirtschaft und des Recyclings, wie die Übernahme und Durchführung von Entsorgungsleistungen jeder Art sowie der Erwerb und die Verwaltung von gesellschaftseigenen Immobilien sein, soweit die Gesellschaft überwiegend die dem Gesellschafter als öffentlich rechtllichem Entsorgungsträger zugewiesenen Aufgaben erbringt. Die Tätigkeit für andere Auftraggeber als den Landkreis Leipzig wird jedoch nur aufgenommen, solange das Unternehmen im Wesentlichen für den Landkreis Leipzig tätig ist und eine Tätigkeit für andere Auftraggeber als rein nebensächlich angesehen werden kann.

Finanzbeziehungen

Leistungen der KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	7.143,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an die KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH	
Verlustabdeckung	0,00
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	2.381.000,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00

Organe

Geschäftsführer	Jens Adam (Einzelvertretungsberechtigt) (Befreiung von §181 des BGB)
Beirat	Dr. Nicolaus Legutke
	Joachim Schruth
	Hans-Edgar Kirsch
	Jürgen Kretschel
	Peter Georgi
	Klaus Sommer
	Frank Feldmann

Sonstige Angaben

Name des bestellten Abschlussprüfers	CONNEX.MKP Audit
Anzahl der Mitarbeiter	67

Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	100,00 %	331.000,00 EUR

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2011 (Plan)
Anlagendeckung	322,50	98,23	117,35	0,00
Arbeitsproduktivität	0,00	367,13	390,29	350,49
Effektivverschuldung	-11.893,81	1.426.496,03	2.945.212,66	0,00
Eigenkapitalquote	50,14	31,92	19,64	0,00
Eigenkapitalreichweite	1,61	0,00	0,00	0,00
Eigenkapitalrendite	-62,05	12,29	9,26	0,00
Fremdkapitalquote	49,86	68,08	80,36	0,00
Gesamtkapitalrendite	-31,11	6,76	3,52	0,00
Investitionsdeckung	0,00	100,00	100,00	100,00
Kurzfristige Liquidität	184,39	153,50	177,54	0,00
Pro-Kopf-Umsatz	0,00	117.936,72	102.361,09	95.234,38
Vermögensstruktur	15,55	71,07	59,32	0,00
Lohnquote	0,00	27,24	25,62	28,53
Verschuldungsgrad	0,46	0,08	0,15	0,00

Gegenüberstellung Erfolgsplan – GuV

alle Werte in TEUR

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2011	Δ Plan – Ist 2011
Umsatz	6.486,52	6.858,19	6.095,00	12,52 %
Bestandsänderung	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Aktivierete Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	100,00 %
sonstige betriebliche Erträge	235,19	264,14	0,00	100,00 %
sonstige Zuschüsse	235,19	264,14	0,00	100,00 %
Zuschuss LK / BKZ	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Gesamtleistung	6.721,71	7.122,33	6.095,00	16,86 %
Materialaufwand	3.375,66	3.742,61	2.489,00	50,37 %
Aufwand RHB	424,34	549,63	2.489,00	-77,92 %
Aufwand für bezogene Leistungen	2.951,32	3.192,98	0,00	100,00 %
Personalaufwand	1.766,81	1.757,22	1.739,00	1,05 %

Abschreibungen	578,74	612,62	590,00	3,83 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	580,65	551,94	964,00	-42,74 %
Zinserträge	2,66	6,51	0,00	100,00 %
Zinsaufwendungen	144,33	155,08	198,00	-21,68 %
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	278,19	309,39	115,00	169,03 %
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Steuern	33,63	68,93	0,00	100,00 %
Steuern von Einkommen und Ertrag	45,33	74,94	0,00	100,00 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	199,23	165,52	115,00	43,93 %

Bilanz

alle Werte in TEUR

	2009	2010	2011
AKTIVA	30,77	5.079,44	9.096,43
<i>Anlagevermögen</i>	4,78	3.609,90	5.396,45
<i>Vorräte</i>	0,00	39,53	34,52
<i>Forderungen</i>	0,00	494,45	203,88
<i>Forderungen gegen Gesellschafter</i>	0,00	217,00	316,00
<i>Sonstige Vermögensgegenstände</i>	1,52	2,66	311,39
<i>Wertpapiere</i>	0,00	86,52	85,78
<i>Kassenbestand, Bank</i>	24,47	595,30	2.707,14
<i>ARAP</i>	0,00	34,06	41,27
<i>Aktive latente Steuern</i>	0,00	0,00	0,00
PASSIVA	30,77	5.079,44	9.096,43
<i>Eigenkapital</i>	15,43	1.621,26	1.786,78
<i>Stammkapital</i>	25,00	331,00	331,00
<i>Kapitalrücklagen</i>	0,00	1.100,60	1.100,60
<i>Gewinn-/Verlustvortrag</i>	0,00	-9,57	189,66
<i>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</i>	-9,57	199,23	165,52
<i>Sonderposten mit Rücklageanteil</i>	0,00	0,00	0,00
<i>dav. dem Eigenkapital zuzurechnen</i>	0,00	0,00	0,00
<i>dav. dem langfristigen Fremdkapital zuzurechnen</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Rückstellungen</i>	1,25	555,68	577,91
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. kurzfristig</i>	0,00	514,77	716,19
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. langfristig</i>	0,00	1.924,89	4.546,11
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Verbindlichk. L&L, sonst. Verbindlichkeiten</i>	14,09	416,83	1.348,38
<i>PRAP</i>	0,00	0,00	1,07
<i>Passive latente Steuern</i>	0,00	46,00	120,00

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Das Jahr 2011 war sowohl für die Betriebe der Abfall- und Recyclingwirtschaft sowie auch gesamtwirtschaftlich ein erfolgreiches. Überwiegend hohe Wertstoffpreise prägten das Geschäftsjahr. Die Diskussionen zum neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz bewegten und polarisierten die Branche.

2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsätze sind im Berichtsjahr bei unveränderter Auftragslage um 5,7 % auf 6,9 Mio EUR gestiegen. Wesentliche Grundlage dafür sind die Verträge über die Verwertung von Altpapier mit dem Landkreis Leipzig, sowie der Kommunalvertrag über die Entsorgung im Gebiet des Altlandkreises Leipziger Land. Hinzu kommen Papierverträge mit den Dualen Systemen sowie den Papierverwertern.

Ganz entscheidend wurden die Umsätze durch die Erlöse für den Verkauf des erfassten Altpapiers beeinflusst. Sie stiegen trotz schwachem 4. Quartal im Vergleich zum Vorjahr um 10 %. Auch im Bereich Sperrmüll lagen die Umsätze ca. 10 % über dem Vorjahresniveau.

Gemäß Gesellschaftervertrag der KELL GmbH werden die Umsätze im Wesentlichen mit dem Landkreis Leipzig erzielt.

3. Geschäftsergebnis

Das Geschäftsergebnis liegt deutlich über unseren Erwartungen. Der Jahresüberschuss beträgt 166 TEUR. Höhere Wertstoffpreise, größere kommunale Mengen sowie niedrige Miet- und Leasingaufwendungen beeinflussten das Betriebsergebnis unter Berücksichtigung von Kfz- und Grundsteuern positiv.

4. Produktiver Geschäftsbetrieb

Durch die weitgehende Beschränkung auf den Kommunalvertrag ist der produktive Geschäftsbetrieb gut planbar. Gleichwohl schlagen gesamtwirtschaftliche Preisentwicklungen auf die Kostenstruktur der Gesellschaft durch. Dies betraf im Geschäftsjahr vor allem die Wertstoffpreise sowie die Preise für Mineralölerzeugnisse.

Den deutlich höheren Umsatzerlösen stehen nahezu gleich hohe Abweichungen bei den auftragsbezogenen Kosten gegenüber, da die Papiererlöse ohne Abzug an den Landkreis durchgereicht werden. Der daraus resultierende Nettorohertrag liegt 2,4 % über dem Vorjahreswert.

Während sich die Personalkosten auf Vorjahresniveau bewegen und die Sachkosten im Vergleich zum Vorjahr sogar gesunken sind, erhöhten sich die Aufwendungen im Fahrzeugbereich um 27 %. Ursache dafür sind erheblich gestiegene Preise für Ersatzteile sowie die Entwicklung der Kosten für Mineralölerzeugnisse (Diesel).

Die Umstellung von langfristigen Mietverträgen auf an den neuen, geringeren Bedarf der Gesellschaft ausgerichtete Kaufverträge bewirkte im Kostenblock Abschreibungen/Leasing/Mieten eine Kosteneinsparung von 10 %.

5. Beschaffung und Investitionen

Die Geschäftsjahre 2011 und 2012 werden in der Geschichte der Gesellschaft einzigartig sein. In diesem Zeitraum wird die Gesellschaft 76 % der Bilanzsumme des Jahres 2010 investieren. Das Investitionsvolumen ergibt sich aus den Anforderungen des zum 01.01.2012 beginnenden Kommunalvertrages mit dem Landkreis Leipzig.

Im Berichtsjahr wurden 2,4 Mio EUR investiert. Die Investitionen erfolgten vorwiegend in Fahrzeugtechnik sowie Behälter. Hinzu kam die Errichtung bzw. Ertüchtigung von 10 Wertstoffhöfen im Landkreis. Aufgrund langwieriger Genehmigungsverfahren konnten die Baumaßnahmen für die Wertstoffhöfe erst im Oktober/November 2011 beginnen. Damit war deren Fertigstellung zum 31.12.2011 nicht realisierbar. Diese wird im 1. Halbjahr 2012 nachgeholt.

6. Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Die Investitionsmaßnahmen im Geschäftsjahr 2011 wurden weitgehend mit Fremdmitteln finanziert. Für die Finanzierung der Wertstoffhöfe im Landkreis sowie die Finanzierung eines Teils des Behältersystems für die Erfassung von Restabfall wurde durch den Gesellschafter Landkreis Leipzig eine Bürgschaft gestellt. Die Finanzierung der Fahrzeugtechnik sowie von Containern erfolgt über klassische Kredite.

Durch die Kreditaufnahme im 4. Quartal sowie die vereinbarten Bürgschaftsentgelte hat sich die Zinsbelastung im Vergleich zum Vorjahr geringfügig erhöht. Innerhalb des Finanzierungsergebnisses konnte diese Mehrbelastung nicht kompensiert werden. Die Zinsbelastung liegt jedoch deutlich unter den Planwerten.

Für die Folgejahre wird wieder eine stärkere Eigenfinanzierung angestrebt.

7. Personal- und Sozialbereich

Nach einer Neuordnung von Zuständigkeiten zwischen dem Eigenbetrieb für Abfallwirtschaft sowie der KELL wurden im Berichtsjahr im Durchschnitt 2 Mitarbeiter mehr beschäftigt, als ursprünglich geplant. Im Dezember 2011 wurden in Vorbereitung der Vertragsaufnahme zum 01.01.2012 bereits 12 Mitarbeiter neu eingestellt, um diese in Ihre zukünftigen Aufgaben einzuarbeiten und zu schulen.

Der Mitarbeiterbestand entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>
Angestellte	15	15
Arbeiter	52	40
Aushilfskräfte	<u>0</u>	<u>0</u>
Gesamt	<u>67</u>	<u>55</u>

8. Umweltschutz

Der Betriebshof sowie die durch die Gesellschaft betriebenen Wertstoffhöfe wurden im Berichtsjahr genehmigungskonform betrieben. Es gab keine Störungen.

In Vorbereitung der Errichtung der Wertstoffhöfe des Landkreises gab es umfangreiche Abstimmungen mit den zuständigen Genehmigungsbehörden zu Umfang und Umsetzung des Umweltschutzes.

9. Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Am Anfang des Geschäftsjahres wurde eine intensive Diskussion mit den Gremien des Gesellschafters und Auftraggebers über den Leistungsumfang bei extremen Wettersituationen und den damit verbundenen Kostenentwicklung geführt.

Die Vorbereitung auf den Beginn des neuen Vertragsverhältnisses mit dem Landkreis Leipzig nahm im Berichtsjahr erhebliche Ressourcen der Gesellschaft in Anspruch.

II. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die durch den neuen Kommunalvertrag bedingte Umbruchphase ist zum Bilanzstichtag noch nicht abgeschlossen. Damit verbunden ist ein hoher Bestand an Zahlungsmitteln, welcher zeitnah für die Erhöhung des Anlagevermögens beansprucht wird. Die durch die Gesellschaft derzeit geplanten bzw. bereits ausgelösten Investitionen können mit dem vorhandenen Barvermögen realisiert werden.

Trotz der hohen Kreditaufnahme und dem damit verbundenen Anstieg des Verschuldungsgrades der Gesellschaft auf 4,1 liegt die Eigenkapitalquote bei ca. 20 %. Da keine Ausschüttung vorgesehen ist und die Finanzierungsstruktur für 2012 keine erneute Verschlechterung des Verschuldungsgrades vorsieht, wird es zu keiner weiteren Absenkung der Eigenkapitalquote kommen. Auch der Verschuldungsgrad wird in den nächsten Jahren wieder sinken.

2. Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2011 konnte die Gesellschaft aufgrund des sehr guten operativen Ergebnisses einen positiven cash flow aus der betrieblichen Tätigkeit in Höhe von 1.672 TEUR erwirtschaften. Wesentlich beeinflusst wurde dieser auch durch die zum Bilanzstichtag noch nicht ausgeglichenen Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Errichtung bzw. Ertüchtigung von 10 Wertstoffhöfen im Landkreis.

Die im Rahmen der Finanzierung der Investitionsvorhaben aufgenommenen Kreditmittel führen zu einem Zahlungsmittelüberschuss aus dem Finanzierungsbereich (2.822 T€), der den Zahlungsmittelfehlbetrag aus dem Investitionsbereich (2.383 T€) kompensieren konnte.

Mit dem weiteren Realisierungsfortschritt der im Geschäftsjahr 2011 begonnenen Investitionen wird der zum Stichtag bestehende positive cash flow in Höhe von gesamt 2.111 T€ ab dem Jahr 2012 abgebaut.

Die Gesellschaft weist mit einer kurzfristigen Zahlungsfähigkeit von 147 % und einer mittelfristigen Zahlungsfähigkeit von 79 % eine stabile Liquiditätsslage nach.

3. Ertragslage

Das Ergebnis vor Ertragssteuern der Gesellschaft in Höhe von 240 T€ ist wie erwartet stabil. Es liegt im Geschäftsjahr mit 126 T€ sogar über unseren Erwartungen. Mit diesem Ergebnis weisen die wesentlichen Ertragskennziffern branchenübliche Werte auf. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass der Jahresüberschuss durch passive latente Steuern in Höhe von 74 T€, im Wesentlichen aus der steuerlichen Mehrabschreibung resultierend, beeinflusst wurde.

Durch das Geschäftsmodell der KELL sind bei den Erträgen zukünftig keine größeren Ausschläge nach oben oder unten zu erwarten. Durch die LSP-Kalkulation kann man von stabilen Ertragserwartungen ausgehen. Allerdings sind dadurch auch Ertragszuwächse unwahrscheinlich.

III. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Am 01.01.2012 begann der langfristige Vertrag über die kommunale Abfallentsorgung mit dem Landkreis Leipzig. Gemeinsam mit dem Papiervertrag aus dem Jahr 2009 ergibt sich daraus eine langfristige Geschäftsgrundlage für die KELL.

Da der Landkreis dem Unternehmen alle betriebsnotwendigen Aufwendungen zur Erfüllung der beiden Verträge in Form von Entgelten ersetzt, erstrecken sich die Risiken im Wesentlichen auf den operativen Bereich. Zur Abdeckung dieser Risiken hat die Gesellschaft entsprechende Versicherungen abgeschlossen. Strategische Risiken sind nicht zu erkennen.

Die In-House-Verträge mit dem Landkreis erlauben keine weitere Akquisition und damit ein Wachsen der Gesellschaft. Somit stehen den überschaubaren Risiken auch nur geringe Chancen gegenüber. Beides steht einer stabilen Entwicklung der Gesellschaft jedoch nicht im Wege.

Die vorgesehene Standortverlagerung von Borna zur Zentraldeponie in Cröbern wird für einen weiteren Effizienzgewinn sorgen. Die dafür notwendigen Verträge wurden im Dezember 2011 unterzeichnet.

IV. Sonstige Angaben

1. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nicht ergeben.

2. Verwendung von Finanzinstrumenten

Die KELL finanziert sich vorwiegend über klassische Kredite. Es existieren weiterhin Leasingverträge für Dienstfahrzeuge. Die eingeräumten Kontokorrentlinien wurden 2011 nicht beansprucht.

Für die Finanzierung der Wertstoffhöfe im Landkreis sowie die Finanzierung eines Teils des Behältersystems für die Erfassung von Restabfall wurde durch den Gesellschafter Landkreis Leipzig eine Bürgschaft gestellt.

3. Forschung und Entwicklung

Forschung und Entwicklung wurde von unserer Gesellschaft in 2011 nicht betrieben.

4. Bestehende Zweigniederlassungen

Im Berichtsjahr unterhielt die KELL keine Zweigniederlassungen.

Aufbauwerk Region Leipzig GmbH

Beteiligungsübersicht

Aufbauwerk Region Leipzig GmbH

Otto-Schill-Straße 1
04109 Leipzig

Tel. 0341 / 1 40 77 9-0
Fax 0341 / 1 40 77 9-11
Email info@aufbauwerk-leipzig.com
Internet <http://www.aufbauwerk-leipzig.com>

Gründungsdatum 22.11.1993

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 05.05.1992

Letzte Änderung am 06.12.2007

Handelsregistereintrag am unter HRB 8541

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.600,63 EUR
Anteil der Kommune	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	23,44 %	6.000,00 EUR

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 30.06.2004 und Anmeldung zum Handelsregister vom 03.11.2004 firmiert die Gesellschaft unter Aufbauwerk Region Leipzig GmbH.

Gegenstand des Unternehmens ist die integrierte Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die Bündelung und Zusammenführung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung. Die Entwicklung von entsprechenden Projekten und die Kombination verschiedener Finanzierungsformen und -quellen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein.

Von der Gesellschaft allein oder in Kooperation mit anderen regionalen Akteuren werden zur praktischen Verbindung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung dazu notwendige Aktivitäten entfaltet, beraten und unterstützt. Hierzu zählen u. a. Analysen, Berichte, Tagungen, Aufbau und Entwicklung von entsprechenden Netzwerken sowie die Beratung der regionalen Akteure, insbesondere der Gesellschafter, zu diesem Themen.

Hohe Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Kooperation mit Partnern aus anderen europäischen Ländern, auch aus Mittel- und Osteuropa, sowie die Einwerbung von Mitteln aus dem Bereich der Europäischen Union und ihren Institutionen.

Die Gesellschaft übernimmt im Auftrage der Gesellschafter die Trägerschaft für Projekte, die in deren Interessen liegen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die dem Gesellschaftszweck gemäß den Absätzen 1-4 dienen. Sie kann sich beispielsweise an deren Unternehmen beteiligen, sie kann auch Zweigniederlassungen errichten.

Zur Unterstützung der Gesellschaft bei der Erreichung ihrer vertragsmäßigen Ziele und zur Beratung der Geschäftsführung, insbesondere in wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Arbeitsbeschaffung, Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsstrukturentwicklung, soll gemäß § 11 der Satzung ein Beirat gebildet werden.

Finanzbeziehungen

Leistungen der Aufbauwerk Region Leipzig GmbH an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	0,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH	
Verlustabdeckung	0,00
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00

Organe

Geschäftsführer	Silvana Rückert (Befreiung von §181 des BGB)
-----------------	-------------------------------------------------

Sonstige Angaben

Name des bestellten Abschlussprüfers	Diplom-Ingenieurökonom Jürgen Vogel
Anzahl der Mitarbeiter	13

Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	23,44 %	6.000,00 EUR
WFG-Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Landkreises Nordsachsen	1,95 %	500,00 EUR
Stadt Leipzig	57,03 %	14.600,00 EUR
Landkreis Mittelsachsen	17,58 %	4.500,00 EUR

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2011 (Plan)
Anlagendeckung	10.836,82	6.838,30	5.030,53	0,00
Arbeitsproduktivität	98,68	110,14	25,92	23,25
Effektivverschuldung	-91.246,81	-52.203,83	414.307,10	0,00
Eigenkapitalquote	46,74	28,14	23,42	0,00
Eigenkapitalreichweite	0,00	12,53	4,34	0,00
Eigenkapitalrendite	16,01	-7,98	-23,03	0,00
Fremdkapitalquote	53,26	71,86	76,58	0,00
Gesamtkapitalrendite	7,48	-2,25	-5,39	0,00
Investitionsdeckung	79,34	50,91	47,27	100,00
Kurzfristige Liquidität	131,82	107,78	34,97	0,00
Pro-Kopf-Umsatz	17.300,57	30.505,19	7.373,90	0,00
Vermögensstruktur	0,43	0,41	0,47	0,00

Gegenüberstellung Erfolgsplan – GuV

alle Werte in TEUR

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2011	Δ Plan – Ist 2011
Umsatz	427,07	95,86	93,00	3,08 %
Bestandsänderung	-6,46	484,74	913,00	-46,91 %
Aktiviertete Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	100,00 %
sonstige betriebliche Erträge	90,52	26,99	15,00	79,93 %
sonstige Zuschüsse	90,52	26,99	15,00	79,93 %
Zuschuss LK / BKZ	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Gesamtleistung	511,13	607,59	1.021,00	-40,49 %
Materialaufwand	29,72	120,68	480,00	-74,86 %
Aufwand RHB	0,00	0,09	0,00	100,00 %
Aufwand für bezogene Leistungen	29,72	120,59	480,00	-74,88 %
Personalaufwand	387,74	369,86	400,00	-7,54 %
Abschreibungen	2,81	1,55	2,00	-22,50 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	112,61	116,82	100,00	16,82 %
Zinserträge	0,12	0,00	0,00	100,00 %
Zinsaufwendungen	0,00	0,07	0,00	100,00 %
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	-21,64	-1,38	39,00	-103,54 %
Außerordentliches Ergebnis	0,00	-50,02	0,00	100,00 %
Steuern	0,17	0,17	20,00	-99,15 %
Steuern von Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-21,81	-51,57	19,00	-371,42 %

Bilanz

alle Werte in TEUR

	2009	2010	2011
AKTIVA	631,26	971,08	956,10
<i>Anlagevermögen</i>	2,72	4,00	4,45
<i>Vorräte</i>	250,54	244,08	728,82
<i>Forderungen</i>	109,09	100,07	32,23
<i>Forderungen gegen Gesellschafter</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Sonstige Vermögensgegenstände</i>	3,89	530,26	62,37
<i>Wertpapiere</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Kassenbestand, Bank</i>	264,40	92,08	127,73
<i>ARAP</i>	0,62	0,61	0,51

PASSIVA	631,26	971,08	956,10
<i>Eigenkapital</i>	295,03	273,22	223,93
Stammkapital	25,60	25,60	25,60
Kapitalrücklagen	1,50	1,50	1,50
Gewinn-/Verlustvortrag	220,71	267,93	248,41
Jahresüberschuss/- fehlbetrag	47,22	-21,81	-51,57
<i>Sonderposten mit Rücklageanteil</i>	0,00	0,00	0,00
dav. dem Eigenkapital zuzurechnen	0,00	0,00	0,00
dav. dem langfristigen Fremdkapital zuzurechnen	0,00	0,00	0,00
<i>Rückstellungen</i>	49,47	25,35	74,72
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. kurzfristig</i>	0,00	0,00	0,40
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. langfristig</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Verbindlichk. L&L, sonst. Verbindlichkeiten</i>	286,75	670,81	636,75
<i>PRAP</i>	0,00	1,70	20,30

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

A. Wirtschaftsbericht

1. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses 2011

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2011 mit einem Jahresfehlbetrag von 51.571,55 EUR ab (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 21.808,23 EUR). Aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurde ein Verlust von 1.380,48 EUR erzielt. Der Jahresfehlbetrag resultiert aus den außergewöhnlichen Aufwendungen in Höhe von 50.019,07 EUR, die hauptsächlich die zu erwartenden Steuernachzahlungen auf Grund der bei der Gesellschaft durchgeführten Betriebsprüfung der Veranlagungszeiträume 2005 bis 2007 sowie die drohenden künftigen Umsatzsteuernachzahlungen der Jahre 2008 und 2009 betreffen.

Die **Allgemeine Lage** der Gesellschaft ist positiv. Dank der intensiven Akquisitionstätigkeit im vergangenen Jahr konnten 2011 weitere vier neue Projekte (siehe unter Punkt 3) ihre Arbeit aufnehmen. Die aufgebauten Projektentwicklungskompetenzen führten dazu, dass weiterhin nicht nur Einrichtungen aus der Region Leipzig, sondern auch Auftraggeber aus Grenzregionen und anderen Regionen auf die Leistungen der Gesellschaft zurückgriffen (u. a. Stadt Oberwiesenthal, BTU Cottbus).

Darüber hinaus wurden die bereits zuvor begonnenen Projekte fortgeführt. Abgeschlossen wurden im Jahr 2011 keine Projekte. Alle anderen Vorhaben haben eine Laufzeit bis 2012 bzw. darüber bis 2014 hinaus.

Die **Entwicklung des Unternehmensumfeldes** war 2011 positiv. Alle relevanten EU-Programme standen für Antragstellungen zur Verfügung. Im Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) wurden erstmalig Anträge entwickelt und fristgemäß eingereicht.

Alle Projekte, gleich ob in direkter Trägerschaft der Gesellschaft oder im Unterauftrag von Dritten, konnten kostendeckend durchgeführt werden.

Um **spezifische Risiken**, wie eventuelle Rückzahlungsverpflichtungen auf Grund des Schlussbescheides, abzufedern, wurden auch im Jahr 2011 für Projekte Rückstellungen für Abrechnungsrisiken in Höhe von 8.125,00 EUR gebildet.

Die Gesellschaft verfolgt ein konsequentes Liquiditätsmanagement, was aber aufgrund von Zahlungsverzögerungen seitens der Auftraggeber und der Vorfinanzierungspflicht in INTERREG- und ESF-Projekten sehr anspruchsvoll ist. Die Geschäftsführung hat infolge der immer wieder eintretenden förder technisch bedingten Zahlungsverzögerungen die Aufnahme eines Kontokorrentkredites in Höhe von 150.000,00 EUR bei den Gesellschaftern beantragt, um einer knappen Liquiditätssituation der Gesellschaft entgegenzuwirken. Die Verständigung mit den Gesellschaftern zur Einräumung eines Kontokorrentkredites im Bedarfsfall ist erfolgt und im März 2011 per Umlaufverfahren beschlossen worden. Im Mai 2011 wurde der Kontokorrentkredit als Präventivmaßnahme abgeschlossen, bisher erfolgte noch keine Inanspruchnahme des gewählten Kreditrahmens. Die zeitnahe Abrechnung erbrachter Projektleistungen wurde weiterhin forciert, um Verzögerungen in Auszahlung der Fördermittel zu vermeiden.

Die Gesellschaft beschäftigt ihre Mitarbeiter wie in den Vorjahren überwiegend projektbezogen. Zum 31. Dezember 2011 sind 14 Angestellte (inklusive der Geschäftsführerin) tätig, darunter eine Auszubildende. Erweitert und unterstützt wird das Team von Studenten und Praktikanten. Sporadische Anforderungen an spezielle Fachkompetenzen, wie Recht, Wirtschaftsberatung, Netzwerk / Internet oder wissenschaftliche Begleitung werden über Expertenverträge erfüllt.

2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Lage des Unternehmens ist weiterhin stark geprägt von der Gestaltung des operativen Geschäftes in Bezug auf die Abwicklung der Projekte.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet. Die Bilanzsumme der Gesellschaft verringerte sich im Geschäftsjahr um 14.978,02 EUR auf 956.104,12 EUR. Vermögensseitig ist diese Veränderung im Wesentlichen auf den Anstieg der unfertigen Leistungen um 484.740,00 EUR, bedingt dadurch, dass im Berichtsjahr keine Projekte abgeschlossen wurden und den Rückgang der sonstigen Vermögensgegenstände um 467.888,91 EUR zurückzuführen. Auf der Passivseite der Bilanz wirkte sich insbesondere der Zugang der Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen um 401.630,19 EUR und die Verminderung der sonstigen Verbindlichkeiten um 485.598,76 EUR aus. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 223.933,99 EUR (Vorjahr: 273.224,08 EUR). Die Eigenkapitalquote sank somit gegenüber dem Vorjahresstichtag um 4,8 Prozentpunkte.

Die Finanzlage ist weiterhin stabil. Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2011 ohne Kreditaufnahme und Subventionierung durch die Gesellschafter jederzeit gesichert.

3. Darstellung der Projekte

Die Geschäftstätigkeit des Aufbauwerks ist auf die Entwicklung, Vorbereitung, Begleitung und Durchführung von Projekten mit EU-Fördergeldern fokussiert. Im Folgenden werden die laufenden und neuen Projekte der Gesellschaft kurz dargestellt.

a) Projekte in eigener Trägerschaft

Aus dem Jahr 2010 wurden verschiedene Projekte fortgeführt, die alle eine Laufzeit über das Jahr 2011 hinaus haben und daher in 2011 keinen Abschluss fanden. Hinzu kam im Berichtsjahr der Start von vier weiteren Projekten. Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH beteiligt sich bei den Projekten selbst als Antragsteller oder als Partner. Die Gesellschaft ist somit direkter Zuschussempfänger.

fortgeführte Projekte:

- REURIS (Förderprogramm: INTERREG IVB Mitteleuropa): Die Entwicklung von Gewässerlandschaften steht im Mittelpunkt des REURIS - Projekts, an dem neben dem Aufbauwerk auch die Universität Leipzig als Partner beteiligt ist. Von investiven Realisierungsmaßnahmen profitiert das Einzugsgebiet der Vereinigten Mulde. REURIS startete im September 2008 und läuft voraussichtlich bis August 2012.
- TRANSGREDIO (Förderprogramm IdA II: ESF-Mittel des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales): Die Gesellschaft ist Träger des Projekts, dass benachteiligten Jugendlichen aus Mittel- und Nordsachsen die Möglichkeit eines berufsvorbereitenden Praktikums in Polen oder der Tschechi-

schen Republik einräumt. Die Projektlaufzeit startete mit einer Vorbereitungsphase im Mai 2009 und endet im Juni/ Dezember 2012.

- CREATIVE CITIES (Förderprogramm: INTERREG IVB Mitteleuropa): Unter Federführung der Stadt Leipzig als Antragstellerin tauschen die Partner ihre Strategien zur Förderung der Kreativwirtschaft aus und entwickeln gemeinsam neue Ansätze. Das Projekt hat eine Laufzeit von Januar 2010 bis Dezember 2012.
- EMPOWER (Förderprogramm: Intelligent Energy Europe): Um den Einsatz von Energietechnologien zur Steigerung von Energieeffizienz bzw. zur Nutzung erneuerbarer Energien zu erhöhen, setzen die Projektpartner unter Federführung des Aufbauwerks als Antragstellerin gemeinsam Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen um. Die Projektumsetzung begann im Juli 2010 und endet im Juni 2013.
- RESQUE PLUS (Förderprogramm: ESF-Mittel des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales): Die erfolgreiche Zusammenarbeit in einem lokalen Netzwerk zur Förderung der Arbeitsmarktkoordination von Bleibberechtigten und Flüchtlingen wird fortgeführt. Das Projekt hat eine Laufzeit von Dezember 2010 bis November 2013.
- SECOND CHANCE (Förderprogramm: INTERREG IVB Mitteleuropa): Im Fokus des Projektes steht die Revitalisierung von Industriebrachen durch Kultur und Kunst. Die Partner nahmen die Projektarbeit im Januar 2010 auf und werden bis Juni 2013 auf der Suche nach Lösungsstrategien zusammenarbeiten.
- SMART+ (Förderprogramm INTERREG IVC): In Subprojekten werden Lösungsansätze zur Stärkung der Innovationsfähigkeit und des Technologietransfers gesucht, die später in regionale Wirtschaftsförderstrategien einfließen sollen. Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH verwaltet die für Sachsen bestimmten Mittel des Mini-Programms, welches zwischen Januar 2010 und Dezember 2013 realisiert wird.

neue Projekte:

- HEROS (Förderprogramm IdA II: ESF-Mittel des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales): In dem durch das ESF Bundesprogramm IdA II – Integration durch Austausch – geförderten Projekt werden Menschen mit Behinderungen im Betreuungsbereich des Jobcenters Landkreis Nordsachsen durch in ein internationales Praktikum nach Italien oder Spanien vermittelt. Durch die Kombination von praktischer Erprobung im Ausland mit einer intensiven Vor- und Nachbetreuung sowie sozialpädagogischen Begleitung werden insgesamt 50 Personen (Projektgesamtziel) an den Arbeitsmarkt herangeführt. Bei dem im Jahr 2011 gestarteten Projekt mit einer Laufzeit bis März 2014 ist das Aufbauwerk hauptverantwortlicher Projektpartner.
- VIS NOVA (Förderprogramm: INTERREG IVB Mitteleuropa): In dem im Mai 2011 gestarteten Projekt ist das Aufbauwerk hauptverantwortlicher Projektpartner. Insgesamt 13 Institutionen aus vier europäischen Mitgliedsstaaten widmen sich hier der Förderung der Implementierung erneuerbarer Energien und der Erhöhung der Energieeffizienz, der Unterstützung der Verbreitung erneuerbarer Energien in den Partnerregionen, der Förderung von Netzwerken sowie dem Wissenstransfer zwischen den Partnerregionen. Das Projekt hat eine Laufzeit bis Oktober 2014.
- LOGICAL (Förderprogramm: INTERREG IVB Mitteleuropa): Thema dieses Projektes ist die Entwicklung und Präsentation einer innovativen Informations- und Kommunikationstechnologie für die Logistikwirtschaft, basierend auf dem Cloud Computing Ansatz. Insgesamt 14 Partner aus sechs Mitgliedstaaten haben sich unter der Führung der Aufbauwerk Region Leipzig GmbH zusammengefunden, um die Interoperabilität multimodaler Logistiknetzwerke zu verbessern. Das Projekt hat ebenfalls eine Laufzeit von Mai 2011 bis Oktober 2014.
- EPOurban (Förderprogramm: INTERREG IVB Mitteleuropa): Das im September 2011 gestartete Projekt will die Einbeziehung privater Eigentümer von Wohngebäuden in den Stadterneuerungsprozess verbessern. Aus diesem Grund suchen die insgesamt neun Projektpartner aus sieben Mitgliedstaaten nach innovativen Ansätzen, um die Entwicklung finanzierbarer alternativer Nutzungsangebote in Kooperation mit Eigentümern zu befördern, den Leerstand zu reduzieren, energetische Sanierungsmaßnahmen zu unterstützen etc. Das Projekt hat eine Laufzeit bis November 2014.

Ausblick:

Im Verlauf des Jahres 2011 wurden verschiedene Projektanträge selbst gestellt bzw. als Partner begleitet. Der Erfolg dieser Arbeit wird durch die positive Bestätigung der folgenden vier Projekte deutlich, die im ersten Quartal 2012 ihre Arbeit aufnehmen werden: Grow mobile, Progress 2wards healthy ageing (beide gefördert durch das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation – CIP), KTFforce sowie CYCLECITIES (beide gefördert durch das INTERREG IVC – Programm).

b) Werkverträge

Auch die aus dem Jahr 2010 fortgeführten Werkverträge haben eine das Berichtsjahr überschreitende Laufzeit und wurden folglich nicht abgeschlossen. Dem gegenüber konnte das Aufgabenspektrum um neue Aufgaben wie im Folgenden beschrieben erweitert werden. Bei den Werkverträgen stellt die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH ihren Gesellschaftern und anderen Auftraggebern ihre Leistungen und Kompetenzen zur Verfügung und unterstützt so die Umsetzung weiterer Vorhaben.

fortgeführte Verträge:

- Grundvertrag zur Unterstützung der Europaarbeit der Stadt Leipzig (Auftrag der Stadt Leipzig): Das Aufbauwerk berät Einrichtungen der Stadtverwaltung in europäischen Fragen und hinsichtlich der Nutzung europäischer Fördermittel. Der Auftrag wird jährlich erneuert.
- Zentrum Erzgebirgische Volkskunst (Auftrag der Stadt Annaberg-Buchholz): Gemeinsam mit der Stadt Chomutov, dem Zoopark Chomutov und den Museen von Most und Chomutov wird die Stadt Annaberg-Buchholz eine kunsthistorisch einmalige Sammlung erzgebirgischer Volkskunst grenzüberschreitend präsentieren. Das Projekt nahm im Juli 2009 die Arbeit auf und wird bis Juni 2012 laufen. Das Aufbauwerk unterstützt die Projektpartner beim Projekt- und Finanzmanagement.
- TROLLEY (Auftrag der Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH): Das Projekt befasst sich mit den technischen Möglichkeiten der (Wieder-) Einführung von Oberleitungs-Bussen in Leipzig und weiteren beteiligten Städten Mitteleuropas. Das Vorhaben hat eine Laufzeit bis Januar 2013.

neue Verträge

- Das im Auftrag der BTU Cottbus entwickelte Projekt URBAN CREATIVE POLES (Förderprogramm: INTERREG IVB Ostseeraum) wurde Ende 2010 für eine Förderung ausgewählt. Das Aufbauwerk ist hier Auftragnehmer im Bereich Projekt- und Finanzmanagement und wurde ab April 2011 mit der Koordinierung beauftragt.
- STANDORTMARKETING FÜR DIE REGION LEIPZIG (Förderung durch das „Regionalbudget“): Ab 01.11.2011 wurde nach erfolgreicher Ausschreibung die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH als ausführende Institution mit der Koordinierung und Moderation der Sitzungen des gebildeten Beirats sowie des Managements der Einzelprojekte (Erstellung von Marketinginstrumenten und Durchführung von Marketingaktionen) beauftragt.

Ausblick:

- Das Projekt „Optimierung der Zusammenarbeit der Feuerwehren Gemeinde Neukirch, Stadt Wilthen und Obec Vilémov beim grenzübergreifenden Krisenmanagement, insbesondere dem operativen und präventiven Hochwasserschutz Urban Creative Poles Regionalmarketing“ wird im Ziel-3 Programm gefördert. Es startete am 01.12.2011. Das Aufbauwerk hat die Ausschreibung des externen Projekt- und Finanzmanagements gewonnen und wird mit dem Beginn des Jahres 2012 diese Arbeit aufnehmen.

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

1. Voraussichtliche Entwicklung

Im Jahr 2012 wird die Konzentration auf die Kernkompetenzen der Gesellschaft in der Beantragung und Steuerung von Förderprojekten (technische Koordination, Finanzmanagement, Projektmanagement usw.) fortgeführt. Wie bereits in den Vorjahren geschehen, wird hierbei neben EU-Förderinstrumenten verstärkt auf Programme von Bund und Land zurückgegriffen. Die meisten Projekte werden in eigener Trägerschaft realisiert. Nach den aktuellen Wirtschaftsplanungen wird für 2012 mit einer steigenden Gesamtleistung um ca. 331.000 EUR gerechnet.

2. Wesentliche Risiken

Das wesentliche Risiko für die Gesellschaft liegt in der oft unentgeltlichen Vorleistung in der Projektentwicklungsphase, die erst nach Bewilligung in einzelnen Förderprogrammen im geringeren Umfang abrechnungsfähig ist. Außerdem stellt die teilweise sehr langfristige Nachbereitung von Projekten

nach Beendigung ihrer Laufzeit und damit des förderfähigen Zeitraums eine Belastung dar. Die Vorfinanzierung in Projekten, wie sie beispielsweise im Rahmen von INTERREG oder ESF üblich ist, kann zu Engpässen in der Liquidität führen.

Der Umfang der Projekte hängt außerdem stark von der Bewilligung der eingebrachten Fördermittelanträge ab. Dies bedingt eine Diskontinuität und Stoßzeiten in der Auftragsabwicklung ebenso, wie Wartezeiten bei beantragten Projekten.

3. Chancen

Aufgrund seiner Eigenschaft als kommunale Agentur mit einem hohen Maß an Erfahrungen verfügt das Aufbauwerk über ein Alleinstellungsmerkmal in der Region. Es wird erwartet, dass die Nachfrage nach Leistungen der Gesellschaft auch im Jahr 2012 anhalten wird. Darüber hinaus wirkt die Gesellschaft durch Stellungnahmen und Arbeit in verschiedenen Gremien bei der inhaltlichen Gestaltung der kommenden Förderperiode mit.

C. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

D. Forschungs- und Entwicklungsbericht

Die Gesellschaft erbringt keine Forschungs- und Entwicklungsleistungen.

E. Zweigniederlassungsbericht

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Leipzig, den 25. Mai 2012

Silvana Rückert, Geschäftsführerin

Technologie Zentrum Borna GmbH

Beteiligungsübersicht

Technologie Zentrum Borna GmbH

Roßmarktsche Straße 5
04552 Borna

Gründungsdatum 27.10.1990

Rechtsform GmbH

Handelsregistereintrag am 13.06.1996 unter HRB 1936

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital	230.081,34 EUR
--------------	----------------

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Förderung der Entwicklung im Kreis; Schaffung NEG und Ansiedlung von Gewerbegebieten

Finanzbeziehungen

Leistungen der Technologie Zentrum Borna GmbH an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	0,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an die Technologie Zentrum Borna GmbH	
Verlustabdeckung	960,00
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00

Organe

Geschäftsführer	Jürgen Linke
-----------------	--------------

Sonstige Angaben

Anzahl der Mitarbeiter	0
------------------------	---

Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	21,33 %	49.084,02 EUR
Gemeinde Deutzen	16,89 %	38.858,18 EUR
Stadtverwaltung Regis-Breitungen	16,89 %	38.858,18 EUR
Technologiezentrum Borna GmbH	11,11 %	25.564,59 EUR
Stadtverwaltung Borna	33,78 %	77.716,37 EUR

Mit Beschluss des Amtsgerichtes Leipzig vom 20.10.1997, Az.: 92 N 1140/97, wurde das Gesamtvollstreckungsverfahren über das Vermögen der Technologiezentrum Borna GmbH (TBZ) eröffnet.

THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH

Beteiligungsübersicht

THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH

Industriestraße 4
04603 Windischleuba

Tel. 03447 8503
Fax 03447 850444
Email info@thuesac.de
Internet http://www.thuesac.de

Gründungsdatum 17.01.1992

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 17.01.1992

Letzte Änderung am 22.12.2005

Handelsregistereintrag am 29.04.1992 unter HRB 201791

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		260.000,00 EUR
Anteil der Kommune	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	5,00 %	13.000,00 EUR

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Öffentlicher Personennahverkehr einschließlich des Gelegenheitsverkehrs und des freigestellten Verkehrs. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern. Die Gesellschaft darf auch andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beraten, sich an solchen Unternehmen beteiligen oder ganz übernehmen. Sie darf Zweigniederlassungen errichten.

Finanzbeziehungen

Leistungen der THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	0,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an die THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	
Verlustabdeckung	1.744.919,85
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00

Organe

Geschäftsführer	Stephan Bog
Beirat	Reinhard Pohl
	Eberhard Kupfer
	Maik Kunze
	Dr. Nicolaus Legutke
	Dr. Thomas Voigt
	Martina Stenker

Sonstige Angaben

Name des bestellten Abschlussprüfers	BDO Deutsche Warentreuhand AG
Anzahl der Mitarbeiter	218

Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	5,00 %	13.000,00 EUR
Landkreis Altenburger Land	51,92 %	135.000,00 EUR
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	43,08 %	112.000,00 EUR

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2011 (Plan)
Anlagendeckung	114,13	100,38	105,61	0,00
Arbeitsproduktivität	250,87	235,75	227,15	181,36
Effektivverschuldung	121.205,41	1.403.143,34	1.078.096,36	0,00
Eigenkapitalquote	67,05	66,55	66,97	0,00
Eigenkapitalreichweite	0,00	0,00	198,66	0,00
Eigenkapitalrendite	12,21	2,04	-0,50	0,00
Fremdkapitalquote	32,95	33,45	33,03	0,00
Gesamtkapitalrendite	9,04	2,12	0,38	0,00
Investitionsdeckung	63,99	167,62	813,47	100,00
Kurzfristige Liquidität	194,32	128,08	180,28	0,00
Pro-Kopf-Umsatz	76.606,41	74.963,10	73.033,62	0,00
Vermögensstruktur	70,58	77,10	76,76	0,00

Gegenüberstellung Erfolgsplan – GuV

alle Werte in TEUR

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2011	Δ Plan – Ist 2011
Umsatz	16.117,07	15.921,33	12.750,40	24,87 %
Bestandsänderung	-4,85	1,73	0,00	100,00 %
Aktivierete Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	100,00 %
sonstige betriebliche Erträge	717,59	473,53	3.024,20	-84,34 %
sonstige Zuschüsse	0,00	473,53	0,00	100,00 %
Zuschuss LK / BKZ	717,59	0,00	3.024,20	-100,00 %
Gesamtleistung	16.829,81	16.396,59	15.774,60	3,94 %
Materialaufwand	6.652,53	6.500,91	5.887,00	10,43 %
Aufwand RHB	3.814,46	3.795,10	3.545,50	7,04 %
Aufwand für bezogene Leistungen	2.838,07	2.705,81	2.341,50	15,56 %
Personalaufwand	6.836,63	7.009,09	7.030,60	-0,31 %
Abschreibungen	1.190,48	1.337,46	1.371,20	-2,46 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.544,24	1.374,51	1.340,60	2,53 %
Zinserträge	13,36	10,17	23,00	-55,78 %
Zinsaufwendungen	164,20	144,06	144,70	-0,44 %
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	455,09	40,73	23,50	73,32 %
Außerordentliches Ergebnis	4,10	0,00	0,00	100,00 %
Steuern	25,60	33,89	23,50	44,21 %
Steuern von Einkommen und Ertrag	141,87	74,55	0,00	100,00 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	291,72	-67,71	0,00	100,00 %

Bilanz

alle Werte in TEUR

	2009	2010	2011
AKTIVA	24.187,13	21.519,37	20.085,22
<i>Anlagevermögen</i>	17.071,55	16.591,30	15.418,25
<i>Vorräte</i>	638,01	685,90	725,22
<i>Forderungen</i>	907,57	1.091,57	884,75
<i>Forderungen gegen Gesellschafter</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Sonstige Vermögensgegenstände</i>	217,30	362,19	150,99
<i>Wertpapiere</i>	1.512,25	0,00	0,00
<i>Kassenbestand, Bank</i>	3.813,85	2.751,94	2.879,72
<i>ARAP</i>	26,60	36,48	26,28
PASSIVA	24.187,13	21.519,37	20.085,22
<i>Eigenkapital</i>	8.612,26	7.391,73	7.324,03
Stammkapital	260,00	148,20	148,20
Kapitalrücklagen	5.378,89	3.978,45	3.978,45
Gewinn-/Verlustvortrag	992,59	2.973,37	3.265,09
Jahresüberschuss/- fehlbetrag	1.980,78	291,72	-67,71
<i>Sonderposten mit Rücklageanteil</i>	7.606,19	6.930,27	6.126,48
dav. dem Eigenkapital zuzurechnen	7.606,19	6.930,27	6.126,48
dav. dem langfristigen Fremdkapital zuzurechnen	0,00	0,00	0,00
<i>Rückstellungen</i>	1.271,30	1.444,81	1.422,97
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. kurzfristig</i>	1.048,97	932,19	1.069,32
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. langfristig</i>	3.265,23	2.333,07	2.833,40
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern</i>	0,00	0,00	0,00
<i>Verbindlichk. L&L, sonst. Verbindlichkeiten</i>	2.284,56	2.380,07	1.117,13
<i>PRAP</i>	98,61	107,24	191,89

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

1. Geschäftsverlauf

Die Basis für die Erbringung unserer Verkehrsleistungen bleibt die Beauftragung durch die Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land (Öffentlicher Dienstleistungsauftrag, gültig bis 31. Dezember 2020) und Landkreis Leipzig (Verkehrsfinanzierungsvertrag, gültig bis zum 31. Dezember 2013). Unter schwieriger werdenden Bedingungen ist es uns im Geschäftsjahr 2011 abermals gelungen, ein stabiles Leistungsangebot anzubieten und somit das Profil der THÜSAC als dienstleistungsorientiertes Verkehrsunternehmen beizubehalten. Dennoch schließen wir das Geschäftsjahr erstmals seit langem mit einem negativen Ergebnis ab. Die Auswirkungen der neuen Zuweisung der Stückzahlen und Erträge, die Basis für die Erträge § 45a PBefG/Ausbildungsverkehr sind, sowie gestiegene Kraftstoff- und Personalkosten und den Anstieg der Abschreibungen, bekamen wir deutlich zu spüren. Nur durch Sondereinflüsse, insbesondere Umsatzerlöse aus dem Anpassungsverlangen gemäß Verkehrsfinanzierungsvertrag Landkreis Leipzig, konnte ein größeres Defizit vermieden werden.

Grundlegend ist die auskömmliche Finanzierung eines attraktiven ÖPNV für die Zukunft auf jetziger Basis extrem gefährdet. Trotz zahlreicher Konsolidierungsmaßnahmen in der Vergangenheit führen die bereits zuvor benannten Risikofaktoren dazu, dass die Leistungserbringung auf dem jetzigen Niveau sowie auch die Investitionen in Fahrzeuge kaum noch möglich sein werden. Hier muss ein Umsteuern von Mitteln zu Gunsten der ÖPNV-Unternehmen deren wirtschaftliche Basis stärken. Einen ÖPNV zum fast Nulltarif mit hohen Ansprüchen an Ausstattung, Sicherheit und Attraktivität wird es zu den jetzigen Bedingungen zukünftig nicht geben können.

Als Servicepartner der MTBD (MAN Truck & Bus Deutschland GmbH) konnte der Profitbereich MAN im Geschäftsjahr 2011 die Reparaturere Erlöse annähernd auf dem Niveau des Vorjahres halten. Die einzelnen Untersparten Busreparaturen, Reifenservice als auch Busvermietung erreichten stabile Geschäftsverläufe. Die LKW-Vermietung wurde im Jahresverlauf sukzessive beendet.

In der Sparte Reiseverkehr hat uns die Entwicklung im Jahr 2011 gezeigt, dass die geplanten Ergebnisse ausbleiben. Die Kooperationspartnerschaft mit der Meissen-Tourist GmbH, Meißen, wird künftig nicht weiter ausgebaut.

2. Wirtschaftliche Lage

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Das bilanzielle Gesamtvermögen hat sich zum 31. Dezember 2011 um 6,7 % auf 20,1 Mio. € verringert. Das Anlagevermögen verringerte sich um 7,1 % auf 15,4 Mio. €. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen lag bei 76,8 % (Vorjahr 77,1 %). Das Anlagevermögen ist damit nach wie vor bestimmend.

Anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung wird die finanzielle Entwicklung dargestellt. Aus ihr ist erkennbar, wie die von dem Unternehmen erwirtschafteten und die ihm von außen zugeflossenen Finanzierungsmittel im Berichtszeitraum verwendet wurden.

	2011 (T€)	2010 (T€)
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-2.610	- 1.296
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	- 942	-1.336
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	3.680	1.570
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	128	-1.062

Der Finanzmittelfonds entspricht dem Bestand an flüssigen Mitteln (2.880 T€) am 31. Dezember 2011.

Wesentlicher Bestandteil des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit sind die Finanzhilfen für den ÖPNV der Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land und Landkreis Leipzig. Sie gewährleisten die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2011 haben wir 1.876 T€ (Vorjahr 1.828 T€) in erforderliche Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände investiert. Die für die Zukunftssicherung der THÜSAC und die weitere Attraktivität unserer Angebote notwendigen Investitionen, insbesondere in Busse und das rechnergestützte Betriebsleitsystem, lagen damit auf Vorjahresniveau. Die Finanzierung erfolgte mit 240 T€ Fördermitteln und entfällt auf den Erwerb von Bussen.

2.2. Ertragslage

Im Jahr 2011 entwickelten sich die Umsatzerlöse wie folgt:

	2011 (T€)	2010 (T€)
Personennahverkehr	11.943	12.027
<i>Erlöse aus Linien-, freigestelltem Schüler-, Gelegenheits- und Schienenersatzverkehr einschließlich der MDV-Ausgleichsleistungen</i>	5.718	5.719
<i>EBE</i>	13	17
	5.731	5.736
<i>Ausgleichsleistungen</i>		
<i>§ 45a PBefG (davon periodenfremd 102 T€; Vorjahr 250 T€)</i>	3.038	3.542
<i>§§ 148 ff. SGB IX (davon periodenfremd 2 T€; Vorjahr 2 T€)</i>	132	130
	3.170	3.672
<i>Erträge mit Verlustausgleichscharakter</i>		
<i>Öffentlicher Dienstleistungsauftrag – Landkreis Altenburger Land</i>	1.300	1.300
<i>Verkehrsfinanzierungsvertrag – Landkreis Leipzig</i>	1.309	1.319
<i>Anpassungsverlangen - Landkreis Leipzig -</i>	433	0
	3.042	2.619
Fahrzeuginstandsetzung und -vermietung	3.276	3.367
Reiseleistungen	702	723
	<u>15.921</u>	<u>16.117</u>

Im Kerngeschäft unseres Unternehmens – dem ÖPNV – ist der Rückgang des Umsatzes auf geringere Fahrgeldeinnahmen aus eigenen Verkaufsvorgängen (-182 T€) und die Wirkung des Einnahmeaufteilungsverfahrens (Abführung an den MDV, + 30 T€) zurückzuführen. Gegenläufig wirkten die Endabrechnung der MDV - Zusage aus dem Geschäftsjahr 2010 (+ 146 T€), die Tarifanpassung zum 1. August 2011/ 1. August 2010 sowie erhöhte Umsätze im Schülerverkehr (+ 18 T€) und Mietwagenverkehr (+ 51 T€).

Die Erlöse aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG gingen gegenüber dem Vorjahr um 504 T€ zurück. Die Ursache liegt in der Wirkung der neuen Methodik der Zuweisung der Stückzahlen und Erträge, welche die Basis für die Antragstellung der Ausgleichsleistungen sind. Außerdem wurde bei der Einschätzung der § 45 a PBefG Erträge der Rückgang der Schüler-/Azubikarten, die Wirkung bei der Ermittlung der betriebsindividuellen Werte für Verbundzuschlag und mittlere Reiseweite sowie das Kappungsrisiko in Sachsen berücksichtigt. Die Auswirkungen der rückläufigen Erträge zeigt sich in Thüringen mit -61 T€ und in Sachsen mit -296 T€. Periodenfremd verzeichnen wir 148 T€ geringere Ausgleichsleistungen.

Die Erträge aus dem öffentlichem Dienstleistungsauftrag (Landkreis Altenburger Land) und dem Verkehrsfinanzierungsvertrag (Landkreis Leipzig) bewegen sich auf dem Vorjahresniveau. Das positiv beschiedene Anpassungsverlangen im Landkreis Leipzig in Höhe von 433 T€ für den Ausgleich der rückläufigen Erträge im Ausbildungsverkehr sowie der hohen Kraftstoffkosten schlägt sich als Sondereinfluss im Geschäftsjahr 2011 nieder.

Im Bereich Fahrzeuginstandsetzung einschließlich Reifendienst sanken die Erlöse im Vergleich zum Vorjahr (-91 T€), wobei auf den Reifendienst -63 T€ und auf die Erträge aus Ersatzteilverkauf MAN - 45 T€ entfallen.

Der Materialaufwand sank um 152 T€. Dabei schlugen erhöhte Kraftstoffaufwendungen (+178 T€) zu buche. Gegenläufig wirkten die Aufwendungen für Ersatzteile und Reifen (-165 T€) sowie Mieten für Subunternehmer und Leasing (-94 T€).

Der Personalaufwand stieg im Vergleich zum Vorjahr um 172 T€, hauptsächlich durch Tarifanpassungen zum 1. Mai 2011 (ca. 4,7 Prozent).

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen sanken um 170 T€, durch geringere Instandhaltungsaufwendungen und Betriebskosten für Grundstücke (-75 T€), geringere Aufwendungen für Schadensfälle (-46 T€) und geringere Aufwendungen für Hard- und Softwarepflege (-42 T€).

2.3. Personalentwicklung

Stand am Bilanzstichtag
(Angaben in Personen)

	31.12.2011	31.12.2010
Fahrer	115	116
Schlosser	26	24
Übriges Personal	59	57
Azubi	18	18
Gesamt	218	215

3. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag des Geschäftsjahres (Nachtragsbericht)

Es liegen keine berichtspflichtigen Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres vor.

4. Risikobericht

Wie in den Vorjahren haben wir auch im Geschäftsjahr 2011 in allen Unternehmensbereichen regelmäßig systematische und vollständige Risikoerhebungen vorgenommen. Im Rahmen unserer monatlichen Aktualisierung bzw. Überprüfung wurden alle wesentlichen Risiken identifiziert, dokumentiert und bewertet, und zwar nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit. Ergänzend wurden Gegensteuerungsmaßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der registrierten Risiken eingeleitet. In die Prozesse unseres Risikomanagement-Systems ist die Geschäftsleitung durch regelmäßige monatliche Berichterstattung eingebunden.

Als weitere Risikofaktoren, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- bzw. Ertragslage unseres Unternehmens haben können, sehen wir insbesondere die Änderungen der gesetzlichen Grundlagen nach § 45a PBefG und §§ 148 ff. SGB IX, beihilferechtliche Änderungen sowie mögliche Einschränkungen bei der Gewährung von Fördermitteln für Investitionen und Finanzhilfen für den ÖPNV.

Risikant stellt sich die derzeitige Entwicklung für Dieselmotorkraftstoffkosten dar. Durch den bereits länger anhaltenden Anstieg kommen auf unser Unternehmen große Kostensteigerungen zu. Diese Mehrkosten können weder aufgefangen, noch an die Kunden bzw. Auftraggeber weitergegeben werden. Die Politik trägt hier die Verantwortung, die Funktionsfähigkeit des ÖPNV zu gewährleisten. Die Leistungserbringung auf dem jetzigen Niveau als auch die Investitionen in Fahrzeuge ist daher kaum noch möglich. Damit wird es perspektivisch zu einer Ausdünnung des ÖPNV im ländlichen Raum kommen müssen.

5. Ausblick und Chancen der künftigen Entwicklung

Die negative Entwicklung des abgelaufenen Geschäftsjahres widerspiegelt sich in unserem Planansatz für das Jahr 2012. Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben klafft immer mehr auseinander. Mit der Festlegung, einen konkreten Maßnahmenkatalog zum Ausgleich des geplanten Defizits aufzustellen, erhielten wir die Zustimmung zum Wirtschaftsplan. Allerdings können wir als Verkehrsunternehmen die Last nicht allein tragen. Wie im Geschäftsverlauf bereits beschrieben, steht die Politik ebenfalls in der Verantwortung. Die tragenden finanziellen Säulen des ÖPNV gilt es zu stärken, die bestehenden Verträge sind den veränderten Bedingungen anzupassen. Für die Jahre 2012 und 2013 gehen wir davon aus, dass das wir mit einem höheren Jahresfehlbetrag abschließen als 2011.

Mit dem öffentlichen Dienstleistungsauftrag im Landkreis Altenburger Land ist uns ein entscheidendes Stück Finanzierungssicherheit für den ÖPNV im Thüringer Teil der THÜSAC gegeben. Damit wurde den aktuellen Entwicklungen des europäischen Rechts zur Liberalisierung des ÖPNV entsprochen und die Voraussetzung geschaffen, die heutige Finanzierung des ÖPNV auch EU-beihilferechtskonform fortzuführen.

Da sich seit Inkrafttreten jedoch wesentliche Faktoren zu Ungunsten des Unternehmens verändert haben, sind Anpassungen unumgänglich.

Die Finanzierungssicherheit unserer Leistungen im Verkehrsgebiet Sachsen gibt uns der zwischen dem Landkreis Leipzig und der THÜSAC geschlossene Verkehrsfinanzierungsvertrag vom 2. Dezember 2009, welcher bis zum Jahr 2013 gilt.

Mit dem neuen Servicevertrag sowie dessen Fortschreibung durch die MTBD in den Jahren 2012 und 2013 ist die stabile Grundlage für die weitere positive wirtschaftliche Entwicklung der Sparte MAN gegeben. Ziel ist es, unseren Ruf als Fachwerkstatt für Busreparaturen kontinuierlich zu verbessern, um somit noch mehr Marktpotential für Zusatzerlöse abschöpfen zu können.

Alle Zusatzgeschäfte (Reifen, Vermietung von Linienbussen) sollen die Ertragskraft des Werkstattbetriebes steigern.

Die Vertragspartnerschaft mit dem Reiseveranstalter Meissen-Tourist GmbH wird eingeschränkt fortgeführt. Die Sparte Touristik unterliegt im Geschäftsjahr 2012 einer kritischen Kontrolle und Analyse. Sollte hier eine positive Entwicklung ausbleiben, wird es in dieser Sparte einschneidende Veränderungen geben.

Großes Augenmerk gilt es auf die Ausbildung des eigenen Fachkräftenachwuchses zu legen, da hier in den nächsten Jahren in vielen Bereichen ein Generationswechsel vorstangeht.

Unternehmen in der Privatrechtsform ab einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe unter 5 %

8. Mitteldeutscher Verkehrsverbund (MDV) GmbH

9. Flughafen Altenburg-Nobitz GmbH

Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)

Beteiligungsübersicht

Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)

Prager Straße 8
04103 Leipzig

Tel. 0341 / 8 68 43-0
Fax 0341 / 8 68 43 99
Email post@mdv-info.de
Internet http://www.mdv.de

Gründungsdatum 27.03.1998

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 13.05.2004

Letzte Änderung am 14.05.2009

Handelsregistereintrag am 18.12.2006 unter HRB 11520

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		73.500,00 EUR
Anteil der Kommune	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	3,54 %	2.600,00 EUR

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebotes, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen.

Finanzbeziehungen

Leistungen der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV) an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	0,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an die Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)	
Verlustabdeckung	77.065,80
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00

Organe

Geschäftsführer	Steffen Lehmann
Aufsichtsrat	Martin zur Nedden
	Francois Girard
	Dr. Manfred Graetz
	Dietmar Harbig
	Volker Heepen
	Uwe Heft
	Lutz Däumler
	Ronald Juhrs
	Christoph Naacke
	Dr. Thomas Pohlack
	Harri Reiche

	Lothar Riese
	Angelika Stoye
	Ronny Thieme
	Stephan Georg Wigger
	Jens Herrmann
	Dietmar Kern
	Hartmut Handschak
	Martin Hörl
	Dr. Linda Kisabaka
	Ute Kniesche
	Rene Pietsch
	Oliver Mietzsch
	Joachim Hoffmann
	Thorsten Rühle
	Holger Klemenz
	Klaus Rüdiger Malter

Sonstige Angaben

Name des bestellten Abschlussprüfers	Deloitte & Touche GmbH
Anzahl der Mitarbeiter	26

Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	3,54 %	2.600,00 EUR
Landkreis Nordsachsen	3,54 %	2.600,00 EUR
Landkreis Mittelsachsen	1,02 %	750,00 EUR
Landkreis Burgenlandkreis	3,54 %	2.600,00 EUR
Landkreis Saalekreis	3,54 %	2.600,00 EUR
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	1,02 %	750,00 EUR
verschiedene VKU	22,72 %	16.700,00 EUR
DB Regio AG	6,39 %	4.700,00 EUR
Veolia Verkehr GmbH	1,02 %	750,00 EUR
Stadt Leipzig	15,92 %	11.700,00 EUR
Stadt Halle	12,45 %	9.150,00 EUR
verschiedene VKU	20,75 %	15.250,00 EUR
verschiedene VKU	1,02 %	750,00 EUR
ZVNL	2,52 %	1.850,00 EUR
Landkreis Altenburger Land	1,02 %	750,00 EUR

Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2009 (Ist)	2010 (Ist)	2011 (Ist)	2011 (Plan)
Anlagendeckung	162,02	207,74	221,92	0,00
Arbeitsproduktivität	26,72	29,88	37,61	43,49
Effektivverschuldung	-499.800,78	-724.861,62	-588.507,51	0,00
Eigenkapitalquote	66,85	51,56	48,26	0,00
Eigenkapitalreichweite	0,00	0,00	0,00	0,00
Eigenkapitalrendite	0,00	0,00	0,00	0,00
Fremdkapitalquote	33,15	48,44	51,74	0,00
Gesamtkapitalrendite	0,02	0,01	0,07	0,00
Investitionsdeckung	60,33	-844,14	209,82	100,00
Kurzfristige Liquidität	229,93	287,77	223,93	0,00
Pro-Kopf-Umsatz	12.549,07	14.264,60	18.639,74	20.115,94
Vermögensstruktur	41,26	24,82	21,75	0,00

Gegenüberstellung Erfolgsplan – GuV

alle Werte in TEUR

	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2011	Δ Plan – Ist 2011
Umsatz	370,88	484,63	555,20	-12,71 %
Bestandsänderung	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Aktivierete Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	100,00 %
sonstige betriebliche Erträge	2.769,13	2.832,75	2.886,30	-1,86 %
sonstige Zuschüsse	2.692,07	2.755,68	2.809,23	-1,91 %
Zuschuss LK / BKZ	77,07	77,07	77,07	0,00 %
Gesamtleistung	3.140,01	3.317,38	3.441,50	-3,61 %
Materialaufwand	1.292,93	1.527,80	1.624,30	-5,94 %
Aufwand RHB	0,00	0,00	1.624,30	-100,00 %
Aufwand für bezogene Leistungen	1.292,93	1.527,80	0,00	100,00 %
Personalaufwand	1.241,12	1.288,51	1.276,50	0,94 %
Abschreibungen	227,59	136,10	170,00	-19,94 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	381,55	370,44	373,50	-0,82 %
Zinserträge	3,68	6,81	5,00	36,20 %
Zinsaufwendungen	0,19	1,01	0,00	100,00 %
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstät.	0,32	0,32	2,20	-85,45 %
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Steuern	0,32	0,32	0,30	6,67 %
Steuern von Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	0,00	100,00 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00	0,00	1,90	-100,00 %

Bilanz

alle Werte in TEUR

	2009	2010	2011
AKTIVA	1.505,76	1.477,63	1.358,87
<i>Anlagevermögen</i>	<i>621,29</i>	<i>366,74</i>	<i>295,50</i>
<i>Vorräte</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Forderungen</i>	<i>13,34</i>	<i>0,08</i>	<i>96,07</i>
<i>Forderungen gegen Gesellschafter</i>	<i>159,23</i>	<i>387,42</i>	<i>278,49</i>
<i>Sonstige Vermögensgegenstände</i>	<i>299,08</i>	<i>116,83</i>	<i>59,87</i>
<i>Wertpapiere</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Kassenbestand, Bank</i>	<i>406,45</i>	<i>596,73</i>	<i>619,74</i>
<i>ARAP</i>	<i>6,36</i>	<i>9,84</i>	<i>9,20</i>

PASSIVA	1.505,76	1.477,63	1.358,87
<i>Eigenkapital</i>	<i>461,34</i>	<i>461,34</i>	<i>461,34</i>
Stammkapital	73,50	73,50	73,50
Kapitalrücklagen	387,84	387,84	387,84
Gewinn-/Verlustvortrag	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuss/- fehlbetrag	0,00	0,00	0,00
<i>Sonderposten mit Rücklageanteil</i>	<i>545,28</i>	<i>300,54</i>	<i>194,43</i>
dav. dem Eigenkapital zuzurechnen	545,28	300,54	194,43
dav. dem langfristigen Fremdkapital zuzurechnen	0,00	0,00	0,00
<i>Rückstellungen</i>	<i>102,37</i>	<i>137,96</i>	<i>131,73</i>
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. kurzfristig</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Verbindlichk. ggü. Kreditinst. langfristig</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern</i>	<i>308,62</i>	<i>230,05</i>	<i>333,60</i>
<i>Verbindlichk. L&L, sonst. Verbindlichkeiten</i>	<i>76,05</i>	<i>155,98</i>	<i>141,26</i>
<i>PRAP</i>	<i>12,10</i>	<i>191,77</i>	<i>96,50</i>

Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH

Beteiligungsübersicht

Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH

Flugplatz
04603 Nobitz

Tel. 03447-5900
Fax 03447-590199
Email info@leipzig-altenburg-airport.de
Internet <http://www.leipzig-altenburg-airport.de>

Gründungsdatum 27.01.1992

Rechtsform GmbH

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		51.129,19 EUR
Anteil der Kommune	Anteil (%)	Anteil

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Errichtung und der eigenverantwortliche Betrieb des Leipzig-Altenburg Airport zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur.

Finanzbeziehungen

Leistungen der Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	0,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an die Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH	
Verlustabdeckung	0,00
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00

Organe

Geschäftsführer	Dipl.-Ing. (FH) Dietmar Harbig Dipl.-Kfm. Jürgen Grahmann
-----------------	--------------------------------------------------------------

Sonstige Angaben

Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	3,00 %	1.533,87 EUR
Landkreis Altenburger Land	60,00 %	30.677,51 EUR
Stadtwerke Altenburg	19,00 %	9.714,57 EUR
Gemeinde Nobitz	10,00 %	5.112,92 EUR
Stadt Meerane	2,00 %	1.022,58 EUR
Altenburger Brauerei	3,00 %	1.533,87 EUR
eigene Anteile	3,00 %	1.533,87 EUR

Einzeldarstellung der Zweckverbände sowie deren Beteiligungsberichte

- 1. Rettungszweckverband der Landkreise Döbeln, Leipziger Land und des Muldentalkreises**
- 2. Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
Beteiligungsbericht für die Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH**
- 3. Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen**
- 4. Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig
Beteiligungsbericht für die Mitteldeutsch Verkehrsverbund GmbH**
- 5. Kulturraum Leipziger Raum**
- 6. Regionaler Planungsverband Westsachsen**
- 7. Kommunaler Sozialverband Sachsen**
- 8. Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig**
- 9. Zweckverband für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig**
- 10. Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)**
- 11. Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig**

Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen)

Beteiligungsübersicht

Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen)

Heinrich-Zille-Straße 3
04668 Grimma

Tel. 03437 / 933 0
Fax 03437 / 933 111
Email RZV_DLLLMTL@t-online.de
Internet

Gründungsdatum 01.01.1996

Verbandsmitglieder

Name	Stimmenanteil (%)	Stimmen
Landkreis Leipzig	60,00 %	6
Landkreis Mittelsachsen	40,00 %	4

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband ist Träger des Rettungsdienstes in seinem Zweckverbandsgebiet. Er hat insbesondere die Aufgaben

- eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit der Leistung der Notfallrettung und des Krankentransportes sicherzustellen;
- auf der Grundlage des Landesrettungsdienstplanes einen Bereichsplan aufzustellen;
- den Bereichsrat für den Rettungsdienst zu bestellen und in grundsätzlichen Angelegenheiten anzuhören;
- die gemeinsame Leitstelle der Feuerwehr und des Rettungsdienstes nach § 3 Abs. 2 Buchstabe b) des Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistung der Feuerwehren bei Unglücksfällen und Notständen im Freistaat Sachsen und § 9 Abs. 1 des Gesetzes über Rettungsdienst, Notfallrettung und Krankentransport für den Freistaat Sachsen vom 04. Juli 1994 zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben;
- Gebühren für die Durchführung von Notfallrettung und Krankentransport und die Inanspruchnahme der Dienste der Rettungsleitstelle auf Grund einer Satzung festzusetzen.

Weiterhin nimmt der Zweckverband für seine Verbandsmitglieder folgende Aufgaben wahr:

- er übt die Funkaufsicht gegenüber allen Teilnehmern im BOS-Funk aus und ist Antragsteller zur Erteilung von Funkgenehmigungen;
- er ist Kommunikationsstelle für Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben seiner Verbandsmitglieder;
- er übt die Aufsicht über die Vertragsdurchführung der Leistungserbringer im Rettungsdienst aus.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen) an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	0,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an den Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen)	
Verlustabdeckung	588.740,30
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00

Zuarbeit zum Beteiligungsbericht 2010 des Landkreises Leipzig

Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (Landkreis Mittelsachsen)

Sitz: 04668 Grimma, Heinrich – Zille – Straße 3

Gründung: 08.12.1995

Aufnahme der Geschäftstätigkeit: 01.01.1996

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts

Ziele und Aufgaben:

Der Zweckverband ist Träger des Rettungsdienstes im Zweckverbandsgebiet. Er hat insbesondere die Aufgabe

- der Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes;
- der Aufstellung eines Bereichsplanes auf der Grundlage des Landesrettungsdienstplanes;
- der Bestellung eines Bereichsbeirates für den Rettungsdienst und Durchführung dessen Anhörung in grundsätzlichen Angelegenheiten;
- der Errichtung, Unterhaltung und Betreibung einer Leitstelle für Rettungsdienst, Brandschutz und sonstige Dienstleistungen der Verbandsmitglieder nach Maßgabe des SächsBRKG;
- der Erhebung und Festsetzung von Entgelten/Gebühren für die Durchführung von Notfallrettung und Krankentransport und die Inanspruchnahme der Dienste der Rettungsleitstelle aufgrund einer Entgeltvereinbarung/Gebührensatzung.

Weiterhin nimmt der Zweckverband für seine Verbandsmitglieder folgende Aufgaben wahr:

- Ausübung der Funkaufsicht gegenüber allen Teilnehmern im BOS - Funk und Antragstellung zur Erteilung von Funkgenehmigungen;
- Kommunikationsstelle für Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben seiner Verbandsmitglieder;
- Ausübung der Aufsicht über die Vertragsdurchführung der Leistungserbringer im Rettungsdienst.

Verbandsmitglieder:

Landkreis Leipzig

Landkreis Mittelsachsen für die Region des Altlandkreises Döbeln

Organe des Verbandes:

Die Verbandsversammlung

Der Verbandsvorsitzende

Verbandsversammlung:

Herr Dr. Gerhard Gey - Verbandsvorsitzender - Landrat Landkreis Leipzig

Herr Volker Uhlig - Stellvertretender Verbandsvorsitzender - Landrat LK Mittelsachsen

Hartmut Harbig

Kreisrat Landkreis Leipzig

Manfred Heinz

Kreisrat Landkreis Leipzig

Gottfried Schröpfer

Kreisrat Landkreis Leipzig

Tim Barczynski

Kreisrat Landkreis Leipzig

Uwe Herrmann

Kreisrat Landkreis Leipzig

Heiner Stephan

Kreisrat LK Mittelsachsen

Ullrich Kuhn

Kreisrat LK Mittelsachsen

Elgine Tur de la Cruz

Kreisrätin LK Mittelsachsen

Geschäftsführerin: Frau Schneider

Einschätzung der Lage des Verbandes (mit Auszügen aus dem Lagebericht)

a) Kennzahlenentwicklung

Kennzahl	In	2007	2008	2009	2010	Veränderung
Jahresgewinn	TEUR	86	0,01	1,5	0	-1,5
Jahresverlust	TEUR	0	0	0	217	+217
Betriebsergebnis	TEUR	- 119	- 119	- 16	-39	+23
Umsatz	TEUR	10.737	10.239	10.537	11.656	+1.119
Umsatzrentabilität	%	0,7	0,5	0,6	0,6	0
Eigenkapitalrentabilität	%	4,8	0,0	0,1	-13,7	-13,8
Finanzmittelbestand 31.12.	TEUR	2.988	2.296	65	257	+192

b) Analysierende Darstellungen

Im Sechsjahresvergleich lassen sich ausgewählte Kennzahlen wie folgt darstellen:

Geschäftsjahr	Einheit	2010	2009	2008	2007	2006	2005
Umsatz RD	TEUR	11.656	10.527	10.231	10.728	10.168	9.883
Materialaufwandsquote	%	79,3	79,0	91,95	85,35	88,15	90,8
Personalaufwandsquote	%	10,2	10,5	13,0	12,11	12,59	13,1
Mitarbeiter (Durchschnitt)	Anzahl	27,8	29,5	30,42	33	33	33
Personalaufwand / Kopf	TEUR	44,2	42,7	34,5	39,4	39	39
Abschreibungsquote	%	7,1	5,1	6,0	8,5	9,7	10,0
Abschreibungen	TEUR	776	528	659	880	1018	1.042
Investitionen	TEUR	257	2.561	121	87	169	467
Finanzergebnis	TEUR	- 39	17	119	205	54	33
Jahresergebnis	TEUR	-217	1,5	0,01	86	63	281
Umsatzrentabilität	%	0,6	0,6	0,5	0,7	2,0	2,8
Eigenkapitalrentabilität	%	-13,7	0,1	0,0	4,8	3,7	17,1
	Bilanztag	31.12.10	31.12.09	31.12.08	31.12.07	31.12.06	31.12.05
Bilanzsumme	TEUR	6.058	6.621	6.688	7.959	8.647	9.854
Anlagevermögen	TEUR	3.799	4.405	2.373	2.911	3.728	4.649
Umlaufvermögen	TEUR	2.237	2.194	4.293	5.026	4.895	5.180
RAP	TEUR	22	22	22	22	24	25
Eigenkapital	TEUR	1.581	1.798	1.797	1.797	1.711	1.648
Eigenkapitalsquote	%	44,4	49,3	34,3	32,6	34,8	36,2
Sonderposten	TEUR	2.433	2.938	2.117	2.565	3.213	3.978
Rückstellungen	TEUR	37	35	36	75	63	68
Verbindlichkeiten	TEUR	2.007	1.850	2.738	3.522	3.660	4.161
Verschuldungsgrad	%	125,4	103,0	191,5	206,9	187,5	63,9
Anlagendeckungsgrad	%	41,9	40,82	75,72	45,2	45,9	35,4

c) Ertragslage und ergebnisbeeinflussende Faktoren

Aus den Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung 2010 wurde die folgende wirtschaftliche Erfolgsrechnung in Vergleichsdarstellung zum Jahr 2009 (nachrichtlich Einbezug: Jahr 2008) entwickelt:

	2010		2009		2008		Veränderung 09-10
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse RD, SoDL	11.666	90,2	10.537	84,13	10.239	83	+ 1.129
Sonstige Umsatzerlöse	0	0	334	2,67	0	0	- 334
Erlöse aus pass. Ertragsz	505	3,5	377	3	505	4	+ 128
Sonstige betriebliche Erträge	574	4,7	1.277	10,2	1.643	13	- 703
Betriebsleistung	12.745	98,4	12.525	100	12.387	100	+ 220
Materialaufwand	9.610	74,4	9.525	74,45	9.415	75,4	+ 85
Personalaufwand	1.230	9,5	1.261	10,05	1.313	10,5	- 31
Planmäßige Abschreibungen auf Anlagen	776	6,0	528	4,2	659	5,3	+ 248
Übrige betriebliche Aufwendungen	1.306	10,1	1.227	11,17	1.119	9	+ 79
darunter Sondereinflüsse	109,5		24,6				
Betriebliche Aufwendungen gesamt	12.922	100	12.541	99,87	12.506	100	+ 381

	2010		2009		2008		Veränderung 09-10
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	
Betriebsergebnis	-177	1,3	-16	0,13	-119	-1	+161
Finanzergebnis	-40	0,3	17	0,14	119	+1	+57
Geschäftsergebnis	-217	1,6	+1	0,01	0	-0,2	+218
Jahresgewinn	0	0	+1	0,01	0	0	-1
Jahresverlust	-217	1,6	0	0	0	0	+217

f) Vermögenslage

Der Vermögens- und Kapitalaufbau des Rettungszweckverbandes per 31.12.2010 wird anhand der nach Liquidationsgesichtspunkten zusammengefassten Bilanzzahlen dargestellt. Dabei wurden innerhalb von 12 Monaten nach dem Bilanzstichtag fällige Teilbeträge der Forderungen und Verbindlichkeiten als kurzfristig behandelt, alle anderen – soweit nicht besonders vermerkt – als mittel- und langfristig. Die Sonderposten werden – da eine Ertragsteuerbelastung des Rettungszweckverbandes nicht besteht – zu 100 % dem Eigenkapital zugerechnet. Der für die im Zuge des Abschlusses der Erbpachtverträge überlassenen Gebäude gebildete Sonderposten aus Nutzungsüberlassung wird zu 100 % dem Fremdkapital zugerechnet.

	2010		2009		2008		Veränderung 2009-2010
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	
Vermögen							
Immaterielle Vermögensgegenstände	20	0,30	29	0,44	9	0,13	-9
Sachanlagen	3.780	62,40	4.376	66,09	2.364	35,35	-596
Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen	3.800	62,73	4.405	66,53	2.373	35,48	-605
Kundenforderungen	1.958	32,32	1.983	29,96	1.981	29,62	-25
Sonstige kurzfristige Posten	22	0,36	146	2,2	16	0,24	-124
Wertpapiere	0	0	0	0	0	0	0
Flüssige Mittel	256	4,26	65	0,98	2.296	34,33	+191
Kurzfristig gebundenes Vermögen	2.236	36,94	2.194	33,14	4.293	64,19	+42
Rechnungsabgrenzungsposten	22	0,36	22	0,33	22	0,33	0
Vermögen insgesamt	6.058	100	6.621	100	6.688	100	-563
Kapital							
Allgemeine Rücklagen	1.592	26,3	1.590	24,01	1.590	23,77	+2
Gewinne der Vorjahre	207	3,41	207	3,14	207	3,09	0
Jahresverlust/-gewinn	-217	-3,58	1	0,01	0	0	+218
Eigenkapitalanteil von Sonderposten	1.107	18,27	1.464	22,11	496	7,42	-357
Eigenkapital und eigenkapitalähnliche Mittel	2.689	44,40	3.262	49,27	2.293	34,28	-573
Fremdkapital von Sonderposten	1.326	21,89	1.474	22,26	1.622	24,25	-148
Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	1.025	16,91	0	0	0	0	+1.025
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	2.351	38,8	1.474	22,26	1.622	24,25	+877
Sonstige Rückstellungen	36	0,59	35	0,53	36	0,54	+1
Lieferantenschulden	85	1,40	132	1,99	90	1,35	-47
Übrige Verbindlichkeiten	897	14,81	1.718	25,95	2.647	39,58	-821
Kurzfristiges Fremdkapital	1.018	16,8	1.885	28,47	2.773	41,47	-867
Kapital insgesamt	6.058	100	6.621	100	6.688	100	-563

e) Deckungsverhältnis

	31.12. 2010		31.12. 2009		31.12. 2008		31.12. 2007		Veränderungen 2009-2010
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	
Mittel- und langfristiges Vermögen	3.800	100	4.405	100	2.373	100	2.912	100	-605
Mittel- und langfristiges Kapital	5.040	132,63	4.736	107,51	3.915	164,98	4.362	149,8	+304
Unter-/Überdeckung	1.240	32,63	331	7,51	1.542	64,98	1.450	49,8	+909

Das mittel- und langfristige Vermögen ist durch mittel- und langfristiges Fremdkapital gedeckt.

g) Zweckgebundene Rücklagen und Gewinne der Vorjahre

Die zweckgebundenen Rücklagen setzen sich zum 31.12.2010 aus dem Kostenträgerbereichsergebnissen wie folgt zusammen:

	in EURO
Rücklagenbildung 1997	30.677,51
Rücklagenbildung 1998	128.322,19
Rücklagenbildung 1999	197.198,67
Rücklagenbildung 2000	137.922,62
Rücklagenbildung 2001	18.062,48
Rücklagenbildung 2002	473.394,73
Rücklagenbildung 2003	202.438,74
Rücklagenbildung 2004	178.510,95
Rücklagenbildung 2005	281.183,84
Rücklagenbildung 2006	63.422,70
Rücklagenbildung 2007	85.820,57
Rücklagenbildung 2008	12,70
Rücklagenbildung 2009	1.506,88
Gewinne aus Vorjahren	206.847,87
Jahresverlust 2010	- 216.915,25
Stand gesamt 31.12.2010	1.581.559,33

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Allgemeines

Die ehemaligen Landkreise Döbeln, Leipziger Land und Muldentalkreis haben auf der Grundlage des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) die Aufgaben nach dem Sächsischen Brandschutz-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzgesetz (SächsBRKG) und auf der Grundlage der Verordnung über Rettungsdienstbereiche und gemeinsame Leitstellen der Feuerwehr und des Rettungsdienstes (LStVO) auf einen gemeinsamen Rettungszweckverband übertragen.

Der Rettungszweckverband wurde auf der Grundlage der Beschlüsse der Kreistage

- Leipziger Land vom 17. Mai 1995,
- Döbeln vom 29. Mai 1995,
- Muldentalkreis vom 8. Juni 1995

am 8. Dezember 1995 durch das Regierungspräsidium genehmigt und öffentlich bekannt gemacht. Die Geschäftstätigkeit des Rettungszweckverbandes begann durch Beschluss der Verbandsversammlung am 1. Januar 1996. Durch Kreisgebietsreform fusionierten die ehemaligen Landkreise Leipziger Land und Muldentalkreis ab 01.08.2008 zum Landkreis Leipzig. Der Landkreis Döbeln verband sich mit den Landkreisen Mittweida und Freiberg zum Landkreis Mittelsachsen. Infolge wurde der Rettungszweckverband durch Beschluss der Verbandsversammlung am 03.11.2008 umbenannt in „Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (Landkreis Mittelsachsen)“.

Der Rettungszweckverband umfasst das Gebiet des ehemaligen Landkreises Döbeln und des Landkreises Leipzig mit einer Fläche von 2.041,35 km² mit 338.347 Einwohnern (Stand 31.12.2009).

Der Rettungszweckverband als Träger des Rettungsdienstes und verantwortlicher Betreiber der integrierten Leitstelle für Rettungsdienst und Brandschutz hat als wesentliche Grundaufgaben die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes sowie die Alarmierung in Brandfällen zu sichern und diese in der Satzung des Rettungszweckverbandes festgeschriebenen Aufgaben quantitativ und qualitativ hochwertig zu erfüllen.

Zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben im Bereich der Notfallrettung und des Krankentransportes schloss der Rettungszweckverband mit nachfolgenden Leistungserbringern des Rettungsdienstes und Krankentransportes öffentlich-rechtliche Verträge ab:

- DRK Rettungsdienst, Krankentransport und Hilfsdienste im Muldental GmbH
- DRK Kreisverband Döbeln – Hainichen e. V.
- DRK Rettungsdienst und Krankentransport Leipzig und Umland gGmbH
- DRK Kreisverband Geithain e. V.
- Johanniter Unfallhilfe e. V., Regionalverband Leipzig.
- Arbeiter-Samariter-Bund e. V. , Regionalverband Leipzig

II. Grundlage der Wirtschaftsführung

Auf den Zweckverband finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften gemäß § 58 Abs. 2 des Sächsischen Gesetzes über Kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) unmittelbare Anwendung.

Grundlage der Wirtschaftsführung eines Wirtschaftsjahres ist die erlassene Haushaltsatzung mit Wirtschaftsplan.

Die Verbandsversammlung beschloss in ihrer am 23. November 2009 stattgefundenen 34. Beratung über die Haushaltsatzung mit Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2010. Der Bescheid zur Genehmigung der Haushaltsatzung mit Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2010 wurde am 25. Januar 2010 durch die Landesdirektion Leipzig erteilt. Gleichzeitig erfolgte die Genehmigung der in der Haushaltsatzung vorgesehenen Gesamtbeträge für Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen für das Wirtschaftsjahr 2010 in Höhe von 1.443.543,00 EUR, wovon im Ergebnis der Ausschreibungen zu den Investitionsersatzbeschaffungen von Medizintechnik 1.342.440,00 EUR in Anspruch genommen wurden.

Soweit die sonstigen Einnahmen des Zweckverbandes aus Entgelten und Gebühren zur Deckung seines Finanzbedarfes nicht ausreichen, ist gemäß § 13 der Verbandssatzung von den Zweckverbandsmitgliedern eine Umlage zu erheben. Diese wird mit der Haushaltsatzung - getrennt für die Ausgaben des Erfolgs- und Vermögensplanes – festgesetzt. Für das Wirtschaftsjahr 2010 wurden folgende Verbandsumlagen veranschlagt:

Erfolgsplan	442.784,01 €
Vermögensplan	0,00 €
Gesamt:	442.784,01 €
davon entfielen auf den Landkreis	
Mittelsachsen, Region Döbeln	90.227,36 €
Leipzig	352.556,65 €

Für die ertragsverminderte Höhe der Verbandsumlagen des Wirtschaftsjahres 2010 war die – bereits mit der Haushaltssatzung geplante - Auflösung von erübrigten Mitteln aus Vorjahren in Höhe von 206.847,87 EUR kennzeichnend.

Die nach § 32 SächsBRKG geführten Entgeltverhandlungen des Rettungszweckverbandes mit den Sozialleistungsträgern legten für das Wirtschaftsjahr 2010 nachstehende Gebühren nach §§ 10 ff SächsKAG und Entgelte fest:

	Entgelte/Gebühren – IST -
Gebühr Rettungstransportwagen	250,20 €/Einsatz
Gebühr Notarzteinsatzfahrzeug	93,70 €/Einsatz
Gebühr Krankentransportwagen	89,40 €/Einsatz
	zzgl. 2,30 € /km ab Besetzt - km 151.

Der jeweilige Entgelt-/Gebührensatz enthält Erstattungsanteile für die Inanspruchnahme der Dienste der Leitstelle.

Im Wirtschaftsjahr 2010 wurden folgende Einsätze entgelt-/gebührenrelevant abgerechnet:

	Einsätze – Ist –
Krankentransporte	28.019 Einsätze = 2.511.872,13 €
Rettungswageneinsätze	29.786 Einsätze = 7.452.457,20 €
Notarzteinsätze	21.440 Einsätze = 2.008.928,00 €.

III. Sonstige Angaben gemäß § 289 HGB sowie § 11 SächsEigBVO

1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Bauten

Der Rettungszweckverband verfügt über bewegliches Anlagevermögen, welches seit Beginn der Geschäftstätigkeit am 1. Januar 1996 angeschafft wurde.

Dieses wurde ergänzt um weiteres bewegliches Anlagevermögen aus Übertragungen von den am Rettungszweckverband beteiligten Landkreisen.

Der gesamte bewegliche Anlagenbestand ist in einem automatisierten Anlagenbuchhaltungsprogramm gemäß § 10 SächsEigBG erfasst und wird regelgerecht abgeschrieben.

Der Rettungszweckverband verfügt über festen Anlagenbestand.

Dazu gehören

- ein Grundstück mit einer Fläche von 11.112 m² in Deditz, welches mit einer MASTER-DAU-Anlage bebaut ist;
- Grund und Boden mit Gebäudebestand in 04668 Grimma, Heinrich – Zille – Straße 3, welcher mit dem Verwaltungsgebäude des Rettungszweckverbandes mit Leitstelle und Rettungswache Grimma bestanden ist im Rahmen von Erbpacht;
- ein Grundstück in 04808 Wurzen, Kleegasse 1, welches mit der Rettungswache Wurzen bebaut ist im Rahmen von Erbpacht sowie
- ein Gebäude in 04420 Markranstädt, Teichweg 14, welches als Rettungswache in Form eines Containerbaus betrieben wird.

2. Bauvorhaben

Im Jahr 2010 wurden keine Bauvorhaben geplant und durchgeführt. Der Rettungszweckverband hatte im Jahr 2010 keine Anlagen im Bau.

3. Betriebs- und Geschäftsausstattungen

Im Wirtschaftsjahr 2010 wurde die in 2009 beschaffte rettungsdienstliche Fahrzeugflotte von 26 Einsatzmitteln durch die aufgenommenen Kreditmittel planmäßig zu 50 Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten unter Berücksichtigung der Abschreibungen des Wirtschaftsjahres nachfinanziert. Die weitere Ersatzbeschaffung der Einsatzmittel erfolgt danach planmäßig im Jahr 2011 mit 6 Rettungstransportwagen, 6 Krankentransportwagen und einem Notarzteinsetzfahrzeug.

Im Wirtschaftsjahr 2010 wurden medizinische Ausrüstungen und Ausstattungen im Wert von 116.455,57 EUR bedarfsgerecht ersatzbeschafft. Darunter fallen 6 Defibrillatoren im Wert von jeweils 17.144,89 EUR (gesamt: 102.869,34 EUR), welche planmäßig aus Kreditmitteln des Wirtschaftsjahres 2010 finanziert wurden.

Zur Gewährleistung des Funk- und Alarmierungsnetzes wurden im Wirtschaftsjahr 2010 sieben Digitale Alarmumsetzer (DAU) im Wert von jeweils 16.988,52 EUR (gesamt: 118.919,64 EUR) ersatzbeschafft, wovon 71.351,79 EUR planmäßig aus Kreditmitteln finanziert wurden.

4. Ertüchtigung der technischen Anlagen der Rettungsleitstelle

Nach Aufforderung des Sächsischen Innenministeriums zur Pflicht uneingeschränkter Sicherstellung des Betriebes der Rettungsleitstelle beschloss die Verbandsversammlung in ihrer am 26.05.2009 stattgefundenen Beratung über die Ertüchtigung der technischen Anlagen der Rettungsleitstelle im Rahmen der bestehenden, in der Laufzeit bis zum 30.11.2012 zu verlängernden Wartungsverträge. Die Ertüchtigung der Hard- und Softwarekomponenten erfolgte beginnend im August 2009 Zug um Zug mit Abschluss am 25.01.2010. Die Sozialleistungsträger erklärten im Vorfeld der Beschlussfassung ihre uneingeschränkte Zustimmung zur Verfahrensweise.

5. Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich, wie folgt:

	Vortrag 31.12.2009 in EURO	Zugänge/ Einstellungen in EURO	Abgänge/ Entnahmen in EURO	Stand 31.12.2010 in EURO
I Rücklagen				
zweckgebunden	1.590.119,83	1.506,88	0,00	1.591.626,71
II Gewinn				
1. Vorjahre	206.847,87	0,00	0,00	206.847,87
2. Wirtschaftsjahr	0,00	0,00	- 216.915,25	- 216.915,25
Summe II	206.847,87	0,00	- 216.915,25	- 216.915,25
Saldo I + II	1.796.967,70	1.506,88	- 216.915,25	1.581.559,33

Das Wirtschaftsjahr 2010 schließt mit einem Jahresverlust von 216.915,25 EURO. Bei einem Anteilsbetrag von 206.847,87 EURO handelt es sich bereits um einen in der Haushaltsatzung mit Wirtschaftsplan geplanten Jahresverlust in der Kostenträgersparte „Brandschutz und sonstige Dienstleistungen für die Landkreise“, welcher aus den Gewinnen der Vorjahre im Zuge der Beschlussfassung zur Feststellung der Jahresrechnung 2010 und deren Umsetzung auszugleichen ist. Der Eigenkapitalstand verringert sich mit Vollzug im Folgejahr 2011 mithin um 206.847,87 EURO auf 1.591.626,71 EURO. Der verbliebene Anteilsbetrag am Jahresverlust in Höhe von 10.067,38 EURO resultiert aus Mehraufwendungen für die örtliche Rechnungsprüfung. Er entfällt auf die Kostenträgersparte „Brandschutz und sonstige Dienstleistungen für die Landkreise“ und soll im Rahmen der Beschlussfassung zur Jahresrechnung 2010 auf neue Rechnung vorgetragen werden.

6. Rückstellungen

Im Abschluss zum Wirtschaftsjahr 2010 wurden Urlaubsrückstellungen, Jubiläumsrückstellungen, Kosten für die Abschlussprüfungen sowie Archivierungsrückstellungen wie folgt berücksichtigt:

Entwicklung der Rückstellungen	
Stand 1. Januar 2010	35.411,92 €
Zugänge	24.697,35 €
Auflösung	0,00 €
Inanspruchnahme	<u>./ 23.492,15 €</u>
Stand 31. Dezember 2010	<u>36.616,54 €</u>

7. Personal

Zum 31. Dezember 2010 waren 30 beschäftigte Angestellte auf 27,8 Stellen im Rettungszweckverband beschäftigt.

Der Gesamtpersonalaufwand im Wirtschaftsjahr 2010 belief sich für:

Löhne und Gehälter	1.007.662,21 €
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und für Unterstützung	<u>222.364,34 €</u>
Personalaufwand gesamt	<u>1.230.026,55 €</u>

8. Umsatzerlöse und Leistungsentgelte

Im Bereich Rettungsdienst wurden im Wirtschaftsjahr 2010 Umsatzerlöse in Höhe von 12.008.031,53 EUR (2009: 10.527.373,00 EUR) erzielt, wovon im Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung 196.636,05 EUR als Mehrerlöse des Wirtschaftsjahres zur ergebniswirksamen Auflösung in Folgejahren und zweckgebundene Mehrerlöse in Höhe von 154.864,46 EURO abgegrenzt wurden. Die abgegrenzten Mehrerlöse wurden den Verbindlichkeiten des Rettungszweckverbandes gegenüber Sozialleistungsträgern zugeordnet. Leistungsentgelte an Leistungserbringer wurden in Höhe von insgesamt 9.173.918,28 EUR gezahlt.

IV. Ausblick

Das Wirtschaftsjahr 2010 schließt mit einem Jahresverlust von 216.915,25 EURO. Dabei handelt es sich bei einem Betrag von 206.847,87 EUR um einen bereits in der Haushaltsatzung mit Wirtschaftsplan geplanten Jahresverlust in der Kostenträgersparte „Brandschutz und sonstige Dienstleistungen für die Landkreise“, welcher aus den Gewinnen der Vorjahre im Zuge der Beschlussfassung zur Feststellung der Jahresrechnung 2010 und deren Umsetzung auszugleichen ist. Dieser Betrag wirkte im Wirtschaftsjahr ergebnisbeeinflussend auf die Höhe der Verwaltungskostenumlagen der Landkreise. Hierbei handelt es sich um geplante Entwicklungen vor dem Hintergrund der zum voraussichtlich 31.12.2013 wirkenden Auflösung des Rettungszweckverbandes in Ermangelung rechtlicher Fortsetzungsmöglichkeit nach dem Sächsischen Gesetz über die Kommunale Zusammenarbeit.

Als ebenfalls ergebnisbeeinflussend stellen sich die abgegrenzten – in Folgejahren entgeltbeeinflussend zu verwendenden - Mehrerlöse im Kostenträgerbereich „Rettungsdienst“ in Höhe von 196.636,05 EURO dar. Sie fließen im Wirtschaftsjahr 2011 entgeltwirksam in den Kostenträgerbereich „Rettungsdienst“ ein.

Erstmals im Jahr 2010 wurde die zweckgebundene Abgrenzung von Mehrerlösen aus Rettungsdienst in Höhe von 154.864,46 EURO vorgenommen. Ursache hierfür sind die getroffenen Festlegungen der Sozialleistungsträger im Kostenträgerbereich „Rettungsdienst“ zur Refinanzierung der im Wirtschaftsjahr 2010 aufgenommenen Kreditmittel zur Nachfinanzierung der KFZ – Ersatzbeschaffungen aus dem Jahr 2009 und zur Finanzierung der weiteren Investitionen des Jahres 2010. Die Kreditaufnahme erfolgte zum 01.08.2010, so dass die bis zu diesem Zeitpunkt abgesammelten Abschreibungen zur

Kreditrefinanzierung in Folgemonaten (EURO 114.148,29) abzugrenzen und so zu sichern waren. In die zweckgebundenen Mehrerlösabgrenzungen fließen darüber hinaus EURO 40.716,17 finanzierungssichernd für die Ersatzbeschaffung eines Rettungstransportwagens im Jahr 2011 nach dessen Unfalltotalschaden im Jahr 2010 ein.

Am 11. Februar 2011 trat die Dritte Verordnung des Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Sächsischen Landesrettungsdienstplanverordnung in Kraft. Danach sind die Träger des Brandschutzes und bodengebundenen Rettungsdienstes verpflichtet, Integrierte Regionalleitstellen an vorgegebenen Standorten zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben. Der Landkreis Mittelsachsen bekannte sich mit einem Kreistagsbeschluss zur dementsprechenden Umsetzung der Aufgabe am Standort der Kreisfreien Stadt Chemnitz bei gleichzeitiger Übertragung der weiteren Aufgaben der materiellen Sicherstellung des Brandschutzes und Rettungsdienstes vom Rettungszweckverband an den Landkreis Mittelsachsen. Im Landkreis Leipzig steht eine dem entsprechende Beschlussfassung des Kreistages zum Übergang an die Integrierte Regionalleitstelle in der Kreisfreien Stadt Leipzig bei gleichzeitiger Überleitung der weiteren Aufgaben des Rettungszweckverbandes an den Landkreis unmittelbar bevor.

Der Rettungszweckverband veranschlagte im Wirtschaftsplan 2010 die vom Freistaat Sachsen geplante Einführung eines landeseinheitlichen Digitalfunknetzes mit 380.000 EUR. Nach aktuellem Sachstand sollen die Versorgungsbereiche des Rettungszweckverbandes nunmehr erst im Zusammenhang mit dem Vollzug der Errichtung und Inbetriebnahme der Integrierten Regionalleitstellen nach Dritter Verordnung des Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Sächsischen Landesrettungsdienstplanverordnung vom 11. Februar 2011 in den Jahren 2012 bis 2013 dem Netzwerk angeschlossen werden. Aufgrund dieser Entwicklung fasste die Verbandsversammlung in ihrer am 21. Oktober 2010 stattgefundenen Verbandsversammlung Beschlüsse über eine dementsprechende Anpassung des Vermögens- und Investitionsplanes 2010.

Nach § 31 Absatz 1 SächsBRKG wären ab 01.01.2009 die Leistungen des Rettungsdienstes und Krankentransportes nach Durchführung eines formalen Auswahlverfahrens zu binden gewesen. Der Sächsische Landtag beschloss im Rahmen des Haushaltbegleitgesetzes 2011/2012 über die Aussetzung der Auswahlverfahren bis zum 31.12.2012, um insbesondere im Hinblick auf ergangene Rechtsentscheidungen der Vergabekammern, des Bundesgerichtshofes und Bundesverfassungsgerichts in der Sache durch erforderliche Gesetzesanpassungen reagieren zu können. Zur Sicherung des Rettungsdienstes verlängerte der Rettungszweckverband damit auf der Grundlage von § 12 Absatz 5 SächsLRettDPVO in Verbindung mit Beschlüssen der Verbandsversammlung die mit den Leistungserbringern bestehenden öffentlich – rechtlichen Verträge.

Als finanzielles Risiko für den Rettungszweckverband stellt sich ein im Jahr 2008 außerordentlich gekündigter öffentlich - rechtlicher Vertrag gegenüber einem vormaligen Leistungserbringer aufgrund der Behauptung dessen ehemaliger Beschäftigten zu einem angeblichen Betriebsübergang nach § 613 a BGB auf den Rettungszweckverband dar. Die Risiken bestehen insbesondere im Hinblick auf den schlussendlichen Ausgang der überwiegend in dritter Instanz (Bundesarbeitsgericht) befindlichen Verfahren im Bezug auf Rechts- und Gerichtskosten sowie im Falle eines Obsiegens der Kläger zu nicht unerheblichen Gehaltsforderungen rückwirkend ab 23.12.2008.

Erweiterte Angaben nach § 289 HGB in Auswirkung des BilReG

In Verpflichtung erweiterter Angaben nach § 289 HGB in Auswirkung des BilReG fließen in den Anhang zum Lagebericht analytische Betrachtungen ein:

a) Kennzahlenentwicklung

Kennzahl	In	2007	2008	2009	2010	Veränderung
Jahresgewinn	TEUR	86	0,01	1,5	0	-1,5
Jahresverlust	TEUR	0	0	0	217	+217
Betriebsergebnis	TEUR	- 119	- 119	- 16	-39	+23
Umsatz	TEUR	10.737	10.239	10.537	11.656	+1.119
Umsatzrentabilität	%	0,7	0,5	0,6	0,6	0
Eigenkapitalrentabilität	%	4,8	0,0	0,1	- 13,7	- 13,8
Finanzmittelbestand	TEUR	2.988	2.296	65	257	+192

b) Analysierende Darstellungen

Im Sechsjahresvergleich lassen sich ausgewählte Kennzahlen wie folgt darstellen:

Geschäftsjahr	Einheit	2010	2009	2008	2007	2006	2005
Umsatz RD	TEUR	11.656	10.527	10.231	10.728	10.168	9.883
Materialaufwandsquote	%	79,3	79,0	91,95	85,35	88,15	90,8
Personalaufwandsquote	%	10,2	10,5	13,0	12,11	12,59	13,1
Mitarbeiter (Durchschnitt)	Anzahl	27,8	29,5	30,42	33	33	33
Personalaufwand / Kopf	TEUR	44,2	42,7	34,5	39,4	39	39
Abschreibungsquote	%	7,1	5,1	6,0	8,5	9,7	10,0
Abschreibungen	TEUR	776	528	659	880	1018	1.042
Investitionen	TEUR	257	2.561	121	87	169	467
Finanzergebnis	TEUR	- 39	17	119	205	54	33
Jahresergebnis	TEUR	-217	1,5	0,01	86	63	281
Umsatzrentabilität	%	0,6	0,6	0,5	0,7	2,0	2,8
Eigenkapitalrentabilität	%	- 13,7	0,1	0,0	4,8	3,7	17,1
Bilanztag		31.12.10	31.12.09	31.12.08	31.12.07	31.12.06	31.12.05
Bilanzsumme	TEUR	6.058	6.621	6.688	7.959	8.647	9.854
Anlagevermögen	TEUR	3.799	4.405	2.373	2.911	3.728	4.649
Umlaufvermögen	TEUR	2.237	2.194	4.293	5.026	4.895	5.180
RAP	TEUR	22	22	22	22	24	25
Eigenkapital	TEUR	1.581	1.798	1.797	1.797	1.711	1.648
Eigenkapitalsquote	%	44,4	49,3	34,3	32,6	34,8	36,2
Sonderposten	TEUR	2.433	2.938	2.117	2.565	3.213	3.978
Rückstellungen	TEUR	37	35	36	75	63	68
Verbindlichkeiten	TEUR	2.007	1.850	2.738	3.522	3.660	4.161
Verschuldungsgrad	%	125,4	103,0	191,5	206,9	187,5	63,9
Anlagendeckungsgrad	%	41,9	40,82	75,72	45,2	45,9	35,4

c) Ertragslage und ergebnisbeeinflussende Faktoren

Aus den Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung 2010 wurde die folgende wirtschaftliche Erfolgsrechnung in Vergleichsdarstellung zum Jahr 2009 (nachrichtlich Einbezug: Jahr 2008) entwickelt:

	2010		2009		2008		Veränderung 09-10 TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse RD, SoDL	11.666	90,2	10.537	84,13	10.239	83	+ 1.129
Sonstige Umsatzerlöse	0	0	334	2,67	0	0	- 334
Erlöse aus pass. Ertragsz	505	3,5	377	3	505	4	+ 128
Sonstige betriebliche Erträge	574	4,7	1.277	10,2	1.643	13	- 703
Betriebsleistung	12.745	98,4	12.525	100	12.387	100	+ 220
Materialaufwand	9.610	74,4	9.525	74,45	9.415	75,4	+ 85
Personalaufwand	1.230	9,5	1.261	10,05	1.313	10,5	- 31
Planmäßige Abschreibungen auf Anlagen	776	6,0	528	4,2	659	5,3	+ 248
Übrige betriebliche Aufwendungen	1.306	10,1	1.227	11,17	1.119	9	+ 79
darunter Sondereinflüsse	109,5		24,6				
Betriebliche Aufwendungen gesamt	12.922	100	12.541	99,87	12.506	100	+ 381
Betriebsergebnis	-177	1,3	-16	0,13	- 119	- 1	+ 161
Finanzergebnis	- 40	0,3	17	0,14	119	+ 1	+ 57
Geschäftsergebnis	-217	1,6	+ 1	0,01	0	- 0,2	+ 218
Jahresgewinn	0	0	+ 1	0,01	0	0	- 1
Jahresverlust	-217	1,6	0	0	0	0	+ 217

Die Umsatzerlöse aus Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes stellen sich dabei im einzelnen und im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2010	2009
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen RTW	7.452.457,20	6.202.077,60
Erlöse aus Krankentransportleistungen	2.511.872,13	2.515.977,20
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen NEF	2.008.928,00	1.793.844,20
Erlöse aus Rettungsdienst- und Krankentransportleistungen der Vorjahre	34.774,20	15.474,00
Zuführung zu den Verbindlichkeiten gegenüber Ergebnisverrechnungen		0,00
Entnahme aus den Verbindlichkeiten gegenüber Ergebnisverrechnungen		- 859.414,29
Sonstige Umsatzerlöse aus Entnahme der Verbindlichkeiten		+ 859.414,29
Abgrenzung der Mehrerlöse Ergebnisausgleichsverrechnungen	351.500,51	0,00
Zuführung zu Verbindlichkeiten Ergebnisausgleichsverrechnungen	-351.500,51	0,00
Erlöse Rettungsdienst/Krankentransport gesamt:	11.656.531,02	10.527.373,00

Zum Jahresergebnis haben vor allem folgende ergebnisbeeinflussende Faktoren beigetragen:

Die gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Umsatzerlöse im Rettungsdienst um TEUR 1.129 resultieren aus erhöhten Entgelt- und Gebührensätzen gegenüber dem Vorjahr zur Deckung der Aufwendungen gemäß Wirtschaftsplan. Sie beinhalten eine Abgrenzung von Mehrerlösen aus Leistungen des Rettungsdienstes in Höhe von TEUR 351, welche den Verbindlichkeiten des Rettungszweckverbandes gegenüber Sozialleistungsträgern zugeführt wurden und welche zur künftigen Stabilität in der Höhe der Entgelte/Gebühren im Rettungsdienst entgeltwirksam sowie zur Sicherung der Kreditrefinanzierungen beitragen werden.

Die Auflösung von Ertragszuschüssen umfasst die Sonderpostauflösungen aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens in Höhe von 314.240,79 EURO sowie Sonderpostenaufösungen aus der Nutzungsüberlassung von Anlagevermögen in Höhe von 147.352,60 EURO. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um TEUR 85 steht in Abhängigkeit zum Zeitpunkt der Ersatzbeschaffungen für Einsatzmittel in 2009 (11/2009), da in 2010 ein ganzjähriger Ansatz Niederschlag findet.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken gegenüber dem Vorjahr um TEUR 660. Ursache hierfür sind insbesondere die im Wirtschaftsjahr 2009 getätigten Auflösungen von Mehrerlösen aus Vorjahren (TEUR 859) zur Deckung der Aufwendungen in 2009. Die Verwaltungskostenumlagen der Landkreise stiegen hingegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 122. Ursache hierfür ist die in 2009 getätigte Entnahme aus Ergebnisvorträgen der Vorjahre (TEUR 334) im Kontext zur nun im Wirtschaftsjahr 2010 geplanten Deckung aus Gewinnen der Vorjahre in Höhe von TEUR 207.

Entsprechend des Grundsatzes der Vollständigkeit (§ 246 Abs. 1 HGB) weisen die Budgetzahlungen an Leistungserbringer im Wirtschaftsjahr 2010 alle jahresbezogenen Aufwendungen in Höhe von TEUR 9.173 aus. Durch erhöhte Aufwendungen im Rahmen der Entwicklung der Marktpreise liegen die Aufwendungen um TEUR 93 höher als im Vorjahr.

Der Materialaufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 102. Ursache für die Erhöhung ist zunächst die Umordnung des Medizinischen Verbrauchsmaterials von den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zum Materialaufwand in Höhe von TEUR 184 sowie die von den Sozialleistungsträger geforderte gesonderte Kostenartenabrechnung für Bewirtschaftungskosten der Rettungswachen und Notarztzimmer, welche IST – kostenseitig im Jahr 2009 eingeführt wurde.

Die Personalkosten sanken gegenüber dem Vorjahr um TEUR 31. Ursache hierfür ist eine arbeitnehmerseitig gewollte Auflösung eines Beschäftigtenverhältnisses zum 30.06.2010.

Die Abschreibungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 248. Sie begründen sich im Verhältnis Abschreibungen zum Anteil Investitionen und deren Beschaffungszeitpunkt.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 79. Ursache hierfür sind zunächst die höheren Aufwendungen für Fremdstandhaltung der Leitstellen- und Funktechnik infolge der neu geschlossenen Wartungsverträge nach Austausch der Hard- und Software in der Leitstelle.

Weitere wesentliche Änderungen verursachen die erstmals in 2010 anzusetzenden örtlichen Prüfungskostenaufwendungen nach Hinweis des Sächsischen Rechnungshofes.

d) Finanzergebnis

Das Finanzergebnis setzt sich wie folgt (nachrichtlich 2009 und 2008) zusammen:

	2010	2009	2008
	EUR	EUR	EUR
Erträge aus anderen Wertpapieren	0,00	0,00	0,00
Guthabenzinsen	+ 5,17	+ 20.204,04	+ 118.516,30
Periodenfremde Zinserträge	+ 13.850,92	0,00	0,00
Stundungszinsen	0,00	+ 85,00	0,00
Periodenfremde Stundungszinsen	+ 13,00	0,00	0,00
Zinsaufwendungen Inanspruchnahme Kassenkredit	- 28.641,81	- 3.164,48	0,00
Periodenfremde Zinsaufwendungen (Nachfinanzg.)	- 13.850,92	0,00	0,00
Zinsaufwendungen Investitionskredit	- 10.619,82	0,00	0,00
	- 39.243,46	+ 17.124,56	+ 118.516,30

Der Rückgang des Finanzergebnisses ist auf die seit 2009 veränderten Investitionsgebaren der Sozialleistungsträger zurückzuführen. Die Mehrerlöse aus Vorjahren des Rettungsdienstes waren im Zuge der Ersatzbeschaffungen 2009 aufzulösen. Ab dem Jahr 2010 sind alle größeren Investitionen des Rettungsdienstes aus Kreditmarktmitteln zu finanzieren und über die Abschreibungen des jeweiligen Anlagengutes zu refinanzieren. Dies führte dazu, dass die bis 2009 als Verbindlichkeiten des Rettungszweckverbandes gegenüber Sozialleistungsträgern gehaltenen Mehrerlöse aus Vorjahren vollständig für die Ersatzbeschaffung der Einsatzmittel (26 Rettungsdienstfahrzeuge) in 2009 aufgelöst wurden und damit keine Geldanlagen mehr zur Verfügung standen. Da die Mehrerlöse aus Vorjahren zur Finanzierung der Investitionen im Jahr 2009 nicht ausreichten, erfolgte eine Vorfinanzierung aus Mitteln der Kostenträgersparte „Brandschutz und sonstige Dienstleistungen für die Landkreise“. Die bis zur Kreditaufnahme in 2010 in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ benötigten Fremdsparthenmittel waren zu verzinsen und den Landkreisen als Kostenträger zu erstatten. Für den in 2010 aufgenommenen Investitionskredit fielen Zinsen in Höhe von TEURO 10 an.

Zur rechtzeitigen Leistung der Budgetzahlungen an die Leistungserbringer mussten aufgrund der durchschnittlichen Laufzeiten in der Zahlungsfrist der kostenpflichtigen Sozialleistungsträger von 6 Wochen Kassenkredite mit entsprechender Verzinsung in Anspruch genommen werden, die Aufwendungen hierfür beliefen sich auf TEURO 29.

e) Sondereinflüsse

Die Sondereinflüsse setzen sich zusammen (nachrichtlich Vgl. Vj.) aus:

	2010	2009	2008	2007	2006
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Auflösung von Einzelwertberichtigungen	0	0	0	0	0
Auflösung der Pauschalwertberichtigung	0	0	0	0	4,6
Gewinne aus Anlagenabgängen		0	0	5,5	16,1
Bezogene Erstattungen	10,5	1,1	0	25,6	
Periodenfremde Erträge	21,8	0,6	8,7	24,9	
Auflösung von Rückstellungen	0	0	38,4	1	
Zwischensumme	32,3	+1,7	+ 47,1	+ 57	
Abschreibung auf Forderungen	1,0	0,8	23,1	- 1	- 1,0
Zuführung zur Einzelwertberichtigung	18,9	22,0	0	0	
Verluste aus Anlagenabgängen	86,4	0,1	0,6	-23	
Periodenfremde Aufwendungen	4,3	1,5	0,7	- 32	-55,5
Zuführung zur Pauschalwertberichtigung	0	0	0	0	- 4,6
Zwischensumme	110,6	-24,6	-25,4	- 56	
Ergebnis	- 78,3	-22,9	23,7	1	

f) Vermögenslage

Der Vermögens- und Kapitalaufbau des Rettungszweckverbandes per 31.12.2010 wird anhand der nach Liquidationsgesichtspunkten zusammengefassten Bilanzzahlen dargestellt. Dabei wurden innerhalb von 12 Monaten nach dem Bilanzstichtag fällige Teilbeträge der Forderungen und Verbindlichkeiten als kurzfristig behandelt, alle anderen – soweit nicht besonders vermerkt – als mittel- und langfristige. Die Sonderposten werden – da eine Ertragsteuerbelastung des Rettungszweckverbandes nicht

besteht – zu 100 % dem Eigenkapital zugerechnet. Der für die im Zuge des Abschlusses der Erbpachtverträge überlassenen Gebäude gebildete Sonderposten aus Nutzungsüberlassung wird zu 100 % dem Fremdkapital zugerechnet.

	2010		2009		2008		Veränderung 2009-2010 TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	
Vermögen							
Immaterielle Vermögensgegenstände	20	0,30	29	0,44	9	0,13	- 9
Sachanlagen	3.780	62,40	4.376	66,09	2.364	35,35	- 596
Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen	3.800	62,73	4.405	66,53	2.373	35,48	- 605
Kundenforderungen	1.958	32,32	1.983	29,96	1.981	29,62	- 25
Sonstige kurzfristige Posten	22	0,36	146	2,2	16	0,24	- 124
Wertpapiere	0	0	0	0	0	0	0
Flüssige Mittel	256	4,26	65	0,98	2.296	34,33	+ 191
Kurzfristig gebundenes Vermögen	2.236	36,94	2.194	33,14	4.293	64,19	+ 42
Rechnungsabgrenzungsposten	22	0,36	22	0,33	22	0,33	0
Vermögen insgesamt	6.058	100	6.621	100	6.688	100	- 563
Kapital							
Allgemeine Rücklagen	1.592	26,3	1.590	24,01	1.590	23,77	+ 2
Gewinne der Vorjahre	207	3,41	207	3,14	207	3,09	0
Jahresverlust/-gewinn	-217	-3,58	1	0,01	0	0	+ 218
Eigenkapitalanteil von Sonderposten	1.107	18,27	1.464	22,11	496	7,42	- 357
Eigenkapital und eigenkapitalähnliche Mittel	2.689	44,40	3.262	49,27	2.293	34,28	- 573
Fremdkapital von Sonderposten	1.326	21,89	1.474	22,26	1.622	24,25	- 148
Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	1.025	16,91	0	0	0	0	+ 1.025
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	2.351	38,8	1.474	22,26	1.622	24,25	+ 877
Sonstige Rückstellungen	36	0,59	35	0,53	36	0,54	+ 1
Lieferantenschulden	85	1,4	132	1,99	90	1,35	- 47
Übrige Verbindlichkeiten	897	14,81	1.718	25,95	2.647	39,58	- 821
Kurzfristiges Fremdkapital	1.018	16,8	1.885	28,47	2.773	41,47	- 867
Kapital insgesamt	6.058	100	6.621	100	6.688	100	- 563

Das Bruttovermögen besteht zum 31. Dezember 2010 zu 62,73 % (TEUR 3.800 - Vorjahr: zu 66,53 %, d. h. TEUR 4.405) aus Anlagevermögen und zu 37,3 % (TEUR 2.258 - Vorjahr: zu 33,47 %, d. h. TEUR 2.216) aus Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten.

Durch nicht wesentliche Vermögenszugänge im Jahr 2010 entwickelte sich das Anlagevermögen fallend. Das Umlaufvermögen entwickelte sich leicht steigend und begründet sich in höheren flüssigen Mitteln gegenüber dem Vorjahr durch geringere Investitionstätigkeit.

Das Gesamtkapital besteht zum 31. Dezember 2010 zu 44,4 % (TEUR 2.689 - Vorjahr: 49,27 %, d. h. TEUR 3.262) aus Eigenkapital und eigenkapitalähnlichen Mitteln sowie zu 21,89 % (TEUR 1.326 - Vorjahr: 22,26 %, d. h. TEUR 1.474) aus mittel- und langfristigem Fremdkapital und zu 33,71 % (TEUR 2.043 - Vorjahr: 28,47 %, d. h. 1.885) aus kurzfristigem Fremdkapital.

Die Veränderungen im Eigenkapital resultieren aus den Ertragszuschüssen zur anteiligen Vermögensfinanzierung hauptsächlich aus Vorjahren. Durch die geringen Investitionen im Jahr 2010 war keine Erhöhung zu erwarten.

In den übrigen Verbindlichkeiten schlägt sich insbesondere ein im Jahr 2010 in Anspruch genommener Kredit zur Nachfinanzierung von Investitionen aus dem Jahr 2009 der Kostenträgersparte Rettungsdienst mit TEURO 1.440 nieder.

Die Entwicklung des mittel- und langfristigen Fremdkapitals resultiert aus der planmäßigen Auflösung von Ertragszuschüssen.

Es ergibt sich folgendes Deckungsverhältnis:

	31.12. 2010		31.12. 2009		31.12. 2008		31.12. 2007		Veränderungen 2009-2010
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	
Mittel- und langfristiges Vermögen	3.800	100	4.405	100	2.373	100	2.912	100	- 605
Mittel- und langfristiges Kapital	5.040	132,63	4.736	107,51	3.915	164,98	4.362	149,8	+ 304
Unter-/Überdeckung	1.240	32,63	331	7,51	1.542	64,98	1.450	49,8	+ 909

Das mittel- und langfristige Vermögen ist durch mittel- und langfristiges Fremdkapital gedeckt.

g) Zweckgebundene Rücklagen und Gewinne der Vorjahre

Die zweckgebundenen Rücklagen setzen sich zum 31.12.2010 aus dem Kostenträgerbereichsergebnissen wie folgt zusammen:

	in EURO
Rücklagenbildung 1997	30.677,51
Rücklagenbildung 1998	128.322,19
Rücklagenbildung 1999	197.198,67
Rücklagenbildung 2000	137.922,62
Rücklagenbildung 2001	18.062,48
Rücklagenbildung 2002	473.394,73
Rücklagenbildung 2003	202.438,74
Rücklagenbildung 2004	178.510,95
Rücklagenbildung 2005	281.183,84
Rücklagenbildung 2006	63.422,70
Rücklagenbildung 2007	85.820,57
Rücklagenbildung 2008	12,70
Rücklagenbildung 2009	1.506,88
Gewinne aus Vorjahren	206.847,87
Jahresverlust 2010	- 216.915,25
Stand gesamt 31.12.2010	1.581.559,33

Das Jahr 2010 schließt mit einem Jahresverlust in Höhe von 216.915,25 EURO ab. Im Rahmen der Beschlussfassung des Organs des Rettungszweckverbandes – der Verbandsversammlung - zur Feststellung der Jahresrechnung 2010 sollen 206.847,87 EURO planmäßig aus Gewinnen der Vorjahre ausgeglichen werden und 10.067,38 EURO auf neue Rechnung vorgetragen werden. Gemäß Haushaltsatzung mit Wirtschaftsplan für das Jahr 2010 war ein Anteil Jahresverlust in Höhe von 206.847,87 EURO bereits in der Kostenträgersparte „Brandschutz und sonstige Dienstleistungen für die Landkreise“ zu planen.

Der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2010 wurde mit Erstellung der vorläufigen Jahresrechnung am 16.03.2010 gefasst und am 16.06.2011 dem Ergebnis der IST – Kostenabrechnungen der Sparte Rettungsdienst angepasst.

Grimma, 16.03.2011



Schneider
Geschäftsführerin

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen

Beteiligungsübersicht

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen

Am Westufer 3
04463 Großpösna/OT Störmthal

Tel. 034299/7050
Fax 034299/705 22
Email info@zaw-wachau.de
Internet

Gründungsdatum 14.05.1994

Verbandsmitglieder

Name	Stimmenanteil (%)	Stimmen
Landkreis Leipzig	40,00 %	6
Stadt Leipzig	60,00 %	9

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen ist Träger der abfallwirtschaftlichen Belange und Betreiber der Abfallentsorgungsanlagen im Verbandsgebiet. Die Aufgaben des Zweckverbandes sind die Erstellung und Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Erstellung der Abfallbilanzen und die Planung, Errichtung und Betreibung der Abfallentsorgungsanlagen im Verbandsgebiet des ZAW.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	0,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an den Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	
Verlustabdeckung	0,00
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00



Beteiligungsbericht 2010

des

Zweckverbandes Abfallwirtschaft
Westsachsen



Stand: 21.12.2011

Zweckverband Abfallwirtschaft
Westsachsen
Am Westufer 3
Großpösna / OT Störmthal
Tel./Fax: 034299 / 705-0, -22
Email: info@zaw-sachsen.de
Homepage: www.zaw-sachsen.de

Vorwort

Auf der Grundlage von § 99 Sächsische Gemeindeordnung hat der ZAW der Verbandsversammlung einen Bericht über seine wirtschaftliche Beteiligung, insbesondere über die Entwicklung seiner Gesellschaft vorzulegen und diesen zu veröffentlichen. Der Beteiligungsbericht soll einen detaillierten Einblick in die wirtschaftlichen Daten der Gesellschaft gewähren und damit einen Beitrag zur Transparenz sowie zur Verbesserung von Steuerung und Kontrolle leisten.

Der Beteiligungsbericht wendet sich in erste Linie an die maßgeblichen Entscheidungsträger, für die er ein wichtiges Arbeitsinstrument im Rahmen der Beschlussfassung darstellt. Darüber hinaus soll er interessierten Einwohnern des Verbandsgebietes als Nachschlagewerk dienen.

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) ist mehrheitlich am privatwirtschaftlichen Unternehmen Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV) beteiligt. Der ZAW ist gemäß Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (SächsABG) öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger und für bestimmte Aufgaben auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft per Gesetz zuständig.

Einen Teil dieser Aufgaben hat er vertraglich auf die WEV übertragen, hauptsächlich die Planung, Errichtung und Betreibung der Entsorgungsanlagen. Mit der Beauftragung einer privaten Gesellschaft ist der ZAW jedoch keinesfalls von der Pflicht und seiner Verantwortung für eine dauerhafte Erfüllung seiner Aufgaben entbunden. Die Verbandsversammlung soll sich anhand des Beteiligungsberichtes einen Überblick über die ordnungsgemäße und rechtskonforme Erfüllung der an die WEV übertragenen Aufgaben verschaffen.

Die WEV wirkt schwerpunktmäßig an der Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzeptes des ZAW in die Praxis mit. Die Tätigkeit der WEV wird insbesondere von den geltenden abfallrechtlichen Rahmenbedingungen beeinflusst.

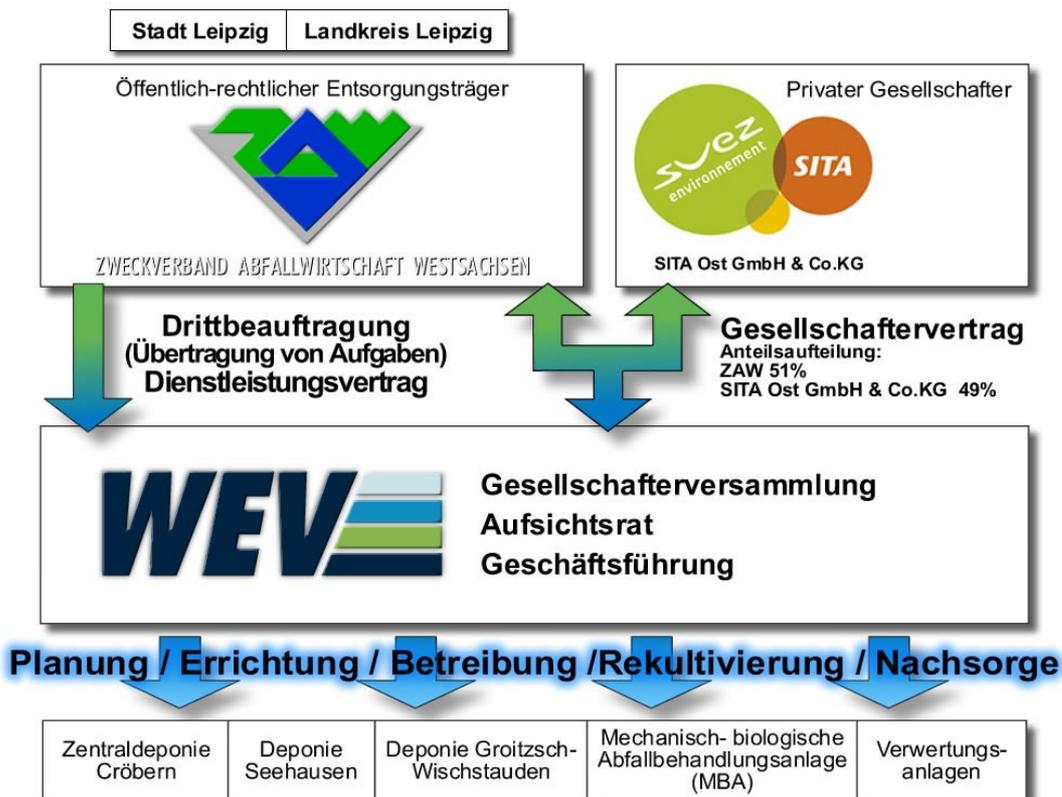
Grundlage des vorliegenden Beteiligungsberichtes 2010 bildet der geprüfte Jahresabschluss der WEV einschließlich des Lageberichts der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2010.



Burkhard Jung
Verbandsvorsitzender des
Zweckverbandes Abfallwirtschaft
Westsachsen

	Seite
1. Beteiligung des ZAW im Überblick / Externe Struktur	4
2. Einzeldarstellung der WEV mbH	4
2.1 Allgemeine Angaben zur WEV	4
2.2 Organe der Gesellschaft	5
2.2.1 Gesellschafterversammlung	5
2.2.2 Aufsichtsrat	5
2.2.3 Geschäftsführung	6
2.3 Kurzvorstellung der WEV / Historie	6
2.4 Finanzbeziehungen zwischen ZAW und WEV	6
2.4.1 Bürgschaften / Kredite	6
2.4.2 Erbbaurechtsverträge	6
2.4.3 Dienstleistungsvertrag / Entgeltvereinbarung	6
2.5 Wichtige Daten und Kennzahlen der WEV	7
Tabelle 1: Bilanz WEV per 31.12.2010 in T€	7
Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung WEV per 31.12.2010 in T€	7
Tabelle 3: Bilanz- und Leistungskennzahlen WEV per Bilanzstichtag 2010/2009	8
2.6 Lagebericht gemäß § 99 Abs. 2 Nr. 3 SächsGemO	9
2.6.1 Allgemeine Geschäftsentwicklung	9
2.6.2 Zentraldeponie Cröbern (ZDC)	9
2.6.3 Mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA)	9
2.6.4 Altdeponie Seehausen (DSH)	9
2.6.5 Altdeponie Groitzsch-Wischstauden	9
2.6.6 Investitionstätigkeit	9
2.6.7 Finanz- und Vermögenslage	9
2.6.8 Qualitätsmanagement	10
2.6.9 Wirtschaftliche und technische Risiken	10
2.6.10 Prognose	10
3. Abkürzungsverzeichnis	11
4. Erläuterung der Fachbegriffe und Kennzahlen	11
5. Formelverzeichnis für die angegebenen Kennzahlen	12

1. Beteiligung des ZAW im Überblick / Externe Struktur



Die obige Darstellung zeigt die strukturelle Verflechtung zwischen ZAW und WEV. Der ZAW besteht aus den Verbandsmitgliedern Stadt und Landkreis Leipzig. Das Territorium des ZAW erstreckt sich auf 1940 km² mit rund 785.000 Einwohnern.

2. Einzeldarstellung der Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV)

2.1 Allgemeine Angaben zur WEV

Adresse: Am Westufer 3
Großpösna / OT Störmthal

E-Mail: info@wev-sachsen.de
Homepage: www.wev-sachsen.de

Gründungsjahr: 1991

Unternehmensgegenstand / -zweck Planung, Bau und Betrieb von Verwertungs- und Beseitigungsanlagen, vorrangig in der Region Westsachsen im Verbandsgebiet des ZAW einschließlich der Erfüllung aller sonstigen Aufgaben im Bereich Abfallwirtschaft, sofern sie dem genannten Unternehmensgegenstand dienen. Sie betreibt die Entsorgungsanlagen des ZAW in dessen Auftrag und realisiert die entsprechenden Maßnahmen des Abfallwirtschaftskonzeptes.

Rechtsform: GmbH
Stammkapital: EUR 1.000.000,00

Verteilung der Geschäftsanteile:
EUR 510.000,00 = 51 % ZAW
EUR 490.000,00 = 49 % SITA Ost GmbH & Co. KG

2.2 Organe der Gesellschaft

2.2.1 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus dem Verbandsvorsitzenden des ZAW und der Geschäftsführung der SITA Ost GmbH & Co. KG.

Gesellschafterversammlung 2010:

Oberbürgermeister Burkhard Jung – Verbandsvorsitzender des ZAW
Geschäftsführerin Beate Ibiß

Wichtige Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden dem Aufsichtsrat zur Bestätigung vorgelegt.

2.2.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat wurde freiwillig eingerichtet, da dieses Organ erst bei einer Aktiengesellschaft gesetzlich vorgeschrieben ist. Der Aufsichtsrat kontrolliert die Arbeit der Geschäftsführung und gibt wesentliche Schritte der Strategie vor.

Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2010:

Name	ausgeübte Tätigkeit
Herr Dr. Gey, Gerhard Vorsitzender	Landrat Landkreis Leipzig
Herr Groß, Oliver 1. stellv. Vorsitzender	Geschäftsführer SITA Deutschland GmbH
Herr Rosenthal, Heiko 2. stellv. Vorsitzender	Beigeordneter / Bürgermeister Stadt Leipzig, Dez. III
Herr Albrecht André ab 18.03.2010	Geschäftsleiter ZAW
Frau Ibiß, Beate	Geschäftsführerin SITA Ost GmbH & Co. KG
Herr Trinks, Rüdiger	Geschäftsführer SITA Entsorgung Erzgebirge GmbH
Herr Scheer, Wilhelm-Friedrich Arbeitnehmersvertreter	Betriebsrat / Technischer Angestellter WEV
Herr Engelmann, Reiner	Verbandsrat ZAW Lehrer
Herr Georgi, Peter	Verbandsrat ZAW Kreisrat
Herr Niethammer, Hans-Eckert	Leiter Rechtsabteilung SITA Deutschland GmbH Köln
Abschlussprüfer:	SUSAT & PARTNER OHG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Niederlassung Leipzig Messehaus am Markt 16 04109 Leipzig

2.2.3 Geschäftsführung

Die Geschäftsführung der WEV im Wirtschaftsjahr 2010:
Herr Dipl.-Ing. Bernd Beyer

2.3 Kurzvorstellung der WEV / Historie

Im Juni 1991 wurde durch die Landkreise Borna, Grimma, Geithain und Leipzig unter Beteiligung der Deponie-Wirtschaft-Umweltschutztechnik (DWU) GmbH die Zentraldeponie Cröbern Betriebsgesellschaft mbH (ZDC Betriebs GmbH) gegründet. Die DWU hielt 66 2/3 %, die Landkreise teilten sich 33 1/3 % Geschäftsanteile. Der Gesellschaftszweck bestand im Bau und Betrieb der ZDC. Die Stadt Leipzig trat der Gesellschaft 1993 unter der Bedingung bei, dass die kommunalen Gesellschafter 66 2/3 % der Geschäftsanteile übernehmen.

Nach Ausscheiden der DWU 1995 hält der ZAW 100 % der Geschäftsanteile. 1998 wird die ZDC Betriebs GmbH zur Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV) umfirmiert. Die WEV übernimmt noch die Betreuung und alle damit verbundenen Tätigkeiten für die Deponien Seehausen (DSH) und Groitzsch-Wischstauden (DGW). Der Gesellschaftszweck wird auf Planung, Bau und Betrieb von Entsorgungsanlagen im westsächsischen Raum, insbesondere im Gebiet des ZAW, und auf alle mit dieser Tätigkeit verbundenen notwendigen Aufgaben ausgedehnt. Seit Oktober 2006 betreibt die WEV auch die mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA) Cröbern

Der ZAW verkauft im Juli 2001 49 % der Geschäftsanteile der WEV nach einem europaweiten Ausschreibungsverfahren an die SITA Ost GmbH & Co. KG. Anlage 5 zum Geschäftsanteilskauf- und -abtretungsvertrag ist der Dienstleistungsvertrag zur Betreuung der Entsorgungsanlagen des ZAW. Anlage 1 zum Dienstleistungsvertrag ist die Entgeltvereinbarung. Ansonsten bestehen zwischen ZAW und WEV Erbbaurechtsverträge zu den drei Deponiegrundstücken, deren Eigentum der ZAW innehat.

Im Wirtschaftsjahr 2010 beschäftigt die WEV durchschnittlich 108 Mitarbeiter.

2.4 Übersicht über die Finanzbeziehungen des ZAW zur WEV

2.4.1 Bürgschaften / Kredite

Der ZAW hat zur Besicherung von Verbindlichkeiten der WEV Ausfallbürgschaften und Schuldbetritte übernommen. Außerdem hat der ZAW Kredite für die MBA Cröbern in einer Gesamthöhe von 52,5 Mio. € über Forfaitierung mit Einredeverzichtserklärung abgesichert.

2.4.2 Erbbaurechtsverträge

WEV entrichtet 2010 an den ZAW Erbbauzinsen in Höhe von 127 T€.

2.4.3 Dienstleistungsvertrag / Entgeltvereinbarung

Gemäß § 1 Dienstleistungsvertrag betreibt bzw. unterhält die WEV im Auftrag des ZAW die MBA und Zentraldeponie Cröbern sowie die Deponien Seehausen und Groitzsch-Wischstauden nach Maßgabe der behördlichen Zulassungen und der einschlägigen abfall- und umweltrechtlichen Vorschriften. Abfälle, die dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger ZAW überlassen werden, sind der WEV zur Behandlung, Verwertung und Ablagerung als beauftragter Dritter im Sinne von § 16 (1) KrW-/ AbfG zu übergeben.

Gemäß § 10 Dienstleistungsvertrag erhält die WEV vom ZAW für die Entsorgung der Abfälle und alle dafür erforderlichen Leistungen ein Entgelt entsprechend Entgeltvereinbarung.

2.5 Wichtige Daten und Kennzahlen der WEV

Die Entwicklung des Unternehmens lassen die folgenden Zahlen erkennen:

Tabelle 1: Bilanz WEV per 31.12.2010 in T€

AKTIVA	2010	2009	Veränderung
Anlagevermögen	113.639	120.521	-6.882
Immaterielles Vermögen	61	69	-8
Sachanlagen	113.578	120.452	-6874
Umlaufvermögen	22.753	25.285	-2.532
Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.205	5.706	-501
Wertpapiere / liquide Mittel	17.548	19.579	-2.031
Aktive RAP	65	81	-16
Bilanzsumme	136.457	145.887	-9.430

PASSIVA	2010	2009	Veränderung
Eigenkapital	20.003	7.365	12.638
Gezeichnetes Kapital	1.000	1.000	0
Rücklagen	3.798	3.798	0
Bilanzgewinn / -verlust	15.097	2.567	12.530
Sonderposten m. RL-anteil	0	2.684	-2.684
Rückstellungen	41.286	53.883	-12.597
Verbindlichkeiten	40.011	45.223	-5.212
Passive RAP	32.855	36.732	-3.877
Passive latente Steuern	2.302	0	2.302
Bilanzsumme	136.457	145.887	-9.430

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung WEV per 31.12.2010 in T€

	2010	2009	Veränderung
Umsatz	28.140	38.404	-10.264
Sonstige betriebliche Erträge	6.207	2.887	3.320
Gesamtleistung	34.347	41.291	-6.944
Materialaufwand	-10.626	- 10.526	-100
Personalaufwand	-4.896	- 4.998	102
Abschreibungen	-11.101	- 15.411	4.310
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.091	- 8.913	-178
Betriebliches Ergebnis	-1.367	1.443	-2.810
Steuern	-273	- 624	351
Jahresergebnis	-1.640	819	-2.459
Vortrag aus Vorjahr	1.748	1.748	0
Bilanzgewinn/-verlust	108	2.567	-2.459

Tabelle 3: Bilanz- und Leistungskennzahlen WEV per Bilanzstichtag 2010/2009

	2010	2009	Veränderung	Maßeinheit
Vermögensstruktur				
Anlagenintensität	83,3	82,6	0,7	%
Anderung des Anlagenvermögens	94,3	95,2	-0,9	%
Kapitalstruktur				
Eigenkapitalquote	14,7	5,0	9,7	%
wirtschaftliche Eigenkapitalquote	14,7	6,3	8,4	%
Fremdkapitalquote	85,3	93,1	-7,8	%
Rückstellungsquote	30,1	36,6	-6,5	%
Materialaufwandsquote	34,1	26,6	7,5	%
Liquiditätskennzahlen				
Liquidität 1. Grades	119,1	168,5	-49,4	%
Liquidität 2. Grades	154,2	216,9	-62,7	%
Anlagendeckungsgrad II	103,6	108,2	-4,6	%
working capital	3.946,0	9.703,0	-5.757,0	T€
Kennzahl der Personalwirtschaft				
Personalaufwandsquote	16,5	12,7	3,8	%
Rentabilität				
Eigenkapitalrendite	-8,2	11,1	-19,3	%
Gesamtkapitalrentabilität	1,1	3,1	-2,0	%
Geschäftserfolg				
Umsatzrentabilität	-5,8	2,1	-7,9	%
Pro-Kopf-Umsatz	260,6	336,9	-76,3	T€

2.6 Lagebericht gemäß § 99 Abs. 2 Nr. 3 SächsGemO

2.6.1 Allgemeine Geschäftsentwicklung

Die Entwicklung des Unternehmens ist von den gesetzlichen und den weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig.

Das wirtschaftliche Ergebnis der WEV wird maßgeblich von den Erträgen der Sparten MBA und Deponiebetrieb bestimmt. Im Geschäftsjahr 2010 erfolgten die weitere Optimierung des Anlagenbetriebs und die Umsetzung der Regelungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG).

Im Geschäftsjahr 2010 hat die WEV einen Umsatz von 28.140 T€ (Vorjahr 38.404 T€) realisiert und 554Tt (Vorjahr 833Tt) Abfälle auf ihren Anlagen entsorgt. Insgesamt wurden 398Tt (Vorjahr 659Tt) Abfall auf der Zentraldeponie Cröbern abgelagert und 156Tt (Vorjahr 174Tt) Hausmüll und Gewerbeabfall in der MBA Cröbern behandelt.

In der Sparte Direktablagerung wurde ein Umsatz von 9.465 T€ (Vorjahr 17.563 T€), in der Sparte MBA ein Umsatz von 18.571 T€ (Vorjahr 20.750T€) erzielt.

2.6.2 Zentraldeponie Cröbern (ZDC)

Seit Beginn des regulären Abfalleinbaubetriebes im Januar 1996 wurden kumulativ 8,2 Mio. t (Vorjahr: 7,8 Mio. t) Abfall abgelagert. Das entspricht 52,3 % der genehmigten Gesamtkapazität der Deponie von 15,6 Mio. t. Starkniederschläge im Herbst führten zu erhöhten Aufwendungen für die Sickerwasserentsorgung.

2.6.3 Mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA)

Die MBA Cröbern wurde 2010 zu 52 % (58,2 %) ausgelastet und aus wirtschaftlichen Gründen nur noch einschichtig gefahren. Durch Veränderung des Betriebsregimes und weitere Sparmaßnahmen wurde eine Kostensenkung erreicht. Zur Holzausschleusung für eine kostengünstigere Entsorgung wurde ein genehmigter Shredder eingesetzt. Zur Erhaltung des Korrosionsschutzes wurde die Stahlkonstruktion der Intensivrottehalle saniert. 2010 fielen 53,7Tt (Vorjahr 80,1Tt) Rottegut zur Deponierung an.

2.6.4 Deponie Seehausen (DSH)

Der Lysimeterversuch für das alternative Oberflächenabdichtungssystem wurde abgeschlossen. Die Nachnutzungskonzeption der Deponie und deren schrittweise Umsetzung wurden in Zusammenarbeit mit dem Grundstückseigentümer ZAW und der Golfpark Leipzig GmbH vorbereitet.

2.6.5 Deponie Groitzsch-Wischstauden (DGW)

Der Feldversuch zur Wirksamkeit der alternativen Oberflächenabdichtung hinsichtlich der Einhaltung der vorgegebenen Durchsickerungsrate in einem Probefeld läuft noch. Das Deponiegas wird in einer Hochtemperaturfackel verbrannt. Das gesamte Monitoring der Nachsorge verlief im Berichtsjahr 2010 ohne Vorkommnisse.

2.6.6 Investitionstätigkeit

Im Wirtschaftsjahr 2010 wurden Investitionen in Höhe von 800 T€ (Vorjahr 9.321T€) getätigt, Schwerpunkte waren ein Polysort, ein Radlader und eine Photovoltaikanlage.

2.6.7 Finanz- und Vermögenslage

Der Bestand an finanziellen Mitteln hat sich im Geschäftsjahr 2010 auf 17,5 Mio. € (Vorjahr 19,6 Mio. €) verringert. Die vorhandenen Finanzmittel wurden zur planmäßigen Tilgung von Altkrediten (4,8 Mio. €; Vorjahr: 5,4 Mio. €) und zur Finanzierung der Investitionen verwen-

det. Entsprechend der abgeschlossenen Kreditverträge durch Forfaitierung wurden 3,9 Mio. € (Vorjahr 3,7 Mio. €) des passiven Rechnungsabgrenzungspostens getilgt.

An die Anteilseigner wurden 2010 gemäß Gesellschafterbeschluss 0,8 Mio. € ausgeschüttet. Zum Stichtag 31.12.2010 betragen die Rückstellungen für die ZDC 20,3 Mio. € (Vorjahr 31,0 Mio. €) die DSH 10,6 Mio. € (Vorjahr 12,9 Mio. €) und die DGW im Neuteil 3,6 Mio. € (Vorjahr 3,9 Mio. €) und im Altteil 1,2 Mio. € (Vorjahr 1,4 Mio. €). Für die ZDC wird ein Gesamtaufwand von 114 Mio. € (Vorjahr 64 Mio. €) ausgewiesen.

2.6.8. Qualitätsmanagement

Die WEV wurde auch 2010 als Entsorgungsfachbetrieb und nach DIN EN ISO 9001:2008 zertifiziert.

2.6.9 Wirtschaftliche und technische Risiken

Um eventuelle Risiken sofort zu erkennen und abzuwehren, betreibt die WEV ein Risikofrüherkennungssystem.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die wirtschaftliche Situation der WEV infolge sinkender Preise für den Input beider Entsorgungsanlagen weiterhin verschlechtert. Die Geschäftsführung erwartet eine Fortsetzung dieses Trends in den Folgejahren

Vertragsrisiken bestehen weiterhin durch die die Vertragsbindung an die KWD GmbH. Derzeitig ist eine Schadenersatzforderung wegen einer Mengenverpflichtung anhängig. Zinsrisiken sind von der Entwicklung der Anlagezinssätze abhängig. Die notwendige Ansparung von liquiden Mitteln für die Rekultivierung und Nachsorge der ZDC wird als Risiko angesehen, wenn die erzielten Renditen unterhalb der für die Aufzinsung zu verwendenden fristenkongruenten Zinssätze der Abzinsungsverordnung liegen. WEV begegnet diesen Risiken durch die Anwendung von Langfristplanungsmodellen und Sensitivitätsanalysen.

Bestehenden Produkt- und Umweltschutzrisiken begegnet die WEV mit hohen Sicherheitsstandards und Maßnahmen zur Qualitätssicherung. Um Folgen von Haftungsrisiken und Schadensfällen zu begrenzen, wurden Versicherungen abgeschlossen. Gegenüber der externen Bewertung dieser Risiken in den Vorjahren gibt es keine Veränderungen. Das betrifft auch die technischen Risiken der Deponien. Ein Risiko wird in der ökonomischen Auslastung der Restkapazität der ZDC gesehen.

2.6.10 Prognose

Der bereits bestehende Preisdruck auf Entsorgungsunternehmen wird noch zunehmen. Das Abfallaufkommen wird sich durch unterschiedliche Einflüsse weiterhin vermindern, so dass sich die Marktbedingungen noch mehr verschärfen. Sperrmüll und Restabfälle des ZAW bleiben gering rückläufig.

Für 2011 und 2012 wird ein geringerer Jahresfehlbetrag prognostiziert.

3. Abkürzungsverzeichnis

ZAW	-	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
WEV	-	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
KrW-/AbfG	-	Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
SächsABG	-	Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
BilMoG	-	Bilanzmodernisierungsgesetz
DWU	-	Deponie-Wirtschaft-Umweltschutztechnik GmbH
ZDC	-	Zentraldeponie Cröbern
DSH	-	Deponie Seehausen
DGW	-	Deponie Groitzsch-Wischstauden
MBA	-	mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage

4. Erläuterung der Fachbegriffe und Kennzahlen

Öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger =

nach Landesrecht zur Entsorgung von Abfälle verpflichtete juristische Person
Gemäß § 3 (1) Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz sind das die Landkreise und kreisfreien Städte sowie die Abfallverbände im Rahmen ihrer Aufgaben.

Input (-ströme) = hier: Abfälle, die einer Anlage zur Entsorgung zugeführt werden

Output (-ströme) =

Fraktionen, die nach einem Behandlungsprozess in der Anlage abgetrennt und in dieser Anlage oder einer anderen extern weiterbehandelt werden

Hier in der MBA nach den Behandlungsschritten:

- Mechanische Behandlung (heizwertreiche Fraktionen, Metalle, Störstoffe u.ä.)
- Biologische Behandlung (Rottegut, Deponat)

Umsatz = Erlös, wertmäßige Erfassung des Absatzes einer Unternehmung

Verbindlichkeiten =

Summe der noch offenen finanziellen Verpflichtungen eines Unternehmens gegenüber seinen Lieferanten und Gläubigern. Das Gegenstück sind die Forderungen.

Eigenkapital = ein Teil der Passivseite der Bilanz im Rechnungswesen.

Cashflow =

Wichtige Kennziffer zur Bewertung eines Unternehmens, Höhe des Überschusses nach Abzug der Kosten; Indikator für die wirtschaftliche Stabilität

Jahresergebnis = während eines Geschäftsjahres erwirtschafteter Überschuss oder Fehlbetrag

Forfaitierung =

Eine PPP-Gesellschaft (hier: WEV) kann ihre Forderungen gegenüber der Kommune (hier: ZAW) an die Bank verkaufen. Der Kredit kann dann der PPP-Gesellschaft zu günstigen Kommunalkreditkonditionen zur Verfügung gestellt werden. Die Finanzierungskosten werden von der Kommune gegenüber der Bank einreddefrei (Einredeverzichtserklärung) gestellt.

Verität =

bezeichnet den rechtlichen Bestand einer Forderung, beinhaltet jedoch nicht die Zahlungsfähigkeit (Bonität) des Schuldners

5. Formelverzeichnis für die angegebenen Kennzahlen

Anlagenintensität	=	$\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen}}$	x 100 %
Änderung des Anlagevermögens	=	$\frac{\text{Anlagevermögens des Geschäftsjahres}}{\text{Anlagevermögen des Vorjahres}}$	x 100 %
Eigenkapitalquote	=	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}}$	x 100 %
Fremdkapitalquote	=	$\frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Gesamtkapital}}$	x 100 %
Materialaufwandsquote	=	$\frac{\text{Materialaufwand}}{\text{Umsatz}}$	x 100 %
Verschuldungsgrad	=	$\frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Eigenkapital}}$	x 100 %
Liquidität 1. Grades	=	$\frac{\text{liquide Mittel}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}}$	x 100 %
Liquidität 2. Grades	=	$\frac{\text{liquide Mittel} + \text{kurzfristige Forderungen} + \text{Vorräte}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}}$	x 100 %
Anlagendeckungsgrad II	=	$\frac{\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital}}{\text{Anlagevermögen}}$	x 100 %
Working capital	=	Umlaufvermögen – kurzfristige Verbindlichkeiten	
Personalaufwandsquote	=	$\frac{\text{Personalaufwand}}{\text{Umsatz}}$	x 100 %
Eigenkapitalrendite	=	$\frac{\text{Gewinn/Verlust}}{\text{Eigenkapital}}$	x 100 %
Gesamtkapitalrentabilität	=	$\frac{\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Gesamtkapital}}$	x 100 %
Umsatzrentabilität	=	$\frac{\text{Gewinn} + \text{Zinsen für Fremdkapital}}{\text{Umsatz}}$	x 100 %
Pro-Kopf-Umsatz	=	$\frac{\text{Umsatzerlöse}}{\text{Mitarbeiteranzahl}}$	



Beteiligungsbericht 2011

des

Zweckverbandes Abfallwirtschaft
Westsachsen



Stand: Juli 2012

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
Am Westufer 3
04463 Großpösna / OT Störmthal
Tel./Fax: 034299 / 705-0, -22
Email: info@zaw-sachsen.de
Homepage: www.zaw-sachsen.de

Vorwort

Auf der Grundlage von § 99 Sächsische Gemeindeordnung hat der ZAW der Verbandsversammlung einen Bericht über seine wirtschaftliche Beteiligung, insbesondere über die Entwicklung seiner Gesellschaft vorzulegen und diesen zu veröffentlichen. Der Beteiligungsbericht soll einen detaillierten Einblick in die wirtschaftlichen Daten der Gesellschaft gewähren und damit einen Beitrag zur Transparenz sowie zur Verbesserung von Steuerung und Kontrolle leisten.

Der Beteiligungsbericht wendet sich in erste Linie an die maßgeblichen Entscheidungsträger, für die er ein wichtiges Arbeitsinstrument im Rahmen der Beschlussfassung darstellt. Darüber hinaus soll er interessierten Einwohnern des Verbandsgebietes als Nachschlagewerk dienen.

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) ist mehrheitlich an dem privatwirtschaftlichen Unternehmen Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV) beteiligt. Der ZAW ist gemäß dem Sächsischen Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (Sächs-ABG) öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger und für bestimmte Aufgaben auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft per Gesetz zuständig.

Einen Teil dieser Aufgaben hat er vertraglich auf die WEV übertragen, hauptsächlich die Planung, Errichtung und Betreibung der Entsorgungsanlagen. Mit der Beauftragung einer privaten Gesellschaft ist der ZAW jedoch keinesfalls von der Pflicht und seiner Verantwortung für eine dauerhafte Erfüllung seiner Aufgaben entbunden. Die Verbandsversammlung soll sich anhand des Beteiligungsberichtes einen Überblick über die ordnungsgemäße und rechtskonforme Erfüllung der an die WEV übertragenen Aufgaben verschaffen.

Die WEV wirkt schwerpunktmäßig an der Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzeptes des ZAW in die Praxis mit. Die Tätigkeit der WEV wird insbesondere von den geltenden abfallrechtlichen Rahmenbedingungen beeinflusst.

Grundlage des vorliegenden Beteiligungsberichtes 2011 bildet der geprüfte Jahresabschluss der WEV einschließlich des Lageberichts der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2011.

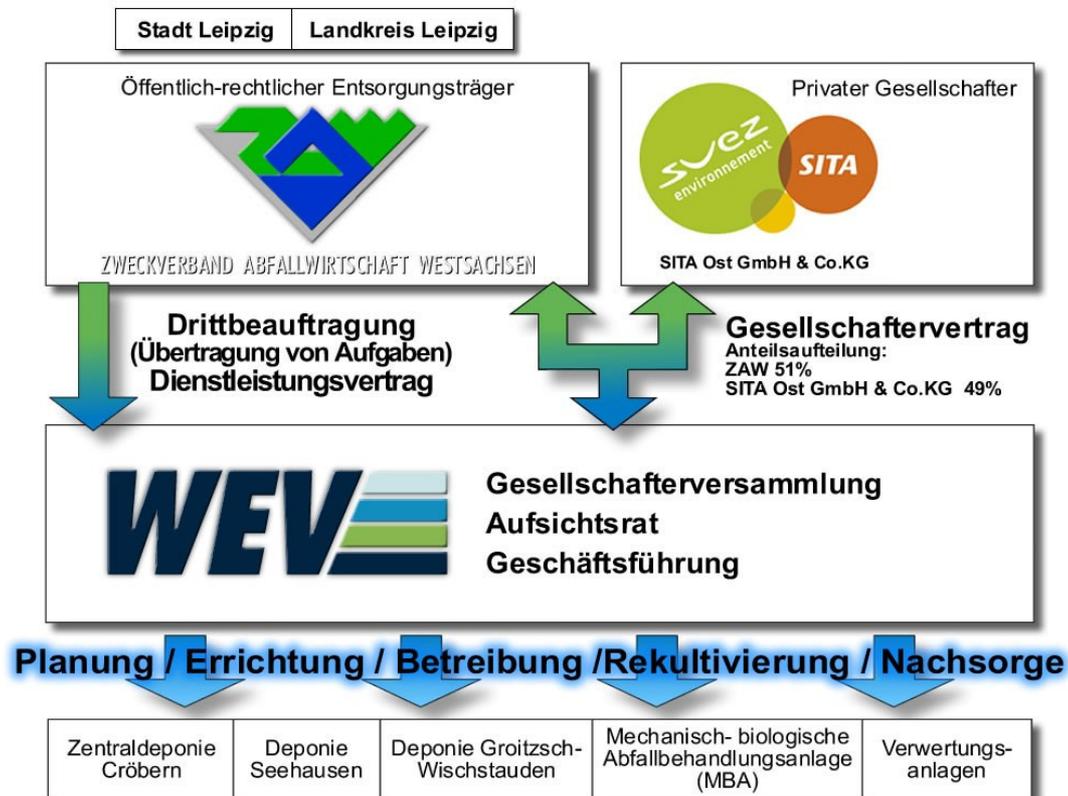


Burkhard Jung
Verbandsvorsitzender des
Zweckverbandes Abfallwirtschaft
Westsachsen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	135
Inhaltsverzeichnis	136
1. Beteiligung des ZAW im Überblick / Externe Struktur	137
2. Einzeldarstellung der Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV)	137
2.1 Allgemeine Angaben zur WEV	137
2.2 Organe der Gesellschaft	138
2.2.1 Gesellschafterversammlung	138
2.2.2 Aufsichtsrat	138
2.2.3 Geschäftsführung	139
2.3 Kurzvorstellung der WEV / Historie	139
2.4 Übersicht über die Finanzbeziehungen des ZAW zur WEV	139
2.4.1 Bürgschaften / Kredite	139
2.4.2 Erbbaurechtsverträge	140
2.4.3 Dienstleistungsvertrag / Entgeltvereinbarung	140
2.5 Wichtige Daten und Kennzahlen der WEV	140
2.5.1 Bilanzdaten (T€)	140
2.5.2 GuV Daten (T€)	141
2.5.3 Bilanz- und Leistungskennzahlen	141
2.6 Lagebericht gemäß § 99 Abs. 2 Nr. 3 SächsGemO	142
2.6.1 Allgemeine Geschäftsentwicklung	142
2.6.2 Qualitätsmanagement	142
2.6.3 Entwicklung der Unternehmensbereiche	142
2.6.4 Investitionstätigkeit	143
2.6.5 Finanz- und Vermögenslage	143
2.6.6 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge	143
2.6.7 Wirtschaftliche und technische Risiken	144
2.6.8 Ausblick	144
Erläuterung der Bilanz- und Leistungskennzahlen	145
Tabellenverzeichnis	146
Abkürzungsverzeichnis	146

1. Beteiligung des ZAW im Überblick / Externe Struktur



Die vorangestellte Abbildung zeigt die strukturelle Verflechtung zwischen ZAW und WEV. Der ZAW besteht aus den Verbandsmitgliedern Stadt und Landkreis Leipzig. Das Territorium des ZAW erstreckt sich auf 1.944 km² mit rund 792.000 Einwohnern.

2. Einzeldarstellung der Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV)

2.1 Allgemeine Angaben zur WEV

Adresse: Am Westufer 3
04463 Großpösna / OT Störmthal

E-Mail: info@wev-sachsen.de
Homepage: www.wev-sachsen.de

Gründungsjahr: 1991

Unternehmensgegenstand / -zweck:

Gegenstand des Unternehmens sind die Planung, der Bau und der Betrieb von Verwertungs- und Beseitigungsanlagen, vorrangig in der Region Westsachsen im Verbandsgebiet des ZAW. Hierzu gehört auch die Erfüllung aller sonstigen Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft, sofern sie der Erfüllung des Unternehmensgegenstandes dienen.

Rechtsform: GmbH

Stammkapital und Gesellschafter:

Das Stammkapital beträgt € 1.000.000,00.

Die Geschäftsanteile verteilen sich wie folgt:

	€	%
Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	510.000,00 €	51,0
SITA Ost GmbH & Co. KG	490.000,00 €	49,0

2.2 Organe der Gesellschaft

2.2.1 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus dem Verbandsvorsitzenden des ZAW und der Geschäftsführung der SITA Ost GmbH & Co. KG.

Gesellschafterversammlung 2011:

Oberbürgermeister Burkhard Jung – Verbandsvorsitzender des ZAW
Geschäftsführerin Beate Ibiß

Gemäß Geschäftsordnung des Aufsichtsrates und Gesellschaftervertrag der WEV beschließen die Gremien entsprechend ihrer festgelegten Zuständigkeiten.

2.2.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat wurde freiwillig eingerichtet, da dieses Organ erst bei einer Aktiengesellschaft gesetzlich vorgeschrieben ist. Der Aufsichtsrat kontrolliert die Arbeit der Geschäftsführung und gibt wesentliche Schritte der Strategie vor.

Name	ausgeübte Tätigkeit
Herr Dr. Gey, Gerhard Vorsitzender	Landrat Landkreis Leipzig
Herr Groß, Oliver 1. stellv. Vorsitzender	Geschäftsführer SITA Deutschland GmbH
Herr Rosenthal, Heiko 2. stellv. Vorsitzender	Beigeordneter / Bürgermeister Stadt Leipzig, Dez. III Umwelt, Ordnung, Sport
Herr Albrecht, André	Geschäftsleiter ZAW
Frau Ibiß, Beate	Geschäftsführerin SITA Ost GmbH & Co. KG
Herr Trinks, Rüdiger	Geschäftsführer SITA Entsorgung Erzgebirge GmbH
Herr Scheer, Wilhelm-Friedrich Arbeitsnehmervertreter	Technischer Angestellter WEV Betriebsrat
Herr Engelmann, Reiner	Lehrer Verbandsrat ZAW
Herr Georgi, Peter	Kreisrat Verbandsrat ZAW
Herr Niethammer, Hans-Eckert	Leiter Rechtsabteilung SITA Deutschland GmbH

Tabelle 1: Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2011

Abschlussprüfer: RBS RoeverBroennerSusat GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Niederlassung Leipzig
Messehaus am Markt
Petersstraße 1 - 13
04109 Leipzig

2.2.3 Geschäftsführung

Geschäftsführer der WEV ist Herr Dipl.-Ing. Bernd Beyer.

2.3 Kurzvorstellung der WEV / Historie

Im Juni 1991 wurde durch die Landkreise Borna, Grimma, Geithain und Leipzig unter Beteiligung der Deponie-Wirtschaft-Umweltschutztechnik (DWU) GmbH die Zentraldeponie Cröbern Betriebsgesellschaft mbH (ZDC Betriebs GmbH) gegründet. Die DWU hielt 66 2/3 %, die Landkreise teilten sich 33 1/3 % Geschäftsanteile. Der Gesellschaftszweck bestand im Bau und Betrieb der ZDC. Die Stadt Leipzig trat der Gesellschaft 1993 unter der Bedingung bei, dass die kommunalen Gesellschafter 66 2/3 % der Geschäftsanteile übernehmen.

Nach dem Ausscheiden der DWU 1995 hält der ZAW 100 % der Geschäftsanteile. 1998 wird die ZDC Betriebs GmbH zur Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV) umfirmiert. Die WEV übernimmt auch die Betreuung und alle damit verbundenen Tätigkeiten für die Deponien Seehausen (DSH) und Grotzsch-Wischstauden (DGW). Der Gesellschaftszweck wird auf Planung, Bau und Betrieb von Entsorgungsanlagen im westsächsischen Raum, insbesondere im Gebiet des ZAW, und auf alle mit dieser Tätigkeit verbundenen notwendigen Aufgaben ausgedehnt. Seit Oktober 2006 betreibt die WEV die mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA) Cröbern.

Nach einem europaweiten Ausschreibungsverfahren verkauft der ZAW im Juli 2001 49% der Geschäftsanteile der WEV an die SITA Ost GmbH & Co. KG.

Die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer des Geschäftsjahres 2011 beträgt 103 (im Vorjahr: 108).

Davon sind 35 Angestellte (im Vorjahr: 38) und 68 Arbeiter (im Vorjahr: 70).

2.4 Übersicht über die Finanzbeziehungen des ZAW zur WEV

2.4.1 Bürgschaften / Kredite

Übersicht zum 31.12.	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Bestand in T€ (alle Kreditinstitute)	37.017	32.744	28.580	25.477	22.727	19.977

Tabelle 2: Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten

Der ZAW hat zur Besicherung von Verbindlichkeiten der WEV Ausfallbürgschaften und Schuldbetritte übernommen, die sich wie in der oben dargestellten Tabelle entwickeln. Außerdem hat der ZAW Kredite für die MBA Cröbern in einer Gesamthöhe von 52,5 Mio. € über Forfaitierung mit Einredeverzichtserklärung abgesichert.

2.4.2 Erbbaurechtsverträge

Die WEV entrichtet 2011 Erbbauzinsen in Höhe von 158 T€ an den ZAW.

2.4.3 Dienstleistungsvertrag / Entgeltvereinbarung

Gemäß § 1 Dienstleistungsvertrag betreibt bzw. unterhält die WEV im Auftrag des ZAW die MBA und Zentraldeponie Cröbern sowie die Deponien Seehausen und Groitzsch-Wischstauden nach Maßgabe der behördlichen Zulassungen und der einschlägigen abfall- und umweltrechtlichen Vorschriften. Abfälle, die dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger ZAW überlassen werden, sind der WEV zur Behandlung, Verwertung und Ablagerung als beauftragter Dritter im Sinne von § 16 (1) KrW-/ AbfG zu übergeben.

Gemäß § 10 Dienstleistungsvertrag erhält die WEV vom ZAW für die Entsorgung der Abfälle und alle dafür erforderlichen Leistungen ein Entgelt entsprechend Entgeltvereinbarung. Das Entgelt in 2011 betrug 130,99 €/t zzgl. Mehrwertsteuer.

2.5 Wichtige Daten und Kennzahlen der WEV

Die Entwicklung des Unternehmens lassen die nachfolgenden Zahlen erkennen.

2.5.1 Bilanzdaten (T€)

AKTIVA			
	2011	2010	2009
Anlagevermögen	102.574	113.639	120.521
Immaterielles Vermögen	35	61	69
Sachanlagen	102.526	113.578	120.452
Finanzanlagen	14	0	0
Umlaufvermögen	27.643	22.753	25.285
Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.435	5.205	5.706
Wertpapiere / liquide Mittel	23.208	17.548	19.579
Aktive RAP	10	65	81
Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensrechnung	50	0	0
Bilanzsumme	130.277	136.457	145.887

PASSIVA			
	2011	2010	2009
Eigenkapital	20.410	20.003	7.365
Gezeichnetes Kapital	1.000	1.000	1.000
Rücklagen	18.895	18.895	3.798
Bilanzgewinn / -verlust	515	108	2.567
Sonderposten m. RL-anteil	0	0	2.684
Rückstellungen	43.315	41.286	53.883
Verbindlichkeiten	35.239	40.011	45.223
Passive RAP	28.825	32.855	36.732
Passive latente Steuern	2.488	2.302	0
Bilanzsumme	130.277	136.457	145.887

Tabelle 3: Bilanzdaten (T€) WEV per 31.12.2011

2.5.2 GuV Daten (T€)

	2011 Ist	2011 Plan	2010	2009
Umsatz	33.344	29.720	28.140	38.404
Sonstige betriebliche Erträge	3.656	2.788	6.207	2.887
Gesamtleistung	37.000	32.508	34.347	41.291
Materialaufwand	-11.671	-11.446	-10.626	-10.526
Personalaufwand	-4.494	-4.553	-4.896	-4.998
Abschreibungen	-12.162	-10.554	-11.101	-15.411
Sonstige betriebliche Aufwendungen einschl. Zinsergebnis	-7.913	-6.703	-9.091	-8.913
Betriebliches Ergebnis	761	-747	-1.367	1.443
Steuern	-354	-111	-273	-624
Jahresergebnis	407	-859	-1.640	819
Vortrag aus Vorjahr	108	108	1.748	1.748
Bilanzgewinn/-verlust	515	-751	108	2.567

Tabelle 4: Gewinn- und Verlustrechnung (T€) WEV per 31.12.2011

2.5.3 Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2011	2010	2009	Maßeinheit
Vermögenssituation				
Anlagenintensität	78,7	83,3	82,6	%
Änderung des Anlagevermögens	90,3	94,3	95,2	%
Kapitalstruktur				
Eigenkapitalquote	15,7	14,7	5,0	%
Fremdkapitalquote	84,3	85,3	93,1	%
Liquiditätskennzahlen				
Liquidität 1.Grades	148,3	119,1	168,5	%
Liquidität 2.Grades	176,7	154,1	216,9	%
working capital	7.836	3.946	9.703	T€
Rentabilität				
Eigenkapitalrendite	2,0	-8,2	11,1	%
Gesamtkapitalrendite	3,7	1,1	3,1	%
Geschäftserfolg				
Umsatzrentabilität	1,2	-5,8	2,1	%
Pro-Kopf- Umsatz	323,7	260,6	336,9	T€
Kennzahlen der Personalwirtschaft				
Beschäftigte	103	108	114	MA
Personalaufwandsquote	13,1	16,5	12,7	%

Tabelle 5: Bilanz- und Leistungskennzahlen WEV per Bilanzstichtag 2009-2011

2.6 Lagebericht gemäß § 99 Abs. 2 Nr. 3 SächsGemO

2.6.1 Allgemeine Geschäftsentwicklung

Für das Jahr 2011 waren in der Branche der Entsorgungs- und Verwertungsunternehmen unverändert schwierige Bedingungen am Markt zu verzeichnen. Dabei spielten das weiterhin auf niedrigem Niveau stagnierende Abfallaufkommen sowie die bestehenden Überkapazitäten an Entsorgungsanlagen eine zentrale Rolle.

Die WEV betreibt am ihrem Standort Cröbern eine leistungsfähige mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA) sowie eine hochmoderne Deponie. Weiterhin ist die WEV mit der Rekultivierung und Nachsorge von zwei bereits geschlossenen Deponien beauftragt.

Das wirtschaftliche Ergebnis der WEV wird im Wesentlichen von den Erträgen aus den Sparten MBA und Deponiebetrieb bestimmt. Aus Einmalprojekten konnten zufrieden stellende Deponieumsätze erzielt werden.

Im Geschäftsjahr 2011 hat die WEV einen Umsatz in Höhe von 33,3 Mio. € (Vorjahr: 28,1 Mio. €) erwirtschaftet. Im Vergleich zum Vorjahr wurden sowohl für die MBA als auch für die ZDC mehr Abfälle, insbesondere aus Einzelprojekten, akquiriert. Das Preisniveau bei allen Abfällen blieb annähernd konstant. Die Durchschnittspreise haben sich aufgrund eines geänderten Abfallmixes im Bereich MBA verringert und im Bereich ZDC erhöht.

2.6.2 Qualitätsmanagement

Die WEV wurde auch 2011 als Entsorgungsfachbetrieb nach § 52 KrW-/AbfG und nach DIN EN ISO 9001:2008 zertifiziert.

2.6.3 Entwicklung der Unternehmensbereiche

Zentraldeponie Cröbern (ZDC)

Seit Beginn des Abfalleinbaubetriebes im Januar 1996 hat die WEV insgesamt 8.670,3 Tt abgelagert. Im Jahr 2011 betrug die abgelagerte Ist-Gesamtabfallmenge 479,8 Tt. Das sind 20,5% mehr als im Vorjahr.

Mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA)

Im Jahr 2011 wurden 182,2 Tt (im Vorjahr: 155,7 Tt) durch die Anlage im 1-Schicht-Betrieb verarbeitet.

In der mechanischen Aufbereitung wurde teilweise ein Wartungs- und Instandhaltungstag eingeführt. An diesem ist die mechanische Aufbereitung nicht im Betrieb. Diese Zeit wird für notwendige Wartungs- und Reparaturarbeiten genutzt.

Im Ergebnis wurde eine Reduzierung der Gesamtbetriebskosten erreicht, welche auf eine Senkung des Verbrauchs an Elektroenergie sowie den Ersatz von Fremdleistungen zurückzuführen ist.

Deponie Seehausen (DSH)

Die Bauleistungen für die Errichtung eines endgültigen Oberflächenabdichtungssystems wurden in 2011 in einem offenen Verfahren gemäß VOB/A ausgeschrieben und vergeben. Das Ausschreibungsergebnis lag innerhalb des geplanten und durch Rückstellungen gedeckten Kostenrahmens. Der Baubeginn erfolgte im August 2011.

Zur Umsetzung der geplanten Nachnutzung durch den GolfPark Leipzig-Seehausen wurden, gemeinsam mit dem Grundstücksbesitzer ZAW und dem GolfPark, die Verträge über die fast vollständige Übernahme von Grundstücksteilen abgeschlossen.

Deponie Groitzsch-Wischstauden (DGW)

Die Genehmigungsbehörde hat mit Bescheid vom Oktober 2011 der Errichtung der erprobten alternativen Oberflächenabdichtung zugestimmt. Gegenwärtig werden die Vorbereitungen der Ausschreibungen für den Bau der endgültigen Oberflächenabdichtung durchgeführt.

Die gemäß Nachsorgeplan für die Stilllegungsphase durchzuführenden Arbeiten für die beiden Altdeponiestandorte Seehausen und Groitzsch-Wischstauden wurden planmäßig durchgeführt.

2.6.4 Investitionstätigkeit

Im Wirtschaftsjahr 2011 wurden Investitionen in Höhe von 1,2 Mio. € (Vorjahr: 0,8 Mio. €) getätigt. Die wesentlichen Investitionen betreffen die Anschaffung von zwei Elektro-Greiferbaggern, zwei LKWs für die MBA sowie die Erweiterung des Deponiegasfassungssystems.

2.6.5 Finanz- und Vermögenslage

Der Bestand an finanziellen Mitteln hat sich im Verlauf des Wirtschaftsjahres von 17,5 Mio. € auf 23,2 Mio. € erhöht.

Die vorhandenen Finanzmittel wurden zur planmäßigen Tilgung von Altkrediten 4,2 Mio. € (Vorjahr: 4,8 Mio. €) und zur Finanzierung der Investitionen verwendet. In 2011 wurden entsprechend der abgeschlossenen Forfaitierungsverträge 4,0 Mio. € (im Vorjahr: 4,0 Mio. €) des passiven Rechnungsabgrenzungsposten getilgt. In 2011 erfolgte keine Ausschüttung an die Anteilseigner.

2.6.6 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge

Zentraldeponie Cröbern

Die Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge wurden bis zum Ende des Nachsorgezeitraums im Jahr 2060 gebildet. Die Rückstellung für die Zentraldeponie Cröbern beträgt zum 31. Dezember 2011 23.233 T€.

Deponie Seehausen

Die Deponie Seehausen wurde am 30. Juni 2004 stillgelegt. Die Rückstellung für die Rekultivierung und Nachsorge für den Zeitraum bis zum Jahr 2035 beträgt 10.203 T€.

Deponie Groitzsch-Wischstauden

Für die Rekultivierung und Nachsorge der im Oktober 2000 vollständig verfüllten Deponie sind bis zum 31. Dezember 2011 Rückstellungen für den Zeitraum bis zum Jahr 2031 für das Altfeld in Höhe von 1.209 T€ und für das Neufeld in Höhe von 3.605 T€ ausgewiesen.

	2009	2010	2011
Zentraldeponie Cröbern	30.980	20.287	23.233
Deponie Seehausen	12.946	10.560	10.203
Deponie Groitzsch- Wischstauden - Neufeld	3.916	3.604	3.605
Deponie Groitzsch- Wischstauden - Altfeld	1.375	1.214	1.209
Gesamt	49.217	35.665	38.250

Tabelle 6: Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge (T€) 2009-2011

2.6.7 Wirtschaftliche und technische Risiken

Die WEV hat ein Risikofrüherkennungssystem implementiert und dokumentiert, welches unter Einbeziehung aller Fachbereiche die Geschäftsleitung über wesentliche Veränderungen der Risiken unterrichtet und bei der Bewertung der Risiken unterstützt.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die wirtschaftliche Situation auf Grund stagnierender Abfallmengen auf niedrigem Niveau konsolidiert. Es wird davon ausgegangen, dass sich dieser Trend von auf niedrigem Niveau stabilisierenden bis leicht sinkenden Abfallmengen in den Folgejahren fortsetzen wird.

Vertragsrisiken bestehen weiterhin durch die vertragliche Bindung an die KWD GmbH auf der Grundlage der öffentlich-rechtlichen Zweckvereinbarung zwischen dem ZAW und dem Landkreis Nordsachsen für die Übernahme der heizwertreichen Faktion. Durch den Abschluss eines Vergleiches wurde die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien bis einschließlich 31.05.2013 geregelt.

Zinsrisiken sind von der Entwicklung der Anlagezinssätze abhängig. Die notwendige Ansparung von liquiden Mitteln für die Rekultivierung und Nachsorge der ZDC wird als Risiko angesehen, wenn die erzielten Renditen unterhalb der für die Aufzinsung zu verwendenden fristenkongruenten Zinssätze der Abzinsungsverordnung liegen.

Das Bonitätsrisiko von Kunden wird durch Kreditwürdigkeitsprüfungen und Kreditlimite bzw. durch die Abforderung von Bankbürgschaften sowie ein funktionierendes Mahnwesen begrenzt. Geldanlagen erfolgen ausschließlich in festverzinslichen Termingeldern bei deutschen Geschäftsbanken.

Die Anforderung von Sicherheitsdienstleistungen durch die Landesdirektion Sachsen kann zur Reduzierung der frei verfügbaren Finanzmittel führen und für künftig Investitionen eine bisher nicht geplante Aufnahme von Fremdmitteln erforderlich machen.

Bestehenden Produkt- und Umweltschutzrisiken begegnet die WEV mit hohen Sicherheitsstandards und Maßnahmen zur Qualitätssicherung. Um Folgen von Haftungsrisiken und Schadensfällen zu begrenzen, wurden Versicherungen abgeschlossen. Basierend auf einer Bewertung der Umweltschutzrisiken für die Anlagen und Standorte der WEV durch einen externen Berater (u.e.c. Umwelt- und Energie Consult GmbH, Berlin) in den Vorjahren, wurden im Jahr 2011 durch die WEV keine negativen Veränderungen hinsichtlich der Risiken und ihrer Bewertungen festgestellt.

2.6.8 Ausblick

Der seit längerem bestehende Preisdruck auf Entsorgungsunternehmen wird auch im Jahr 2012 anhalten. Aufgrund der bestehenden Überkapazitäten zur Verwertung und Entsorgung von Abfällen im mitteldeutschen Wirtschaftsraum, wird das inländische Preisniveau für gewerbliche Abfälle weiterhin auf niedrigem Niveau verharren. Sperrmüll- und Hausmüllaufkommen im Verbandsgebiet des ZAW werden weiterhin leicht rückläufig bleiben.

Für das Geschäftsjahr 2012 wird ein Jahresfehlbetrag erwartet, der deutlich unter dem des Jahres 2010 liegen wird.

Erläuterung der Bilanz- und Leistungskennzahlen

Anlagenintensität	=	$\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen}} \times 100 \%$
Änderung des Anlagevermögens	=	$\frac{\text{Anlagevermögens des Geschäftsjahres}}{\text{Anlagevermögen des Vorjahres}} \times 100 \%$
Eigenkapitalquote	=	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$
Fremdkapitalquote	=	$\frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$
Liquidität 1. Grades	=	$\frac{\text{liquide Mittel}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} \times 100 \%$
Liquidität 2. Grades %	=	$\frac{\text{liquide Mittel} + \text{kurzfristige Forderungen} + \text{Vorräte}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} \times 100 \%$
Working capital	=	Umlaufvermögen – kurzfristige Verbindlichkeiten
Personalaufwandsquote	=	$\frac{\text{Personalaufwand}}{\text{Umsatz}} \times 100 \%$
Eigenkapitalrendite	=	$\frac{\text{Jahresergebnis (Gewinn/Verlust)}}{\text{Eigenkapital}} \times 100 \%$
Gesamtkapitalrentabilität	=	$\frac{\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$
Umsatzrentabilität	=	$\frac{\text{Gewinn} + \text{Zinsen für Fremdkapital}}{\text{Umsatz}} \times 100 \%$
Pro-Kopf-Umsatz	=	$\frac{\text{Umsatzerlöse}}{\text{Mitarbeiteranzahl}}$

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2011	138
Tabelle 2: Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten.....	139
Tabelle 3: Bilanzdaten (T€) WEV per 31.12.2011	140
Tabelle 4: Gewinn- und Verlustrechnung (T€) WEV per 31.12.2011.....	141
Tabelle 5: Bilanz- und Leistungskennzahlen WEV per Bilanzstichtag 2009-2011	141
Tabelle 6: Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge (T€) 2009-2011.....	143

Abkürzungsverzeichnis

DGW	-	Deponie Groitzsch-Wischstauden
DSH	-	Deponie Seehausen
DWU	-	Deponie-Wirtschaft-Umweltschutztechnik GmbH
KrW-/AbfG	-	Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
KWD	-	Kreiswerke Delitzsch GmbH, Delitzsch
MBA	-	mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage
SächsABG	-	Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
T€	-	1.000 Euro
Tt	-	1.000 Tonnen
VOB/A	-	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen
WEV	-	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
ZAW	-	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
ZDC	-	Zentraldeponie Cröbern

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen

Beteiligungsübersicht

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen

Staudaer Weg 1
01561 Priestewitz, OT Lenz

Tel. 035 249 / 7350
Fax 035 249 / 735 25
Email info@tba-sachsen.de
Internet http://www.tba-sachsen.de

Gründungsdatum 21.02.1991

Verbandsmitglieder

Name	Stimmenanteil (%)	Stimmen
Stadt Dresden	7,69 %	1
Stadt Leipzig	7,69 %	1
Landkreis Meißen	7,69 %	1
Landkreis Bautzen	7,69 %	1
Landkreis Mittelsachsen	7,69 %	1
Landkreis Leipzig	7,69 %	1
Landkreis Nordsachsen	7,69 %	1
Landkreis Erzgebirgskreis	7,69 %	1
Landkreis Görlitz	7,69 %	1
Landkreis Vogtlandkreis	7,69 %	1
Stadt Chemnitz	7,69 %	1
Landkreis Zwickau	7,69 %	1
Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	7,69 %	1

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen beseitigt unschädlich die im Verbandsgebiet (Direktionsbezirke Dresden, Leipzig und Chemnitz) anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile, Erzeugnisse und tierische Nebenprodukte, für die eine gesetzliche Beseitigungspflicht besteht.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	0,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an den Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen	
Verlustabdeckung	73.664,00
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen

Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Adresse	Staudaer Weg 1 01561 Priestewitz/OT Lenz
E-Mail	info@tba-sachsen.de
Homepage	www.tba-sachsen.de
Gründungsjahr	1991
Aufgaben und Ziele	Der Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen sammelt und verarbeitet unschädlich die im Verbandsgebiet (Freistaat Sachsen) anfallenden tierischen Nebenprodukte, für die eine gesetzliche Beseitigungspflicht besteht.
Rechtsform	Zweckverband
Geschäftsführung	bis 31. Januar 2011 Karl-Christian Rendke; seit 1. Februar 2011 Sylvia Schäfer
Verbandsvorsitzender	Michael Geisler (Landrat Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge)
Mitglieder	
Landeshauptstadt Dresden	1 von 13 Stimmen
Landkreis Bautzen	1 von 13 Stimmen
Landkreis Erzgebirgskreis	1 von 13 Stimmen
Landkreis Görlitz	1 von 13 Stimmen
Landkreis Leipzig	1 von 13 Stimmen
Landkreis Meißen	1 von 13 Stimmen
Landkreis Mittelsachsen	1 von 13 Stimmen
Landkreis Nordsachsen	1 von 13 Stimmen
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	1 von 13 Stimmen
Landkreis Vogtlandkreis	1 von 13 Stimmen
Landkreis Zwickau	1 von 13 Stimmen
Stadt Chemnitz	1 von 13 Stimmen
Stadt Leipzig	1 von 13 Stimmen
Beteiligungen	keine
Gremien	Verbandsversammlung und Verwaltungsrat
Abschlussprüfer	Menos GmbH, Wilsdruff

Kurzvorstellung

Der Zweckverband für Tierkörperbeseitigung (ZV TBA) Sachsen ist für die Sammlung und Verarbeitung tierischer Nebenprodukte im gesamten Bundesland zuständig. Der Verband besteht seit 1991. Die Wirtschaftsführung des Zweckverbands erfolgt nach dem Sächsischen Eigenbetriebsgesetz. Der heute bestehende Tierkörperbeseitigungsbetrieb Lenz ging am 18. Dezember 1995 nach nur 1 Jahr Bauzeit in Betrieb. Das Investitionsvolumen belief sich dabei auf umgerechnet ca. 25 Mio. €. Mit dem Beitritt des Zweckverbandes Chemnitz zum Zweckverband Lenz wurde am 1. April 2004 der Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen gebildet. Anstelle seiner Mitglieder übernimmt dieser die Aufgabe der unschädlichen Beseitigung tierischer Nebenprodukte (z.B. Tierkörper, Schlachtabfälle, Brütereiabfälle).

Situationsbericht

Der Entsorgungsbetrieb lief im Jahr 2011 technisch stabil. Die wirtschaftliche Situation des Zweckverbands ist geordnet. Im Jahr 2011 war ein Rückgang der verarbeiteten Menge an Rohware auf ca. 32.000 t (2010: ca. 39.000 t) festzustellen. Wesentliche Ursache war die Schließung eines großen Schlachthofes in Chemnitz. Die Gebührenerlöse gingen daher zurück. Als Reaktion wurde die Fahrweise der Anlage angepasst, um zumindest einen Teil der Rückgänge zu kompensieren. Die Marktpreise für die Produkte Tiermehl, Tierfett und Tierhäute sind leicht gestiegen, so dass der Verkauf wesentlich mit zur Kostendeckung beiträgt.

Neben der kontinuierlichen Beseitigung von tierischen Nebenprodukten aus der Landwirtschaft, der Nahrungsmittel- sowie der Pharmaindustrie ist weiterhin ein leistungsfähiger Verarbeitungsbetrieb für den Tierseuchenfall vorzuhalten. Die vorhandene, starkem Verschleiß unterliegende Technik sowohl im Bereich Produktion als auch im Fuhrpark ist zu ersetzen. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Dauerhaftigkeit und die Effizienz sowie die sich ändernden Rohwarenmengen und –zusammensetzungen zu achten. Das System der externen Stell- und Ruheplätze des Fuhrparkes ist zu konzentrieren. Der Betrieb ist entsprechend des rechtlichen Rahmens (EU-Recht) weiterzuentwickeln.

Besonderheiten des vergangenen Jahres

-

B I L A N Z zum 31. Dezember 2011		31.12.2011	31.12.2010
		EUR	EUR
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände		
	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	79.536,00	106.103,00
II.	Sachanlagen		
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.183.984,69	4.561.338,69
2.	Technische Anlagen und Maschinen	865.452,70	1.039.989,70
3.	Anderer Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.392.236,00	1.244.922,00
		6.441.673,39	6.846.250,39
III.	Finanzanlagen		
	Wertpapiere des Anlagevermögens	5.508.908,63	5.440.177,04
B. Umlaufvermögen			
I.	Vorräte		
	Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	37.863,60	20.246,29
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	403.890,96	574.461,01
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	581.224,13	195.884,81
		985.115,09	770.345,82
III.	Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiro-guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	724.272,78	1.110.224,94
C. Rechnungsabgrenzungsposten		17.968,00	70.708,00
		13.795.337,49	14.364.055,48
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I.	Kapitalrücklage	5.324.107,61	5.586.044,61
II.	Gewinnvortrag	1.465,53	1.465,53
		5.325.573,14	5.587.510,14
B. Empfangene Ertragszuschüsse			
	Ertragszuschuss Ministerium	6.023.372,65	6.023.372,65
C. Rückstellungen			
	Sonstige Rückstellungen	803.120,00	1.386.975,00
		6.826.492,65	7.410.347,65
D. Verbindlichkeiten			
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	352.027,41	325.562,21
2.	Sonstige Verbindlichkeiten	202.742,73	378.827,92
3.	Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitglieder	151.101,56	61.407,56
		705.871,70	765.797,69
E. Rechnungsabgrenzungsposten		937.400,00	600.400,00
		13.795.337,49	14.364.055,48

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2011 bis 31.12.2011				01.01.2011 -	01.01.2010 -
				31.12.2011	31.12.2010
				EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse			3.631.953,13	3.995.403,89
2.	Gesamtleistung			3.631.953,13	3.995.403,89
3.	sonstige betriebliche Erträge			3.334.679,63	2.918.699,22
4.	Materialaufwand				
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.656.632,88			1.271.716,99
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.539.963,53			1.143.776,99
				3.196.596,41	2.415.493,98
5.	Personalaufwand				
a)	Löhne und Gehälter	1.580.103,64			1.640.815,34
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	301.551,70			305.143,65
				1.881.655,34	1.945.958,99
6.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs			870.982,73	815.819,44
7.	sonstige betriebliche Aufwendungen				
a)	Grundstücksaufwendungen	64.040,49			16.218,52
b)	Versicherungen, Beiträge und Abgaben	72.319,93			71.523,91
c)	Werbe- und Reisekosten	24.941,00			29.994,39
d)	verschiedene betriebliche Kosten	1.013.736,75			1.819.761,00
e)	Verluste aus Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	8.558,00			10,00
f)	Verluste aus Wertminderungen	6.157,75			5.187,20
g)	sonstiger Aufwand im Rahmen gewöhnlich. Geschäftstätigkeit	350,00			1.888,35
				1.190.103,92	1.944.583,37
8.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens			190.768,21	218.636,63
9.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			14.625,05	29.769,15
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen			5.257,92	96,76
11.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			27.429,70	40.556,35
12.	Steuern sonstige Steuern			27.429,70	40.556,35
13.	Jahresüberschuss			0,00	0,00

Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

Beteiligungsübersicht

Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

Karl-Liebknecht-Straße 8
04107 Leipzig

Tel. 0341 / 22 586 0
Fax 0341 / 22 586 29
Email info@zvn1.de
Internet

Gründungsdatum 23.01.1998

Verbandsmitglieder

Name	Stimmenanteil (%)	Stimmen
Landkreis Leipzig	30,00 %	3
Landkreis Nordsachsen	30,00 %	3
Stadt Leipzig	40,00 %	4

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband ist Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr im Nahverkehrsraum Leipzig gemäß § 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz. Die Aufgabenträgerschaft für den straßengebundenen ÖPNV im Sinne des § 3 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz verbleibt bei den einzelnen Verbandsmitgliedern des Zweckverbandes.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	0,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an den Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	
Verlustabdeckung	0,00
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00

Verwaltungsrat

Herr Dr. Gerhard Gey	Landrat Landkreis Leipzig
Herr Martin zur Nedden	Bürgermeister und Beigeordneter Stadt Leipzig
Herr Michael Czupalla	Landrat Landkreis Nordsachsen

Geschäftsführung

Herr Oliver Mietzsch (seit 01.11.2011)

Aufgaben des Zweckverbandes

- (1) Der Zweckverband ist der Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr im Nahverkehrsraum Leipzig gemäß § 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz vom 14. Dezember 1995 in der jeweils gültigen Fassung. Die Aufgabenträgerschaft für den straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr im Sinne des § 3 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz verbleibt, soweit in der Verbandssatzung keine anderweitigen Regelungen getroffen wurden, bei den einzelnen Verbandsmitglieder des Zweckverbandes, vorbehaltlich der Entscheidung eines Verbandsmitgliedes nach § 3 Abs. 1 Satz 2 ÖPNV-Gesetz.

Die Erweiterung des Verbandsgebietes ist länderübergreifend möglich, sofern die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen sind.

- (2) Der Zweckverband wird in Abstimmung und im Einvernehmen mit den Verbandsmitgliedern in ihrer Eigenschaft als Aufgabenträger für den straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr einen regionalen Nahverkehrsplan erstellen, koordinieren und diesen fortschreiben.
- (3) Zur Aufgabenträgerschaft des Zweckverbandes für den Schienenpersonennahverkehr gehört insbesondere die Wahrnehmung folgender Aufgaben:
- Der Zweckverband ist als der zuständige Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr gemäß § 3 Abs. 1 des ÖPNVG für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des Schienenpersonennahverkehrs in seinem Verbandsgebiet verantwortlich.
 - Der Zweckverband entscheidet über die zu bestellenden Leistungen im Schienenpersonennahverkehr im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel.
 - Der Zweckverband wirkt bei der Aufstellung des jährlich fortzuschreibenden Landesinvestitionsprogramms des Freistaates Sachsen für Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs mit.
 - Der Zweckverband unterstützt im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten ein gemeinsames Marketing mit seinen ÖPNV-Vertragspartnern.
- (4) Der Zweckverband wird mit den angrenzenden sächsischen Zweckverbänden und den Aufgabenträgern für den Schienenpersonennahverkehr in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen das erforderliche Angebot des verbandsgrenzüberschreitenden SPNV abstimmen.
- (5) Zur Aufgabenträgerschaft des ZVNL für den ÖSPV gehört die Ermittlung und Verteilung der Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr an die Verkehrsunternehmen nach ÖPNVFinAusG in der Stadt Leipzig, dem Landkreis Leipzig und dem Landkreis Nordsachsen einschließlich der Vorauszahlungen an die Verkehrsunternehmen. Der ZVNL ist berechtigt, die Anträge der Verkehrsunternehmen auf Ausgleichsleistungen gemäß ÖPNVFinAusG im eigenen Namen zu bescheiden und die Ausgleichsleistungen auf dieser Grundlage auszuführen.

Organigramm



Wirtschaftsdaten

Der ZVNL wendet aufgrund des Beschlusses der Verbandsversammlung vom 26.03.2007 gemäß § 131 Abs. 2 SächsGemO ab dem Haushaltsjahr 2009 die Regelungen zum neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen an.

Bilanz 2011

Aktivseite			Passivseite		
	Stand	Stand		Stand	Stand
	31.12.2011	31.12.2010		31.12.2011	31.12.2010
	- T € -	- T€ -		- T€ -	- T€ -
Anlagevermögen	47,21	80,52	Kapitalposition	4.525,47	5.222,11
Immaterielle Vermögensgegenstände	9,20	44,14	Rücklagen	4.525,51	3.532,98
Sachanlagevermögen	25,65	24,77	Ergebnis	-0,04	1.689,13
Finanzanlagevermögen	12,36	11,61	Sonderposten	34,84	68,91
Umlaufvermögen	8.354,07	7.119,60	Rückstellungen	1.800,66	395,47
Öffentlich-rechtliche	0,62	0,00	für Entgeltzah-	7,29	52,34

Forderungen			lungen		
Privatrechtliche Forderungen	2.887,47	2.747,07	für drohende Verpflichtungen	34,02	38,48
Liquide Mittel	5.465,98	4.372,53	für vertragliche Verpflichtungen	1.759,35	304,65
Aktiver RAP	14,89	9,69	Verbindlichkeiten	2.055,20	1.523,32
			Passiver RAP	0,00	0,00
Bilanzsumme	8.416,17	7.209,81	Bilanzsumme	8.416,17	7.209,81

Ergebnisrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung)

			Ergebnis 2011	Ergebnis 2010
			- T€ -	- T€ -
1		Zuwendungen	110.405,65	120.612,90
2		öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.164,89	1.755,52
3		Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00
4		Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	6,22
5		Finanzerträge	71,91	137,88
6		sonstige ordentliche Erträge	26,56	609,00
7		ordentliche Erträge	112.669,01	123.121,52
8		Personalaufwendungen	437,73	421,70
9		Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	57,49	59,98
10		planmäßige Abschreibungen	46,46	47,36
11		Zinsen und ähnliche Aufwendungen	95,42	72,70
12		Transferaufwendungen	112.032,86	119.647,52
13		sonstige ordentliche Aufwendungen	695,64	727,23
14		ordentliche Aufwendungen	113.365,60	120.976,49
15		ordentliches Ergebnis	-696,59	2.145,03
16		Sonderergebnis	-0,04	0,00
17		Gesamtergebnis	-696,63	2.145,03
18		Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0,00	-455,90
19		Verbleibendes Gesamtergebnis	-696,63	1.689,13

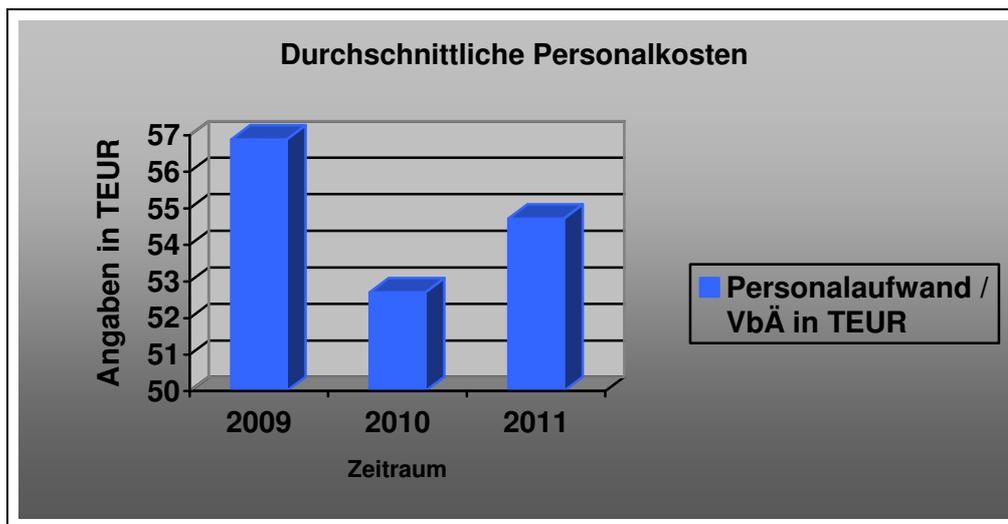
Ausgewählte Kennzahlen

Personalkosten

	2009 - T€ -	2010 - T€ -	2011 - T€ -
Löhne und Gehälter	352,04	328,34	371,34
Soziale Abgaben	67,15	62,62	59,10
Zuführung zu Rückstellungen	35,91	30,74	7,29
Personalaufwand gesamt	455,10	421,70	437,73

Anzahl der Beschäftigten

	2009 - VbÄ --	2010 - VbÄ -	2011 - VbÄ -
Angestellte, gesamt	8	8	8
Personalaufwand / VbÄ in TEUR	56,89	52,71	54,72
Entw. Personalaufwand gesamt z. Vj.	0,5%	-7,3%	3,8%
Entw. Personalaufwand je VbÄ z. Vj.	0,5%	-7,3%	3,8%



Umlagen

Der ZVNL kann gemäß § 15 Abs. 1 seiner Satzung eine Verbandsumlage zur Deckung seines Finanzbedarfs von den Verbandsmitgliedern erheben. Von dieser Möglichkeit wurde im Haushaltsjahr 2011 nicht Gebrauch gemacht.

Situationsbericht

Der Schwerpunkt der Tätigkeit des ZVNL lag im vergangenen Jahr auf der Durchführung verschiedener Ausschreibungen im Nahverkehrsraum Leipzig.

Nach erfolgreicher Ausschreibung koordiniert der ZVNL die Zusammenarbeit mit dem Verkehrsunternehmen zur Inbetriebnahme des Mitteldeutschen S-Bahn-Netz in Abstimmung mit den beteiligten sechs Aufgaben-

trägern aus vier Bundesländern (Land Sachsen-Anhalt, Freistaat Thüringen, Land Brandenburg und Freistaat Sachsen).

Ab Dezember 2013 werden auf dem neuen Mitteldeutschen S-Bahn-Netz mit dem Kernstück City-Tunnel Leipzig (CTL) die Züge der S-Bahn Mitteldeutschland fahren. Das Vergabeverfahren umfasste die Strecken S 1 Leipzig-Miltitzer Allee–CTL–Wurzen–Oschatz, S 2 Bitterfeld–Delitzsch–CTL–Gaschwitz (bis zum Fahrplanwechsel 2015/16), S 3 Halle-Nietleben–Halle (Saale) Hbf–Schkeuditz–CTL–Leipzig-Stötteritz, S 4 Hoyerswerda–Falkenberg (Elster)–Torgau–Eilenburg–Taucha–CTL–Borna–Geithain, S 5 Flughafen Leipzig/Halle–CTL–Altenburg–Werdau–Zwickau Hbf sowie S 5x Halle (Saale) Hbf–Flughafen Leipzig/Halle–CTL–Altenburg–Werdau–Zwickau Hbf.

Die Leistungen auf dem Mitteldeutschen S-Bahn Netz umfassen jährlich rd. 9 Mio. Zkm (Anteil ZVNL: ca. 6,3 Mio. Zkm p. a.) und haben eine Vertragslaufzeit von 12 Jahren. Zukünftig sollen moderne Neubaufahrzeuge vom Typ „E-Talent2“ des Herstellers Bombardier zum Einsatz kommen. In Verbindung mit dem beschleunigten Fahrplankonzept wird es zu einer spürbaren qualitativen Verbesserung im SPNV kommen.

Bereits im Jahr 2009 hat der ZVNL zusammen mit dem Freistaat Thüringen und dem Land Sachsen-Anhalt das europaweite Ausschreibungsverfahren der Verkehrsleistung des sogenannten „Dieselnetz Ostthüringen“ eingeleitet. Bestandteil des Vergabeverfahrens waren u. a. die Leistungen der Linie 12 und der Linie 51 zwischen Leipzig Hbf–Gera. Insgesamt handelt es sich um eine Verkehrsleistung von jährlich 4,6 Millionen Zkm (Anteil ZVNL: ca. 0,5 Millionen Zkm p. a.) sowie eine Vertragslaufzeit von 12,5 Jahren. Die Qualitätsansprüche an die Bieter waren auch bei dieser Ausschreibung sehr hoch. So sollen zukünftig auf der Strecke moderne, klimatisierte und behindertengerechte Fahrzeuge des Typs Regio-Shuttle zum Einsatz kommen. Die Zuschlagserteilung erfolgte im August 2010 an die Erfurter Bahn GmbH. Im Jahr 2011 wurde aktiv die Betriebseinführung vorbereitet

Weiterhin wurden im Jahr 2011 die Ausschreibungen des MDSB II-Netzes mit der Linie 118 Halle Hbf–Delitzsch oberer Bahnhof–Eilenburg, der Linie 13 Leipzig Hbf–Magdeburg Hbf und der Linie S2 Gaschwitz–Leipzig Hbf–Delitzsch unterer Bahnhof–Bitterfeld–Dessau/Wittenberg sowie des Saale-Thüringen-Südharz-Netzes (STS) mit der Linie 125 Leipzig Hbf–Weißenfels vorbereitet.

Mit der Verabschiedung des sächsischen Doppelhaushaltes für 2011/2012 am 17. Dezember 2010 erfolgte eine Reduzierung der Mittelzuweisungen an die sächsischen ÖPNV-Zweckverbände mit Wirkung zum 01. Januar 2011 um 6%. In Anbetracht dieser Kürzung sah sich der ZVNL veranlasst, zur möglichst weitgehenden Aufrechterhaltung der Versorgung mit SPNV-Leistungen, ein bedarfsgerechtes Kürzungskonzept ab 30. April 2011 umzusetzen. Das Kürzungskonzept betrifft u. a. die Linien MRB 5 Leipzig Hbf–Flughafen, MRB 2 Leipzig Hbf–Borna und MRB 70 Leipzig Hbf–Borna–Geithain, die MRB 115 Leipzig Hbf–Eilenburg–Torgau, die S 1 Leipzig Hbf–Leipzig-Miltitzer Allee und RE 16 Leipzig Hbf–Reichenbach–Plauen–Hof. Das Kürzungskonzept wurde im Jahr 2011 durch die Verbandsversammlung beschlossen.

Mittelfristige Planung

Das oberste Ziel des Zweckverbandes wird auch weiterhin die Schaffung eines transparenten und diskriminierungsfreien Wettbewerbs sein. Nur so können die hohen Anforderungen der SPNV-Nutzer trotz der verringerten wirtschaftlichen Möglichkeiten des ZVNL realisiert sowie die Qualität und Attraktivität der SPNV-Leistungen im Verbandsgebiet gesteigert werden.

Gleichzeitig setzt sich der ZVNL für eine Optimierung der Qualität der Nahverkehrsleistung durch Ausschöpfung aller verkehrsvertraglichen Regelungen ein und wird auch zukünftig die Verbesserung und Harmonisierung der aktuellen Regelungen bestehender Vertragsverhältnisse verfolgen.

Nur durch die Hebung von Einsparpotenzialen im Rahmen laufender Wettbewerbsverfahren und durch optimierte Vertragsverhältnisse kann der ZVNL unter Beachtung finanzpolitischer Rahmenbedingungen das SPNV-Angebot weiterentwickeln und verbessern. Insbesondere bei der Ausschreibung des MDSB-Netzes hat sich die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit mit den benachbarten Aufgabenträgern in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg sowie mit den sächsischen Partnerverbänden bewährt. Diese soll insbesondere bei zukünftigen Vergabeverfahren weiter intensiviert werden.

Einer besonderen Betrachtung wird zukünftig die Entwicklung der Infrastruktur- und Energiekosten bedürfen, deren Anteil am Gesamtfinanzierungsvolumen stetig steigt.

Besonderheiten des vergangenen Jahres

Der ZVNL engagiert sich weiterhin im Rahmen seines Aktionsprogramms für die Verbesserung der Zugangsbedingungen zu den Verkehrsstationen. Insbesondere die Verknüpfung der einzelnen Verkehrsträger und die Schaffung barrierefreier Anlagen stehen dabei im Mittelpunkt. Im Rahmen des Aktionsprogramms 2011 wurden Mio. € 2,3 hierfür bereitgestellt.

Fertiggestellt wurden die P+R-Anlagen in Kühren, Borna und Doberschütz, der 1. Bauabschnitt der Verknüpfungsstelle Dahlen und der 3. Bauabschnitt Belgershain. Begonnen bzw. fortgeführt wurden die Maßnahmen an den Verkehrsstationen Taucha, Markkleeberg, Dahlen und Delitzsch unterer Bahnhof. Das RBL-Projekt (Rechnergestütztes Betriebsleitsystem) der PVM wurde begonnen.

Im Stadtgebiet Leipzig wurden die Erneuerung von Haltestellen sowie die Planungen und der Bau an diversen Verkehrsanlagen zur Unterstützung der Busnetzreform gefördert. Das Anti-Vandalismusprogramm wurde fortgesetzt.

Beteiligungen

Der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig ist seit dem 01.01.2001 an der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH beteiligt. Zuletzt hielt der ZVNL 2,51% der Anteile des Stammkapitals der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH. Im Jahr 2011 erwarb der ZVNL die Anteile vom Landkreis Mittelsachsen i. H. v. 1,02 % und erhöhte somit seine Gesellschafteranteile an der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH auf 3,53 %. Dies entspricht einem Wert von 2.600 EUR.

Beteiligungsbericht

des

ZVNL

2012

Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Adresse	Prager Straße 8 04103 Leipzig
----------------	----------------------------------

E-Mail	post@mdv.de
---------------	-------------

Homepage	www.mdv.de
-----------------	------------

Gründungsjahr	1998
----------------------	------

Unternehmensgegenstand/ Unternehmenszweck	Erfüllung von Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Mitteldeutschen Verkehrsverbund, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots. Herbeiführung und Sicherstellung der tariflichen Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif. Erfassen und Verteilen der im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen.
------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Rechtsform	GmbH
-------------------	------

Stammkapital	73,5 T€
---------------------	---------

Geschäftsführung	Steffen Lehmann
-------------------------	-----------------

Gesellschafter	Burgenlandkreis	3,54%
	DB Regio AG	5,99%
	GbR der Verkehrsunternehmen Delitzsch	1,70%
	GbR der Verkehrsunternehmen Muldentalkreis	1,70%
	GbR der Verkehrsunternehmen Torgau-Oschatz	1,70%
	HAVAG Hallesche Verkehrs-AG	10,95%
	Landkreis Altenburger Land	1,02%
	Landkreis Leipzig	3,54%
	Landkreis Nordsachsen	3,54%
Gesellschafter	Landkreis Saalekreis	3,54%
	Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH	15,92%
	Leobus GmbH	1,70%
	Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA)	2,99%
	Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH	1,02%
	OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	1,70%
	Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH	1,70%
	Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH	1,70%
	Regionalverkehrsgesellschaft mbH Weißenfels	1,70%
	Stadt Halle (Saale)	12,45%

Stadt Leipzig	15,92%
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH Altenburg	1,02%
Veolia Verkehr GmbH	0,41%
Verkehrsgesellschaft Döbeln mbH	1,02%
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	3,53%

Beteiligungen Keine

Gremien

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Finanz- und Rechtsausschuss
- Personalausschuss
- Verkehrsausschuss

Mitglieder

Aufsichtsrat

- Martin zur Nedden, Vorsitzender
- Francois Girard, 1. stellvertretender Vorsitzender
- Ronny Thieme, 2. stellvertretender Vorsitzender
- Stephan Bog, Mitglied (ab 01.07.2011)
- Lutz Däumler, Mitglied (bis 31.10.2011)
- Erich Engel, Mitglied (ab 01.11.2011)
- Andreas Glowienka, Mitglied (bis 23.08.2011)
- Dr. Manfred Graetz, Mitglied (bis 26.05.2011)
- Hartmut Handschak, Mitglied
- Dietmar Harbig, Mitglied (bis 30.06.2011)
- Volker M. Heepen, Mitglied
- Uwe Heft, Mitglied
- Jens Herrmann, Mitglied
- Martin Hörl, Mitglied
- Joachim Hoffmann, Mitglied
- Ronald Juhrs, Mitglied
- Dietmar Kern, Mitglied
- Dr. Linda Kisabaka, Mitglied
- Holger Klemens, Mitglied (bis 29.09.2011)
- Ute Kniesche, Mitglied (ab 04.05.2011)
- Andreas Kultscher, Mitglied (ab 01.01.2012)
- Klaus Rüdiger Malter, Mitglied
- Ulf Middelberg, Mitglied (ab 29.09.2011)
- Oliver Mietzsch, Mitglied (ab 15.11.2011)
- Christoph Naacke, Mitglied (bis 20.01.2012)
- René Pietsch, Mitglied
- Dr. Thomas Pohlack, Mitglied (bis 31.07.2011)
- Harri Reiche, Mitglied
- Lothar Riese, Mitglied
- Thorsten Rühle, Mitglied (bis 28.10.2011)

Wilfried Runge, Mitglied (ab 28.10. bis 31.12.2011)
Uwe Stäglin, Mitglied (ab 01.08.2011)
Angelika Stoye, Mitglied
Stephan Georg Wigger, Mitglied
Andreas Zielke, Mitglied (bis 04.05.2011)
Karl-Hermann Fahsel, beratendes Mitglied
Hans-Jürgen Hummel, beratendes Mitglied
Bernd Sablotny, beratendes Mitglied

Abschlussprüfer Deloitte & Touche GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig

Kurzvorstellung des Unternehmens

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich aktuell über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Mit einem Anteil von 51 % halten die 10 Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüsse gehalten.

Finanzbeziehungen zwischen dem ZVNL und der MDV GmbH

Im Jahr 2011 wurden durch den ZVNL Betriebskostenzuschüsse in Höhe von insgesamt 76.848,10 € sowie im Rahmen des Kooperationsvereinbarung 99.950,00 € (Netto) an den MDV ausgezahlt. Weiterhin finanzierte der ZVNL anteilig die gemeinsamen Marketing-Maßnahmen mit insgesamt 50.000,00 €.

Situationsbericht

Bei weiterhin ungünstigen Rahmenbedingungen mit rückläufiger Einwohnerentwicklung (mit Ausnahme der Städte Halle (Saale) und Leipzig) sowie insgesamt sinkenden Auszubildendenzahlen lagen die Tarifeinnahmen im Verbundgebiet erstmals seit der Einführung des Verbundtarifs im Jahr 2001 mit 160,4 Mio. EUR um 1,1 % unter dem Vorjahresergebnis.

Gründe für den Erlösrückgang lagen darüber hinaus in aufgabenträgerinitiierten Einnahmeminderungen von insgesamt 2,8 Mio. EUR wie durch den Austritt des Aufgabenträgers Landkreis Mittelsachsen, die Minderung des städtischen Ausgleichs Leipzig-Pass-Mobilcard und die Angebotsminderungen im SPNV in Sachsen sowie in einer Systemänderung der DB Regio im Abrechnungsverfahren. Die witterungsbedingte Einnahmespitze im Bartarif im 1. Quartal und im Dezember 2010 konnte im milden Winter 2011 nicht erreicht werden, was zu einer Mindereinnahme von ca. 1,6 Mio. EUR führte. Deutliche verbundweite Rückgänge sind weiterhin im Ausbildungsverkehr in Höhe von ca. 1,3 Mio. EUR zu verzeichnen. Durch die Tarifierpassung konnten rd. 4,0 Mio. EUR dieser Gesamtmindereinnahmen ausgeglichen werden.

Das Verkehrsaufkommen im MDV sank um 0,7 % auf 173,1 Mio. Fahrgäste im Jahr 2011. Allerdings verläuft die Entwicklung räumlich differenziert. Während die Fahrgastzahlen in Halle (+ 0,5 %) stiegen, war im Binnenverkehr Leipzig ein Rückgang von ca. 1,7 % zu verzeichnen. Das Verkehrsaufkommen in den Landkreisen blieb nahezu konstant. Negativ wirkten sich insbesondere die sinkenden Auszubildendenzahlen aus. Bereinigt um das Aufkommen im Zeitkartenbereich für Auszubildende hätte sich insgesamt ein leichter Fahrgastzuwachs von 0,6 % ergeben.

Mittelfristige Unternehmensplanung

Wichtige Themen im Technikbereich für das Jahr 2012 sind:

Einführung einer Webversion von easy.GO, um easy.GO allen Kunden herstellerunabhängig anbieten zu können

Bereitstellung der Möglichkeit, in easy.GO mit Kreditkarte zu zahlen, um auch Kunden, deren Provider easy.GO nicht unterstützen, den Ticketkauf zu ermöglichen

Vorbereitung der technischen Umsetzung des neuen Tarifs, sowohl für die Fahrkartenautomaten und Busdrucker als auch für die ABO-Systeme

Einstellung und Programmierung der neuen Produkte in die Tarif- und Einnahmeverteilungsdatenbank

Einführung der Kontrollmodule zur automatisierten Prüfung von Chipkarten im Zusammenhang mit den neuen ABO-Produkten zum 01.08.2012, vorerst bei LVB und HAVAG
Start des EFRE-Telematik-Vorhabens
Durchführung des Systemvergleichs für neue Sensorsysteme im Fahrgastzählbereich (AFZ)
Weiterführung der Kooperation Verkehrsmanagement mit Schwerpunkt der Erarbeitung einer Konzeption für ein länderübergreifendes Mobilitätsportal

In 2013 werden dann voraussichtlich das EFRE-Telematik-Vorhaben und die Entwicklung des Mobilitätsportals Mitteldeutschland im Vordergrund stehen.

Der Schwerpunkt im Bereich Marktforschung und Qualitätsmanagement wird 2012 die Umsetzung der Tarifreform 2012 zum 01.08.2012 sein. Hierbei ist u. a. eine Differenzierung in die Produkte ABO Light, ABO Basis und ABO Premium vorgesehen. Zudem sollen spezielle Seniorenabonnements angeboten werden.

Die Einführung der neuen Tarifprodukte wird sowohl kommunikativ als auch marktforscherisch umfassend begleitet, um den optimalen Nutzen zu erzielen und die Veränderungen im Fahrgastverhalten zu evaluieren. Dabei ist mit den Ergebnissen der Evaluierung nicht vor 2013 zu rechnen.

Für die Produkte im Azubi-Segment ist im Jahr 2012 eine erste Marktforschung vorgesehen, um mögliche Handlungsfelder zu eruieren. Der Schwerpunkt der Marktforschung wird dann im Jahr 2013 liegen.

Für 2012 sind folgende Schwerpunkte der verkehrsplanerischen Aufgaben gesetzt:

Weiterführung der Arbeiten am Projekt „Integriertes Netz“

Aufzeigen von bisher nicht realisierten Kundenpotentialen im ÖPNV/SPNV inkl. Entwicklung geeigneter Maßnahmen neue Kunden für den öffentlichen Verkehr zu gewinnen

Fortführung von MORO, wenn finanzielle Förderung gegeben ist

Verbunderweiterung

Weiterentwicklung Verkehrsangebot im GVZ Leipzig 2013

Untersuchung zur Belegung der neuen Verknüpfungsstelle am zukünftigen S-Bahnhof Taucha

Weiterführung Wegeleitung Citytunnelstationen

Die Verbundkommunikation wird sich im Jahr 2012 stark auf die Einführung des neuen Tarifmodells fokussieren. Neben der herkömmlichen Information mittels Infopublikationen und Medienarbeit wird die Tarifumstellung durch eine breit angelegte Vermarktungskampagne begleitet.

Intensiv vorbereitet wird die Vermarktung des Integrierten Netzes, damit zu dessen Einführung im Herbst 2013 eine ähnlich umfangreiche Vermarktungskampagne wie zur Einführung des Neuen Tarifmodells umgesetzt werden kann. Diese wird eng mit der Kampagne zur Einführung des Mitteldeutschen S-Bahnnetzes verknüpft.

Mit Blick auf die signifikante Veränderung der Rahmenbedingungen des Nahverkehrs, wie die Finanzierung, die demografische Entwicklung, das Mobilitätsverhalten der Bevölkerungsgruppen, die technischen Möglichkeiten des Zugangs zum Nahverkehr und die rechtlichen Anforderungen hat die Verbundgesellschaft in 2012 eine Strategiediskussion mit allen Gesellschaftern angeregt.

Bilanzdaten (in T€)

Aktiva								
	2011 Plan		2011 Ist		2010 Ist		2009 Ist	
Anlagevermögen	638	49 %	296	22 %	367	25 %	621	41 %
Immaterielles Vermögen	561		233		267		488	
Sachanlagen	77		63		100		133	
Umlaufvermögen	639	50 %	1.054	77 %	1.101	74 %	878	58 %
Forderungen und sonst. Verm.	262		434		504		472	
Wertpapiere/Liquide Mittel	377		620		597		406	
Aktiver RAP	10	1 %	9	1 %	10	1 %	6	1 %
Bilanzsumme	1.287	100 %	1.359	100 %	1.478	100 %	1.506	100 %

Passiva								
	2011 Plan		2011 Ist		2010 Ist		2009 Ist	
Eigenkapital	464	36 %	462	34 %	462	31 %	462	31 %
Gezeichnetes Kapital	74		74		74		74	
Rücklagen	388		388		388		388	
Bilanzgewinn/-verlust	2		0		0		0	
Sonderposten	507	39 %	194	14 %	301	20 %	545	36 %
Rückstellungen	140	11 %	132	10 %	138	9 %	102	7 %
Verbindlichkeiten	176	14 %	475	35 %	386	26 %	385	25 %
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	176		475		377		385	
Passiver RAP	0		97	7 %	192	13 %	12	1 %
Bilanzsumme	1287	100 %	1.359	100 %	1.478	100 %	1.506	100 %

2. G & V – Daten

	2011 Plan	2011 Ist	2010 Ist	2009 Ist
Umsatz	555	485	371	326
Zuschüsse der Gesellschafter	2.370	2.126	2.232	2.120
Sonstige betr. Erträge	580	706	537	1.007
Gesamtleistung	3.505	3.317	3.140	3.453
Materialaufwand	1.688	1.528	1.293	1.552
Personalaufwand	1.277	1.289	1.241	1.221
Abschreibungen	170	136	228	208
Sonstige betr. Aufwendungen	373	370	381	480
Betriebliches Ergebnis	-3	-5	-3	-7
Finanzergebnis	5	6	3	8
Steuern	0	0	0	0
Jahresergebnis	2	0	0	0
Bilanzgewinn/-verlust				

3. Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2011 Plan	2011 Ist	2010 Ist	2009 Ist
Vermögenssituation				
Vermögensstruktur	49,6 %	21,7 %	24,8 %	41,3 %
Investitionsdeckung	35,5 %	209,2 %	351,4 %	60,3 %
Fremdfinanzierung	44,3 %	51,8 %	45,6 %	50,5 %
Kapitalstruktur				
Eigenkapitalquote	36,0 %	33,9 %	31,2 %	30,6 %

Liquidität				
Effektivverschuldung	keine	Keine	keine	keine
Liquiditätsgrad I	214,2 %	130,5 %	158,4 %	105,7 %
Rentabilität				
Eigenkapitalrendite		0 %	0 %	0,0 %
Gesamtkapitalrendite		0 %	0 %	0,0 %
Geschäftserfolg				
Pro-Kopf-Umsatz (T€)	21	18	14	13
Personalaufwandsquote	230,1 %	265,8 %	334,6 %	374,2 %
Zur Information (T€)				
Ertragszuschuss der Stadt Leipzig	347	347	347	345
Beschäftigte				
Im Jahresdurchschnitt (ohne Azubis)	26	26	26	26
Standardbeschäftigte				

Kulturraum Leipziger Raum

Beteiligungsübersicht

Kulturraum Leipziger Raum

Stauffenbergstraße 4
04552 Borna

Tel. 03433 / 241 162
Fax 03433 / 241 805
Email Kulturraum.LepzigerRaum@t-online.de
Internet <http://www.kulturraum05.de>

Gründungsdatum 01.08.1994

Verbandsmitglieder

Name	Stimmenanteil (%)	Stimmen
Landkreis Leipzig	50,00 %	2
Landkreis Nordsachsen	50,00 %	2

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Kulturraum fördert im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel und nach näherer Maßgabe der Förderrichtlinien die jährlich festzulegenden kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen von regionaler Bedeutung - unabhängig von ihrer Trägerschaft oder Rechtsform. Er koordiniert die Tätigkeit seiner Mitglieder, der übrigen Städte und Gemeinden seines Gebietes sowie der anderen Träger der kommunalen Kulturarbeit auf dem Gebiet der Kulturpflege, soweit dieser regionale Bedeutung zukommt.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Kulturraum Leipziger Raum an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	0,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an den Kulturraum Leipziger Raum	
Verlustabdeckung	1.931.058,67
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00



Kulturraum Leipziger Raum
c/o Landkreis Leipzig
Stauffenbergstr. 4, 04552 Borna

Borna, den 29.11.2012
Kultursekretariat
Dienstgebäude: Stauffenbergstr. 4
04552 Borna
Bearbeiter: Frau Rößler
Telefon: 03433/241 3516
Fax: 03433/241 3598
Internet: www.kulturraum03.de
E-Mail:
petra.roessler@kultur-leipzigerraum.de
Az: KR 03/11/Beteiligungsbericht

Beteiligungsbericht 2011

**Zweckverband „Kulturraum Leipziger Raum“
Kultursekretariat
Stauffenbergstr. 4
04552 Borna**

1. Entstehung des Zweckverbandes

Zur Erhaltung und Förderung kultureller Einrichtungen und Maßnahmen wurde der Zweckverband „Kulturraum Leipziger Raum“ am 01.08.1994 gebildet. Er entstand aus dem Kulturraumgesetz vom 20.01.1994 und ist ein Pflichtzweckverband. Zweck des Verbandes ist es, bürgernahe, effiziente und wandlungsfähige Strukturen im Kulturbereich zu schaffen.

2. Aufgaben des Zweckverbandes

Der Kulturraum fördert im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel und nach näherer Maßgabe der Förderrichtlinien die jährlich festzulegenden kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen von regionaler Bedeutung – unabhängig von ihrer Trägerschaft oder Rechtsform. Er koordiniert die Tätigkeit seiner Mitglieder, der übrigen Städte und Gemeinden seines Gebietes sowie der anderen Träger der kommunalen Kulturarbeit auf dem Gebiet der Kulturpflege, soweit diese regionale Bedeutung zukommt.

3. Verbandsmitglieder/Stimmrecht

Landkreis Leipzig	1 Stimme	50 %
Landkreis Nordsachsen	1 Stimme	50 %

Kulturraum Leipziger Raum: Zweckverband gemäß Gesetz über die Kulturräume in Sachsen
Mitglieder sind: Landkreis Leipzig und Landkreis Nordsachsen

4. Organe des Zweckverbandes

Herr Dr. Gey	Landrat des Landkreises Leipzig
Herr Dr. Gey - Landrat	für den Landkreis Leipzig
Herr Czupalla - Landrat	für den Landkreis Nordsachsen
Frau Terpitz	Kreisrätin LK Nordsachsen
Herr Denef	Kreisrat LK Nordsachsen
Herr Henjes	Kreisrat LK Nordsachsen
Herr Rühling	Kreisrat LK Nordsachsen
Frau Dr. Lantzsch	Kreisrätin LK Leipzig
Herr Schmidt	Kreisrätin LK Leipzig
Frau Gangloff	Kreisrätin LK Leipzig
Herr Berger	Kreisrat LK Leipzig
Herr Dr. Anders	Kulturbeiratsvorsitzender

4.1. Kulturbeirat

4.1.1 Stimmberechtigte Mitglieder

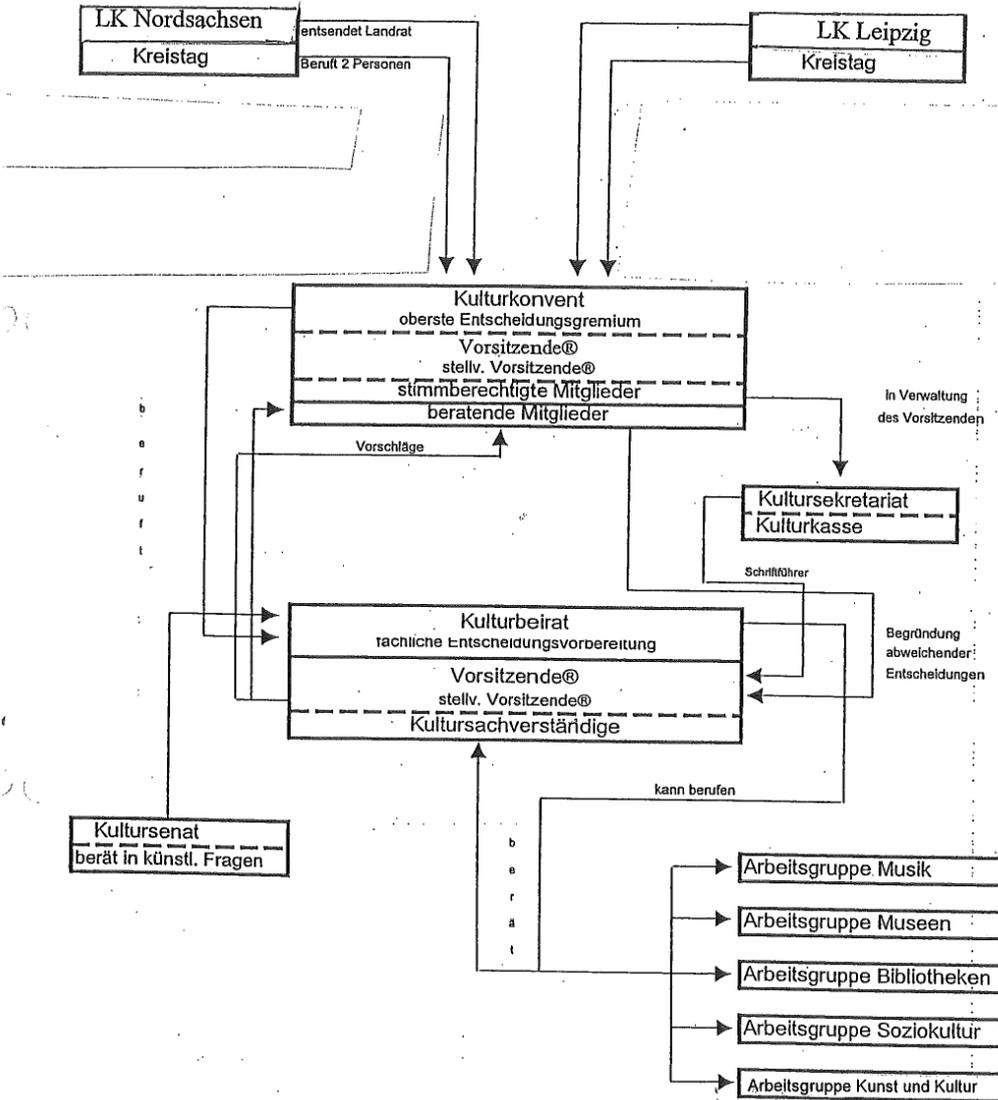
Herr Dr. Anders	Vorsitzender (Sparte Professionelle Kulturorchester und Musik, Kommunale Musikschulen)
Herr Prof. Dr. Arnold	stellv. Vorsitzender (Sparte Museen)
Herr Brünner	Landkreisvertreter für den LK Nordsachsen (Sparte Soziokulturelle Einrichtungen und Projekte sowie Projekte an Kulturhäusern)
Frau Kötz	Landkreisvertreterin für den LK Leipzig (Sparte Soziokulturelle Einrichtungen und Projekte sowie Projekte an Kulturhäusern)
Frau Masroujah	Sparte Kunst und Kultur
Frau Jurzok	Sparte Museen
Frau Pertermann	Sparte Öffentliche Bibliotheken
Herr Rößler	Sparte Kunst- und Kultur
Frau Diedrich	Sparte Öffentliche Bibliotheken
Frau Wegner	Sparte Professionelle Kulturorchester und Musik, Kommunale Musikschulen

4.1.2 Mitglieder ohne Stimmrecht

Herr Schön	Kultursekretär
------------	----------------

Kulturraum Leipziger Raum: Zweckverband gemäß Gesetz über die Kulturräume in Sachsen
Mitglieder sind: Landkreis Leipzig und Landkreis Nordsachsen

5. Organigramm



6. Überblick über die Haushaltsjahre 2009 – 2011

HH-Jahr	HH-Abschluss Gesamt	davon: Vwhh	Vmhh	Verbandsumlage €/EW	Stand der Rück- lage per 31.12.
2009	9 860 336	8 881 324	979 012	7,00	280 501
2010	10 047 815	8 895 621	1 152 194	7,09	460 176
Plan					
2011	8 941 410	8 839 995	101 415	7,16	470 583
Vorl. Ergebnis (noch nicht bestätigt)					
2011	9 487 083	8 878 149	608 934	7,16	750 954

7. Einnahmen und Ausgaben auf einen Blick

(Ergebnis 2011 noch nicht bestätigt)

	2009	2010	Plan 2011	Vorl. Ergebnis 2011
Verwaltungshaushalt				
Einnahmen gesamt	8 881 324	8 895 621	8 839 995	8 878 149
davon:				
Umlagen Landkreise	3 425 803	3 425 803	3 425 803	3 425 803
Rückforderungen	41 642	26 180	0	34 754
Zuweisungen vom Land	5 383 033	5 425 712	5 406 192	5 406 192
Sonstige Einnahmen	30 846	17 926	8 000	11 400
Rücklage KR	280 501	460 176	0	750 954
Mindestrücklage KR	0	185 785	0	177 922
Ausgaben gesamt	8 881 324	8 895 621	8 839 995	8 878 149
davon:				
Erstattung von Verw.- u. Betriebskosten (Personalausgaben)	221 774	215 648	230 000	220 905
Allg. Verwaltungs- und Betriebsaufwand	69 369	65 701	117 500	78 595
Zuwendungen/Zuweisungen und Zuschüsse	8 456 908	8 453 708	8 453 495	8 175 863
Zuführung zum Vmhh	133 273	160 564	39 000	402 786
davon: Zuführung Rücklage (Kulturraum)	87 662	83 445	0	357 502

Kulturraum Leipziger Raum: Zweckverband gemäß Gesetz über die Kulturräume in Sachsen
Mitglieder sind: Landkreis Leipzig und Landkreis Nordsachsen

(Ergebnis 2011 noch nicht bestätigt)

	2009	2010	Plan 2011	Vorl. Ergebnis 2011
Vermögenshaushalt				
Einnahmen gesamt	979 013	1 152 194	101 415	608 934
davon:				
Sonstige Einnahmen	3 010	0	0	0
Zuwendung vom Land	600 000	798 900	0	0
Rückzahlung v. Fömi	0	192 730	62 415	158 915
Zuführung zum Vmhh	133 273	160 564	39 000	44 926
dav.: Zuf. z. allg. Rücklage	87 662	83 445	0	357 502
Entnahme aus Rücklage	242 730	0	0	47 591
Ausgaben gesamt	979 013	1 152 194	101 415	608 934
davon:				
Zuwendung/Zuweisung und Zuschüsse	875 330	951 900	101 415	251 432
Sonstiges	16 021	20 619	0	0
Zuführung zur Rücklage	87 662	179 675	0	357 502
Zuf. z. Vvhh (Entnahme)	0	0	0	0

8. Ausgewählte Kennzahlen des Zweckverbandes

8.1 Entwicklung der gezahlten Verbandsumlage

(Ergebnis 2011 noch nicht bestätigt)

	2009	2010	Plan 2011	Vorl. Ergebnis 2011
Verbandsumlage des Landkreises Leipzig	1 940 375	1 911 941	1 931 059	1 931 059

8.2 Personalentwicklung

Anzahl der Mitarbeiter

Der Zweckverband beschäftigt lt. Satzung kein eigenes Personal.

Personalkosten

(Vorl. Ergebnis 2011 noch nicht bestätigt)

	2009	2010	Plan 2011	Vorl. Ergebnis 2011
Vergütung Angestellte	221 774	215 648	230 000	220 905

Kulturraum Leipziger Raum: Zweckverband gemäß Gesetz über die Kulturräume in Sachsen

Mitglieder sind: Landkreis Leipzig und Landkreis Nordsachsen

Angestellte des Landratsamtes Landkreis Leipzig und des Landratsamtes Landkreis Nordsachsen führen im Auftrag des Kulturkonvents die Tätigkeit im Zweckverband „Kulturraum Leipziger Raum“ aus.

8.3 Investitionsentwicklung

Im Zweckverband „Kulturraum Leipziger Raum“ werden keine Bauinvestitionen durchgeführt.

8.4 Planung für die Zukunft

Der am 01.08.1994 gegründete Zweckverband übt seine Tätigkeit auf Grund des Sächsischen Kulturraumgesetzes vom 20.01.1994 aus. Mit rechtsbereinigtem SächsKRG i. d. F. vom 18.08.2008 gilt das Gesetz unbefristet.



Dr. Geß
Vorsitzender des Kulturkonvents

Regionaler Planungsverband Westsachsen

Beteiligungsübersicht

Regionaler Planungsverband Westsachsen

Bautzner Straße 67
04347 Leipzig

Tel. 0341 / 33 74 16 - 0
Fax 0341 / 33 74 16 - 33

Email
Internet <http://www.rpv-west Sachsen.de>

Gründungsdatum 06.12.1992

Verbandsmitglieder

Name	Stimmenanteil (%)	Stimmen
Stadt Leipzig	40,00 %	6
Landkreis Leipzig	33,33 %	5
Landkreis Nordsachsen	26,67 %	4

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Regionalplanung als ein Teil der Landesplanung ist eine zusammenfassende, überörtliche und überfachliche Planung, die durch das Landesplanungsgesetz kommunal verfassten Regionalen Planungsverbänden übertragen wird.

Somit obliegt dem Regionalen Planungsverband Westsachsen die Regionalplanung für die Planungsregion Westsachsen, die mit dem Regierungsbezirk Leipzig deckungsgleich ist. Die regionalen Planungsverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben die Aufgabe, für das Gebiet ihrer Planungsregion den Regionalplan aufzustellen und fortzuschreiben sowie auf seine Umsetzung hinzuwirken. Regionalpläne enthalten Grundsätze und Ziele für die räumliche Ordnung und Entwicklung der jeweiligen Planungsregion, insbesondere in den Bereichen der Ökologie, der Wirtschaft, der Siedlung und der Infrastruktur. In den Regionalplan ist zugleich der Landesrahmenplan einbezogen.

In den Braunkohlenplangebietern der Planungsregion Westsachsen sind darüber hinaus für jeden Braunkohlentagebau Braunkohlenpläne bzw. für stillgelegte oder stillzulegende Tagebaue Sanierungsrahmenpläne aufzustellen.

Hauptaufgaben des Verbandes sind:

- Erstellung und Fortführung des Regionalplanes
- Erstellung von Braunkohlen- und Sanierungsrahmenplänen für die zehn Tagebaue der Planungsregion
- Erarbeitung des Landschaftsrahmenplanes
- Regionalmanagement
- Raumbewertung und Politikberatung
- Stellungnahmen zu raumbedeutsamen Vorhaben und im Rahmen der Bauleitplanung

Finanzbeziehungen

Leistungen des Regionaler Planungsverband Westsachsen an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	0,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an den Regionaler Planungsverband Westsachsen	
Verlustabdeckung	10.787,76
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00

**REGIONALER PLANUNGSVERBAND
LEIPZIG - WESTSACHSEN**

**JAHRESRECHNUNG
2011**

Leipzig, den 22. Juni 2012



Prof. Dr. habil. Andreas Berkner
Leiter der Regionalen Planungsstelle



Dr. Gerhard Gey
Verbandsvorsitzender

Inhaltsverzeichnis

0	Vorbemerkungen	4
0.1	Rechtsgrundlagen	4
0.2	Kassenführung	4
0.3	Gesamtübersicht	4
1	Rechenschaftsbericht 2011	5
1.1	Allgemeines	5
1.2	Erläuterungen zur Haushaltsrechnung 2011	5
1.3	Stellenplan	6
1.4	Schuldenstand	6
1.5	Haushaltsreste	6
1.6	Außerplanmäßige Einnahmen/Ausgaben	7
1.7	Zweckgebundene Zuweisung des SMI (Mehrbelastungsausgleich – MBA).....	7
1.8	Bestand der Gesamtrücklage	8
2	Abrechnung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2011	10
3	Kassenabschluss 2011	11
4	Haushaltsrechnung 2011	12
4.1	Verwaltungshaushalt	12
4.1.1	Verwaltungshaushalt/Einnahmen	12
4.1.2	Verwaltungshaushalt/Ausgaben	13
4.2	Vermögenshaushalt	14
4.2.1	Vermögenshaushalt/Einnahmen	14
4.2.2	Vermögenshaushalt/Ausgaben	15
5	Vermögensrechnung 2011	16
5.1	Nachweis entsprechend § 45 Gemeindehaushaltsverordnung KomHVO	16
5.2	Bestandsverzeichnis der Einrichtungsgegenstände und Geräte in der Geschäftsstelle des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen	17
5.3	Bestandsverzeichnis der Einrichtungsgegenstände u. Geräte/Software in der Regionalen Planungsstelle Leipzig	17
6	Feststellung und Aufgliederung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2011	18

Tabellen

Tabelle 1	Entwicklung der zweckgebundenen, allgemeinen und Gesamtrücklage in den Jahren 2008 bis 2011 in €	
-----------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------	--

Anlagen

Anlage 1	Inventarverzeichnis der Regionalen Planungsstelle (Auszug KAI vom 15.05.2012)	
----------	-------------------------------------------------------------------------------	--

0 Vorbemerkungen

0.1 Rechtsgrundlagen

Für die Wirtschaftsführung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen finden die Vorschriften über die Gemeinwirtschaft entsprechende Anwendung (§ 88 SächsGemO, §§ 41-46 KomHVO des Freistaates Sachsen, § 8 und § 9 der Verbandssatzung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen vom 09. Mai 2011 (SächsABI./AAz. Nr. 21 v. 26. Mai 2011, S. A 221, A 224).

Nach § 88 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 18.03.2003 (SächsGVBl. S. 55, 159), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 323, 325) geändert worden ist, ist innerhalb von sechs Monaten nach Ende des Haushaltsjahrs 2011 eine Jahresrechnung für diesen Haushalt aufzustellen und vom Regionalen Planungsverband bis spätestens 31.12.2012 mit Beschluss festzustellen. Nach § 9 Abs. 3 der Verbandssatzung ist die Rechnungsprüfung für das Haushaltsjahr 2011 dem Rechnungsprüfungsamt des Landratsamts Leipzig zu übertragen. Der Verband hat für jedes Haushaltsjahr über alle Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen einen Haushaltsplan mit einer Satzung aufzustellen und nach Schluss des Haushaltsjahrs Rechnung zu tragen.

0.2 Kassenführung

Gemäß der Vereinbarung über eine Verwaltungsleihe vom 24.11.1994, geändert durch den Geschäftsbesorgungsvertrag vom 10.09.1996 wird die Kasse des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen vom Landratsamt des Muldentalkreises geführt. Im Zuge der durchgeführten Kreisgebietsreform im Jahr 2008 wird diese Aufgabe vom Landratsamt Leipzig weitergeführt. Der Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Landkreis Leipzig wurde zuletzt mit Datum vom 01.07.2010 geändert. Die Drucklisten befinden sich im Original in der Finanzverwaltung des Landratsamts Leipzig.

0.3 Gesamtübersicht

Für die Jahresrechnung 2011 wurden gemäß § 41 KomHVO des Freistaates Sachsen erstellt:

• Rechenschaftsbericht			
• HKR – Haushaltsjahr 2011:			
Endgültiger Jahresabschluss	Druckliste	7236	Blatt 1
Übertragung buchmäßiger Kassenbestand	Druckliste	7234	Blatt 1
HH-Rechnung R-Querschnitt (EP 0 bis EP 8)	Druckliste	5261_v1	Blatt 1/VWHH
HH-Rechnung R-Querschnitt (EP 0 bis EP 8)	Druckliste	5262_v1	Blatt 1/VMHH
HH-Rechnung R-Querschnitt (EP 9)	Druckliste	5263_v1	Blatt 1
HH-Rechnung Gruppierungsübersicht	Druckliste	5271_v2	Blatt 1-12
HH-Rechnung VWHH	Druckliste	5211_v1	Blatt 1-6
HH-Rechnung VMHH	Druckliste	5211_v1	Blatt 7-9
HH-Rechnung ShV	Druckliste	5211_v1	Blatt 10-13
Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge (ShV)	Druckliste	52c21	Blatt 1
HH-Rechnung ShV/VuV	Druckliste	52c1	Blatt 1
Gesamtrechnung VWHH	Druckliste	5231_v1	Blatt 1
Gesamtrechnung VMHH	Druckliste	5231_v1	Blatt 2
Gesamtrechnung ShV	Druckliste	5231_v1	Blatt 3
Kassenabschluss	Druckliste	7246	Blatt 1
Kassenabschluss Sachsen	Druckliste	724b_	Blatt 1
Abstimmungsblatt (M1)	Druckliste	7244	Blatt 1
Gegenprobe	Druckliste	7243	Blatt 1
Ausweis Kassenreste	Druckliste	7242	Blatt 1 u. 2
HH-Rechnung/Ergebnisblatt	Druckliste	7245	Blatt 1
Tagesabschluss (endgültig)	Druckliste	4331	Blatt 4
Zeitbuch	Druckliste	4432	Blatt 1

1 Rechenschaftsbericht 2011

1.1 Allgemeines

Die Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen hat die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2011 am 28.10.2010 mit einem Gesamtvolumen von 1 248 950,00 € beschlossen (Beschluss Nr. V/VV 09/03/2010). Ein Nachtragshaushalt war 2011 nicht erforderlich. Die Haushaltsrechnung enthält den Planvergleich und das deckungswirtschaftliche Ergebnis.

Der Beschluss der Haushaltssatzung einschließlich des Haushaltsplans für das Jahr 2011 durch die Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen wurde dem Sächsischen Staatsministerium des Innern mit Schreiben vom 11.11.2010 angezeigt. Die Haushaltssatzung enthielt keine genehmigungspflichtigen Bestandteile. Durch die Rechtsaufsichtsbehörde wurden binnen der Frist von einem Monat nach Vorlage der Haushaltssatzung keine rechtlichen Bedenken gegenüber der vorgelegten Haushaltssatzung einschließlich des Haushaltsplans vorgetragen.

Die öffentliche Bekanntmachung zur Haushaltssatzung einschließlich des Haushaltsplans 2011 erfolgte im SächsABl./AAz. Nr.47/2010 S. A 446 vom 25. November 2010 sowie in den Amtsblättern der Gebietskörperschaften des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen. Die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2011 wird nach § 9 Abs. 3 der Verbandssatzung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen vom 09. Mai 2011 (SächsABl./AAz. Nr. 21 v. 26. Mai 2011, S. A 221, A 224) dem Rechnungsprüfungsamt des Landratsamts Leipzig übertragen.

1.2 Erläuterungen zur Haushaltsrechnung 2011

Die Einnahmen und Ausgaben sind im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt für das Jahr 2011, abweichend von den bisherigen Haushaltssatzungen und -plänen vorangegangener Haushaltsjahre, für die Bereiche Geschäftsstelle und Regionale Planungsstelle nicht mehr getrennt aufgeführt. Ursache dafür sind personelle und daraus resultierende strukturelle Veränderungen in der Verbandsverwaltung, welche nachfolgend noch erläutert werden. Grundlegende Transparenz der Aufteilung der Einnahmen, insbesondere des Mehrbelastungsausgleichs durch den Freistaat Sachsen, und der Ausgaben bleiben grundsätzlich erhalten.

Der bisherige Geschäftsführer ist aus seinem Beschäftigungsverhältnis im laufenden Haushaltsjahr 2010 ausgeschieden. Die Stelle wurde nicht neu besetzt. Die anfallenden Aufgaben wurden im Fachbereich der Regionalen Planungsstelle verteilt. Das Mietverhältnis für die durch den Geschäftsführer genutzten Räumlichkeiten im Landratsamt Leipzig am Standort Grimma wurde beendet. Damit fallen im Bereich der ehemaligen Geschäftsstelle im Haushaltsjahr 2011 weder Personal- noch personalspezifische Sachkosten (Mieten, Betriebskosten, Telefon etc.) an.

Aus diesem Grund wurde die Kostenstelle 6100/- mit Beginn des Haushaltsjahrs 2011 vollständig zur Minimierung des Verwaltungsaufwands aufgelöst. Die ehemaligen Verrechnungsstellen des VWHH 6100/4001 – Ehrenamt (Sitzungsgeld, Aufwandsentschädigungen), 6100/6530 – Bekanntmachungen und 6100/6600 – Verfügungsfond des Verbandsvorsitzenden werden in den Kontenrahmen des Fachbereichs der Regionalen Planungsstelle 6101/- integriert. Gleiches gilt für die Einnahmestellen des VWHH als auch des VMHH. Die mit der Übernahme der Aufgaben der Geschäftsstelle durch die Regionale Planungsstelle verbundenen finanziellen Mehraufwendungen im Bereich der Sachkosten, wie Post- u. Fernmeldgebühren, Büromaterial oder Dienstreisen, sind in den jeweiligen Haushaltsstellen berücksichtigt.

Die Abrechnung des Haushaltsplans des Haushaltsjahrs 2011 ist für den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt unter Beachtung der jeweiligen Ein- und Ausgaben dargestellt. Die Verbandsumlage ist in beschlossener Höhe von 39 800,00 € und der Mehrbelastungsausgleich (MBA) gemäß Art.1 Nr. 5 des Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes (Sächs LPIG) vom 09.09.2005 in der festgelegten Höhe von 1 015 000,00 € in den Haushalt eingeflossen. Die Hinweise des Rechnungsprüfungsamts des Landratsamts Leipzig zur örtlichen Prüfung des Jahresabschlusses 2010 vom 08.08.2011 wurden in der weiteren Haushaltsführung berücksichtigt.

Im Verwaltungshaushalt standen in der Gesamtsumme den Wenigereinnahmen in Höhe von 80 545,13 € Wenigerausgaben in gleicher Höhe gegenüber.

Jahresrechnung 2011

Der Gesamtrücklage wurden gegenüber dem Entnahmeansatz der Haushaltssatzung von 85 950,00 € Mittel in Höhe von 137 438,51 € zugeführt. Die unter der HHSt. 61010/40010 – Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit – angefallenen Kosten wurden in voller Höhe mit 3 962,00 € gemäß Satzung zur Entschädigung der Mitglieder der Verbandsversammlung vom 24. Juni 2010 (SächsABl./AAz. Nr. 36 v. 09. September 2010, S. A 330) erstattet. Die Aufwendungen für Fahrtauslagen wurden im Abrechnungszeitraum mit 0,25 €/km erstattet.

Für öffentliche Bekanntmachungen und für die Bekanntgabe der Verbandstermine wurden unter der HHSt. 61010/65300 Mittel in Höhe von 4 226,07 € aufgewendet. Für Personalkosten in der Regionalen Planungsstelle (Entgelt, ZVK, AG-Anteil SV) wurden Mittel in Höhe v. 787 199,19 € aufgewendet. Damit überstiegen die Personalkosten, wie bereits im Haushaltsjahr 2010, den zweckgebundenen Anteil aus dem MBA von 761 100,00 € in einer Höhe von 30 061,19 €. Dies führte zu einer Verringerung des Anteils Personalkosten in der zweckgebundenen Rücklage in gleicher Höhe. Für Mieten und Betriebskosten wurden 38 189,49 € und für Dienstleistungen Dritter (Bezugerechnung, Haushaltsrechnung, Wartung) Mittel in Höhe von 23 449,45 € aufgewendet. Für die Nutzung des Dienst-Kfz in der RPS betragen die Kosten insgesamt 5 957,88 €. Davon entfielen auf die Haushaltsstellen 61010/53200 Kfz-Leasing 3 241,56 € sowie 61010/55000 Haltung von Fahrzeugen 2 716,32 €. Unter der Haushaltsstelle 61010/65500 – Sachverständigen-, Gerichts- u. ähnliche Kosten – standen Mittel in Höhe von insgesamt 100 000,00 € zur Verfügung. Für die von den Verbandsgremien beschlossenen oder befürworteten Maßnahmen betragen die angefallenen Kosten lediglich 9 320,08 €. Gründe für die Nichtinanspruchnahme von geplanten Haushaltsmitteln bestanden u. a. darin, dass geplante Mittel für die Umstellung der kalendarischen auf die doppische Haushaltsführung nicht in Anspruch genommen werden mussten. Die erforderlichen Leistungen konnten kosteneffizient mit der Finanzverwaltung des Landkreises Leipzig vorbereitet werden. Aufgrund der erreichten Verfahrensstände war eine Vergabe von Fachgutachten für die Teilfortschreibungen B 87n und Kapitel 11 des Regionalplans Westsachsen 2008 nicht wie geplant erforderlich.

Die Aufgliederung ist nachfolgender Auflistung zu entnehmen:

1.1	Honorar für den Rechtsbeistand durch die Kanzlei LOH Berlin im Rahmen des Rechtsstreits mit Pro Ventum Bad Lausick GbR	9 320,08 €
		<hr/>
		9 320,08 €

Weitere vorsorglich in den Haushalt 2011 eingeordnete Mittel wurden unter Beachtung der gerichtlichen Verfahrensstände noch nicht beansprucht. Die dadurch aus dem MBA (10 000,00 €) nicht in Anspruch genommenen Mittel wurden in der Höhe von 679,92 € in der zweckgebundenen Rücklage akkumuliert.

1.3 Stellenplan

Mit dem Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes vom 09.09.2005 wurde die Grundlage für den Übergang der Beschäftigungsverhältnisse der Mitarbeiter der Regionalen Planungsstelle Leipzig vom Freistaat Sachsen zum Regionalen Planungsverband Leipzig-West Sachsen geregelt. Im Regionalen Planungsverband Leipzig-West Sachsen hat ab 01.01.2007 der Tarifvertrag nach TVöD (VKA) einheitlich Gültigkeit. Der Regionale Planungsverband Leipzig-West Sachsen ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband Sachsen e. V. (KAV).

Im Fachbereich Regionale Planungsstelle ist ab 05/2010 zum Ausgleich eines Arbeitsverhältnisses in Altersteilzeit eine bis Ende 04/2012 befristete Neueinstellung mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 32 h erfolgt. Mit Beginn des Haushaltsjahrs 2011 betrug die wöchentliche Arbeitszeit für diese Stelle 40 h. Ein Dienstverhältnis in Altersteilzeit wurde zum 31.05.2011 beendet. Alle anderen Arbeitsverhältnisse im Fachbereich Regionale Planungsstelle bleiben unverändert.

1.4 Schuldenstand

Der Schuldenstand hatte am 31.12.2011 einen Wert von 0,00 €.

1.5 Haushaltsreste

Haushaltseinnahmereste und -ausgabereiste sind im Haushaltsjahr 2011 nicht angefallen.

1.6 Außerplanmäßige Einnahmen/Ausgaben

Außerplanmäßig sind im Verwaltungshaushalt Zinseinnahmen in Höhe von 3 556,72 € zu verzeichnen. Diese resultieren daraus, dass sich die Konditionen am Kapitalmarkt im Haushaltsjahr 2011 nicht wie bei der Haushaltsplanung angenommen weiter verschlechtert haben und keine Mittel aus der Rücklage entnommen werden mussten. Weitere außerplanmäßige Einnahmen wurden in der Haushaltsstelle 61010/13000 durch Schutzgebühren auf Druckerzeugnisse in Höhe von 1 643,60 € sowie in der Haushaltsstelle 61010/17300 durch die Gutschrift eines Lieferanten in Höhe von 115,87 € erzielt. Im Verwaltungshaushalt des Haushaltsjahrs 2011 sind keine Mindereinnahmen und außerplanmäßigen Ausgaben zu verzeichnen.

1.7 Zweckgebundene Zuweisung des SMI (Mehrbelastungsausgleich – MBA)

Mit der Kommunalisierung ab 01.01.2006 sind Personal und Inventar der Regionalen Planungsstelle in den Regionalen Planungsverband Leipzig-West Sachsen übergegangen.

Gemäß Art.1 Nr. 5 des Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes vom 09.09.2005 (Säch GVBl. S. 257) wird zur Deckung der Ausgaben für die Regionalplanung im Rahmen der Erfüllung der übertragenen Pflichtaufgaben seitens des SMI ein pauschaler Mehrbelastungsausgleich (MBA) für die Regionale Planungsstelle und den Verband gewährt. Auf der Grundlage einer vom SMI in Auftrag gegebenen Organisationsuntersuchung wurden die jährlichen Zuweisungen mit Zweckbestimmung als ein jährlicher Pauschalsatz ermittelt. Das Anwachsen der Personalkosten, Absichern von Ersatzinvestitionen (z. B. PC- und Drucktechnik, Büroausstattung) und die Drucklegung und Bekanntmachung von Regional- und Braunkohlenplänen sowie mögliche Rechtsverfolgungskosten kann zunächst nur durch eine zugeordnete Akkumulation nicht benötigter finanzieller Mittel aus den jeweiligen Haushaltsjahren nach der Kommunalisierung zu Schwerpunkten als „zweckgebundene Rücklage“ abgesichert werden.

Aufgrund der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses des Geschäftsführers im laufenden Haushaltsjahr 2010, des Verzichts einer Neubesetzung dieser Stelle sowie der internen Verteilung der anfallenden Aufgaben im Fachbereich der Regionalen Planungsstelle wurde die Kostenstelle 6100/- mit Beginn des Haushaltsjahrs 2011 vollständig zur Minimierung des Verwaltungsaufwands aufgelöst. Die ehemaligen Verrechnungsstellen des VWHH 6100/4001 – Ehrenamt (Sitzungsgeld, Aufwandsentschädigungen), 6100/6530 – Bekanntmachungen, 6100/6550 – Rechtsverfolgung und 6100/6600 – Verfügungsfond des Verbandsvorsitzenden werden in den Kontenrahmen des Fachbereichs der Regionalen Planungsstelle 6101/- integriert. Dabei ist weiterhin zu beachten, dass die Kostenstellen 6101/6600 – Verfügungsfond des Verbandsvorsitzenden und 6101/6552 Projektkosten MORO keine Mittel aus dem Mehrbelastungsausgleich erhalten. Somit sind dafür notwendige Aufwendungen durch Zuweisungen vom Bund, anteilige Verwendung anderer Einnahmen des Planungsverbands oder Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage zu decken.

Aus diesem Grund stellt sich ab dem Haushaltsjahr 2011 die Aufteilung des Mehrbelastungsausgleichs auf die einzelnen Kosten- und Haushaltsstellen wie folgt dar:

Anteile an der Haushaltsstellen am zweckgebundenen Mehrbelastungsausgleich (ab Haushaltsjahr 2011)						
	Regionale Planungsstelle			Regionaler Planungsverband		
	Personalkosten	Sachkosten	bew. Sachen AV	Aufwandsentg.	Bekanntmachg.	Rechtsverfolgung
Anteil MBA	761.100,00 €	218.400,00 €		25.500,00 €		10.000,00 €
Haushaltsstellen	61010/ 4120, 4140, 4320, 4340, 4420, 4440, 4500	61010/ 5200, 5300, 5320, 5400, 5500, 5620, 5630, 5700, 6300, 6400, 6450, 6501, 6502, 6510, 6520, 6540, 6550 (anteilig), 6551, 6580, 6610	61010/9350	61010/4001	61010/6530	61010/6550 (anteilig)

In der Kostenstelle 61010/6550 sind nicht nur die Aufwendungen für die Rechtsverfolgung, sondern auch für Gutachten, Expertisen oder sonstige wissenschaftliche oder ingenieurtechnische Leistungen Dritter

geplant. Im Zuge der Jahresrechnung ab dem Haushaltsjahr 2011 müssen deshalb die Leistungsinhalte zur Reduzierung oder Erhöhung der zweckgebundenen Rücklage exakt getrennt werden. Die zweckgebundene Rücklage ergibt sich aus der Differenz zwischen dem MBA und der in den dargestellten Haushaltsstellen abgerechneten Ergebnisse.

Eine getrennte Aufteilung der zweckgebundenen Zuweisung in Höhe von 218 400,00 € für Sachkosten und bewegliche Sachen des Anlagevermögens erfolgte durch das SMI nicht explizit. Die Aufteilung wird bedarfsgerecht im Zuge der jährlichen Haushaltsplanungen des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen durch eine entsprechende Zuweisung aus dem MBA zum Vermögenshaushalt vorgenommen. Damit kann eine getrennte Akkumulierung in der zweckgebundenen Rücklage vorgenommen werden. Für das Haushaltsjahr 2011 waren für bewegliche Sachen des Anlagevermögens 20 000,00 € aus dem MBA geplant. Damit standen für Sachkosten noch 198 400,00 € aus dem MBA zur Verfügung. In der Haushaltsstelle 6101/65500 waren insgesamt 100 000,00 € geplant. Davon entfallen auf die Rechtsverfolgung 45 000,00 €, so dass anteilig 55 000,00 € den Sachkosten zuzurechnen sind. Somit wurden in Summe für Sachkosten und bewegliche Sachen des Anlagevermögens 234 500,00 € geplant. Damit überstiegen die geplanten Kosten den aus dem MBA zur Verfügung stehenden Anteil in Summe um 16 100,00 €. Bei einer Inanspruchnahme der geplanten Mittel in voller Höhe hätte sich die zweckgebundene Rücklage um diesen Betrag verringert. Es wurden jedoch nur Mittel in Höhe von 118 866,66 € bzw. 9 440,27 € ausgegeben. Dadurch erhöhte sich die zweckgebundene Rücklage für die Sachkosten um 79 533,34 € (Differenz zwischen 198 400,00 € und 118 866,66 €) sowie für bewegliche Sachen des Anlagevermögens um 10 559,73 € (Differenz zwischen 20 000,00 € und 9 440,27 €).

Gleiches ist für die geplanten Kosten für die Rechtsverfolgung zu vermerken. Den aus dem Anteil des MBA zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe von 10 000,00 € und den in der zweckgebundenen Rücklage akkumulierten Mitteln in Höhe von 8 743,36 € standen geplante Ausgaben von insgesamt 45 000,00 € gegenüber. Bei einer Inanspruchnahme der geplanten Mittel in voller Höhe wäre die zweckgebundene Rücklage vollständig aufgezehrt worden. Die verbleibende Differenz in Höhe von 26 256,64 € hätte durch eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage gedeckt werden müssen. Da jedoch gegenüber dem geplanten Ansatz nur 9 320,08 € ausgegeben wurden, erhöhte sich die zweckgebundene Rücklage für die Rechtsverfolgung um 679,92 €.

Für Aufwandsentschädigungen und öffentliche Bekanntmachungen sind anteilig 25 500,00 € im MBA enthalten. Der Anteil wird im MBA jedoch nur in Summe und nicht getrennt nach diesen Haushaltsstellen gemäß den Vorgaben des SMI ausgewiesen. Bisher erfolgte in keinem Haushaltsplan im Zeitraum zwischen 2006 und 2010 der Planansatz für beide Positionen in voller Höhe von 25 500,00 €. Es waren, jeweils in den einzelnen Haushaltsjahren unterschiedlich, immer geringere Planansätze festgelegt. Die zweckgebundene Rücklage für diese Positionen muss jedoch aus der Differenz des Anteils am MBA in Höhe von 25 500,00 € und den erreichten Ergebnissen gebildet werden.

1.8 Bestand der Gesamtrücklage

Der Mindestbetrag für die allgemeine Rücklage für den Kassenbedarf nach § 20 Abs.2, Satz 2 KomVO wurde gemäß Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 wie folgt ermittelt:

Ausgaben des Verwaltungshaushalts

2008	1 044 409,60 €	
2009	1 160 200,00 €	
2010	1 253 100,00 €	
SUMME	3 457 709,60 €	
Jahresdurchschnitt:	1 152 569,87 €	davon 2 % = 23 051,40 €

Ausgehend vom Stand der allgemeinen Rücklage per 31.12.2011 in Höhe von 239 604,39 € ist eine Überdeckung in Höhe von 216 552,99 € zu verzeichnen.

Die Gesamtrücklage erhöht sich im Ergebnis der Jahresrechnung 2011 um 137 438,51 € auf nunmehr insgesamt 1 072 531,01 €. Sie besteht aus der zweckgebundenen Rücklage in Höhe von 832 926,62 € und der allgemeinen Rücklage in Höhe von 239 604,39 €. Eine detaillierte Übersicht über die Bildung der zweckgebundenen, allgemeinen und Gesamtrücklage in den Haushaltsjahren von 2008 bis 2011 wird in nachstehender Tabelle 1 gegeben.

Tabelle 1

**Entwicklung der zweckgebundenen, allgemeinen und Gesamtrücklage in den Jahren 2008 bis 2011
(in €)**

	Anteile an der zweckgebundenen Rücklage						zweckg. Rücklage	allg. Rücklage	Gesamtrücklage
	Regionale Planungsstelle		bew. Sachen A V		Regionaler Planungsverband				
	Personalkosten	Sachkosten	Aufwandsentg.	Bekanntmachg.	Rechtsverfolgung				
Anteil MBA	761.100,00	218.400,00		25.500,00	10.000,00				
Veränderung 2008	58.512,54	60.896,89	12.647,73	15.970,57	10.000,00	158.027,73	-14.880,14	143.147,59	
Stand 31.12.2008	296.448,08	249.910,65	22.754,39	45.123,73	1.330,50	615.567,35	64.169,92	679.737,27	
Veränderung 2009	-21.404,58	99.857,15	365,50	16.732,33	3.533,54	99.083,94	87.128,44	186.212,38	
Stand 31.12.2009	275.043,50	349.767,80	23.119,89	61.856,06	4.864,04	714.651,29	151.298,36	865.949,65	
Veränderung 2010	-26.390,96	33.808,26	7.263,35	12.865,59	8.743,36	36.289,60	32.853,25	69.142,85	
Stand 31.12.2010	248.652,54	383.576,06	30.383,24	74.721,65	13.607,40	750.940,89	184.151,61	935.092,50	
Veränderung 2011	-26.099,19	79.533,34	10.559,73	17.311,93	679,92	81.985,73	55.452,78	137.438,51	
Stand 31.12.2011	222.553,35	463.109,40	40.942,97	92.033,58	14.287,32	832.926,62	239.604,39	1.072.531,01	

HHSt 61010/65520 Forschungsprojekt MORO -> Aufwendungen im Ergebnis berücksichtigt (2009 Ausgaben in Höhe von 19.405,20 €, 2010 Ausgaben in Höhe von 60.539,60 € und 2011 Ausgaben in Höhe von 10.552,09 abgezogen)

2 Abrechnung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2011

(in €)

Einzelplan	Haushaltsansatz			Ergebnis der Jahresrechnung	
Nr. Bezeichnung	Einnahmen	Ausgaben	Verpfl.	Einnahmen	Ausgaben
Verwaltungshaushalt					
0 Allgemeine Verwaltung	0,00	0,00		0,00	0,00
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	0,00	0,00		0,00	0,00
2 Schulen	0,00	0,00		0,00	0,00
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	0,00	0,00		0,00	0,00
4 Soziale Angelegenheiten	0,00	0,00		0,00	0,00
5 Gesundheit, Sport, Erholung	0,00	0,00		0,00	0,00
6 Bau, Wohnungswesen, Verkehr	1 050 050,00	1 143 000,00		1 051 898,15	935 576,09
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	0,00	0,00		0,00	0,00
8 Wirtschaftliche Unternehmen, allg. Grund-u. Sondervermögen	0,00	0,00		0,00	0,00
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	92 950,00	0,00		10 556,72	126 878,78
0-9 Zusammen	1 143 000,00	1 143 000,00		1 062 454,87	1 062 454,87
Nr. Bezeichnung	Einnahmen	Ausgaben	Verpfl.	Einnahmen	Ausgaben
Vermögenshaushalt					
0 Allgemeine Verwaltung	0,00	0,00		0,00	0,00
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	0,00	0,00		0,00	0,00
2 Schulen	0,00	0,00		0,00	0,00
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	0,00	0,00		0,00	0,00
4 Soziale Angelegenheiten	0,00	0,00		0,00	0,00
5 Gesundheit, Sport, Erholung	0,00	0,00		0,00	0,00
6 Bau, Wohnungswesen, Verkehr	20 000,00	20 000,00		20 000,00	9 440,27
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	0,00	0,00		0,00	0,00
8 Wirtschaftliche Unternehmen, allg. Grund-u. Sondervermögen	0,00	0,00		0,00	0,00
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	85 950,00	85 950,00		126 878,78	137 438,51
0-9 Zusammen	105 950,00	105 950,00		146 878,78	146 878,78
Gesamthaushalt	1 248 950,00	1 248 950,00		1 209 333,65	1 209 333,65

3 Kassenabschluss 2011

(in €)

Bezeichnung	VW-HH	VM-HH	ShV/VW/VS	Gesamthaushalt
EINNAHMEN				
Soll-Einnahmen	1 062.454,87	146 878,78	2 143 398,16	3 352 731,81
+ Kassenrest Vorjahr	35,40	0,00	935 421,35	935 456,75
- Abgang Kassenrest	0,00	0,00	0,00	0,00
- Ist-Einnahmen	1 062 423,27	146 878,78	2 006 060,02	3 215 362,07
Kassen-Einnahmereste	67,00	0,00	1 072 759,49	1 072 826,49
AUSGABEN				
Soll-Ausgaben	1 062 454,87	146 878,78	2 143 398,16	3 352 731,81
+ Kassenrest Vorjahr	364,25	0,00	935 092,50	935 456,75
- Abgang Kassenrest	0,00	0,00	0,00	0,00
- Ist-Ausgaben	1 062 523,64	146 878,78	2 005 959,65	3 215 362,07
Kassen-Ausgabereste	295,48	0,00	1 072 531,01	1 072 826,49

Buchungsmäßiger Kassenbestand 2011

Ist-Überschuss	0,00	0,00	100,37	0,00
Ist-Fehlbetrag	- 100,37	0,00	0,00	0,00

Folgende Kassenbestände wurden ins Folgejahr 2012 übernommen

Verwaltungs-HH				
1.92000.29500.00-000	0,00			
1.92000.89500.00-000				
Vermögens-HH				
2.92000.39500.00-001		0,00		
2.92000.99500.00-001				
ShV/Verwahr u. Vorschuss				
4.99000.10010.00-000			314 387,87	
4.99000.50020.00-000				
Gesamt			314 387,87	

4 Haushaltsrechnung 2011

4.1 Verwaltungshaushalt

4.1.1 Verwaltungshaushalt/Einnahmen

Nr.	Bezeichnung	HH-Ansatz (in €)	Abrechnung	+ mehr/- weniger
6.	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr			
61.	Städteplanung, Vermessung, Bauordnung			
610	Orts- und Regionalplanung			
6101	Fachaufgaben Regionale Planungsstelle			
6101/1000	Verwaltungsgebühren	0,00	0,00	0,00
6101/1300	Einnahmen aus Verkauf von Druckerzeugnissen	1 000,00	2 643,60	+ 1 643,60
6101/1570	Ersätze priv.Nutzung Tel.	0,00	0,00	0,00
6101/1600	Bundemittel MORO	14 250,00	14 250,00	0,00
6101/1610	Erstattung vom Land: Mehrbelastungsausgleich	995 000,00	995 000,00	0,00
6101/1614	Erstattung von Ausgaben des VWHH	0,00	0,00	0,00
6101/1710	Zuschuss vom Land	0,00	0,00	0,00
6101/1720	Verbandsumlage	39 800,00	39 888,68	+ 88,68
6101/1730	Erstattungen von Zweckver- bänden	0,00	115,87	+ 115,87
Summe Einzelplan 6 – VWH		1 050 050,00	1 051 898,15	+ 1 848,15
9.	Allgemeine Finanzwirtschaft			
91.	Sonstige allg. Finanzwirtschaft			
9100/2050	Zinseinnahmen	7 000,00	10 556,72	+ 3 556,72
9100/2800	Zuführung v. VMHH	85 950,00	0,00	- 85 950,00
Summe Einzelplan 9 – VWHH		92 950,00	10 556,72	- 82 393,28
Gesamtsumme VWHH - EINNAHMEN -		1 143 000,00	1 062 454,87	- 80 545,13

4.1.2 Verwaltungshaushalt/Ausgaben

Nr.	Bezeichnung	HH-Ansatz (in €)	Abrechnung	+ mehr/- weniger
6.	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr			
61.	Städteplanung, Vermessung, Bauordnung			
610.	Orts- und Regionalplanung			
6101	Fachaufgaben Regionale Planungsstelle			
6101/4120	Vergütung ATZ	33 000,00	15 347,36	- 17 652,64
6101/4140	Verg. Angestellte	665 000,00	637 108,03	- 27 891,97
6101/4320	ZVK ATZ	1 500,00	731,01	- 768,99
6101/4340	ZVK Angestellte	25 000,00	22 047,77	- 2 952,23
6101/4420	AG-Ant. SV ATZ	7 000,00	4 239,86	- 2 760,14
6101/4440	AG-Anteil SV	115 000,00	107 725,16	- 7 274,84
6101/4001	Aufwendungen für ehrenamtl. Tätigkeit	10 000,00	3 962,00	- 6 038,00
6101/4000		856 500,00	791 161,19	- 65 338,81
6101/5200	Geräte, Ausstattungsgegenstände	2 000,00	0,00	- 2 000,00
6101/5300	Miete	30 000,00	25 614,85	- 4 385,15
6101/5320	KFZ-Leasing	5 000,00	3 241,56	- 1 758,44
6101/5400	Betriebskosten	15 000,00	12 574,64	- 2 425,36
6101/5500	Fahrzeughaltung	4 000,00	2 716,32	- 1 283,68
6101/5620	Aus- u. Fortbildung	5 000,00	2 877,02	- 2 122,98
6101/5630	Kosten med./tech. AS	1 000,00	357,00	- 643,00
6101/5700	Öffentlichkeitsarbeit	4 000,00	103,15	- 3 896,85
6101/6300	Datenverarb., Dienstlsg.	25 000,00	23 449,45	- 1 550,55
6101/6400	Versicherungen	2 500,00	1 859,45	- 640,55
6101/6450	Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung	3 000,00	2 213,08	- 786,92
6101/6501	Bürobedarf	5 000,00	4 073,08	- 926,92
6101/6502	Kopierleistungen	15 000,00	11 816,52	- 3 183,48
6101/6510	Bücher u. Zeitschriften	2 000,00	869,95	- 1 130,05
6101/6520	Post- u. Fernmeldegebühren	10 000,00	4 914,65	- 5 085,35
6101/6530	Öffentl. Bekanntmachg.	9 000,00	4 226,07	- 4 773,93
6101/6540	Dienstreisen	7 000,00	5 352,66	- 1 647,34
6101/6550	Sachverständigen-, Gerichts- u. ähnliche Kosten	100 000,00	9 320,08	- 90 679,92
6101/6551	Projekte Regionalentwicklung	20 000,00	15 319,17	- 4 680,83
6101/6552	Forschungsprojekt MORO	15 000,00	10 552,09	- 4 447,91
6101/6580	sonstige Geschäftsausgaben	3 000,00	1 058,31	- 1 941,69
6101/6600	Verfüungsmittel VV	3 000,00	1 450,00	- 1 550,00
6101/6610	Beitr. Arbeitgeberverb.	1 000,00	455,80	- 544,20
		286 500,00	144 414,90	- 142 085,10
Summe Einzelplan 6		1 143 000,00	935 576,09	- 207 423,91

Jahresrechnung 2011

9.	Allgemeine Finanzwirtschaft			
91.	sonstige allg. Finanzwirtschaft			
9100/8600	Allg. Zuführung zum Vermögenshaushalt	0,00	126 878,78	+ 126 878,78
Summe Einzelplan 9		0,00	126 878,78	+ 126 878,78
Gesamtsumme VWHH - AUSGABEN -		1 143 000,00	1 062 454,87	- 80 545,13

4.2 Vermögenshaushalt

4.2.1 Vermögenshaushalt/Einnahmen

Nr.	Bezeichnung	HH-Ansatz (in €)	Abrechnung	+ mehr/- weniger
6.	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr			
61.	Städteplanung, Vermessung, Bauordnung			
610.	Orts- und Regionalplanung			
6101	Fachaufgaben Regionale Planungsstelle			
6101/3610	Zuweisung aus Mehrbelastungsausgleich	20 000,00	20 000,00	0,00
Summe Einzelplan 6		20 000,00	20 000,00	0,00

9.	Allgemeine Finanzwirtschaft			
91.	Sonstige allg. Finanzwirtschaft			
9100/3000	Zuführung vom VWHH	0,00	126 878,78	+ 126 878,78
9100/3100	Entnahme aus Rücklagen	85 950,00	0,00	- 85 950,00
Summe Einzelplan 9		85 950,00	126 878,78	- 40 928,78
Gesamtsumme VMHH -EINNAHMEN-		105 950,00	146 878,78	- 40 928,78

4.2.2 Vermögenshaushalt/Ausgaben

Nr.	Bezeichnung	HH-Ansatz (in €)	Abrechnung	+ mehr/- weniger
6.	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr			
61.	Städteplanung, Vermessung, Bauordnung			
610.	Orts- und Regionalplanung			
6101	Fachaufgaben – Regionale Planungsstelle			
6101/9350	Bewegliche Sachen des Anlagevermögens	20 000,00	9 440,27	- 10 559,73
Summe Einzelplan 6 - Ausgaben VMHH		20 000,00	9 440,27	- 10 559,73
9.	Allgemeine Finanzwirtschaft			
91.	Sonstige allg. Finanzwirtschaft			
9100/9000	Zuführung zum VWHH	85 950,00	0,00	- 85 950,00
9100/9100	Zuführung an Rücklagen	0,00	137 438,51	+ 137 438,51
Summe Einzelplan 9 - Ausgaben VMHH		85 950,00	137 438,51	+ 51 488,51
Gesamtsumme VMHH - AUSGABEN -		105 950,00	146 878,78	- 40 928,78

5 Vermögensrechnung 2011

Zum Ende des Haushaltsjahrs 2011 hat die Gesamtrücklage, bestehend aus der zweckgebundenen und der allgemeinen Rücklage, unter Berücksichtigung des ShV einen Endbestand von 1 072 531,01 €. Damit hat sich die Gesamtrücklage gegenüber dem Haushaltsjahr 2010 von 935 092,50 € um 137 438,51 € erhöht. Zur effektiven Nutzung der aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Lage nur begrenzt zu erreichenden Verzinsung von Vermögen wurde im April 2011 ein zusätzliches Sparkonto bei der Sparkasse Muldental eingerichtet. Der Anlagehöhe betrug 250 000,00 €.

Der Regionale Planungsverband Leipzig-West Sachsen war zum 31.12.2011 schuldenfrei.

5.1 Nachweis entsprechend § 45 Gemeindehaushaltsverordnung KomHVO

Konto	01.01.2011 (€)	Zugang (€)	Abgang (€)	31.12.2011 (€)
Deka				
Deka UK 00	0,00	0,00	0,00	0,00
Zinsen		0,00		
Deka UK 01	0,00	0,00	0,00	0,00
Zinsen		0,00		
Sparkasse Mtl				
2110126470	0,00	0,00	0,00	0,00
Zinsen		0,00		
2110111219	0,00	0,00	0,00	0,00
Zinsen		0,00		
2110111200	0,00	0,00	0,00	0,00
Zinsen		0,00		
1600009685	0,00	0,00	0,00	0,00
Zinsen		0,00		
3040499938	0,00	250 000,00	0,00	250 000,00
Zinsen		0,00		
DKB				
1008522292	500 500,00	0,00	0,00	508 184,79
Zinsen		7 684,79		
2121385468	0,00	0,00	0,00	0,00
Zinsen		0,00		
Summe	500 500,00	250 000,00	0,00	750 500,00
Zinsen		7 684,79		7 684,79
Summe Gesamt	500 500,00	257 684,79	0,00	758 184,79

Im Haushaltsjahr 2011 entwickelten sich die Forderungen aus Geldanlagen wie folgt:

Stand 01.01.2011	500 500,00 €
+ Zugänge	257 684,79 €
./. Abgänge	0,00 €
Stand 31.12.2011	758 184,79 €

Im ShV ist folgende Bestandsentwicklung im Haushaltsjahr 2011 abgebildet:

Stand 01.01.2011	500 500,00 €
+ Zugänge	257 684,79 €
./. Abgänge	0,00 €
Stand 31.12.2011	758 184,79 €

Die in § 45 KomHVO weiter aufgeführten Punkte sind nicht zutreffend.

Die Gesamtrücklage im Haushaltsjahr 2011 entwickelte sich wie folgt:

Stand 01.01.2011	935 092,50 €
+ Zugänge	137 438,51 €
./. Entnahme	0,00 €
Stand 31.12.2010	1 072 531,01 €

5.2 Bestandsverzeichnis der Einrichtungsgegenstände und Geräte in der Geschäftsstelle des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen

Durch die Beendigung des Arbeitsverhältnisses des Geschäftsführers zum 01.04.2010 wurde die Geschäftsstelle strukturell und materiell aufgelöst. Das Inventar ging vollständig in den Bestand der Regionalen Planungsstelle über.

5.3 Bestandsverzeichnis der Einrichtungsgegenstände u. Geräte/Software in der Regionalen Planungsstelle Leipzig

Im Jahr 2011 wurden für die Regionale Planungsstelle folgende Anschaffungen vorgenommen:

Pos.	Art der Anschaffung	Anschaffungskosten
Hardware		
1	3 x Monitore EIzo Flexscan SW 2202	767,55 €
2	4 Festplatten a 300 GB (2,5")	1.449,42 €
3	3 Stck. Office-Computer HP Compaq 6000 Pro und 1 Stck. HP Workstation Z400	3.973,41 €
4	1 Stck. Office-Computer HP Compaq 6000 Pro	866,32 €
5	1 Stck. Office-Computer HP Compaq 6000 Pro	866,32 €
6	Server HP Proliant DL 360	2.284,80 €
Software		
7	Update Antivirensoftware (TrendMicro)	390,62 €
8	Lizenzen Microsoft Office 2010 13x	3.941,86 €
Sonstiges		
9	1 Winterreifen	81,10 €
10	1 vollwertiges Reserverad	155,40 €
11	Wagenheberset Dienst Kfz.	47,00 €
12	2 x Ordnerdrehsäule	863,94 €
13	2 x Ordnerregale	449,56 €
14	1 Stck. Druckerkabel, Batterie	23,98 €
15	Starter für Leuchtstoffröhren	15,99 €
16	4 Akkus für Klingel	23,99 €
17	10 x USB-Speichersicks	186,83 €

In Vorbereitung der Umstellung der kameralistischen auf die doppische Haushaltsführung mit Beginn des HH-Jahrs 2013 wurde das Inventar des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen auf der Grundlage des bestehenden Dienstleistungsvertrags durch die Finanzverwaltung des Landratsamts Leipzig neu aufgenommen und in das Inventarprogramm KAI integriert. Der aktuelle Auszug aus dem Inventarverzeichnis ist als Anlage 1 dieser Jahresrechnung beigelegt.

6 Feststellung und Aufgliederung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2011

(in €)

	Verwaltungs- HH (VwH)	Vermögens- HH (VmH)	Gesamthaus- halt
1. Soll-Einnahmen (Ansatz)	1 062 454,87	146 878,78	1 209 333,65
2. + Neue Haushalteinnahmereste	0,00	0,00	0,00
3. - Abgang Haushalteinnahmereste vom Vorjahr	0,00	0,00	0,00
3a Abgang Kasseneinnahmereste vom Vorjahr	0,00	0,00	0,00
4. bereinigte Soll-Einnahmen	1 062 454,87	146 878,78	1 209 333,65
5. Soll-Ausgaben (Ansatz)	1 062 454,87	146 878,78	1 209 333,65
6. + Neue Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
7. - Abgang Haushaltsausgabereste vom Vorjahr	0,00	0,00	0,00
7a. - Abgang Kassenausgabereste vom Vorjahr	0,00	0,00	0,00
8. bereinigte Soll-Ausgaben	1 062 454,87	146 878,78	1 209 333,65
9. Überschuss/(-) Fehlbetrag (Nr.4 ./i. Nr.8)	0,00	0,00	0,00
Nachrichtlich (Haushaltsausgleich)			
10. Soll-Ausgaben VwH enthaltene Zuführung an VmH (Grp. 86*)	126 878,78	-	-
11. Soll-Ausgaben VmH enthaltene Zuführung an VwH (Grp. 90*)	-	0,00	-
12. Mindestzuführung an den VmH 0,00 € (97*1+990*+933*+936*)	-	-	-
13. Soll-Ausgaben VmH – enthaltene Zuführung zur allgemeinen Rücklage (Überschuss, Grp. 910*)	-	137 438,51	-
14. Soll-Einnahme VmH – enthaltene Entnahme aus allgemeiner Rücklage (Grp.310*)	-	0,00	-
15. Fehlbetrag (nicht gedeckte ÜPL/APL)	0,00	0,00	0,00
16. aus Folgejahr(en) gedeckter Soll-Fehlbetrag (Gruppierung 292*/392*)	0,00	0,00	-

Kommunaler Sozialverband Sachsen

Beteiligungsübersicht

Kommunaler Sozialverband Sachsen

Thomasiusstraße 1
04109 Leipzig

Tel. 0341 / 1266-0
Fax 0341 / 1266 700/ 1266800
Email post@ksv-sachsen.de
Internet <http://www.ksv-sachsen.de>

Gründungsdatum 22.01.1993

Verbandsmitglieder

Name	Stimmenanteil (%)	Stimmen
Stadt Dresden	10,64 %	5
Stadt Leipzig	10,64 %	5
Landkreis Bautzen	8,51 %	4
Landkreis Erzgebirgskreis	8,51 %	4
Landkreis Görlitz	6,38 %	3
Landkreis Leipzig	6,38 %	3
Landkreis Meißen	6,38 %	3
Landkreis Nordsachsen	6,38 %	3
Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	6,38 %	3
Landkreis Vogtlandkreis	6,38 %	3
Landkreis Zwickau	8,51 %	4
Stadt Chemnitz	6,38 %	3
Landkreis Mittelsachsen	8,51 %	4

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Dem LWV Sachsen wurde per Gesetz eine Ausgleichs- und Bündelungsfunktion übertragen. Er koordiniert und erfüllt als überörtlicher Träger der Sozialhilfe eine Vielzahl von Aufgaben der Sozialhilfe und gewährleistet eine überregionale, bedarfsgerechte Versorgung behinderter Menschen. Nach dem BSHG sind örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen zuständig, die unter Beachtung der Nachrangigkeit der Sozialhilfe berechtigten Personen als Hilfe in besonderen Lebenslagen oder Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden.

Das Hauptaufgabengebiet des LWV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe, und damit der Kostenträger für stationäre und teilstationäre Maßnahmen, ist die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit dem Schwerpunkt der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem BSHG.

Die Aufgaben und Ziele des LWV Sachsen sind:

- Kostenträger von stationären und teilstationären Hilfsangeboten für körperlich, geistig oder seelisch behinderte Personen nach dem BSHG und dem SGB IX;
- Verhandlungsführung über Entgelte für Einrichtungen nach dem BSHG und dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI);
- Wahrnehmung der Aufgaben der überörtlichen Betreuungsbehörde und Prüfungsbehörde;
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege und Beteiligung an der Planung und Förderung von Einrichtungen im Freistaat Sachsen;

Der LWV als höherer Kommunalverband erhebt seine Umlage nach der Umlagekraft seiner Mitglieder. Damit wird gesichert, dass allen Hilfeempfängern, unabhängig von ihrem gewöhnlichen Aufenthalt und dem Ort ihrer Betreuung und Unterbringung in gleicher Weise und nach einheitlichen Standards die erforderliche Hilfe gewährt werden kann.

Durch das Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch (AGSGB vom 14. Juli 2005) wurde am 30. Juli 2005 der Landeswohlfahrtsverband (LWV) als Kommunaler Sozialverband Sachsen (KSV) gegründet.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Kommunalen Sozialverband Sachsen an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	0,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an den Kommunalen Sozialverband Sachsen	
Verlustabdeckung	21.632.681,32
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00



Impressum

Herausgeber
Kommunaler Sozialverband Sachsen
Büro des Verbandsdirektors
Thomasiusstraße 1
04109 Leipzig

Telefon: 0341 1266-308
Telefax: 0341 1266-700
E-Mail: post@ksv-sachsen.de
Internet: www.ksv-sachsen.de

Allgemeine Angaben

Dienstsitz des KSV Sachsen

Adresse: Thomasiusstraße 1
04109 Leipzig
Telefon: 0341 1266-0
Fax: 0341 1266-700

Adresse: Reichsstraße 3
09112 Chemnitz
Telefon: 0371 577-0
Fax: 0371 577-282

E-Mail: post@ksv-sachsen.de
Internet: www.ksv-sachsen.de

Gründungsjahr: 1993 (SächsLWVG vom 22.01.1993)

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts

Aufgaben:

1. Überörtlicher Sozialhilfeträger
Leistungen an Menschen mit Behinderung zwischen 18 und 65 Jahren
- 1.1 Hilfe zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft:
Ambulant betreutes Wohnen einschl. Leistungen der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt teilstationäres und stationäres Wohnen
- 1.2 Hilfe zur Teilhabe am Arbeitsleben:
Beschäftigung in Werkstätten (WfbM) einschl. Förder- und Betreuungsbereich
- 1.3 Leistungen der Hilfe zur Pflege
- 1.4 Leistungen an Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten:
Ambulant betreutes Wohnen einschl. Leistungen der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt teilstationäres und stationäres Wohnen
- 1.5 Krankenhilfe ab dem 61. Tag
- 1.6 Leistungen zum Besuch einer Hochschule und zur Beschaffung eines Kfz
- 1.7 Abschluss von Vereinbarungen nach SGB XI und SGB XII
- 1.8 Sozialplanung einschl. Beratung und Unterstützung der Landkreise und Kreisfreien Städte
2. Überörtliche Betreuungsbehörde
3. Zuständige Behörde für nicht geförderte Investitionskosten in Pflegeeinrichtungen
4. Vollzug Förderrichtlinien SGB VIII/Landesjugendhilfegesetz
5. Anerkennung/Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote
6. Erteilung der Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung für die Gesundheitsfachberufe
7. Integrationsamt einschl. Fahrgelderstattungen und Erhebung/Einnahme/Verwendung der Ausgleichsabgabe
8. Zuständige Stelle nach Aufwendererstattungsverordnung
9. Soziales Entschädigungsrecht für Anspruchsberechtigte nach dem BVG, OEG, SVG, ZDG, IfSG, StrRehaG, VwRehaG, HHG, AntiDHG
- 9.1 Landesversorgungsamt:
Heil- und Krankenbehandlung, orthopädische Versorgung, Rentenleistungen, einkommensabhängige Leistungen, Pflegeleistungen
- 9.2 Hauptfürsorgestelle
Leistungen der Kriegsopferfürsorge, einschl. beruflicher Rehabilitation
- 9.3 Landesblindengeld und Feststellungsverfahren nach dem SGB IX
Grundsatzfragen, Rechtsaufsicht LBlindG und SGB IX
Widerspruchsbehörde für LBlindG und SGB IX
- 9.4 SächsLerzGG, BEEG, BErzG
Grundsatzfragen, Fachaufsicht, EDV- Verfahrensgestaltung und -betreuung, Widerspruchsbehörde

Zusammensetzung der Sechsten Verbandsversammlung (01.01.2011 – 31.12.2011)

Vorsitzender der Verbandsversammlung: Michael Harig, Landrat des Landkreises Bautzen

Mitglieder des KSV Sachsen: (49)		Vertreter in der Sechsten Verbandsversammlung
	<u>Landkreis</u>	
	Nordsachsen	3
	Leipzig	3
	Mittelsachsen	4
	Zwickau	4
	Erzgebirgskreis	4
	Vogtlandkreis	3
	Meißen	3
	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	3
	Bautzen	4
	Görlitz	3
	<u>kreisfreie Stadt</u>	
	Chemnitz	3
	Dresden	6
	Leipzig	6

Verbandsdirektor: Andreas Werner

Beteiligungen: keine, weder mittelbar noch unmittelbar
keine Eigenbetriebe

Organe: Verbandsversammlung
Verbandsausschuss
Verbandsdirektor

**Kurzvorstellung
des Verbandes:**

Der am 30. Juli 2005 durch das Sächsische Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (Sächs. AGSGB) in Kommunalen Sozialverband Sachsen (KSV Sachsen) umbenannte Landeswohlfahrtsverband Sachsen (LWV Sachsen) wurde als Höherer Kommunalverband aller Landkreise und kreisfreien Städte des Freistaates Sachsen am 22.01.1993 durch die Verabschiedung des Gesetzes über den LWV Sachsen im Landtag des Freistaates Sachsen gegründet. Der nunmehrige KSV Sachsen war zu diesem Zeitpunkt der einzige kommunal organisierte überörtliche Träger der Sozialhilfe in den neuen Bundesländern. Die Landkreise und kreisfreien Städte gehören als juristische Personen des öffentlichen Rechts dem Verband an, der Körperschaft des öffentlichen Rechts ist.

Dem KSV Sachsen wurde per Gesetz eine Ausgleichs- und Bündelungs-/Dienstleistungsfunktion übertragen.

Er koordiniert und erfüllt als überörtlicher Träger der Sozialhilfe eine Vielzahl von Aufgaben der Sozialhilfe und gewährleistet eine überregionale, bedarfsgerechte Versorgung für Menschen mit Behinderung. Nach dem SGB XII sind örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen zuständig, die unter Beachtung der Nachrangigkeit der Sozialhilfe berechtigten Personen als Hilfe in besonderen Lebenslagen oder Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden.

Das Hauptaufgabengebiet des KSV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe ist die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit dem Schwerpunkt der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach dem SGB IX und SGB XII.

Mit dem oben genannten Sächs. AGSGB traten zum 01.01.2006 Veränderungen in der sachlichen Zuständigkeit des KSV Sachsen ein.

Mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Neuordnung der Sächsischen Verwaltung (Sächs.VwNG) wurden dem KSV Sachsen zum 01.08.2008 weitere Aufgaben übertragen.

Anzahl der Mitarbeiter ca. 500

Verwaltungshaushalt

(vorläufiges Rechnungsergebnis 2011)
in Mio. EUR

Einnahmen

Einnahmen Sozialumlage	384,1
Ersatz sozialer Leistungen	86,8
Erstattung Kriegsopferfürsorge	0,5
Erstattung GSiG	4,2
Zinseinnahmen	0,1
sonstige Einnahmen	1,9
Zuführung vom VmH	0

Gesamt **477,6**

Ausgaben

Eingliederungshilfe	418,1
Kriegsopferfürsorge	0,6
Ausgaben GSiG	6,4
sonst. Sozialhilfeausgaben	12,0
Personalausgaben	21,8
Sachaufwand	2,9
sonst. Ausgaben	0,3
Zuführung zum VmH	15,5

Gesamt **477,6**

Vermögenshaushalt

(vorläufiges Rechnungsergebnis 2011)
in Mio. EUR

Einnahmen

Entnahme aus Rücklagen	0
Zuführung vom VwH	15,4
Sonstige Einnahmen	0

Gesamt **15,4**

Ausgaben

Eigene Investitionen	0,1
Kredittilgung	0
Zuführung zum VwH	0
Zuführung zu Rücklagen	15,3
Deckung von Fehlbeträgen	0

Gesamt **15,4**

Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig

Beteiligungsübersicht

Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig

Humboldtstraße 25
04105 Leipzig

Tel. 0341 9860
Fax 0341 9861109
Email info@sparkasse-leipzig.de
Internet

Gründungsdatum 01.01.1990

Verbandsmitglieder

Name	Stimmenanteil (%)	Stimmen
Landkreis Leipzig	40,00 %	10
Stadt Leipzig	60,00 %	15

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband fördert das Sparkassenwesen im Gebiet seiner Zweckverbandsmitglieder. Aufgabe des Zweckverbandes ist die Bündelung und gemeinsame Wahrnehmung der Interessen seiner Mitglieder im Zweckverband für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig. Der Zweckverband ist Träger und Anteilseigner der Sachsen-Finanzgruppe.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	0,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an den Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig	
Verlustabdeckung	0,00
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00

Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig

Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Adresse

c/o Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
Humboldtstraße 25
04105 Leipzig

E-Mail

info@sparkasse-leipzig.de

Gründungsjahr

1990 (Sicherheitsneugründung 2003)

Aufgaben und Ziele

Die Aufgaben bestimmen sich nach § 2 der Satzung des Zweckverbands. Der Zweckverband fördert das Sparkassenwesen im Zweckverbandsgebiet (Gebiet der Zweckverbandsmitglieder bzw. Geschäftsgebiet der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig). Aufgabe des Zweckverbands ist die Bündelung und gemeinsame Wahrnehmung der Interessen seiner Mitglieder im Zweckverband für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig. Der Zweckverband ist Träger und Anteilseigner der Sachsen-Finanzgruppe.

Rechtsform

Zweckverband,
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Verbandsvorsitzender

Burkhard Jung

Mitglieder

Stadt Leipzig	15 von 25 Stimmen
Landkreis Leipzig	10 von 25 Stimmen

Beteiligungen

Sachsen-Finanzgruppe (Anteilseigner; satzungsmäßige Beteiligung am Stammkapital per 31.12.2011 18,93 % bzw. Anteil von 24,38 % unter Berücksichtigung eigener Anteile der Sachsen-Finanzgruppe)
Zweckverband für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig (Verbandsmitglied, Stimmenanteil 6 von 10 Stimmen)

Gremien

Verbandsversammlung

Mitglieder Verbandsversammlung

(per 31.12.2011)

(satzungsgemäß insgesamt 25 Vertreter, davon 15 Stadt Leipzig und 10 Landkreis Leipzig)

Stadt Leipzig:

Burkhard Jung *Vorsitzender*, Dr. Arnd Besser, Ursula Grimm, Ines Hantschick, Gerd Heinrich, Margitta Hollick, Ute Köhler-Siegel, Annette Körner, Jens Lehmann, Wolfram Leuze, Juliane Nagel, Wolf-Dietrich Rost, Christian Schulze, René Wiesner, Christopher Zenker

Landkreis Leipzig:

Dr. Gerhard Gey *Stellvertretender Vorsitzender*, Henry Graichen, Dieter Hager, Botho Hopp, Maik Kunze, Dr. Gabriela Lantsch, Simone Luedtke, Frank Rudolph, Karsten Schütze, Klaus Sommer

Kurzvorstellung

Seit Übertragung der Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig zum 1. Oktober 2000 fungiert der Sparkassenzweckverband als Träger und Anteilseigner des Sachsen-Finanzverbands bzw. seit 1. September 2003 der Sachsen-Finanzgruppe. In dieser Eigenschaft ist der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig auch Empfänger von Ausschüttungen der Sachsen-Finanzgruppe (siehe Situationsbericht). Außerdem ist der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig Verbandsmitglied des zum 24. September 2004 gegründeten Zweckverbands für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig. Dieser entstand als Dachzweckverband im Zusammenhang der Vereinigung der Kreissparkasse Torgau-Oschatz mit der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und dient der Wahrnehmung der trägerschaftlichen Restbefugnisse der ehemaligen kommunalen Träger der Sparkassen gegenüber der vereinigten Verbundsparkasse Leipzig bzw. der Sachsen-Finanzgruppe.

Auf die gesonderte Vorstellung des Zweckverbands für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig an anderer Stelle des Beteiligungsberichts wird hiermit verwiesen.

Situationsbericht

Wie schon in der Vergangenheit hat auch im Berichtsjahr eine „typische“ Wirtschaftsführung des Zweckverbandes nicht stattgefunden. Der Zweckverband verzeichnete im Haushaltsjahr 2011 neuerlich eine „Null-Haushaltssituation“: Sowohl im Verwaltungs- als auch im Vermögenshaushalt beliefen sich die Einnahmen und Ausgaben jeweils auf € 0, was auch der Planung entsprach. Die Einnahmen- und Ausgabensituation des Sparkassenzweckverbandes für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig wird allein von den Ausschüttungen bestimmt, die er als Anteilseigner an der Sachsen-Finanzgruppe erhält und die satzungsgemäß vollständig an die Verbandsmitglieder verteilt werden. Die letzte Ausschüttung der Sachsen-Finanzgruppe an den Zweckverband erfolgte im Jahr 2007 (aus dem Geschäftsjahr 2006 der Sachsen-Finanzgruppe). Seit dem Geschäftsjahr 2007 der Sachsen-Finanzgruppe ist das Ausschüttungsmodell auf Grundlage entsprechender Beschlussfassungen der Anteilseignerversammlung im Interesse der Stärkung der Substanz der Verbundsparkassen mittelfristig ausgesetzt worden. Auch im Jahr 2011 hat die Sachsen-Finanzgruppe somit keine Ausschüttungen an die Anteilseigner vorgenommen. Bezogen auf das Geschäftsjahr 2011 sind ebenfalls keine Ausschüttungen an die Anteilseigner vorgesehen, so dass im Jahr 2012 keine Einnahmen beim Zweckverband erwartet werden.

Die Ausschüttung von Einnahmen des Zweckverbandes bestimmt sich nach § 13 der Satzung des Zweckverbands, mithin nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen der Zweckverbandsmitglieder bzw. der Einwohnerzahlen der Zweckverbandsmitglieder im Geschäftsgebiet der Sparkasse Leipzig. Stichtag ist der 31. Dezember des vorangegangenen Kalenderjahres. Basis für die jährliche Ermittlung der Beteiligungs- und Ausschüttungsverhältnisse sind die Daten des Statistischen Landesamtes des Freistaats Sachsen.

Das satzungsmäßige Beteiligungs- sowie zugleich Ausschüttungs- und Haftungsverhältnis der Verbandsmitglieder untereinander auf Basis des Verhältnisses der Einwohnerzahlen der Verbandsmitglieder – Stadt Leipzig und ehemaliger Landkreis Leipziger Land – wurde zuletzt zum Stichtag 31. Dezember 2010 von der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig berechnet. Der quotale Anteil der Stadt Leipzig betrug demnach gerundet 78,68 %, der des Landkreises Leipziger Land 21,32 %.

Der Zweckverband hat keine Beschäftigten.

Der Verwaltungsaufwand und sonstige Kosten des Zweckverbandes sind gemäß dessen Satzung von der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig zu tragen.

Mittelfristige Unternehmensplanung

Der Zweckverband wird weiterhin im Rahmen seiner satzungsgemäßen Aufgaben tätig sein. Gemäß der Haushaltsplanung des Zweckverbandes für das Jahr 2012 sind in allen Positionen durchgängig € 0 veranschlagt bzw. keine haushaltsrelevanten Sachverhalte abgebildet. Dies gilt auch für die künftigen Erwartungen und die aktuellen mittelfristigen Haushaltsansätze im Rahmen der letzten Haushaltsplanung 2012.

Auf Grund neuer sparkassenrechtlicher Bestimmungen ergeben sich für den Zweckverband Änderungen bzw. Erleichterungen hinsichtlich der Anwendung von Bestimmungen zur Wirtschaftsführung. Des Weiteren können sich mögliche Entwicklungen und Auswirkungen beim Zweckverband perspektivisch im Zusammenhang mit der Zukunft der Sachsen-Finanzgruppe sowie entsprechenden sparkassen- und/oder trägerbezogenen Strukturfragen - etwaige Entscheidungen der zuständigen Gremien vorausgesetzt - ergeben. Auf das im Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 10/2012, veröffentlicht am 29. Juni 2012, verkündete Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe, das (mit Ausnahme seines Artikels 2) am Tage nach seiner Verkündung in Kraft trat, wird dahin gehend verwiesen.

Die Hauptorgane des Sparkassenzweckverbandes und der Verbandsmitglieder haben die Leiter der jeweiligen Verwaltung ermächtigt, in den Gremien der Sachsen-Finanzgruppe im Hinblick auf die Zielstellung einer Auflösung der Sachsen-Finanzgruppe alle damit einhergehenden Maßnahmen zu ergreifen bzw. die dazu erforderlichen Beschlüsse zu fassen. Zugleich besteht der Auftrag, in diesem Zusammenhang auch den Einzelaustritt aus der Sachsen-Finanzgruppe zu prüfen.

Zweckverband für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig

Adresse

c/o Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
Humboldtstraße 25, 04105 Leipzig

E-Mail

info@sparkasse-leipzig.de

Gründungsjahr

2004

Aufgaben und Ziele

Die Aufgaben bestimmen sich nach § 2 der Satzung des Zweckverbandes. Der Zweckverband fördert das Sparkassenwesen im Zweckverbandsgebiet. Der Zweckverband tritt als Rechtsnachfolger ein in die trägerschaftlichen Restbefugnisse der Zweckverbandsmitglieder bzw. der Mitglieder der Zweckverbandsmitglieder, insbesondere in die Rechte und Pflichten aus § 10 Abs. 1 bis 3, § 11 Abs. 1 und 2, § 56 Abs. 2 Nr. 11 und 12 des Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe (ÖRKSF-G), die ihnen nach der Übertragung der Trägerschaft an den ehemaligen kommunalen Sparkassen Leipzig, Torgau-Oschatz und Delitzsch-Eilenburg auf die Sachsen-Finanzgruppe und der Vereinigung dieser Sparkassen zur Verbundsparkasse Leipzig verblieben sind.

Rechtsform

Zweckverband,
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Verbandsvorsitzender

Burkhard Jung

Mitglieder/Stimmenanteile

Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig 6 von 10 Stimmen
Landkreis Nordsachsen 4 von 10 Stimmen

Beteiligungen

Keine

Gremien

Verbandsversammlung

Mitglieder Verbandsversammlung (per 31.12.2011)

(satzungsgemäß insgesamt 29 Vertreter, davon 19 Vertreter Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig – 13 Stadt Leipzig, 6 Landkreis Leipzig – und 10 Vertreter Landkreis Nordsachsen)

Stadt Leipzig (Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig):

Burkhard Jung *Vorsitzender*, Dr. Arnd Besser, Ursula Grimm, Ines Hantschick, Gerd Heinrich, Margitta Hollick, Annette Körner, Wolfram Leuze, Juliane Nagel, Wolf-Dietrich Rost, Christian Schulze, René Wiesner, Christopher Zenker

Landkreis Leipzig (Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig):

Dr. Gerhard Gey *2. Stellvertretender Vorsitzender*, Dieter Hager, Botho Hopp, Dr. Gabriela Lantzsch, Klaus Sommer

Landkreis Nordsachsen:

Michael Czupalla *1. Stellvertretender Vorsitzender*, Edwin Bendrin, Heinz Bieniek, Hans-Jürgen Deutrich, Dr. Michael Friedrich, Mathias Gürke, Friedhelm Kuschel, Roland März, Matthias Müller, Peter Streubel

Kurzvorstellung

Der Zweckverband für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig entstand im Jahr 2004 als Dachzweckverband im Zusammenhang mit der Vereinigung der Kreissparkasse Torgau -Oschatz auf die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig. Er dient der Wahrnehmung der trägerschaftlichen Restbefugnisse der ehemaligen kommunalen Träger der Sparkassen gegenüber der vereinigten Verbundsparkasse Leipzig bzw. gegenüber der Sachsen- Finanzgruppe. Diese umfassen die Wahl des Vorsitzenden und der weiteren Mitglieder des Verwaltungsrats der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig sowie das Vorschlagsrecht gegenüber der Anteilseignerversammlung der Sachsen-Finanzgruppe zur Auflösung der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig oder deren Vereinigung mit anderen Verbundsparkassen.

Im Zuge der zum 1. Juli 2005 vollzogenen dinglichen Vereinigung der Sparkasse Delitzsch-Eilenburg auf die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig wurde eine Änderung im Mitgliederbestand des bestehenden Zweckverbands für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig vollzogen (Satzungsänderung zum 28. Oktober 2005). Hiernach trat der neu gegründete Sparkassenzweckverband Nordwestsachsen, dem die Landkreise Torgau-Oschatz und Delitzsch als Mitglieder angehörten, an die bisherige Stelle des Landkreises Torgau-Oschatz im Dachzweckverband.

Seit dem 1. August 2008 sind der von der Stadt Leipzig und dem Landkreis Leipzig gebildete Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig sowie der Landkreis Nordsachsen Mitglieder des Zweckverbands. Der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig verfügt in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig über 6 Stimmen, der Landkreis Nordsachsen über 4 Stimmen.

Situationsbericht

Wie schon in der Vergangenheit hat auch im Berichtsjahr eine „typische“ Wirtschaftsführung des Zweckverbandes nicht stattgefunden. Der Zweckverband verzeichnete im Haushaltsjahr 2011 neuerlich eine „Null-Haushaltssituation“: Sowohl im Verwaltungs- als auch im Vermögenshaushalt beliefen sich die Einnahmen und Ausgaben jeweils auf € 0, was auch der Planung entsprach.

Im Gegensatz zu seinen beiden Zweckverbandsmitgliedern ist der Zweckverband für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig nicht Träger und Anteilseigner der Sachsen-Finanzgruppe, so dass sich hieraus keine Ausschüttungsbeziehungen ergeben können.

Der Zweckverband hat keine Beschäftigten.

Der Verwaltungsaufwand und sonstige Kosten des Zweckverbandes sind gemäß der Satzung von der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig zu tragen.

Mittelfristige Unternehmensplanung

Der Zweckverband wird weiterhin im Rahmen seiner satzungsgemäßen Aufgaben tätig sein. Gemäß der Haushaltsplanung des Zweckverbandes für das Jahr 2012 sind in allen Positionen durchgängig € 0 veranschlagt bzw. keine haushaltsrelevanten Sachverhalte abgebildet. Dies gilt auch für die künftigen Erwartungen und die aktuellen mittelfristigen Haushaltsansätze im Rahmen der letzten Haushaltsplanung 2012.

Auf Grund neuer sparkassenrechtlicher Bestimmungen ergeben sich für den Zweckverband Änderungen bzw. Erleichterungen hinsichtlich der Anwendung von Bestimmungen zur Wirtschaftsführung. Des Weiteren können sich mögliche Entwicklungen und Auswirkungen beim Zweckverband perspektivisch im Zusammenhang mit sparkassen- und/oder trägerbezogenen Strukturfragen - etwaige Entscheidungen der zuständigen Gremien vorausgesetzt - ergeben. Auf das im Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 10/2012, veröffentlicht am 29. Juni 2012, verkündete Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe, das (mit Ausnahme seines Artikels 2) am Tage nach seiner Verkündung in Kraft trat, wird dahin gehend verwiesen.

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

Beteiligungsübersicht

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

Eilenburger Straße 1 a
04317 Leipzig

Tel. 0341 52010120
Fax 0341 52010122
Email post@kisa.it
Internet http://www.kisa.it

Gründungsdatum 01.01.2004

Verbandsmitglieder

Name	Stimmenanteil (%)	Stimmen
Landkreis Leipzig	1,56 %	30
verschiedene	98,44 %	1891

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die KISA stellt ihren Mitgliedern Datenverarbeitungsverfahren, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörigen Service zur Erledigung und Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung, welche die Mitglieder ganz oder teilweise in freier Entscheidung nutzen können. Diese Leistungen kann die KISA auch für Nichtmitglieder erbringen.

Insbesondere sorgt die KISA für Wartung, Pflege und Weiterentwicklung beziehungsweise für Ersatz/Ablösung der bereitgestellten Verfahren sowie für einen möglichst integrierten Einsatz durch Bereitstellung entsprechender Schnittstellen. Sie unterstützt in allen Anwendungsverfahren und in allen Fragen, die mit ihrer Leistung im Zusammenhang stehen und führt Schulungen durch, wobei rechtliche Beratungen jedoch ausgeschlossen sind. Die KISA berät und unterstützt bei der Auswahl, Beschaffung und der Nutzung von Hard- und Software. Sie erwirbt Gebietslizenzen und schließt Rahmenverträge mit Dritten für Lieferungen und Leistungen. Auf dem Gebiet der technikunterstützten Informationsverarbeitung vertritt sie die Interessen der Verbandsmitglieder und achtet auf die Einhaltung der Datenschutz- und Datensicherheitsbestimmungen.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	0,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an den Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	
Verlustabdeckung	900.559,72
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00

Beteiligungsbericht

der Kommunalen Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

für das Berichtsjahr 2011

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
1.1 Vorwort	3
1.2 Organigramm über die Beteiligungen von KISA	3
1.3 Entwicklung ausgewählter Finanzkennzahlen der Beteiligungen	4
2. Die Unternehmen	5
2.1 Kommunale Datennetz GmbH	5
2.1.1 Beteiligungsübersicht	5
2.1.2 Finanzbeziehungen	6
2.1.3 Organe	6
2.1.4 Sonstige Angaben	6
2.1.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen	7
2.1.6 Lagebericht	7
2.2 SASKIA Informations-Systeme GmbH	17
2.2.1 Beteiligungsübersicht	17
2.2.2 Finanzbeziehungen	17
2.2.3 Organe	18
2.2.4 Sonstige Angaben	18
2.2.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen	19
2.2.6 Lagebericht	19
2.3 Lecos GmbH	24
2.3.1 Beteiligungsübersicht	24
2.3.2 Finanzbeziehungen	24
2.3.3 Organe	25
2.3.4 Sonstige Angaben	25
2.3.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen	26
2.3.6 Lagebericht	26
Anlage 1 Mitglieder von KISA 2010 und ihre Anteile	40

Seite 1 von 47

Seite 2 von 47

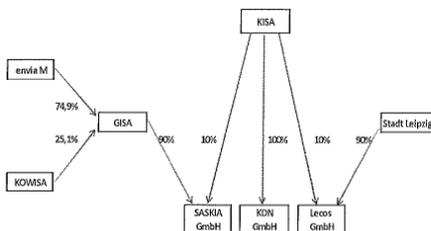
1. Einleitung

1.1 Vorwort

Der Beteiligungsbericht von KISA ist Teil der Beteiligungsberichte der Verbandsmitglieder. Inhalte sind unter anderem die Lageberichte 2011 der Unternehmen, an denen KISA beteiligt ist, Informationen über diese Unternehmen und die Angabe wichtiger Finanzkennzahlen. Der Beteiligungsbericht wird den Mitgliedern des Zweckverbandes jährlich nach Beschlussfassung in der Verbandsversammlung von KISA vorgelegt.

Ziel des Beteiligungsberichtes ist zum einen die Darstellung der Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zu beteiligten Unternehmen und zum anderen der Ausweis der Anteile der Mitglieder am Zweckverband. Zusammenfassend soll der Bericht für Außenstehende ein Bild über die Lage im Unternehmensverbund ergeben.

1.2 Organigramm über die Beteiligungen von KISA



Seite 3 von 47

1.3 Entwicklung ausgewählter Finanzkennzahlen der Beteiligungen

	KISA			KDN GmbH		
	2009	2010	2011	2009	2010	2011
Bilanzkennzahlen						
Anlagevermögen	2.147.127	4.655.088	4.685.230	1.028.089	758.571	484.430
Umlaufvermögen	2.996.636	7.298.690	8.021.702	781.138	669.441	851.725
Rechnungsabgrenz.	119.060	303.676	262.121	010	594	721
Summe Aktiva	5.262.823	12.217.254	13.969.054	1.807.635	1.418.606	1.336.876
Eigenkapital/Sonderposten						
Rückstellungen	830.538	839.387	645.509	1.089.089	818.571	544.430
Verbindlichkeiten	244.885	338.303	283.421	6.480	6.561	7.509
Rechnungsabgrenz.	4.185.820	11.039.564	12.781.958	715.265	593.474	784.546
Summe Passiva	1.600	-	267.767	-	-	-
Summe	5.262.823	12.217.254	13.969.054	1.807.635	1.418.606	1.336.876
Gewinn- und Verlustrech.						
Umsatz	12.484.062	13.388.228	13.688.901	667.985	742.249	847.760
Sonstige Erträge	76.244	794.074	633.001	2.301.078	2.433.144	2.347.915
Materialaufwand	8.001.929	11.704.644	9.309.098	2.545.413	2.741.172	2.751.460
Personalaufwand	5.029.150	6.351.683	6.240.627	91.037	111.512	113.601
Abschreibungen	323.653	624.088	613.763	276.307	273.118	274.140
Sonst. Aufwand	1.559.767	1.879.385	2.063.550	63.105	63.746	68.654
Zinsen	25.242	132.997	133.798	6.819	4.653	2.668
Ergebnis	- 273.949	8.848	243.478	-	-	-

	Saskia GmbH			Lecos GmbH seit 26.05.2010		
	2009	2010	2011	2009	2010	2011
Bilanzkennzahlen						
Anlagevermögen	100.129	137.936	470.689	6.745.738	6.784.197	
Umlaufvermögen	936.719	988.302	944.173	3.504.007	3.344.515	
Rechnungsabgrenz.	114.210	114.210	58.386	442.157	391.598	
Summe Aktiva	1.048.319	1.137.259	1.473.229	10.691.902	10.620.307	
Eigenkapital/Sonderposten						
Rückstellungen	577.127	598.825	595.503	1.512.258	1.518.577	
Verbindlichkeiten	264.909	266.598	234.646	3.258.184	3.447.091	
Rechnungsabgrenz.	18.510	3.553	21.526	5.800.125	4.130.181	
Summe Passiva	1.048.319	1.137.259	1.473.229	10.691.902	10.620.307	
Gewinn- und Verlustrech.						
Umsatz	4.108.306	4.358.324	4.424.868	10.624.330	19.607.687	
Sonstige Erträge	105.914	224.061	207.200	263.348	1.151.694	
Materialaufwand	883.993	1.046.772	1.060.193	1.069.992	2.153.847	
Personalaufwand	2.162.768	2.348.693	2.452.987	8.813.946	9.221.802	
Abschreibungen	67.262	70.325	68.251	2.398.362	3.024.421	
Sonst. Aufwand	694.030	861.028	822.739	7.422.654	8.277.635	
Zinsen	12.149	-	6.458	168.355	158.065	
Ergebnis	162.976	184.674	181.442	-	170.177	177.372

Seite 4 von 47

2. Die Unternehmen

2.1 Kommunale Datennetz GmbH

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Kommunalen Datennetz GmbH (KDN GmbH) mit Sitz in Dresden (HRB 20074).

2.1.1 Beteiligungsübersicht

Name: KDN - Kommunale DatenNetz GmbH
 Anschrift: Käthe-Kollwitz-Ufer 88
 01309 Dresden
 Telefon: 0351 3156952
 Telefax: 0351 3156966
 Internet: www.kdn-gmbh.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung
 Gesellschafter: Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)
 Stammkapital: 60.000,00 EUR
 Anteil KISA: 60.000,00 EUR (100,00 %)

Unternehmensgegenstand:

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst die Bereitstellung und den Betrieb eines Datennetzes für den kommunalen Bedarf sowie die Entwicklung, die Bereitstellung und den Vertrieb von über dieses Datennetz abzurufenden Netzdiensten und den Betrieb der diesen Zwecken dienenden Anlagen.

Seite 5 von 47

2.1.2 Finanzbeziehungen

Leistungen KDN GmbH an KISA	In T€
Gewinnabführungen	-
Leistungen von KISA an KDN GmbH	
Verlustabdeckungen	-
Sonstige Zuschüsse	-
übernommene Bürgschaften	-
Sonstige Vergünstigungen	-

2.1.3 Organe

Geschäftsführer der Gesellschaft Herr Frank Schlosser.

Gesellschafterversammlung: Herr Dr. Hans-Christian Rickauer

Dem Aufsichtsrat gehörten im Berichtsjahr an:
 Herr Dr. Hans-Christian Rickauer, Vorsitzender
 Herr Dr. Christoph Scheurer, 1. Stellvertreter
 Herr Mischa Woltschek, 2. Stellvertreter
 Herr Martin Schmeling
 Herr Wolfgang Klingner
 Herr Ralf Rother

2.1.4 Sonstige Angaben

Abschlussprüfer im Berichtsjahr: Schneider + Partner GmbH

Anzahl Mitarbeiter: 2 Mitarbeiter

Beteiligungen: keine Beteiligungen

Seite 6 von 47

2.1.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen

		31.12.2009			31.12.2010			31.12.2011		
		Ist	Ist	Plan	Ist	Ist	Plan	Ist	Plan	Abw. %
Vermögenssituation										
Vermögensstruktur	%	56,76	63,47	30,20	38,60	94%				
Fremdkapitalquote	%	39,66	41,84	58,75	55,75	105%				
Kapitalstruktur										
Eigenkapitalquote	%	60,08	57,70	29,87	4,84	617%				
Liquidität										
Liquidität		109,21	111,12	108,62	109,87	99%				
Effektivverschuldung	€	65.870	65.997	66.877	68.168	98%				
Geschäftserfolg										
Pro-Kopf-Umsatz	€	222.655	247.415	282.687	248.609	114%				
Arbeitsproduktivität		7,34	6,66	7,47	6,13	122%				

2.1.6 Lagebericht

Die KDN GmbH im Rahmen der allgemeinen Konjunkturlage

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise sind in den Städten und Gemeinden zwar noch immer spürbar, die Steuereinnahmen der sächsischen Kommunen stiegen jedoch im Vergleich zu 2009 um 5,1 Prozent

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes resultierte die Steigerung zum allergrößten Teil aus Gewerbesteuererträgen. Diese machen mit 1.068 Millionen Euro nahezu die Hälfte aller Netto-Steuereinnahmen aus. Die Steigerung beträgt hier 10,6 Prozent (102 Millionen Euro).

Darüber hinaus kommen auf die sächsischen Kommunen weitere Pflichtaufgaben zu. Beispielsweise sind hier die Führung des elektronischen Personenstandsregisters und die Umstellung auf die Doppik benannt. Zur Lösung dieser Aufgaben ist für die Kommunen eine sichere und leistungsfähige Vernetzung unabdingbar.

Auf Grund der spezifischen Ausrichtung der KDN GmbH als IT-Dienstleister, ganz speziell für sächsische Kommunen, wird die KDN GmbH die Kommunen hierbei in hohem Maße unterstützen und den Verbreitungsgrad ihrer Lösungen gegen den allgemeinen Trend weiter erhöhen.

Seite 7 von 47

Geschäftsverlauf in 2011

Risiken-Betrachtung der Finanzierung des KDN II im FAG-Beirat

An den Risiken aus der FAG-Finanzierung hat sich gegenüber dem Vorjahr nichts verändert.

Gemäß Festlegung im FAG-Beirat Ende 2007 sollte die Höhe der Zuweisungen für das KDN II Ende 2008 geprüft werden.

Bis Ende 2008 ergaben sich neue Sachverhalte, die eine Erhöhung der Zuweisungen für das KDN II notwendig machten. Dies waren:

- umsatzsteuerliche Behandlung der KDN GmbH gemäß verbindlicher Auskunft
- Erhöhung des FAG-finanzierten Basisanschlusses für Landkreise und kreisfreie Städte im Zuge der Verwaltungs- u. Funktionalreform von 10 Mbit/s auf 20 Mbit/s
- absehbarer Eintritt des DSL-Risikos in nahezu voller geschätzter Höhe über die Laufzeit des KDN II

Die FAG-Verhandlungen zur Erhöhung der Zuweisungen wurden im Februar 2009 mit einem für die KDN GmbH akzeptablen Ergebnis abgeschlossen. Das DSL-Risiko wurde in der derzeit absehbaren Höhe über FAG-Zuweisungen gedeckt, ebenso die Finanzierung der Erhöhung der Bandbreite von Landkreisen und kreisfreien Städten. Die Steigerung der Kosten des Budgets von P2P-Verbindungen auf Grund der umsatzsteuerlichen Behandlung wurde teils aus FAG-Mitteln, teils unter zweckgebundener Heranziehung von zusätzlichen Einnahmen der KDN GmbH aus dem Verkauf von P2P-Verbindungen gedeckt. Die Erhöhung der GmbH-Kosten auf Grund der umsatzsteuerlichen Behandlung wird ebenfalls aus FAG-Mitteln finanziert.

Geschäftstätigkeit für Netzbetrieb KDN II

Seit Oktober 2009 befindet sich das KDN II im Regelbetrieb. Der Betrieb des KDN II wird als sicher und stabil eingeschätzt. Der Anschlussgrad bei den sächsischen Städten und Kommunen wurde und wird sukzessive ausgebaut.

Ende des Jahres 2011 konnte folgender Beauftragungsstand im KDN II verzeichnet werden:

Seite 8 von 47

Gesamt	Selbstst.	Kostenfreie	Sn.-Anhalt	Kostenpfl. AS		
405	326	10	6	63	Stand:	28.02.2011
409	326	10	6	67	Stand:	30.09.2011
407	323	10	6	68	Stand:	31.12.2011

Die rückläufige Zahl trotz mehrerer Neuanschlüsse basiert auf Zusammenschlüssen kleinerer Gemeinden bzw. der Eingemeindung durch größere. Dadurch werden die KDN-II-Anschlüsse der nicht mehr selbstständigen Verwaltungen kostenpflichtig und nicht in jedem Fall beibehalten.

Unabhängig davon gelang es der KDN GmbH, eine größere Anzahl von Kunden von der technischen Notwendigkeit einer kostenpflichtigen Bandbreitenerhöhung oder, wenn dies technisch nicht mehr möglich war, einem Technologiewechsel z.B. von xDSL nach einer qualitativ höherwertigen Festverbindung zu überzeugen. Gleichzeitig wurde für mehrere Punkt-zu-Punkt-Verbindungen (kostenpflichtig) die Bandbreite erhöht.

Die Zahl der beauftragten Schulschlüsse hat sich fast nicht verändert. Die Anzahl der Lokationen sank von 1.366 auf 1.335. Die Gründe für den Rückgang liegen in Auftragsstornierungen von Schulen. Die Geschwindigkeit des Rollout hat sich erheblich reduziert und liegt momentan bei ca. 1 bis 2 Schulen pro Monat. Aktuell wurden 1.258 (Stand: 31.12.2011) Lokationen angeschlossen. Weiterhin liegen fast 100 Anträge zur Nachbearbeitung beim Kultusministerium.

In einer gemeinsamen Beratung zwischen KDN GmbH, SMK, SID und T-Systems am 14. Oktober 2011 wurde über Alternativanschlüsse für Schulen beraten, die nicht mit DSL versorgbar sind. Im Ergebnis dessen wurde die KDN GmbH aufgefordert, ein Angebot für die Mitnutzung der kommunalen LAN-RAS-Plattform durch das SMK abzugeben. Da die vollständige Ausstattung dieser Plattform mit 200 möglichen Anschlüssen durch die kommunale Seite nicht absehbar ist, hat die KDN GmbH der Mitnutzung durch die Schulen in begrenztem Umfang zugestimmt und ein Angebot erstellt.

Seite 9 von 47

Verhandlungen zur Vertragsverlängerung KDN II

Gemäß Beschluss des Aufsichtsrates der Gesellschaft vom 28. Juni 2011 arbeitete die KDN GmbH aktiv im Rahmen des Projektes zur Fortführung und Weiterentwicklung des Sächsischen Verwaltungsnetzes mit.

Zunächst wurde in einer Arbeitsgruppe von Freistaat und Kommunen ein Anforderungskatalog hinsichtlich der in den anstehenden Verlängerungsverhandlungen anzustrebenden Ziele erstellt. Die kommunale Seite wurde vertreten durch die SAKD und die KDN GmbH. Der Anforderungskatalog enthält „weiche“ Ziele hinsichtlich der zukünftig vom Dienstleister zu erbringenden Qualität und Servicelevel und „harte“ monetäre Ziele hinsichtlich der Verbesserung des Verhältnisses von Leistung zu Preis für die Auftraggeber Freistaat und die KDN GmbH.

Der Anforderungskatalog wurde im Sommer erarbeitet und abgeschlossen. Die Ziele der kommunalen Seite wurden mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt.

Ende September des Jahres 2011 begannen die Verhandlungen zur Vertragsverlängerung mit dem Dienstleister T-Systems. Seitens der Auftraggeber vertrat die KDN GmbH und die SAKD die Interessen der kommunalen Seite.

Die Verhandlungen waren zum Jahresende noch nicht abgeschlossen. Es wird eingeschätzt, dass die Vorbereitung der Vertragsverhandlungen, die vom Herbst 2010 bis Ende August 2011 dauerten und die Vertragsverhandlungen selbst die eng begrenzten Ressourcen der Gesellschaft in hohem Maße in Anspruch genommen haben.

Dienstleistungen für KISA

Für KISA wurden im Rahmen des bestehenden Dienstleistungsvertrags Leistungen in vereinbartem Umfang und Qualität erbracht.

Seite 11 von 47

Die Akquise-Anstrengungen werden fortgesetzt, um eine Flächendeckung des KDN II bei den sächsischen Kommunen zu erreichen.

Die Nutzung des Zuganges zu den E-Government-Basiskomponenten ist stabil unkritisch. Aktuell liegt hier die durchschnittliche Nutzung bei 1,3 % mit Spitzen bis 9,4 %. Diese Auslastung ist als absolut unkritisch zu bewerten.

Der zentrale Internet-Anschluss gemeinsam mit dem Freistaat Sachsen zeigt zwar noch keine Auffälligkeiten, aber eine ausgesprochen intensive Nutzung. Die Statistik für 2011 zeigt eine durchschnittliche Auslastung von 58,1 % bei Spitzen bis 111,8%. Der Zugang ist noch als ausreichend dimensioniert zu bezeichnen; mit steigender Nutzung ist allerdings bereits die Notwendigkeit einer weiteren Erhöhung vorzusehen. Die Auslastungen sind allerdings noch nicht als kritisch zu betrachten.

Im Rahmen der Tätigkeit der Gesellschaft hat sich ein sehr hoher Beratungsbedarf der sächsischen Kommunen hinsichtlich IT-Sicherheit herausgestellt. Die Gesellschaft hat auf diesen Bedarf reagiert und einen Netzwerkmanager zum IT-Sicherheitsbeauftragten ausgebildet und berät ihre Kunden aktiv zum Thema IT-Sicherheit. Die KDN GmbH das Thema IT-Sicherheit in Zukunft weiter intensivieren, die Teilnehmer am KDN II sensibilisieren und, wo notwendig und gewünscht, Unterstützung anbieten. Die Arbeitsgruppe IT-Sicherheit im KDN II hat erfolgreich ihre Tätigkeit aufgenommen.

Die Zusammenarbeit der IT-Sicherheitsbeauftragten von KISA und KDN GmbH wird als sehr erfolgreich eingeschätzt. Gemeinsame Beratungen und Kundengespräche finden regelmäßig statt. Zur Vertretungsregelung sind klare Vereinbarungen getroffen.

Auf Grund dieser Fakten wird eingeschätzt, dass mit dem KDN II ein leistungsfähiges Netz mit attraktiven Diensten für sächsische Kommunen aufgebaut wurde. Die Anschlussmodule im KDN II bieten eine deutlich erhöhte Flexibilität für die Bedürfnisse der Kunden. Langfristig wird damit die Basis für eine flächendeckende kommunale IT-Infrastruktur geschaffen, die es den sächsischen Kommunen bei allen Sparzwängen ermöglicht, sich den zukünftigen Herausforderungen zu stellen.

Seite 10 von 47

Wichtige Bilanz- und Leistungskennzahlen

	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	
Bilanzsumme	1.808 TEUR	1.419 TEUR	1.336 TEUR	
Anlagevermögen	1026 TEUR	759 TEUR	484 TEUR	
Anlagenquote	56,7 %	53,5 %	36,2 %	
Eigenkapital (i.w.S. *)	778 TEUR	591 TEUR	399 TEUR	
Eigenkapitalquote	43,0 %	41,6 %	29,9 %	
Fremdkapital	1.030 TEUR	828 TEUR	937 TEUR	
Fremdkapitalquote	57,0 %	58,4 %	70,1 %	
	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Plan 2012
Umsatzerlöse	668 TEUR (100 %)	742 TEUR (100 %)	848 TEUR (100 %)	799 TEUR (100 %)
Fremdleistungen	2.545 TEUR (381,0%)	2.741 TEUR (369,4 %)	2.751 TEUR (324,4 %)	3.006 TEUR (376,2 %)
Personalaufwand	91 TEUR (16,3 %)	112 TEUR (16,1 %)	114 TEUR (13,4 %)	157 TEUR (19,6 %)
Liquidität 1. Grades	90,1 %	80,7 %	81,3 %	

*) Unter Berücksichtigung von 70% des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (bis 2007: 60%)

Finanzierung

Die KDN GmbH kann ohne Zuwendungen aus dem FAG ihre wirtschaftliche Tätigkeit nicht entfalten. Im Wirtschaftsplan 2011 und in den angehängten Finanzplänen der Folgejahre sind geschätzte Größenordnungen angegeben. Im Ergebnis wurden die Zuwendungen nicht in der geplanten Höhe benötigt bzw. abgerufen. Die Einnahmen von den Kommunen

Seite 12 von 47

betragen 847.759,96 EUR und sind höher als die geplanten Einnahmen von 745.707,57 EUR. Die notwendigen abgerufenen Zuwendungen zum kostendeckenden Betrieb im Geschäftsjahr 2011 beliefen sich auf 2.513.272,37 EUR. Das Geschäftsergebnis 2011 war ausgeglichen.

Ausblick auf die Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 2012 und Folgejahre

Das Jahr 2012 wird im Wesentlichen von einem weiteren Ausbau des Anschlussgrades des KDN II sowie vom Abschluss der Verhandlungen zur Vertragsverlängerung und darauf aufbauend der Erarbeitung eines neuen Basismengengerüsts für den Verlängerungszeitraum geprägt sein. Auf Grund von Gemeindefusionszusammenschlüssen ist aber davon auszugehen, dass die Zahl von FAG-finanzierten Basisanschlüssen weniger stark steigen wird.

Die Beratungsleistungen der KDN GmbH für ihre Kunden hinsichtlich möglicher Anschlusslösungen und zur IT-Sicherheit werden fortgeführt.

Die Finanzierung der KDN GmbH wird für die Folgejahre auch weiterhin eine Mischfinanzierung sein. Der überwiegende Teil der Finanzmittel kommt aus der Förderung durch das Finanzausgleichsgesetz über den Zuwendungsgeber SAKD für den Basisanschluss der Kommunen. Darauf aufbauend werden Zusatzleistungen durch eigene Einnahmen von den Kommunen und kommunalen Einrichtungen finanziert. Hier wird zu beachten sein, dass sich Preisreduzierungen des Dienstleisters T-Systems im Rahmen der Verlängerungsverhandlungen auch auf die Marge der KDN GmbH auswirken werden und sich eine Anhebung der Basisbandbreiten im Rahmen eines eventuellen neuen Basismengengerüsts gleichfalls negativ auf die eigenen Einnahmen der Gesellschaft auswirken wird.

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Die Risiken im Geschäftsjahr 2012 sind auf Grund der FAG-Finanzierung der Basisanschlüsse im Vergleich zum Vorjahr auf niedrigem Niveau gleich geblieben, auch wenn es keine Garantie geben kann, ob die geplanten Neuanschlüsse und Bandbreitenerhöhungen tatsächlich eintreten werden.

Seite 13 von 47

Chancen werden durch die Erbringung von weiteren Beratungsleistungen, insbesondere im Bereich IT-Sicherheit, gesehen sowie im Verkauf von Bandbreiten und Leistungen, die über den Basisanschluss hinausgehen.

EU, Bund und Freistaat setzen mit ihren E-Government-Vorhaben, dem elektronischen Personenstandsregister und der Umsetzung der EU-DLR weitere Impulse, für die eine gesicherte Vernetzung Voraussetzung ist und daher ein Anschluss an das KDN II eine notwendige Basis darstellt.

Auf der Grundlage der Zusatzleistungen ist davon auszugehen, dass die erlösorientierte Geschäftstätigkeit der KDN GmbH auf Grund der unter Ziffer 5 aufgeführten möglichen Preisreduzierungen und Verbesserungen der Basisbandbreiten auf hohem Niveau geringfügig negativ entwickeln wird. Für diesen Fall wird die Gesellschaft zu beachten haben, dass zusätzliche Aufwände von den verbleibenden Eigenerlösen finanziert werden können. Darüber hinaus ist zu beachten, dass die Gesellschaft auf Grund von zusätzlichen Aufgaben im Projekt „Fortführung und Verlängerung sächsisches Verwaltungsnetz“ (Mitwirkung bei Verlängerungsverhandlungen, Mitwirkung bei Neuausschreibung, dafür notwendige externe Beratungsleistungen) einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf aus dem FAG erwartet. In der bisherigen FAG-Finanzierung ist dieser Aufwand nicht enthalten.

Letztlich werden alle Risiken als beherrschbar und die künftige Geschäftstätigkeit der Kommunalen DatenNetz GmbH entsprechend dem Gesellschaftszweck als geordnet eingeschätzt.

Wesentliche Entwicklungen seit dem 31. Dezember 2011

Die Verhandlungen zur Vertragsverlängerung mit T-Systems im Rahmen des Projektes Fortführung und Weiterentwicklung des Sächsischen Verwaltungsnetzes konnten durch das Projektkernteam am 27. Januar 2012 und im Rahmen einer Nachverhandlung der kommunalen Seite zu Los 1 am 25. Januar abgeschlossen werden.

Neben den "weichen" Faktoren hinsichtlich qualitativer Leistungserbringung steht mittlerweile auch das finanzielle Ergebnis für den Verlängerungszeitraum 42 Monate (max. Verlängerung, Empfehlung des Kernteams) fest.

Seite 15 von 47

Als Risiko wird das sehr geringe Budget für die GmbH-Kosten selbst eingeschätzt, welches der Gesellschaft nur bedingt Spielräume hinsichtlich Investitionen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter sowie der Ausgestaltung des Geschäftsbetriebes lässt. Tarifierhöhungen im TV-L sind auf Grund des gerade erfolgten Abschlusses im TV6D in relativ hohem Umfang zu erwarten, finanziell aber nur schwer umsetzbar.

Mit der Migration von TESTA auf DOI und der zukünftig in höherem Maße durch Kommunen genutzten Dienste des DOI kann eine Erhöhung der Bandbreiten erforderlich sein, welche u. U. erhöhte Kosten verursacht. Hinsichtlich der Risikominimierung kommt der Gesellschaft der Umstand zu Gute, dass die gleiche Anschlussbandbreite bei DOI geringere Kosten verursacht als ursprünglich für TESTA geplant. Eine Steigerung der durch die Kommunen in Anspruch genommenen Bandbreiten ist bei der FAG-Finanzierung vorgesehen, es kann zum heutigen Zeitpunkt aber nicht verlässlich eingeschätzt werden, ob diese ausreichend sind.

Als weiteres Risiko wird die durch die Kommunen in Anspruch genommene Bandbreite des zentralen Internetübergangs des SVN eingeschätzt. FAG-Mittel sind vorgesehen, die Wahrscheinlichkeit ist aber hoch, dass die Bandbreite über die gesamte Laufzeit des KDN II nicht ausreichend sein wird, auch wenn im Jahr 2010 eine für die KDN GmbH kostenneutrale Erhöhung bereits stattgefunden hat. Die Vertragsverhandlungen zur Verlängerung des SVN / KDN II lassen weiterhin erwarten, dass der zentrale Internetübergang durch T-Systems von 450 auf 622 Mbit/s kostenneutral erhöht wird, sobald der Freistaat die Verlängerungsoption zieht.

Den Risiken DOI und Internet wird zum einen durch entsprechende Vertragsgestaltung mit dem Freistaat entgegengewirkt, zum anderen sind im Bedarfsfall die bereitgestellten und in anderen Positionen teilweise nicht vollständig ausgeschöpften FAG-Mittel in diese Position umzuschichten.

Die Ausgestaltung der Finanzierung des P2P-Budgets der Landkreise über das FAG und eigene Einnahmen bergen als weiteres Risiko, dass u. U. eigene Einnahmen der KDN GmbH durch Kündigungen kostenpflichtiger P2P-Verbindungen verloren gehen. Diesem Risiko wurde durch eine entsprechende Vertragsgestaltung mit den Landkreisen entgegengewirkt.

Seite 14 von 47

Das Verhandlungsergebnis für die kommunale Seite steht unter dem Vorbehalt der Beauftragung der Verlängerung des SVN durch den Freistaat.

Durch die Geschäftsführung wird eingeschätzt, dass die Verhandlungsziele erreicht wurden und es durch das Verhandlungsergebnis ermöglicht wird, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und der SAKD das Basismengengerüst so weiter zu entwickeln, um den gestiegenen Bandbreitenanforderungen der Kommunen Rechnung zu tragen und im Rahmen des FAG-Budgets zu bleiben.

Der Aufsichtsrat hat dem Verhandlungsergebnis zugestimmt und die Geschäftsführung mit dem Abschluss einer entsprechenden Vertragsänderung für die Vertragsverlängerung mit T-Systems beauftragt, sofern der Freistaat von der Verlängerungsoption Gebrauch macht.

Personell wurde die Gesellschaft entsprechend der Vorgaben des Wirtschaftsplanes mit 2,6 VZÄ ausgestattet, davon 1,6 VZÄ für den technischen Bereich und 1,0 VZÄ für den kaufmännisch-organisatorischen Bereich, um auch personell den Aufgaben aus dem Projekt „Fortführung und Verlängerung sächsisches Verwaltungsnetz“ (Mitwirkung bei Verlängerungsverhandlungen, Mitwirkung bei Neuausschreibung) gewachsen zu sein.

Seite 16 von 47

2.2 SASKIA Informations-Systeme GmbH

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der SASKIA Informations-Systeme GmbH mit Sitz in Chemnitz (HRB 8137).

2.2.1 Beteiligungsübersicht

Name: SASKIA Informations-Systeme GmbH
 Anschrift: An den Teichen 5
 09224 Chemnitz
 Telefon: 0371 8088 444
 Telefax: 0371 8088 200
 Internet: www.saskia.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung
 Gesellschafter: Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)
 KISA GmbH
 Stammkapital: 500.000,00 DM
 Anteil KISA: 50.000,00 DM (10,00 %)

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand der SASKIA Informations-Systeme GmbH ist die Datenverarbeitung und alle damit verbundenen Dienstleistungen für Landkreise, Städte und Gemeinden sowie für durch diese getragene Verbände oder sonstige Vereinigungen.

2.2.2 Finanzbeziehungen

Leistungen SASKIA GmbH an KISA	In T€
Gewinnabführungen	18
Leistungen von KISA an SASKIA GmbH	
Verlustabdeckungen	-
Sonstige Zuschüsse	-
Übernommene Bürgschaften	-
Sonstige Vergünstigungen	-

Seite 17 von 47

2.2.3 Organe

Geschäftsführer der Gesellschaft waren:

Herr Gerd Fochtmann
 Herr Martin Schmeling
 Herr Uwe Kielhorn

Gesellschafterversammlung:

GISA GmbH Herr Micheal Krüger
 Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen
 Herr Dr. Hans-Christian Rickauer

2.2.4 Sonstige Angaben

Abschlussprüfer im Berichtsjahr: PriceWaterhouseCoopers AG

Anzahl Mitarbeiter: 62 Mitarbeiter

Beteiligungen: keine Beteiligungen

Seite 18 von 47

2.2.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen

		31.12.2009		31.12.2010		31.12.2011		Abw. %
		Ist		Ist		Ist	Plan	
Vermögenssituation								
Investitionsdeckung	%	124	65	21	94	22%		
Vermögensstruktur	%	9,55	12,13	31,95	17,60	182%		
Fremdkapitalquote	%	17,91	23,59	42,18	18,27	231%		
Kapitalstruktur								
Eigenkapitalquote	%	55,05	52,66	40,428	57,09	71%		
Eigenkapitalreichweite		3,54	3,24	3,28	3,23	102%		
Liquidität								
Liquidität	%	498,86	368,38	151,93	445,31	34%		
Effektivverschuldung	€	748.946	720.019	322.710	663.000	49%		
Rentabilität								
Eigenkapitalrendite	%	28,24	30,84	30,46	31,00	98%		
Gesamtkapitalrendite	%	15,55	16,24	12,75	17,70	72%		
Geschäftserfolg								
Pro-Kopf-Umsatz	€	73.362,61	69.338,47	71.368,84	70.269,84	102%		
Arbeitsproduktivität		1,91	1,86	1,80	1,80	106%		

2.2.6 Lagebericht

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Der demografische Wandel, der rechtliche Zwang, in den nächsten Jahren zu den Verfahren der Doppik zu wechseln, die EU-Dienstleistungsrichtlinie umzusetzen und die zunehmend serviceorientierte Ausrichtung der Kommunen in Richtung ihrer Bürger und Unternehmen sind Wachstumsfaktoren der Branche. Dabei sorgen in den letzten Jahren insbesondere starke Veränderungen des Rechtsrahmens und die dementsprechende Weiterentwicklung von Produkten für dynamische Entwicklungen. Hemmend wirkte nach wie vor der chronische Mangel an Finanzmitteln in den Haushalten der Kommunen.

Leistungsbereiche, Umsatz und Auftragsentwicklung

Die SASKIA GmbH konnte im Geschäftsjahr Umsatzerlöse in Höhe von T€ 4.425 (Vorjahr T€ 4.368) verzeichnen, dies bedeutet eine Umsatzsteigerung von T€ 57. Die Umsätze wurden im Wesentlichen durch Projekte, durch Schulung und Beratung, durch Dienstleistung, durch Wartungsverträge für Eigen- und Fremdsoftware, durch Rechenzentrumsdienstleistungen und durch Verkauf eigener Software realisiert. Zu einer deutlichen und nachhaltigen

Seite 19 von 47

gen Umsatzsteigerung führten insbesondere die Erhöhung der Wartungsverträge für die eigene Software im Finanz- und Einwohnerwesen und für die Fremdsoftware Archikart. Der Schwerpunkt im Bereich Entwicklung des Finanzwesens lag in 2011 in der zukunftsorientierten Umstellung der technologischen Basis der Entwicklungsplattform. Im Einwohnerwesen wurden die Komponenten für die Beantragung des neuen Personalausweises so weiterentwickelt, dass in der Endausbaustufe eine medienbruchfreie Arbeitsplatzgestaltung möglich ist. Dazu wurde die Möglichkeit geschaffen, dass Bürgermonitore, Unterschriftstafeln und Fotokabinen an das Verfahren angebunden werden können. Im Bereich Ordnungswidrigkeiten wurde mit der Programmierung von „OWI mobil“ Neuland beschritten und den Kunden eine Lösung vorerst für den ruhenden Verkehr bereitgestellt. Eine Erweiterung dieser Mobilisierung ist für 2012 auch für die sonstigen Ordnungswidrigkeiten geplant. Auch im Bereich der Betreuung der Fremdsoftware Archikart konnten wieder Ergebnissteigerungen erreicht werden. Bereits zum dritten Mal wurde SASKIA als umsatzstärkster Partner der Archikart AG ausgezeichnet. Der technische Bereich, der etwas hinter den Erwartungen der SASKIA zurückblieb, wurde umstrukturiert und besser an die Kundenerfordernisse angepasst. Im Bereich der Dienstleistung Lohnrechnung wirkte sich der Neukunde „Klinikum Rostock“ positiv auf Umsatz und Ergebnis aus. Des Weiteren wurden die Verträge mit Industriekunden direkt mit SASKIA abgeschlossen, die in der Vergangenheit über die frühere Schwestergesellschaft APRESYS liefen. Dieses Vertragsverhältnis wurde Ende 2011 beendet. In den übrigen Bereichen bewegten sich die Umsätze weitgehend auf Vorjahresniveau.

Finanzierungsmaßnahmen

Fremdkapitalaufnahmen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Die für die Investitionen notwendigen finanziellen Mittel sind durch die laufende Geschäftstätigkeit erwirtschaftet worden.

Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr wurden durchschnittlich 62 Arbeitnehmer beschäftigt, zum 31. Dezember waren es 58. Der Personalaufwand im Geschäftsjahr betrug T€ 2.453 und ist gegenüber dem Vorjahr (Geschäftsjahr 2010 T€ 2.347) gestiegen. Die Entlohnung der Mitarbeiter erfolgt nach einzelvertraglichen Regelungen. Der seit Jahren bestehende Fachkräftemangel

Seite 20 von 47

führt ebenfalls zu einer Erhöhung der Personalkosten. Unterweisungen zum Arbeitsschutz erfolgten entsprechend den gesetzlichen und berufsgegenständlichen Vorschriften. Im Rahmen der Vorsorgeleistungen für die Mitarbeiter wurden neben den arbeitsmedizinischen Untersuchungen auch weitere Angebote bereitgestellt, wie z.B. Fahrsicherheitstraining und Inhouse – Massagen.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Eines der zentralen Themen im Geschäftsjahr war der Technologiewechsel für das Finanzverfahren. Im Rahmen einer Migration wurde die technologische Basis für die Entwicklungsplattform von Gupta auf .Net umgestellt und damit modernisiert. Für dieses Zukunftsprojekt investierte SASKIA ca. T€ 347. Ziel ist es, damit zukünftig alle Anforderungen und Innovationen für den Kommunalmarkt über eine leistungsfähige und zukunftssichere Entwicklungsumgebung abzusichern. Von dieser Modernisierung partizipieren sowohl die autonomen Kunden der SASKIA als auch die Rechenzentrumskunden der KISA. Das Rollout für die Kunden ist im I. Quartal 2012 geplant. Weitere Schwerpunkte im Finanzwesen konzentrierten sich in den Projekten zur Doppikbegleitung und der Einführung der doppischen Software bei unseren Kunden. Besonders hervorzuheben ist hier die Fortsetzung der Doppikprojekte in den Landkreisen, die tw. organisatorisch und vertraglich neu strukturiert wurden und sich auch umsatz- und ergebnisseitig positiv auf das Geschäftsjahr auswirkten. Ein weiterer zentraler Schwerpunkt war die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der KISA. Auch hier wurden, ebenso wie bei SASKIA, weitere Kunden schrittweise auf die Doppik umgestellt. Allerdings wird auch heute bereits deutlich, dass sowohl bei SASKIA als auch bei KISA die größte „Umsteigerzahl“ von der Kameralistik auf die Doppik zum 01.01.2013 erwartet wird. Die begonnene Pilotzertifizierung der SAKD für das doppische Finanzverfahren wurde im I. Quartal 2011 abgeschlossen. Damit war SASKIA der erste Verfahrenshersteller, dessen Finanzwesen im Freistaat Sachsen die Prüfkriterien der SAKD erfüllt hat. Für die Bundesländer Freistaat Thüringen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt wurden mit OKKSA in 2011 Verträge über die Zertifizierung der Finanzsoftware geschlossen, die weitgehend in 2012 erfolgen soll. Im Bereich Einwohnerwesen bestimmte im Geschäftsjahr die Konsolidierung der Funktionalitäten für den „Neuen Personalausweis“ den Entwicklungsinhalt. Die medienbruchfreie Gestaltung des Arbeitsprozesses für den papierlosen Ausweis-Antrags- und -ausgabeprozess, die elektronische Unterschriftenerfassung, die Anbindung diverser Tablets und Fotokabinen wurden bis zum

Seite 21 von 47

Umfeld der Gesellschafter positiv zu beeinflussen. Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der KISA und die gemeinsame Entwicklung im Finanz- und Gewerbesystem hat dazu geführt, dass alle Altsysteme der KISA in diesen Segmenten durch SASKIA-Software abgelöst werden konnten und eine hohe Kundenzufriedenheit erreicht wurde. Nach Abschluss dieser Projekte bieten sich ggffs. neue Chancen der Zusammenarbeit mit KISA, insbesondere mit weiteren bei SASKIA entwickelten Verfahren, die eine positive Umsatz- und Ergebnisentwicklung zur Folge haben können.

SASKIA hat in enger Zusammenarbeit mit den Kunden innovative Lösungen entwickelt, die die Attraktivität der Produkte und damit die Kundenbindung und die Chancen der Neukundenakquise erhöht. Die Anforderungen an die kommunale IT sind in den letzten Jahren erheblich gewachsen und werden auch zukünftig Triebfeder für ständige Veränderungen sein. Insbesondere die Umstellung auf eine papierlose und medienbruchfreie Gestaltung von Prozessabläufen sowie die Anbindung an die elektronische Akte werden von SASKIA als große Chance für die Weiterentwicklung des kommunalen Geschäftes gesehen. Die SASKIA begegnet dem Fachkräftemangel im IT – Bereich mit intensiven Maßnahmen zur verstärkten Bindung der Mitarbeiter an das Unternehmen und mit neuen Wegen bei der Akquise von qualifizierten Fachkräften. Jedoch sind auch hier weitere Anstrengungen notwendig, um die Fluktuation gering zu halten und bei Personalbedarf leistungsfähige Mitarbeiter zu finden. Des Weiteren hat sich auch in 2011 der Trend fortgesetzt, dass die Aufwendungen für die Anpassung der Software an geänderte gesetzliche Bedingungen und der generelle Umstieg von Papierform auf elektronische Vorgänge weiter stark ansteigen. Dies birgt einerseits die bereits oben genannte Chance auf die Entwicklung und den Verkauf neuer Module innerhalb der Fachverfahren, wie z. B. im Einwohnerfachverfahren und bei Ordnungswidrigkeiten. Andererseits muss beobachtet werden, inwiefern der derzeitige prozentuale Pflege- und Wartungsanteil noch ausreicht, um die darin enthaltenen Rechtsanpassungen in der Software umzusetzen.

Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

Seite 23 von 47

01.12.2011 umgesetzt. Diese neuen Funktionalitäten sowie die erforderliche Hardware stehen den Kunden optional zur Steigerung der Effektivität in der Meldebehörde zur Verfügung.

Darstellung der Lage

Vermögenslage

Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31.12.2011 beträgt T€ 471 (Vorjahr T€ 138). Das Anlagevermögen ist vollständig durch Eigenkapital finanziert. Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Geschäftsjahres über ein Eigenkapital von T€ 596 (Vorjahr T€ 599). Dies sind 40 % (Vorjahr 53 %) der Bilanzsumme.

Finanzlage

Die verfügbaren liquiden Mittel zum 31. 12. 2011 betragen sich auf T€ 242 (Vorjahr T€ 424). Langfristige Verbindlichkeiten bestehen in Höhe von T€ 339 (Vorjahr T€ 0). Die kurzfristigen Verbindlichkeiten betragen T€ 100 (Vorjahr T€ 268), denen kurzfristige Forderungen von T€ 682 (Vorjahr T€ 540) gegenüberstehen. Die Liquidität war über das gesamte Geschäftsjahr gesichert. Kredite wurden nicht in Anspruch genommen.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss vor Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 267 (Vorjahr T€ 272). Dies entspricht einer Brutto-Umsatzrendite von 6% (Vorjahr 6,2%). Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 181 (Vorjahr T€ 185). Dies entspricht einer Netto-Umsatzrendite von 4,1 % (Vorjahr 4,2 %). Zur Erläuterung der Renditekennziffern verweisen wir auf unsere Ausführungen unter Abschnitt A.

In den folgenden Jahren wird bei wachsenden Umsätzen eine positive Unternehmensentwicklung erwartet.

Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Zielsetzung für die SASKIA ist, die Weiterentwicklung der Gesellschaft u.a. auch durch das

Seite 22 von 47

2.3 Lecos GmbH

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Lecos GmbH mit Sitz in Leipzig (HRB 17608).

2.3.1 Beteiligungsübersicht

Name: Lecos GmbH
 Anschrift: Preger Str. 8
 04103 Leipzig
 Telefon: 0341 2538 0
 Telefax: 0341 2538 111
 Internet: www.lecos-gmbh.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung
 Gesellschafter: Stadt Leipzig
 Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen
 Stammkapital: 200.000,00 EUR
 Anteil KISA: 20.000,00 EUR (10,00 %)

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung der Gesellschafter im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik sowie Bürodienstleistungen.

2.3.2 Finanzbeziehungen

Leistungen Lecos GmbH an KISA	in T€
Gewinnabführungen	9
Leistungen von KISA an Lecos GmbH	
Vorlaufdeckungen	-
Sonstige Zuschüsse	-
übernommene Bürgschaften	-
Sonstige Vergünstigungen	-

Seite 24 von 47

2.3.3 Organe

Geschäftsführer der Gesellschaft Herr Peter Kühne.

Gesellschafterversammlung: Herr Dr. Hans-Christian Rickauer
Herr Burkhard Jung

Dem Aufsichtsrat gehörten im Berichtsjahr an:

Herr Andreas Müller, Vorsitzender
Herr Ingo Sasama, Stellvertreter
Frau Ute Köhler-Siegel
Frau Ines Hantschick
Herr Gerd Heinrich
Herr Ansbert Maciejewski
Herr Dr. Hans-Christian Rickauer

2.3.4 Sonstige Angaben

Abschlussprüfer im Berichtsjahr: Dr. Plöger Corporate Revision GmbH

Anzahl Mitarbeiter: 162 Mitarbeiter

Beteiligungen: keine Beteiligungen

Seite 25 von 47

Standardsoftware erreicht werden. Ziel ist darüber hinaus die weitere Reduzierung von Insellösungen bei den Eigenbetrieben der Stadt Leipzig sowie bei den Schulen. Das Geschäft mit dem zweiten Gesellschafter (10% des Unternehmens, der KISA, konnte auch im Wirtschaftsjahr 2011 konsolidiert werden. Dieses ist vor dem Hintergrund der Verfahrensablösungen auf dem Großrechner (HOST) der Lecos GmbH zu sehen. Dabei wurde eine Kooperationsebene gefunden, die in den folgenden Jahren zu einer noch engeren Zusammenarbeit mit diesem Gesellschafter führen wird.

Wesentliche Ereignisse im Geschäftsjahr 2011

Für die Jahre 2011 bis 2015 besteht für die Lecos GmbH Vertragssicherheit mit ihrem größten Gesellschafter und Kunden. Eine Option für weitere fünf Jahre wurde in dem Vertrag inkludiert.

Mit der Strategie aus 2010 durch eine Beteiligung des Zweckverbandes KISA an der Lecos eine Umsatzstabilisierung zu erreichen und die Inhousefähigkeit zu festigen und zu erweitern, hat sich im Geschäftsjahr 2011 gezeigt, dass dieses Ziel für das abgelaufene Wirtschaftsjahr wesentlich zum geschäftlichen Erfolg des Unternehmens beigetragen hat. 2011 wurde zum umsatzstärksten Jahr in der Geschichte der Lecos.

Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 war die Weiterführung der IT-Leistungen für die Stadt Leipzig, vornehmlich bei der Anwendungs- und Verfahrensentwicklung, der Anwendungs-/Verfahrensbetreuung, Rechenzentrumservices, Networkstation-Management, Daten- und Sprachnetzleistungen sowie Benutzerunterstützung.

Besonders hervorzuheben ist dabei das Projekt Einführung des NKF bei der Stadt Leipzig. Dabei hat die Lecos GmbH keine federführende Rolle die Einführung betreffend, allerdings hat dieses Projekt starken Einfluss auf die Abläufe und Verfahren dieses Gesellschafters wie auch die Kostenentwicklung der Lecos GmbH.

Für den Gesellschafter KISA stand die Untersetzung des im Jahr 2010 abgeschlossenen Rahmenvertrags sowie die detaillierte Beschreibung und Entwicklung eines Betriebsmodells über alle von der Lecos GmbH für die KISA betriebenen Verfahren im Vordergrund. Darüber hinaus lag der Schwerpunkt für diesen Gesellschafter in der Bereitstellung des Rechenzentrumservice. Das Geschäft mit den Eigenbetrieben der Stadt Leipzig wurde deutlich ausgeweitet.

Seite 27 von 47

2.3.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen

		31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011		
		ist	ist (seit 26.05.2010)	ist	Plan	Abw. %
Vermögenssituation						
Investitionsdeckung	%		78	95	10	944%
Vermögensstruktur	%		65,86	64,49	64,50	100%
Fremdkapitalquote	%		57,42	39,26	38,87	101%
Kapitalstruktur						
Eigenkapitalquote	%		13,06	15,240	15,26	100%
Eigenkapitalreichweite			7,90	9,04	25,67	35%
Liquidität						
Liquidität	%		64,50	89,16	80,00	99%
Effektivverschuldung	€		2.698.888	448.051	410.000	109%
Rentabilität						
Eigenkapitalrendite	%		12,66	11,06	3,67	286%
Gesamtkapitalrendite			2,91	3,19	2,11	151%
Geschäftserfolg						
Pro-Kopf-Umsatz	€		126.480	122.889	119.259	106%
Arbeitsproduktivität			2,22	2,16	2,11	102%

2.3.6 Lagebericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der IT-Branche

Die IT-Branche hat sich entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur entwickelt, wobei vorwiegend Software und Service- und Beratungsleistungen den Verlauf bestimmen. Im Bereich der kommunalen IT führte die weiterhin schwierige Haushaltsituation der Kommunen zu einem erhöhten Kostendruck und darüber hinaus zu einer großen Nachfrage und Interesse an IT- und Beratungsleistungen, um durch deren Einsatz Verwaltungskosten zu optimieren.

Geschäftsverlauf

In den Jahren als Gesellschaft der Stadt Leipzig hat sich die Lecos gegenüber ihrem 90%-Gesellschafter und Kunden als IT-Vollidienstleister erwiesen, der die besonderen Kundenwünsche der Kommune Leipzig berücksichtigt und hinsichtlich der Weiterentwicklung der IT-Strategie der Stadt Leipzig zukunftsweisend den Markt für den Auftraggeber beobachtet und auswertet. Durch die konsequente Umsetzung der Rollout-Vorgaben konnte beim größten Kunden der Lecos GmbH ein sehr hoher Standardisierungsgrad in Hardware und

Seite 26 von 47

Die Auslastung war in allen Leistungsbereichen des Unternehmens überdurchschnittlich gut, was im erheblichen Ausbau der Integration von Fremdleistungen im Wirtschaftsjahr zum Ausdruck kommt. Hier wurde vor allem die regionale Wirtschaft beteiligt.

Weitere Aktivitäten des Geschäftsjahres 2011:

- Es erfolgte die Ausweitung der Geschäftstätigkeit im Umfeld des Hauptgesellschafters bei den Eigenbetrieben. Hier sind vor allem das Gewandhaus und die Vorbereitung eines Roll Outs für die Oper Leipzig zu nennen.
- Im Rahmen der Ausweitung der Geschäftstätigkeit wurden zum 01.06.2011 vier Mitarbeiter von der Stadt Leipzig für Aufgaben in der Drucknachbereitung übernommen. Zum 01.12.2011 wurden für die Servicedienstleistung für das Gewandhaus zwei Mitarbeiter von dem Eigenbetrieb der Stadt Leipzig in die Lecos GmbH überführt.
- Die Nacharbeiten aus der Erfassung und Bewertung der körperlichen Erstinventur des beweglichen Anlagevermögens für die Stadt Leipzig zur Vorbereitung auf die Umstellung zur Doppik in der Kommune wurden abgeschlossen und die Daten für die Migration in das SAP übergeben.
- Auf Beschluss des Stadtrats der Stadt Leipzig zur Einführung einer doppischen Software führte die Lecos den Auftrag zur Einführungsunterstützung für die ersten 18 Monate sowie die Absicherung des technischen Betriebs der SAP-Lösung durch.
- Im dritten Quartal 2011 fand die Produktivsetzung für den Kommunalmaster Doppik (KMD) statt. Zuvor wurde die Anbindung der Vorverfahren an SAP abgesichert.
- Die Vorbereitung des Massendrucks aus dem Kommunalmaster Veranstaltung (KMW) war im Geschäftsjahr noch nicht abgeschlossen.
- In der Arbeitsnachbereitung wurde im März ein neues Druck-Outputsystem zum Einsatz gebracht.
- Die Ablösung der Großrechner-Verfahren für die Kunden Stadt Leipzig und KISA wurde vorbereitet und teilweise umgesetzt, soweit die Kunden die Umsetzung gewünscht haben.
- Im Jahr 2011 wurden zehn Ausschreibungen durchgeführt, davon waren drei europaweite Offene Verfahren, eine öffentliche Ausschreibung, vier beschränkte Ausschreibungen, ein Vergabeverfahren nach VOF und ein Verhandlungsverfahren. Zwei dieser zehn Ausschreibungen sind noch nicht bezuschlagt und eine Ausschreibung wurde aufgehoben.

Seite 28 von 47

- Eine Ausschreibung für ca. 30.000 Endgeräte (PCs, Monitore, NBs, Thin Clients) mit weiteren Unternehmen im Rahmen der Einkaufsgenossenschaft ProVitako und des Zweckverbandes KDN – Dachverband Kommunaler IT-Dienstleister wurde durchgeführt und abgeschlossen. Eine zweite Ausschreibung für den Microsofthandelspartner der Lecos GmbH wurde ebenfalls in diesem Rahmen durchgeführt und zum 01.12.2011 abgeschlossen.
- Zur Nutzung der Fachanwendung des Kindertagesstätten- Verwaltungs- und Reservierungssystems KIVAN konnten nahezu alle Kita-Träger gewonnen werden, sich an dem Reservierungssystem zu beteiligen. Die Software wurde im Geschäftsjahr weiter ausgebaut und u.a. auch in Magdeburg gemeinsam mit dem dortigen kommunalen Dienstleister KID Magdeburg an den Markt gebracht. Darüber hinaus wurde die Software deutschlandweit präsentiert und befindet sich im Bundesland Bayern in Vorbereitung zur Vermarktung mit der AKDB. Die Facility-Management-Anwendung FAMOS-LE wurde im Rahmen des Ausbaus des zentralen Gebäudemanagements in der Stadt Leipzig als strategisches Produkt positioniert und in mehreren Ämtern der Stadt Leipzig betrieben.
- Die Software für das Sozialwesen der Stadt Leipzig wurde im zweiten Quartal produktiv gesetzt.
- Das Projekt RFID – eine Scanlösung zur Erfassung von Anlagegütern in der Stadt Leipzig wurde nach der Zuschlagserteilung im Jahr 2010 in 2011 in der Lecos aufgebaut und für den Testbetrieb vorbereitet.
- Das Rollout des VOIP-Telekommunikationssystems für die Stadt Leipzig wurde Mitte des Wirtschaftsjahres in den Außenstellen der Kommune abgeschlossen. Die mit dieser Investition abgelöste Telekommunikationsanlage bei der Stadt Leipzig wurde im Januar 2012 abgeschaltet.
- Im Rahmen der Vorbereitung des neuen Roll-Outs für die Stadt Leipzig ab 2012 wurde mit dem Projekt „COPAL“ ein neues Betriebssystem ausgerollt und die Evaluierung einer Open-Office-Software vorgenommen.
- Zum November des Geschäftsjahres wurde die IT-Volldienstleistung für das Gewandhaus in Leipzig übernommen.
- Der Betrieb des kommunalen Kernmelderegisters Sachsen wurde abgesichert.
- Um die im Dezember 2010 für das Rechenzentrum der Lecos GmbH erhaltene TÜV-Zertifizierung, das Prädikat „TÜV-geprüftes Rechenzentrum – Hochverfügbar

Seite 29 von 47

Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Der Gesamtumsatz der Lecos betrug im Geschäftsjahr 2011 EUR 19,8 Mio. und lag damit um TEUR 300 über dem Niveau des Geschäftsjahres 2010 (EUR 19,6 Mio.). Diese Entwicklung führte auch zu einer Erhöhung des Jahresüberschusses von TEUR 170 auf TEUR 177.

	2011 TEUR	2010 TEUR	Veränderung TEUR	Plan 2011 %	Plan 2011 TEUR	Abweichung TEUR
Umsatzerlöse	19.908	19.604	304	1,6	18.834	1.074
Sonstige betriebl. Erträge	1.152	293	859	293,2	100	1.052
Gesamtleistung	21.060	19.897	1.163	5,8	18.934	2.126
Materialaufwand	2.154	1.070	1.084	101,3	240	1.914
Personalaufwand	9.222	8.814	408	4,6	8.909	313
Abschreibungen	3.024	2.399	625	26,1	3.418	-394
Sonstige betriebl. Aufwendungen	6.278	7.423	-1.145	-15,4	6.029	249
Betriebsergebnis	382	191	191	100,0	338	44
Zinserträge	21	17	4	23,5	10	11
Zinsaufwand	158	168	-10	-6,0	260	-102
Finanzergebnis	-137	-151	14	-9,3	-250	113
Außerord. Ergebnis	0	0	0	0,0	0	0
Steuern	67	-129	196	-151,9	26	41
Jahresüberschuss	177	170	7	4,1	62	115

Seite 31 von 47

Stufe 3“, weiter auszubauen, wurde eine ISO-27001/BSI-Zertifizierung vorbereitet, die in 2012 fortgeführt und abgeschlossen werden soll.

- Eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zur IT Ausstattung und der Preisgestaltung wurde von der Stadt Leipzig bei der KPMG beauftragt. Der Abschlussbericht wurde im Geschäftsjahr vorgelegt und attestierte der Lecos GmbH branchenübliche und marktkompatible Preise.
- Der Geschäftsführer Peter Kühne wurde am 17.11.2011 wiederholt zum Vorstandsvorsitzenden der Vitako gewählt. Die Aufgabe wird ehrenamtlich wahrgenommen.
- Der Prokurist Andreas Bitter wurde am 08.06.2011 zum Vorstand der ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der kommunalen IT-Dienstleister eG, Berlin, gewählt. Die Aufgabe wird ehrenamtlich wahrgenommen.
- Seit zwei Jahren gibt es mit der Gesellschaft für Organisation und Informationsverarbeitung Sachsen-Anhalt mbH (GISA) eine Zusammenarbeit auf dem Sektor Betrieb und Anwendungsbetreuung (SAP). Mehrere Mitarbeiter der Lecos GmbH befinden sich bei der GISA in Ausbildung.
- Die Lecos GmbH nahm zum vierten Mal am Benchmark „Bensberger Kreis“ teil und hat sich darin mit 27 weiteren Unternehmen aus den Sektoren Public, Finance und Energie gemessen.
- Zum zweiten Quartal 2011 wurde in der Lecos ein Dokumentenmanagementsystem eingeführt.
- Die Unternehmen Microsoft, Oracle und IBM führten im Berichtszeitraum eine Lizenzüberprüfung durch.
- Die Geschäftsleitung der Lecos GmbH hat zum 14.6.2011 eine Antikorruptionsbeauftragte für das Unternehmen benannt.
- Das Geschäftsjahr 2011 stand in der Lecos intern im Zeichen einer stärkeren Ausrichtung an den steigenden Anforderungen der Kunden an den Dienstleister. Vor diesem Hintergrund wurde zum 01.09.2011 ein neuer Geschäftsbereich „Kundenservice“ gebildet. Zum Jahresende wurde ein zentrales Controlling vorbereitet, welches ab Januar 2012 seine Arbeit aufgenommen hat.

Seite 30 von 47

Die Zusammensetzung der Umsatzerlöse nach Bereichen stellt sich wie folgt dar:

- Rechenzentrumsdienstleistungen (21,4 % vom Jahresumsatz)
- Anwendungsentwicklungs- und -betreuungsleistungen (9,1 % vom Jahresumsatz)
- Endbenutzerbetreuung (41,7 % vom Jahresumsatz)
- Basisinfrastruktur (17,9 % vom Jahresumsatz)
- Speicherkapazität, Applikationsserver (1,2 % vom Jahresumsatz)
- Lotus Notes/Mailuser (1,3 % vom Jahresumsatz)
- Fachanwendungen und Internet (4,3 % vom Jahresumsatz)
- Telekommunikation (3,1 % vom Jahresumsatz).

Im Berichtsjahr ist insgesamt eine Steigerung der Umsatzerlöse durch Ausbau der Zusatzleistungen gegenüber der Stadt Leipzig und den Eigenbetrieben der Stadt zu verzeichnen. Damit konnten rückläufige Mengengerüste bei verschiedenen Leistungen gegenüber der Stadt Leipzig ausgeglichen werden. Aktuell beträgt der Anteil des Umsatzes mit der Stadt Leipzig am Gesamtumsatz ca. 88,6 % und 9,8 % mit der KISA. Die verbleibenden 3,6 % Umsatzanteile entfallen auf sonstige Kunden.

Im Materialaufwand werden vor allem Hardware und Telekommunikationsanlagen ausgewiesen, die sich aus Zusatzaufträgen ergeben und zum Weiterverkauf bestimmt sind. Den Hauptanteil hierbei haben TK-Anlagen und PC-Hardware für diverse Schulen und die Ausstattung der Städtischen Altenpflegeheime Leipzig gGmbH sowie die Versorgung mit Datenverarbeitungsmaterialien.

Die Steigerung der Personalaufwendungen ergibt sich im Wesentlichen aus der Tarifierhöhung des TVöD und der Anpassung des Individualvertrages der Lecos.

Die Unterschreitung der geplanten Abschreibungen ergibt sich aus einer deutlichen Unterschreitung der geplanten Investitionen per 31. Dezember 2011 sowie fortwährend geringere Investitionen aus den vorangegangenen Wirtschaftsjahren.

Der sonstige betriebliche Aufwand enthält neben Aufwendungen für Leasing und Wartung für Hard- und Software, Leitungsmieten, Ausbildungs- und Reisekosten, Personaldienstleistungen und Raummieten. Hervorzuheben sind hier die überproportionale Steigerung für Fremd- und Beratungsleistungen im Wirtschaftsjahr. Dieser Aufwand resultiert vor allem aus dem gesteigerten Zusatzgeschäft mit den Gesellschaftern.

Seite 32 von 47

Investitionen

Die Bilanz zum 31. Dezember 2011 weist einen Anstieg des Anlagevermögens aus, im Wesentlichen geprägt durch das Investitionsverhalten des Unternehmens und hier vor allem durch die Beschaffung der Software für die Stadt Leipzig. Die Gesamtinvestitionen betragen im Geschäftsjahr 2011 EUR 2,96 Mio. Schwerpunkte waren die Verbesserung und Erweiterung der Funktionsfähigkeit von Netzen und Infrastrukturen sowie die Aktualisierung der Softwarelizenzen, sowie die Beschaffung einer RFID-Software.

Vermögens- und Finanzlage

Eine stabile Liquidität größer/gleich 1 Million Euro war während des gesamten Geschäftsjahres gegeben. Zum Ende des Jahres 2010 wurde diese Liquidität wesentlich durch die zum Jahresende 2011 erfolgte Umstellung der Stadt Leipzig auf die kommunale Doppik und daraus resultierende Zahlungen geprägt.

Die Position Rückstellungen ist geprägt durch die Aktualisierung von Rückstellungen für Personalaufwendungen und Lieferungen und Leistungen und die Einstellung von Rückstellungen für Vertragsrisiken in Höhe von TEUR 340. Bei den Verbindlichkeiten ist stichtagsbedingt ein Abbau zu verzeichnen.

Vermögensstruktur

	2011	2010	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR %	
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.645	592	1.053	177,9
Sachanlagen	5.134	6.149	-1.015	-16,5
Finanzanlagen	5	5	0	0,0
Anlagevermögen	6.784	6.746	38	0,6
Vorräte	28	32	-4	-12,5
Forderungen	602	832	-230	-27,6
liquide Mittel	2.715	2.640	75	2,8
Umlaufvermögen	3.345	3.504	-159	-4,5
Rechnungsabgrenzungsposten	392	442	-50	-11,3
Bilanzsumme	10.520	10.692	-172	-1,6

Kapitalstruktur

	2011	2010	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR %	
Eigenkapital	1.603	1.494	109	7,3
Sonderposten	15	18	-3	-16,7
Rückstellungen	3.447	3.258	189	5,8
kurzfristige Verbindlichkeiten	750	2.410	-1.660	-68,9
langfristige Verbindlichkeiten	3.380	3.480	-100	-2,9
Verbindlichkeiten	4.130	5.890	-1.760	-29,9
Rechnungsabgrenzungsposten	1.324	31	1.293	4.171,0
Bilanzsumme	10.520	10.692	-172	-1,6

Seite 33 von 47

Seite 34 von 47

Kapitalflussrechnung

		2011	2010
		TEUR	TEUR
1.	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	177	170
2.	+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	3.024	2.399
3.	+/- Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	189	813
4.	+/- Zunahme / Auflösung des Sonderpostens	-3	-21
5.	+/- sonstige zahlungswirksame Aufwendungen / Erträge	0	0
6.	-/+ Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	28	17
7.	+ Abgang geleistete Anzahlungen	89	0
8.	-/+ Zunahme / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferung und Leistung sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	285	-508
9.	+/- Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	873	529
10.	= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	4.662	3.399
11.	- Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-3.186	-4.378
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	7	31
13.	= Cashflow aus Investitionstätigkeit	-3.179	-4.347
14.	- Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	-68	-82
15.	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Kre-	0	3.700

Seite 35 von 47

16.	-	diven Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-1.340	-1.050
17.	=	Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-1.408	2.568
18.	=	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	75	1.620
19.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	2.640	1.020
20.	=	Finanzmittelfonds am Ende der Periode	2.715	2.640

Risikobericht

Das Risikomanagement der Gesellschaft stützt sich vor allem auf die Managementstruktur, das Planungssystem sowie die eingesetzten Berichts- und Informationssysteme. Die Vorbereitungen auf die ISO-27001/BSI-Zertifizierung vorbereitet und einer daraus resultierenden Risikosoftwarebeschaffung sowie die damit verbundene Datenbefüllung des Systems konnte in 2011 noch nicht abgeschlossen werden. Die Ergebnisse und Maßnahmen des Risiko- und Schwachstellenmanagements aus den Berichts- und Informationssystemen liegen vor und finden Berücksichtigung in den wöchentlichen Management-Meetings. Die aus den Lizenzprüfungen der Hersteller Microsoft, Oracle und IBM resultierenden notwendigen Nachlizenzierungen wurden für Microsoft und Oracle beglichen. Das Ergebnis der IBM-Lizenzüberprüfung stand zum 31.12.2011 noch aus.

Darüber hinaus berichtet ein Risikobeauftragter quartalsweise direkt an die Geschäftsleitung. Für das Geschäftsjahr sind zwei wesentliche Sicherheitsvorfälle zu verzeichnen (Schadsoftwarevorfall Conficker. B und ein Angriff auf die Firewall) die den Aufsichtsgremien durch die Geschäftsleitung umgehend zur Kenntnis gegeben wurden.

Das Berichtswesen wird ergänzt durch eine ständige Überwachung aller Finanzströme. Mit Hilfe dieses Risikomanagementsystems werden die Risikobetrachtungen durchgeführt und Strategien zur Risikominimierung entwickelt.

Regelmäßig, im Abstand von zwei Monaten, wird ein Geschäftsbereich des Unternehmens anhand des bestehenden und ständig überarbeiteten Risikokatalogs durch Interviews mit den Geschäftsbereichsleitern sowie den verantwortlichen Fachbereichsleitern untersucht und ausgewertet. Der Aufsichtsrat wird über die Ergebnisse dieser Untersuchungen im Regelfall einmal p.a. unterrichtet, bei Bedarf aber zeitnah. Als Ergebnis dieser Risikoana-

Seite 36 von 47

lysen ergibt sich, dass wesentliche oder den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken derzeit nicht bestehen.

Angemessene, überschaubar- und beherrschbare Risiken werden bewusst getragen; dies gilt auch für Preis- und Ausfallrisiken, gegen die sich die Lecos – aufgrund ihrer Kundenstruktur – nicht zusätzlich absichert. Geschäftsüblichen Liquiditätsschwankungen begegnet die Gesellschaft mit der Inanspruchnahme von Kreditlinien, die für 2011 nicht in Anspruch genommen wurden. Unabhängig davon gewährleiten die Erlöse aus dem Betriebsleistungsvertrag mit der Stadt Leipzig eine kontinuierliche Liquiditätszufuhr.

Risiken größeren Umfangs resultieren im Wesentlichen aus einer Lizenzprüfung und aus noch nicht vorliegenden Energiekostenabrechnungen für das Geschäftsjahr durch den Vermieter des Firmensitzes in der Prager Straße und durch die Stadt Leipzig für die dort angemieteten technischen Räume. Vorsorglich wurden hierfür Rückstellungen gebildet.

Die Lecos hat sich in keiner Form an risikoreichen Finanzgeschäften (z.B. Cross-Border-Leasing o.ä.) beteiligt. Derivative Finanzinstrumente befinden sich nicht im Bestand.

Aufgrund der z.Zt. noch ausstehenden finalen Ergebnisse aus der Lizenzprüfung der IBM Deutschland GmbH und des daraus möglicherweise resultierenden Lizenznachkaufs könnte es zu Liquiditätseingüssen im Geschäftsjahr 2012 kommen, insbesondere dann, wenn parallel Zahlungsverzögerungen von Kunden der Lecos eintreten würden.

Bestandgefährdende Risiken werden nicht gesehen.

Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Um sich den Anforderungen der Berücksichtigung der Gesetze zum Umweltschutz zu stellen, hat die Lecos sich im Rahmen des Wettbewerbs "Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010" der deutschen Umwelthilfe (DUH) beteiligt. Die Lecos hat 2010 einen Sonderpreis für ihr neues Primärrechenzentrum erhalten. Gewürdigt wurden damit die durch Modernisierung und Konsolidierung der Rechenzentrumstechnik erzielten Energieeinsparungen. Das systematische Vorgehen im Bereich der Klimatisierung wurde auch auf alle weiteren Bereiche der energierelevanten Wirkungskette übertragen. Von den Applikationen und dem Daten-Management über die IT-Hardware und Stromversorgung bis hin zur Kühlung und Gebäudeplanung sind Möglichkeiten zur Optimierung der Energieeffizienz gesucht und Einsparpotenziale konsequent umgesetzt worden.

Seite 37 von 47

- Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region.

Darüber hinaus werden Anstrengungen unternommen, im Jahr 2012 innerhalb des Gesellschafterumfeldes (Eigenbetriebe der Stadt Leipzig) die Zahl der Kunden zu erhöhen und das Portfolio für die Stadt Leipzig zu erweitern (e-Government und TK-Anlage, Facilitymanagement, Rechtsamtssoftware, Dokumentenmanagementsystem, KIVAN).

Für das Geschäftsjahr 2012 sind Neuinvestitionen in Höhe von EUR 3,4 Mio. und eine Darlehensaufnahme in Höhe von EUR 1,0 Mio. geplant.

Der Wirtschaftsplan der Lecos geht für 2012 von einem Umsatzvolumen von EUR 19,1 Mio. und einem positiven Ergebnis (vor Steuern) von TEUR 54 aus.

Seite 39 von 47

Im Rahmen von Ausschreibungen wie auch bei sonstigen Investitionen für die IT sowie bei der Erneuerung des Fuhrparks berücksichtigt die Lecos GmbH die gesetzlich vorgesehenen und aktuellen Umweltschutzrichtlinien.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2011 sind folgende wesentliche Ereignisse eingetreten:

- Das vorläufige Ergebnis der Lizenzüberprüfung durch die IBM Deutschland GmbH wurde bekannt gegeben.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft (Prognosebericht)

Die IT-Branche rechnet mit einer analogen Nachfrage für das Jahr 2012. An diesen Marktentwicklungen will die Lecos auch im Jahr 2012 angemessen partizipieren.

Konkretisiert ergeben sich für die Lecos nachstehende Ziele, deren sukzessive Umsetzung in der Wirtschaftsplanung 2012 abgebildet ist:

- Absicherung der Grundversorgung der Stadt Leipzig,
- Konsequente Ausnutzung von Einkaufsvorteilen und Weitergabe an die Stadt Leipzig,
- Nutzung von kommunalen Umsätzen im Gesellschafterumfeld zur Gewinnung zusätzlicher Deckungsbeiträge,
- Absicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt Leipzig durch Weiterentwicklung der IT als Grundlage für Rationalisierungen, Prozessoptimierungen und e-Government,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Entwicklung, Einführung und Betreuung kommunaler Anwendungen,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für Betriebsleistungen, Consulting für IT-Dienstleistungen und Servicemanagement in Sachsen,
- Vermarktung von Consulting-Leistung zur Vermögensbewertung in den Kommunen und Landkreisen vor Einführung des Neuen Kommunalen Finanzverfahrens in Sachsen,
- Vermarktung von Know-how im Bereich Anwendungsentwicklung,
- hohe Investitionen in die Fortbildung der Mitarbeiter zur Absicherung der Zukunftsfähigkeit,

Seite 38 von 47

Seite 40 von 47

Mitglieder von KSA 2011 und ihre Anteile		Anteil Stimmen KSA%	Anteil KON GmbH	Anteil SASKIA GmbH	Anteil LECOS GmbH	
1	LAA Nordostsee	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
2	LAA Leipzig	30	1,5136226	908,17	386,95	302,72
3	LAA Krefen	20	1,00908174	605,45	257,97	201,82
4	LAA Leipzig/Leipzig	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
5	LAA Ostsee	30	1,5136226	908,17	386,95	302,72
6	LAA Völklingen	30	1,5136226	908,17	386,95	302,72
7	LAA Südtliche Schwarz-Ostergabbe	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
8	LAA Bückeburg	20	1,00908174	605,45	257,97	201,82
9	LAA Havel (GVB Bärenwald)	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
10	SV Althausen	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
11	SV Ansbach/Buchholz	5	0,25227043	151,36	64,49	50,45
12	SV Aue	20	1,00908174	605,45	257,97	201,82
13	SV Aufhausen	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
14	SV Bismark	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
15	SV Bad Lausick	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
16	SV Bad Muskau	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
17	SV Bad Schandau	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
18	SV Baunzen	20	1,00908174	605,45	257,97	201,82
19	SV Belgern	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
20	SV Bennstedt u. d. Heide	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
21	SV Bismark	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
22	SV Bismark	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
23	SV Brandis	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
24	SV Burgstädt	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
25	SV Cossau	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
26	SV Cossau	20	1,00908174	605,45	257,97	201,82
27	SV Dahlen	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
28	SV Dahlen	20	1,00908174	605,45	257,97	201,82
29	SV Dörfelwäldchen	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
30	SV Döhlen	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
31	SV Döhlen (GVB Bärenwald)	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
32	SV Dörmitzsch	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
33	SV Dörmitzsch	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
34	SV Dörmitzsch/Zeitz	20	1,00908174	605,45	257,97	201,82
35	SV Dreuxen	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
36	SV Drebitz	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
37	SV Drebitz	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
38	SV Drebitz (Hr. GutsMuths)	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
39	SV Drebitz	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
40	SV Drebitz	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
41	SV Drebitz	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
42	SV Drebitz	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
43	SV Drebitz	20	1,00908174	605,45	257,97	201,82
44	SV Drebitz	5	0,25227043	151,36	64,49	50,45
45	SV Drebitz	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
46	SV Drebitz, für Wildenruh und Zerbau	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
47	SV Drebitz	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
48	SV Drebitz	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
49	SV Drebitz	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
50	SV Drebitz	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73

Seite 41 von 47

51	SV Drebitz	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
52	SV Drebitz	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
53	SV Drebitz/Leipzig	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
54	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
55	SV Drebitz/Leipzig	6	0,25227043	151,36	64,49	50,45
56	SV Drebitz/Leipzig	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
57	SV Drebitz/Leipzig	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
58	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
59	SV Drebitz/Leipzig	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
60	SV Drebitz/Leipzig	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
61	SV Drebitz/Leipzig	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
62	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
63	SV Drebitz/Leipzig	30	1,5136226	908,17	386,95	302,72
64	SV Drebitz/Leipzig	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
65	SV Drebitz/Leipzig	30	1,5136226	908,17	386,95	302,72
66	SV Drebitz/Leipzig	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
67	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
68	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
69	SV Drebitz/Leipzig	20	1,00908174	605,45	257,97	201,82
70	SV Drebitz/Leipzig	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
71	SV Drebitz/Leipzig	5	0,25227043	151,36	64,49	50,45
72	SV Drebitz/Leipzig	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
73	SV Drebitz/Leipzig	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
74	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
75	SV Drebitz/Leipzig	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
76	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
77	SV Drebitz/Leipzig	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
78	SV Drebitz/Leipzig	20	1,00908174	605,45	257,97	201,82
79	SV Drebitz/Leipzig	5	0,25227043	151,36	64,49	50,45
80	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
81	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
82	SV Drebitz/Leipzig	5	0,25227043	151,36	64,49	50,45
83	SV Drebitz/Leipzig	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
84	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
85	SV Drebitz/Leipzig	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
86	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
87	SV Drebitz/Leipzig	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
88	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
89	SV Drebitz/Leipzig (GVB Bärenwald)	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
90	SV Drebitz/Leipzig (GVB Bärenwald)	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
91	SV Drebitz/Leipzig	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
92	SV Drebitz/Leipzig (GVB Bärenwald)	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
93	SV Drebitz/Leipzig (GVB Bärenwald)	5	0,25227043	151,36	64,49	50,45
94	SV Drebitz/Leipzig (GVB Bärenwald)	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
95	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
96	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
97	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
98	SV Drebitz/Leipzig	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
99	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
100	SV Drebitz/Leipzig	20	1,00908174	605,45	257,97	201,82
101	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
102	SV Drebitz/Leipzig	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
103	SV Drebitz/Leipzig	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
104	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
105	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73

Seite 42 von 47

106	SV Drebitz/Leipzig	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
107	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
108	SV Drebitz/Leipzig	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
109	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
110	SV Drebitz/Leipzig	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
111	SV Drebitz/Leipzig	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
112	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
113	SV Drebitz/Leipzig	5	0,25227043	151,36	64,49	50,45
114	SV Drebitz/Leipzig	20	1,00908174	605,45	257,97	201,82
115	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
116	SV Drebitz/Leipzig	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
117	SV Drebitz/Leipzig	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
118	SV Drebitz/Leipzig	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
119	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
120	SV Drebitz/Leipzig (Hr. GutsMuths)	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
121	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
122	SV Drebitz/Leipzig	20	1,00908174	605,45	257,97	201,82
123	Schulze/Leipzig/Leipzig	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
124	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
125	SV Drebitz/Leipzig	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
126	SV Drebitz/Leipzig	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
127	SV Drebitz/Leipzig	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
128	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
129	SV Drebitz/Leipzig	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
130	SV Drebitz/Leipzig	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
131	SV Drebitz/Leipzig	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
132	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
133	SV Drebitz/Leipzig	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
134	SV Drebitz/Leipzig	5	0,25227043	151,36	64,49	50,45
135	SV Drebitz/Leipzig	12	0,60544904	363,27	154,78	121,09
136	SV Drebitz/Leipzig	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
137	SV Drebitz/Leipzig	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
138	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
139	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
140	SV Drebitz/Leipzig	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
141	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
142	SV Drebitz/Leipzig (Hr. GutsMuths)	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
143	SV Drebitz/Leipzig	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
144	SV Drebitz/Leipzig	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
145	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
146	SV Drebitz/Leipzig	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
147	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
148	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
149	SV Drebitz/Leipzig	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
150	SV Drebitz/Leipzig	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
151	SV Drebitz/Leipzig	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
152	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
153	SV Drebitz/Leipzig	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
154	SV Drebitz/Leipzig	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
155	SV Drebitz/Leipzig	5	0,25227043	151,36	64,49	50,45
156	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103,19	80,73
157	SV Drebitz/Leipzig	8	0,40363269	242,18	103	

265	ADV „Unser Zehmsen“	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
266	ADV „Unseres Pflanzkassal Gault“	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
267	ADV „Viele Elster“	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
268	ADV „Wilde Sau“ Wildruf	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
269	Kommunes Forum Südkammlig	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
270	ZVBAVON	6	0,25227043	151,36	64,49	50,45
271	DV Regionaler Planungsverband Oberhavel	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
272	Trink- und Wasserwerk Mittenau	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
273	ZVWAZV „Mittlere Wesenitz“ Stolzen	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
274	ZVAbteilungsleiter Oberes Elstal Dresden	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
275	ZV „Partenau“	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
276	ZV WALK	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
277	ZVWerk und Energie- und Industriestand	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
278	Luca-Sozialer Arbeit gGmbH	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
279	Kommunaler Wasserversorgerverband	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
280	Kommunaler Sozialverband Sachsen	30	1,5136226	908,17	386,95	302,72
281	Kultur- und Freizeitgesellschaft Mittenau Land	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
282	Laoco GmbH	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
283	Stadewitz Schenkung	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
284	Wasser-Abwasser-Betriebsgesellschaft Cos	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
		1982	100	60.000	25.565	20.000
	Neue Mitgl. 2011	17				

214	GV Waldhor	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
215	GV Kammerzeu	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
216	GV Bartha, Kurort	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
217	GV Ferkelsdorf/Seehaus	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
218	GV Finkenbergl	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
219	GV Finkendorf	6	0,40363269	242,18	103,19	80,73
220	GV Fusch	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
221	GV Fressen	6	0,40363269	242,18	103,19	80,73
222	GV Fressenbach	6	0,25227043	151,36	64,49	50,45
223	GV Fressen	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
224	GV Friehe	6	0,40363269	242,18	103,19	80,73
225	GV Frieheberg	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
226	GV Friehe-Parkau	6	0,25227043	151,36	64,49	50,45
227	GV Friehe-Bezirksf. d. Eigen	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
228	GV Friehefeld	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
229	GV Friehepitz	6	0,25227043	151,36	64,49	50,45
230	GV Friehepitz	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
231	GV Friehepitz	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
232	GV Friehepitzmiedel	6	0,25227043	151,36	64,49	50,45
233	GV Friehepitz	6	0,25227043	151,36	64,49	50,45
234	GV Friehepitz	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
235	GV Friehe	6	0,25227043	151,36	64,49	50,45
236	GV Friehe	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
237	GV Friehe	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
238	GV Friehepitz (EVW/WBetz/Solst)	12	0,6044904	363,27	154,78	121,09
239	GV Friehepitz	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
240	GV Friehepitz	6	0,40363269	242,18	103,19	80,73
241	GV Friehe	6	0,25227043	151,36	64,49	50,45
242	GV Friehe	6	0,40363269	242,18	103,19	80,73
243	GV Friehepitz	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
244	GV Friehepitz	12	0,6044904	363,27	154,78	121,09
245	GV Friehepitz	12	0,6044904	363,27	154,78	121,09
246	GV Friehepitz	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
247	GV Friehepitz	6	0,40363269	242,18	103,19	80,73
248	GV Friehepitz	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
249	GV Friehe	6	0,40363269	242,18	103,19	80,73
250	GV Friehepitz	6	0,40363269	242,18	103,19	80,73
251	GV Friehepitz	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
252	GV Friehepitz	6	0,25227043	151,36	64,49	50,45
253	ZVVD Oberhavel-Bezirksverband	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
254	VD Oberhavel-Bezirksverband	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
255	Verband für ländliche Bauernschaften	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
256	ADV „Obere Schwarze Schütz“ Friehepitz	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
257	ADV „Energiegenossenschaft“ Friehepitz	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
258	ADV „Energiegenossenschaft“ Friehepitz	6	0,25227043	151,36	64,49	50,45
259	ADV „Energiegenossenschaft“ Friehepitz	1	0,05045409	30,27	12,90	10,09
260	ADV „Energiegenossenschaft“ Friehepitz	6	0,25227043	151,36	64,49	50,45
261	ADV „Energiegenossenschaft“ Friehepitz	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
262	ADV „Energiegenossenschaft“ Friehepitz	6	0,25227043	151,36	64,49	50,45
263	ADV „Energiegenossenschaft“ Friehepitz	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27
264	ADV „Energiegenossenschaft“ Friehepitz	3	0,15136226	90,82	38,70	30,27

Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig

Beteiligungsübersicht

Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig

Rathausplatz 1
04416 Markkleeberg

Tel. 0341 3533216
Fax 0341 3533181
Email kommunales.forum@t-online.de
Internet <http://www.kommunalesforum.de>

Gründungsdatum 01.01.1996

Verbandsmitglieder

Name	Stimmenanteil (%)	Stimmen
Landkreis Leipzig	11,11 %	20
Stadtverwaltung Borna	12,22 %	22
Stadtverwaltung Groitzsch	5,00 %	9
Stadtverwaltung Pegau	2,78 %	5
Stadtverwaltung Kitzscher	3,33 %	6
Stadt Leipzig	27,78 %	50
Stadtverwaltung Markkleeberg	13,89 %	25
Stadtverwaltung Regis-Breitungen	2,78 %	5
Stadtverwaltung Rötha	2,78 %	5
Stadtverwaltung Zwenkau	5,00 %	9
Gemeinde Deutzen	1,11 %	2
Gemeinde Großpösna	3,33 %	6
Gemeinde Neukieritzsch	3,33 %	6
Gemeinde Espenhain	1,67 %	3
Stadtverwaltung Böhlen	3,89 %	7

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Verband setzt sich zum Ziel, die durch den Braunkohlenabbau in Anspruch genommene Region zu entwickeln. Es werden der Ausbau der Verkehrs- und technischen Infrastruktur, die Entwicklung als Wirtschafts- und Lebensraum, die wasserwirtschaftliche Sanierung, die Landschaftsgestaltung, die Förderung des Tourismus und Fragen der Flächenverfügbarkeit abgestimmt, beraten und vertreten. Der Zweckverband ist Träger des MEDIOS-Projektes im Südraum Leipzig und des Managements für die wassertouristischen Anlagen des Gewässerverbundes.

Der Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig ist ein Zusammenschluss von 13 Kommunen des Südraumes Leipzig, dem Landkreis Leipzig sowie der Stadt Leipzig (sie hat sieben ihrer südlichen Stadtteile in den Verband eingebracht). Das Verbandsgebiet umfasst (ohne die Flächen der Stadt Leipzig) eine Fläche von etwa 450 km², auf der 107.000 Einwohner leben. In den zum Verband gehörenden Stadtteilen der Stadt Leipzig leben ca. 50.000 Menschen. (Der Landkreis Leipzig hat 20 von 180 Stimmenanteilen.)

Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig an den Landkreis / die Gemeinde	in €
Gewinnabführungen	0,00
Leistungen des Landkreises / der Gemeinde an den Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig	
Verlustabdeckung	16.119,11
Sonstige Zuschüsse	0,00
Übernommene Bürgschaften / sonstige Gewährleistungen	0,00
Sonstige Vergünstigungen	0,00

Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig Allgemeine Angaben zum Unternehmen im Jahr 2011

Adresse	Rathausplatz 1 04416 Markkleeberg
E-Mail	info@kommunalesforum.de
Homepage	www.kommunalesforum.de
Gründungsjahr	1996
Aufgaben und Ziele	Der Zweckverband setzt sich zum Ziel, die durch den Braunkohleabbau in Anspruch genommene Region zu entwickeln. Es werden der Ausbau der Verkehrs- und technischen Infrastruktur, die Entwicklung als Wirtschafts- und Lebensraum, die wasserwirtschaftliche Sanierung, Landschaftsgestaltung, Förderung des Tourismus und Fragen der Flächenverfügbarkeit abgestimmt, beraten und vertreten. Dabei greift der Zweckverband nicht in die Zuständigkeiten und Befugnisse der Kommunen und bestehenden Zweckverbände ein. Die Bearbeitung der genannten Themen berücksichtigt die kommunale Planungshoheit und die bergbaulich bedingte Spezifik des Südraums. Das Kommunale Forum ist Träger bzw. Auftraggeber für die sich aus dem Zweck ergebenden Projekte.
Rechtsform	Zweckverband
Stimmenanteile	Landkreis Leipzig 20 von 178
Geschäftsführung	Verbandsvorsitzender: Dr. Bernd Klose (OBM Markkleeberg) Geschäftsführerin: Dr. Steffi Raatzsch
Beteiligungen	Das Kommunale Forum Südraum Leipzig ist Mitglied im Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) und hatte dort im Jahr 2011 einen Stimmenanteil von einer Stimme an den 1.982 Gesamtstimmen.
Gremien	Verbandsversammlung Verwaltungsrat
Vertreter in der Verbandsversammlung	Landrat Herr Dr. Gey
Abschlussprüfer	Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Leipzig

Kurzvorstellung des Unternehmens

Der Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig ist ein Zusammenschluss von 13 Kommunen des Südraums Leipzig, dem Landkreis Leipzig sowie der Stadt Leipzig (diese brachte 6 ihrer südlichen Stadtteile in den Zweckverband ein) und wurde am 2. 10. 1996 gegründet. Das Verbandsgebiet umfasst (ohne Flächen der Stadt Leipzig) eine Fläche von etwa 450 km², auf der im Jahr 2010 ca. 104.000 Einwohner leben. In den zum Zweckverband gehörenden Stadtteilen der Stadt Leipzig leben ca. 50.000 Menschen. Entsprechend seiner Satzung verfolgt der Zweckverband das Ziel, die im Zuge der Bergbausanierung entstehende (Gewässer)Landschaft im gemeinsamen Interesse aller Mitglieder so zu entwickeln und die entsprechenden Planungen abzustimmen, dass eine sowohl für die hier lebende Bevölkerung als auch für Besucher und Gäste attraktive Freizeitregion entsteht. Zu diesem Zweck übernimmt das Kommunale Forum neben der Erarbeitung von Entwicklungsstrategien auch die Realisierung konkreter Projekte und Vorhaben, die diese Zielsetzung unterstützen. Als herausragendes Projekt ist dabei die Entwicklung des Gewässerverbunds des Leipziger Neuseenlands zu nennen. Gemeinsam mit einer Vielzahl von Partnern, insbesondere dem Grünen Ring Leipzig, wird die Entwicklung des Gewässerverbundes durch Studien/Gutachten sowie einem Monitoring zur ökologischen Verträglichkeit der Entwicklungen begleitet.

Ein Schlüsselvorhaben des Kommunalen Forums ist das IT-Projekt „MEDIOS-Südraum Leipzig“, in dessen Rahmen 36 Schulen des Südraums Leipzig mit moderner Technik ausgestattet und über eine zentrale Medienstelle miteinander vernetzt wurden. Das Kommunale Forum sichert seit 2004 den Betrieb in der Medienstelle und den angeschlossenen Schulen und gewährleistet somit die Nutzungsfähigkeit für ca. 10.000 Nutzer.

Situationsbericht

Wesentliche Schwerpunkte der Zweckverbandstätigkeit im Jahr 2011 lagen wie auch in den vergangenen Jahren im Betrieb und der Bewirtschaftung des MEDIOS-Projekt und dem Regionalmanagement im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE), für das das Kommunale Forum die Trägerschaft im Südraum Leipzig inne hat. Darüber hinaus wurde die Erarbeitung der Machbarkeitsstudie zur Errichtung eines Informations- und Dokumentationszentrums der bergbaulichen Entwicklung in Borna abgeschlossen, auf deren Basis die Stadt

Borna beginnend im Jahr 2011 schrittweise das Informationszentrum aufbaut. Des Weiteren bestimmt das regionale Schlüsselprojekt „Gewässerverbund Leipziger Neuseenland“ beständig das Aufgabenspektrum für das Kommunale Forum.

Im Rahmen des MEDIOS-Projektes war neben der Sicherung der Betriebsbereitschaft des Gesamtsystems - und in diesem Zusammenhang die Aktualisierung verschiedener Softwareprodukte - der Abschluss des Evaluierungsprozesses für das Gesamtvorhaben eine wesentliche Aufgabe. Mit einer Lehrerbefragung in allen Schulen zur Nutzungsintensität und den Rahmenbedingungen der Nutzung wurde die Bewertung des Projektes abgeschlossen und bildet nunmehr die Basis für weitere Entscheidungen. Insgesamt betragen die Kosten dieses Projektes fast 2/3 des Gesamthaushaltes 2011.

Im Ergebnis der Fortschreibung des Regionalen Entwicklungs- und Handlungskonzeptes im Jahr 2008 und dem in diesem Prozess erarbeiteten Maßnahmenkatalog fand der Südraum Leipzig durch das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft Anerkennung als sog. ILE-Region, womit ein besonderer Förderstatus für Maßnahmen im ländlichen Raum bis 2013 verbunden ist. Zur Steuerung und Koordinierung der zu fördernden Maßnahmen hat das Kommunale Forum unter Inanspruchnahme von Fördermitteln ein Regionalmanagement etabliert. Mit Hilfe der geschaffenen Strukturen konnten im Jahr 2011 51 Maßnahmen und Projekte mit einem Investitionsvolumen von ca. 6,7 Mio. EUR durch etwa 4,06 Mio. EUR Fördermittel unterstützt werden. Die Förderschwerpunkte lagen dabei bei Maßnahmen der technischen Infrastruktur sowie in soziokulturellen Maßnahmen.

Der Gewässerverbund Leipziger Neuseenland bildet permanent ein Aufgabengebiet für das Kommunale Forum. Konkret ist der Zweckverband maßgeblich in die Planungen zur Anbindung des Markkleeberger See an die Pleiße und zur Störstellenbeseitigung in der Pleiße (für beide Vorhaben ist das Kommunale Forum Antragsteller der §4-Maßnahme) sowie die Planungen zur Kanupark-Schleuse und Harth-Schleuse eingebunden. Auch weitere Planungen für die Realisierung des kompletten Gewässerverbundes, wie die Verlängerung des Saale-Elster-Kanals bis zur Saale oder die Anbindung des Hainer Sees, begleiten wir in enger Zusammenarbeit mit dem Grünen Ring Leipzig und den kommunalen Bauherren.

Die Mitfinanzierung eines Monitorings zur Nutzungsintensität sowie zu Auswirkungen der Bootsnutzungen auf die Natur und Gewässerökologie der Tagebauseen und Fließgewässer war ebenso Bestandteil der Aktivitäten zum Gewässerverbund.

Gemeinsam mit dem Grünen Ring Leipzig, dem Tourismusverein Leipziger Neuseenland und weiteren Partnern hat der Zweckverband auch in diesem Jahr durch verschiedene Aktivitäten die Entwicklungen in der Region öffentlichkeitswirksam nach außen kommuniziert.

Mittelfristige Unternehmensplanung

Die Planungen und Umsetzung des vollständigen Gewässerverbundes bilden auch künftig einen Schwerpunkt für die Arbeit des Zweckverbandes. Neben den bereits in Planung befindlichen Kursabschnitten geht es aber auch darum, weitere Potenziale für den Gewässerverbund zu erschließen. Unter diesem Aspekt soll eine Machbarkeitsstudie für die Wyhra in den Gemarkungen Neukieritzsch, Borna, Frohburg und Kohren-Sahlis erarbeitet werden, um einerseits diesen Gewässerlauf stärker als ortsbildprägendes Element in die städtebauliche Entwicklung zu integrieren, andererseits aber auch eine boottouristische Nutzung für muskelgetriebene Boote mit einer Verknüpfung zur Lagune Kahnsdorf am Hainer See auszuloten.

Ein weiteres Thema, das sicher nicht nur mittelfristig den Zweckverband beschäftigen wird, ist die Vernässungsproblematik im Verbandsgebiet. Aufgrund der Ursachenvielfalt für die Vernässungen ist eine Vielzahl von Verwaltungen, Behörden, Institutionen mit der Beseitigung dieser Problemlagen befasst. Der Zweckverband wird beispielhaft im Bereich des Landpfeilers Böhlen/ Markkleeberg eine Untersuchung/Planung zur dauerhaften Abführung des Oberflächenwassers und zur Grundwasserregulierung beauftragen, um ggf. diesen Lösungsansatz auch auf andere Bereiche anwenden zu können.

Besonderheiten des vergangenen Jahres

Am 02. Oktober 2011 feierte der Zweckverband sein 15-jähriges Bestehen. Mit einer Festveranstaltung im Ambiente des RIVERBOAT-Studios in der MDR-Media-City wurde dieses Jubiläum mit mehr als 150 Gästen begangen und Bilanz gezogen.

Das Kommunale Forum Südraum Leipzig hat in der Zeit seines Bestehens Planungen, Konzepten, Entwicklungsstrategien und konkrete Projekte im Umfang von etwa 16,0 Mio. EUR erarbeitet und umgesetzt. Dafür wurden mehr als 13 Mio. EUR Fördermittel und Spendengelder akquiriert.

Anlage 1: Kennzahldefinition

Bezeichnung	Berechnung	Wertangabe
Anlagendeckung (goldene Bilanzregel)	$\frac{\text{Eigenkapital} + \text{EK Sopo} + \text{langfristige Verbindlichkeiten} * 100}{\text{Anlagevermögen}}$	%
Arbeitsproduktivität	$\frac{\text{Umsatz} * 100}{\text{Personalaufwand}}$	Umsatz je Aufwand
Effektivverschuldung	Verbindlichkeiten - monetäres Umlaufvermögen	absolut
Eigenkapitalquote	$\frac{\text{Eigenkapital} * 100}{\text{Gesamtkapital}}$	%
Eigenkapitalreichweite	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Jahresfehlbetrag}}$	Jahre
Eigenkapitalrendite	$\frac{\text{Jahresüberschuss} * 100}{\text{Eigenkapital}}$	%
Fremdkapitalquote	$\frac{\text{Fremdkapital} * 100}{\text{Gesamtkapital} - \text{EK Sopo}}$	%
Gesamtkapitalrendite	$\frac{(\text{Überschuss} + \text{Zinsaufwand}) * 100}{\text{Gesamtkapital}}$	%
Investitionsdeckung	$\frac{\text{Abschreibung} * 100}{\text{AfA} + (\text{Anlagevermögen neu} - \text{Anlagevermögen alt})}$	% (=Neuinvestition)
kurzfristige Liquidität	$\frac{\text{monetäres Umlaufvermögen} * 100}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}}$	%
Pro-Kopf-Umsatz	$\frac{\text{Umsatz}}{\text{Personalbestand}}$	Umsatz je Mitarbeiter
Vermögensstruktur	$\frac{\text{Anlagevermögen} * 100}{\text{Gesamtvermögen}}$	%